



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

**„Historische Zäsuren der Nachkriegsära
im Spiegel politischer Reden.
Eine zeitgeschichtlich kontextualisierte
politolinguistische Untersuchung“**

verfasst von / submitted by

Jessica Kartusch BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2023 / Vienna, 2023

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 817

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Deutsche Philologie

Betreut von / Supervisor:

PD Mag. Dr. Manfred Michael Glauninger

Abstract

Die vorliegende Masterarbeit untersucht die *politische Sprache* in sechs Reden deutscher und österreichischer Spitzenpolitiker – Karl Renner, Leopold Figl, Konrad Adenauer, Richard von Weizsäcker, Franz Vranitzky und Willy Brandt – im Kontext zweier bedeutender historischer Zäsuren nach 1945, nämlich der unmittelbaren Nachkriegszeit einerseits und der Zeit des Endes des Kalten Krieges bzw. der Wiedervereinigung Deutschlands andererseits. Den theoretischen Rahmen bilden dabei die soziolinguistischen Paradigmen der Polito- und Diskurslinguistik sowie Erkenntnisse der Forschung zur österreichischen und deutschen Zeitgeschichte. Die erste Forschungsfrage zielte auf Parallelen und Unterschiede in den untersuchten Reden in Bezug auf sprachlich-funktionale Mittel, ideologische Positionierungen und historische Bezüge ab. In Beantwortung der zweiten Forschungsfrage wurden markante Unterschiede zwischen den Reden der österreichischen und deutschen Politiker hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit/Schuld herausgearbeitet. Besonderer Fokus wurde dabei auf die Problematik der Österreich lang prägenden „Opferthese“ gelegt.

Das Forschungsdesign der Masterarbeit impliziert sowohl eine hermeneutische Auswertung von Fachliteratur als auch eine inhaltlich strukturierende qualitative Inhaltsanalyse (nach Kuckartz / Rädiker 2022) der sechs Reden mittels Applikation der Software MAXQDA.

In den Ergebnissen zeigen sich sowohl Parallelen als auch Unterschiede zwischen den ausgewählten Reden. Ersteres gilt vor allem hinsichtlich der ideologischen Positionierung der Redner, der negativen Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime und in Bezug auf das hohe stilistische Niveau der Reden. Unterschiede zeigen sich unter anderem bezüglich der Ansichten über die Aufarbeitung der NS-Schuld, wobei die historische Einbettung der jeweiligen Rede eine Rolle spielt.

Vor diesem Hintergrund konnten neue Erkenntnisse zur politischen Sprache in Reden österreichischer und deutscher Politiker gewonnen werden, die anschlussfähig für weitere Untersuchungen sind.

Inhaltsverzeichnis

1.	EINLEITUNG.....	2
1.1	Gegenstand, Aufbau, Forschungsfragen und Zielsetzung der Arbeit	3
1.2	Theoretischer Rahmen	6
1.2.1	Politolinguistik	6
1.2.2	Diskurslinguistik.....	7
1.2.3	österreichische und deutsche Zeitgeschichte	8
2.	SPRACHLICH-FUNKTIONALE MERKMALE	10
2.1	Lexik	10
2.1.1	Ideologievokabular	11
2.1.2	Schlagwörter.....	13
2.1.3	Komposita.....	18
2.1.4	Begriffe besetzen.....	19
2.2	Satzebene.....	22
2.2.1	Saliente Sätze.....	23
2.2.2	Rhetorische Figuren.....	24
2.3	Topik	27
2.4	Framing	28
2.4.1	Frame-Elemente	30
2.4.2	Framing-Prozess	31
2.4.3	Explizite und implizite Grundannahmen des Framing-Ansatzes	32
2.4.4	Frames im Diskurs	33
2.4.5	Priming.....	34
2.5	Metaphorisierung.....	34
2.5.1	Metapherntheorie	35
2.5.2	Kognitive Metapher	36
2.5.3	Funktionen.....	36
3.	DISKURSIVE ASPEKTE	40
3.1	Textzusammenhänge	40
3.2	Wissensbestände	40
3.3	Sprache und Macht	41
4.	HISTORISCHE BEZÜGE.....	43
4.1	Der Zweite Weltkrieg.....	43
4.2	Ära 1945/1946.....	44
4.3	Die späten 1980er- und frühen 1990er-Jahre	46

4.4	Aufarbeitung der NS-Vergangenheit	48
4.5	Opferthese	51
5.	KORPUSANALYSE	55
5.1	Ära 1945/46	57
5.1.1	Karl Renner	57
5.1.2	Konrad Adenauer	63
5.1.3	Leopold Figl	71
5.1.4	Zwischenfazit	76
5.2	Ära 1980er-/1990er-Jahre	78
5.2.1	Franz Vranitzky.....	78
5.2.2	Richard von Weizsäcker	84
5.2.3	Willy Brandt	91
5.2.4	Zwischenfazit	96
6.	ERGEBNISSE UND FAZIT	99
7.	LITERATURVERZEICHNIS.....	107
8.	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	109
9.	TABELLENVERZEICHNIS	109
10.	ANHANG.....	110
10.1	Karl Renner (KR 1945)	110
10.2	Konrad Adenauer (KA 1946)	113
10.3	Leopold Figl (LF 1946).....	133
10.4	Franz Vranitzky (FV 1991).....	139
10.5	Richard von Weizsäcker (RvW 1985)	144
10.6	Willy Brandt (WB 1989)	152

1. Einleitung

Reden spielen nicht zuletzt in der Politik eine gewichtige Rolle. Die Rhetorik prägt entscheidend die politische Sphäre, mit ihren Mitteln können Menschen überzeugt, aber auch manipuliert werden. Gerade deshalb ist es besonders interessant und lohnend, im Rahmen dieser Masterarbeit am Beispiel ausgewählter Reden die *politische Sprache* zu analysieren, um deren persuasive Wirkung zu reflektieren. Seit der Antike sind unzählige politische Reden überliefert, einige davon haben eine historische Dimension erlangt. „Äußerungen von Politikerinnen und Politikern sowie anderen Akteuren im politischen Raum werden in der Öffentlichkeit meistens durch ihren salienten Charakter zu Diskursobjekten“ (Fábián / Trost 2020: V).

Vor allem in der Zeit großer Kriege (wobei mit „groß“ natürlich keinesfalls etwas „Heroisches“ gemeint ist) spielt(e) die politische Rede eine wesentliche Rolle im Zusammenhang mit der Ausübung von Macht. Denkt man etwa an den 2. Weltkrieg zurück – der zwar in einer historischen Dimension noch nicht sehr lange in der Vergangenheit liegt, aber dennoch gegenwärtig für viele Menschen subjektiv bereits unwirklich fern scheint – waren es etwa die Reden Hitlers oder Churchills, die – aus völlig unterschiedlichem ideologischem Hintergrund heraus und mit diametralen Zielsetzungen – Millionen von Menschen bzw. ganze Nationen und Länder beeinflussten, bewegten und „Geschichte machten“.

Besonders relevant und reizvoll erscheint in diesem Zusammenhang die Analyse von politischen Reden, die sich in Zeiten von Unklarheit, Unsicherheit, Zerwürfnis, Zerfall und Wiederaufbau an Gesellschaften als Ganzes richten. Was machen die „Wortmächtigen“ des Landes, um die Bevölkerung zu „erreichen“? Wie können neue Ideen „unter das Volk“ gebracht werden, das gerade vor einem gewaltigen Umbruch steht? Vor allem in schwierigen Zeiten müssen Politiker:innen ihr Handeln und sich selbst sprachlich überzeugend präsentieren. Am Ende des 2. Weltkrieges standen viele Länder, nicht zuletzt aber Deutschland und Österreich vor einem radikalen, äußerst schwierigen Neuanfang. Dabei wird der 8. Mai 1945 als Tag der Befreiung vom verbrecherischen NS-Regime markiert. Viele Staaten werden zurecht als dessen Opfer bezeichnet und anerkannt. Heute ist jedoch klar, dass Österreich *kein* Opfer, sondern vielmehr Mittäter und Mitläufer war. Die auf die „Moskauer Deklaration“ der alliierten Mächte USA, UdSSR und Großbritannien zurückgehende „Opferthese“, die bis in die 1980er-Jahre das österreichische (Selbst-)Bewusstsein geprägt hat, ist historisch widerlegt. Umso interessanter ist die Frage, wie die deutschen und österreichischen Politiker:innen in der frühen Phase nach dem Kriegsende 1945 mit der Frage der NS-Schuld umgegangen sind. Zudem kommt die allgemeinere Frage, wie es ihnen gelang, das Denken der Menschen, die das Hitler-Regime so viele

Jahre lang mit(er)lebten – und mitgetragen hatten –, in neue Bahnen zu lenken. Die vorliegende Masterarbeit fokussiert deshalb einerseits ausgewählte Reden deutscher und österreichischer Spitzenpolitiker¹, die in der historischen Zäsur der unmittelbaren Nachkriegszeit gehalten wurden – einer Zeit, als Deutschland und Österreich als von den alliierten Siegermächten besetzte Staaten geprägt waren von Demokratisierung (vgl. Danyel 2014: 89), Entnazifizierung (vgl. Danyel 2014: 50) und Entmilitarisierung (vgl. Danyel 2014: 51). Es war ein historischer Abschnitt, der für die Gesellschaften dieser Länder gekennzeichnet war von Armut, Arbeits- und Perspektivenlosigkeit, der Großteil der Städte lag in Schutt und Asche.

Die zweite, wesentliche historische Zäsur, die den Kontext in der Masterarbeit von als Material ausgewählten Reden bildet, stellen die (späten) 1980er-Jahre bzw. beginnenden 1990er-Jahre dar. Es handelt sich wieder um eine Zeit des tiefgreifenden Umbruchs, geprägt durch das Ende des Kalten Krieges, den Zerfall des kommunistischen Ostblocks, die Wiedervereinigung Deutschlands und die beginnende Integration Österreichs in die Europäische Union.

1.1 Gegenstand, Aufbau, Forschungsfragen und Zielsetzung der Arbeit

Den Untersuchungsgegenstand dieser politolinguistisch ausgerichteten Masterarbeit bilden sechs ausgewählte Reden, die von österreichischen und deutschen Spitzenpolitikern im Kontext der beiden oben genannten historischen Zäsuren der Ära nach 1945 gehalten wurden. Analysiert werden dabei einschlägig funktionale Merkmale auf der Wort- und Satzebene sowie der Semantik, aber auch intertextuelle diskursive Aspekte sowie makrodimensionale historische Bezüge.

Im ersten Teil der Masterarbeit wird das Thema theoretisch eingebettet. Methodisch erfolgt dabei eine hermeneutische Auswertung von Fachliteratur. Hier werden unter anderem die im zweiten, empirischen Teil der Arbeit relevanten sprachlich-funktionalen Phänomene theoretisch eingeführt und mit Hilfe von Beispielen veranschaulicht. Genauer geht es dabei um die einschlägige Lexik – *Schlüsselwörter*, *Ideologievokabular*, *Schlagwörter*, *Komposita* – und das *Begriffe-Besetzen*. Im Hinblick auf die Satzebene werden rhetorische Figuren präsentiert. Des Weiteren werden Konzepte für semantische Phänomene von z. T. erheblicher Wirksamkeit – das *Framing* und die *Metaphorisierung* – vorgestellt.

¹ Hier wird bewusst die männliche Form verwendet, da in der Masterarbeit begründet (s. weiter unten) nur Reden männlicher Politiker untersucht werden.

Zudem werden diskursive Aspekte theoriegeleitet reflektiert. Dabei soll auf folgende, diskurslinguistisch zentrale Probleme eingegangen werden: In welchen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen stehen Texte (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 125–126), auf welche kollektiven Wissensbestände stützen sich Aussagen (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 92), wie wird die komplexe Wirklichkeit sprachlich strukturiert (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 108) und wie wird Sprache eingesetzt, um Machtverhältnisse zu etablieren bzw. zu stabilisieren (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 100).

Da sich diese Masterarbeit mit zwei bedeutenden historischen Zäsuren befasst, sollen die historischen Bezüge theoretisch eingebettet werden. Genauer sollen die wesentlichen Elemente der Zeit direkt nach dem 2. Weltkrieg (1945–1946) und der 1980er-Jahren bzw. frühen 1990er-Jahren genannt werden. Hier sollen die Gründe der Auswahl der Zäsuren verdeutlicht werden. In Hinblick auf den späteren Analyseteil ist die Frage nach dem Umgang mit der Schuld an den Verbrechen des NS-Regimes von besonderer Relevanz. Im Wesentlichen soll an dieser Stelle die Opferthese theoretisch fundiert werden.

Der zweite Teil vorliegender Masterarbeit umfasst die empirische Untersuchung eines Korpus ausgewählter Reden. Die Ergebnisse werden dabei auf Basis einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (nach Kuckartz / Rädiker 2022) mittels Applikation der Software MAXQDA gewonnen.

Das Korpus besteht aus sechs Reden österreichischer und deutscher Spitzenpolitiker, wobei drei Reden aus der Zeit direkt nach dem 2. Weltkrieg (1945–1946) und drei aus den 1980er-Jahren bzw. frühen 1990er-Jahren stammen. Der Umfang des Korpus entspricht dem Rahmen einer Qualifikationsarbeit bzw. resultiert aus forschungspraktischen Überlegungen.

Die Analyse wird wiederum in zwei Teile gegliedert, da vorerst die Reden hinsichtlich der beiden historischen Zäsuren getrennt betrachtet werden. Erst im Anschluss werden die Ergebnisse gegenübergestellt. Demnach wird der Fokus zuerst auf die Reden direkt nach dem 2. Weltkrieg gelegt. Bei den ausgewählten Rednern handelt es sich um folgende Persönlichkeiten: Karl Renner, sozialdemokratischer Politiker und prägender österreichischer Staatsmann des 20. Jahrhunderts, der im Zeitraum von 1945 bis 1950 der erste Bundespräsident der Zweiten Österreichischen Republik war. Renners Rede „Die provisorische Regierung 1945“, die er am 19. Dezember 1945 gehalten hat, wird in dieser Masterarbeit analysiert. Der zweite ausgewählte Redner ist Konrad Adenauer, er war von 1949 bis 1963 der erste Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschlands, außerdem gehört er zu den Begründern der CDU, deren Parteivorsitz er von 1950 bis 1966 innehatte. Hier wird die wohl berühmteste Adenauer-Rede zur Analyse

herangezogen, welche er vor der voll besetzten Aula der Kölner Universität am 24. März 1946 gehalten hat. Der dritte Redner ist Leopold Figl, ein Politiker der Österreichischen Volkspartei und Bundeskanzler Österreichs in den Jahren 1945 bis 1953; analysiert wird seine Rede vom 8. Juli 1946 „Laßt uns Österreicher arbeiten!“.

Zu den Spitzenpolitikern aus der Ära der im Rahmen der Masterarbeit fokussierten zweiten historischen Zäsur, deren Reden für den zweiten Analyseabschnitt ausgewählt wurden, gehört Franz Vranitzky, ein SPÖ-Politiker und österreichischer Bundeskanzler von 1986 bis 1997. Hier wird seine „Rede über die Mitschuld Österreichs“ vor dem Nationalrat im Juli 1991 analysiert. Des Weiteren wird die Rede „Der 8. Mai 1945 – 40 Jahre danach“ von Richard von Weizsäcker zur Analyse herangezogen; von Weizsäcker war ein Politiker der CDU, von 1984 bis 1994 der sechste Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Der dritte im Bunde, der in der Masterarbeit als repräsentativ für die Ära des Endes des Kalten Krieges ausgewählt wurde, ist Willy Brandt, ein Politiker der SPD. Er war unter anderem SPD-Vorsitzender, Regierender Bürgermeister von (West-)Berlin und BRD-Bundeskanzler. Als entscheidender Befürworter der deutschen Wiedervereinigung und Abgeordneter des Bundestages hielt er am 1. September 1989 die Rede „Eine Zeit geht zu Ende“.

Bei der Auswahl der Reden wurde vorwiegend darauf geachtet, dass das Korpus qualitativ repräsentativ ist. Fünf der insgesamt sechs zu analysierenden Reden wurden jeweils im parlamentarischen Kontext (Österreichischer Nationalrat, Deutscher Bundestag) gehalten. Da es im Zeitraum der ersten zu untersuchenden historischen Zäsur noch keinen Deutschen Bundestag gab, bildet die Rede von Konrad Adenauer diesbezüglich eine Ausnahme. Diese Rede gilt jedoch als Adenauers bedeutendste und musste aufgrund ihrer Thematik und Programmatik unbedingt in das Korpus der Masterarbeit integriert werden. Schließlich wurde bei der Auswahl der Reden für das Korpus darauf geachtet, dass hinsichtlich der Redner parteipolitische Ausgewogenheit gegeben ist. Deshalb werden die Reden von drei Sozialdemokraten und von drei Christdemokraten untersucht.

Die Untersuchung der Reden erfolgt mit Blick auf folgende Forschungsfragen:

- a) Welche Parallelen und Unterschiede zeigen sich in den untersuchten Reden in Bezug auf sprachlich-funktionale Mittel, ideologische Positionierungen und historische Bezüge?
- b) Lassen sich dabei markante Unterschiede hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit/Schuld zwischen den Reden österreichischer und deutscher Politiker erkennen?

Insbesondere die Forschungsfrage b) zielt auf die Problematik der weiter oben angesprochenen „Opferthese“ ab.

Abschließend werden die Ergebnisse der Untersuchung zusammengefasst präsentiert und diskutiert sowie die Forschungsfragen beantwortet.

1.2 Theoretischer Rahmen

In diesem Kapitel wird der theoretische Rahmen der Masterarbeit aufgespannt. Sie ist theoretisch eingebettet in die soziolinguistischen Paradigmen der Politolinguistik sowie Diskurslinguistik. Zudem müssen einschlägige Forschungsergebnisse der österreichischen und deutschen Zeitgeschichte berücksichtigt werden.

1.2.1 Politolinguistik

Diese Masterarbeit ist mit der Analyse von Reden im politischen Kontext dem Gegenstandsbereich der Politolinguistik zuzuordnen, demnach bedarf es einer näheren Auseinandersetzung mit diesem Teilgebiet der Linguistik, die mitunter auch als eine der *Bindestrich-Linguistiken* bezeichnet wird (vgl. Niehr 2014: 15).

Die Sprache kann als eines der mächtigsten Instrumente der Politik und nicht zuletzt als Mittel zur Manipulation betrachtet werden. Zudem ist Sprache – im weiten Sinne – überhaupt erst die Bedingung, um Politik ausüben zu können (vgl. Grinth 2015: 1). Sprache dient auch dabei nicht nur der reinen Informationsübermittlung (vgl. Niehr 2014: 12), sondern hilft den Politiker:innen dabei, „politische Handlungen zu begründen, zu kritisieren und zu rechtfertigen, die eigene Position argumentativ zu stützen und glaubwürdig zu vertreten“ (vgl. Grinth 2015: 1). Da Sprache und Politik eng miteinander verknüpft sind, gilt es nicht weiter zu hinterfragen, jedoch stellt sich die – vielfach diskutierte – Frage, was genau unter *politischer Sprache* verstanden werden kann. Allgemein lässt sich diese definieren als eine Sprachform, die von Politiker:innen bzw. „Instanzen der Politik zu Kommunikation im öffentlichen Raum verwendet wird“ (vgl. Fábíán / Trost 2020: 36). Dabei sind diejenigen, die diese Sprache einsetzen, die im Fokus stehenden Akteur:innen der Politik (vgl. Fábíán / Trost 2020: 36). Ein Punkt, der an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben sollte, ist, dass die politische Sprache – bekanntermaßen – nicht der Wahrheitsfindung verpflichtet ist (vgl. Niehr 2014: 13).

Die politische Sprache kann in Bezug auf drei Dimensionen kategorisiert werden: das *Sprechen über Politik*, die *politische Mediensprache* und die *Politiksprache* (vgl. Burkhardt 1996: 81, zit. nach Niehr 2014: 16). In Hinblick auf das vorliegend zu analysierende Korpus aus politischen Reden wird die Ebene der *Politiksprache* im Fokus der weiteren Untersuchung stehen. Diese kann weiter differenziert werden in die *Politikersprache* – etwa im Kontext vorgetragener Reden, den dialogischen Prinzip folgend – und in die *Sprache der Politik* – z. B. in Form von monologischen Diskussionen und Streitgesprächen innerhalb einer Partei (vgl. Burkhardt 1996: 80–81, zit. nach Niehr 2014: 17). Besonders wichtig ist, dass politische Sprache sich nicht allein auf die Kommunikation politischer Akteur:innen bezieht, sondern immer in einem gesellschaftlichen Kontext eingebettet ist – das Sprachverhalten der Bevölkerung als Ganzes ist dabei nicht unbedeutend (vgl. Niehr 2014: 19).

Die Aufgabe der Politolinguistik besteht darin, entsprechende sprachliche Phänomene wertfrei zu beschreiben und zu erklären, demnach ist sie ein Teil der deskriptiven Linguistik (vgl. Niehr 2014: 18). Dabei werden nicht nur einzelne lexikalische Phänomene auf der Wortebene in den Blick genommen, sondern ganze Texte und deren Spezifika untersucht. Zudem bilden Diskurse – mehrere Texte mit gleicher oder ähnlicher Thematik – eine Analysegrundlage der Politolinguistik (vgl. Niehr 2014: 10).

Dass sich die Politolinguistik vor allem in Deutschland seit der Nachkriegszeit etabliert hat, liegt daran, dass die Politiker² des NS-Regimes gekonnt bzw. gezielt mit der Sprache umgegangen sind (vgl. Niehr 2014: 18). Außerdem stellten sich viele Sprachwissenschaftler:innen lange die Frage, ob die Teilung Deutschlands auch eine sprachliche Veränderung mit sich brachte (vgl. Niehr 2014: 18).

1.2.2 Diskurslinguistik

Das zweite theoretische Paradigma, in dem sich die vorliegende Masterarbeit verortete, stellt die Diskurslinguistik dar.

Die Diskurslinguistik beschäftigt sich mit dem Verhältnis zwischen Sprache, Wissen und Gesellschaft (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 1). Sprache (in Diskursen) (re-)produziert und evolviert Wissen und konstruiert Wirklichkeit. Betrachtet man die diskursive Gebrauchsform der

² Hier wird angesichts der Tatsache, dass im Nationalsozialismus nur Männer wortmächtige Politiker waren nur die männliche Form verwendet.

Sprache, die über Texte hinausgeht, so entsteht die Bedeutung einer Aussage erst im Zusammenhang mit ihrer rhetorischen Einbettung bzw. Verwendung (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 15). Es gilt darauf zu achten, dass ein Diskurs nicht nur ein Bündel von Texten darstellt (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 17), sondern die gesellschafts- und wissenskonstituierende Funktion von Sprache repräsentiert bzw. reflektiert (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 10). In dieser Arbeit wurde die Diskurslinguistik nach Spitzmüller und Warnke (2011) als Grundlage gewählt. Diese basiert auf der Diskurslinguistik nach Foucault, und zwar „sowohl in der modalen als auch in der temporalen Lesart der Präposition: eine Diskurslinguistik, die sich an Foucault orientiert und eine, die Foucault als zentralen Akteur in ihrer eigenen Disziplin, auch wissenschaftshistorisch voraus-setzen muss“ (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 3 [Hervorhebungen im Original]). Der Diskurs ist somit vielmehr eine „virtuelle Gesamtheit von Äußerungen zu einem Kontext in einer analytisch gegebenen Zeit“ (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 24). Die Aufmerksamkeit der Diskurslinguistik richtet sich auf „das Erscheinen von Aussagen in zeitlichen, konkreten Kontexten“ (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 123). Eine Prämisse hinsichtlich der dabei untersuchten Aussagen ist, dass diese stets unter gewissen Voraussetzungen auftreten (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 123). Dementsprechend fragt die Diskurslinguistik „nach den raumzeitlich benennbaren Bedingungen von Aussagen, die als Kontexte und Voraussetzungen des Redens und Schreibens erfassbar sind“ (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 124).

Vor allem im Zusammenhang der Analyse von Reden einer vergangenen Zeit muss die Historizität der Sprache beachtet werden. Bei einer diskurslinguistischen Analyse ist „die Notwendigkeit eines Bewusstseins der eigenen Historizität“ (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 194) und zum anderen „das Wissen um die Geschichtlichkeit der behandelten Gegenstände“ (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 194) von Bedeutung.

1.2.3 österreichische und deutsche Zeitgeschichte

Wie bereits mehrfach erwähnt ist Sprache – oder expliziter ausgedrückt, sind sprachliche Ausdrücke und Diskurse – stets (mit-)bestimmend für gesellschaftliche Verhältnisse und zugleich von gesellschaftlichen Verhältnissen mitbestimmt (vgl. Niehr 2014: 21). Nicht ohne Grund wurden in vorliegender Untersuchung die beiden genannten historischen Ären ausgewählt, sie bilden jeweils einen markanten Einschnitt in der jüngeren Geschichte.

Vor der ersten dieser Zäsuren war die Sprache im damaligen Deutschen Reich geprägt von der Ideologie des nationalsozialistischen Regimes und dessen Politik (vgl. Niehr 2014: 25). Die deutschen Wörter *Führer* und *Konzentrationslager* waren beispielsweise typische Alltagswörter der NS-Zeit (vgl. Niehr 2014: 25). Heute würde man von der *unmarkierten* Verwendung

dieser Lexeme wohl absehen. Der Grund dafür ist die negative Assoziation mit dem Nationalsozialismus. Vor allem nach der Befreiung vom Hitler-Regime versuchte man in Deutschland und Österreich eine radikale Trennung vom NS-Wortschatz, gewissermaßen eine sprachliche *Entnazifizierung*.

Der Sprachgebrauch ist stets geprägt von Historizität (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 194), demnach gilt es in der vorliegenden Untersuchung, die Analyse der ausgewählten politischen Reden in relevante Aspekte ihres zeitgeschichtlichen Kontextes einzubetten.

Einschlägige Ergebnisse der Forschung zur österreichischen sowie deutschen Zeitgeschichte bilden somit ebenfalls eine wesentliche Komponente des theoretischen Rahmes dieser Masterarbeit. Demnach wird ein Abschnitt des Theorieteils der Arbeit sich genauer mit der historischen Einbettung der zur Analyse ausgewählten Reden auseinandersetzen. Auf allgemein bekannte Fakten – nach dem 2. Weltkrieg wurde Österreichs Zweite Republik ausgerufen, in diesem Zusammenhang wurde Renner zum Kanzler der provisorischen Regierung ernannt; das Österreich wieder ein selbstständiger Staat werden soll, wurde bereits während des Krieges beschlossen; Österreich galt als Opfer des Nationalsozialismus; in Deutschland sah die Situation prekärer aus; nach der Kapitulation Deutschlands übernahmen die Siegermächte die Macht und das Land wurde in vier Besatzungszonen aufgeteilt; auch Österreich unterliegt den Siegermächten – muss intensiver eingegangen werden, um eine Analyse sinnvoll gestalten zu können.

2. sprachlich-funktionale Merkmale

Ziel dieser Masterarbeit ist es, das ausgewählte Textkorpus auf mehreren Ebenen zu analysieren. In der einschlägigen Forschung ist es durchaus üblich, sich auf *eine* mögliche Ebene zu fokussieren, beispielsweise gibt es viele Untersuchungen zu *Schlag-* oder *Schlüsselwörtern* im Kontext historischer Zäsuren. Aktuell lässt sich vermehrt beobachten, dass sich politolinguistische Analysen überwiegend auf die Diskursebene beziehen. Mitunter ein Grund dafür könnte sein, dass der Begriff „Diskurs“ sich in den letzten Jahren zu einer Art Modewort entwickelt hat (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 5). Vorliegende Untersuchung soll nicht auf eine einzige Analyseebene eingegrenzt werden, vielmehr erfolgt die Analyse der sechs ausgewählten Reden auf der Wort-, Satz-, Text- und Diskursebene. Damit soll nicht nur eine möglichst umfängliche Interpretation geleistet, sondern vor allem eine aufschlussreiche Beantwortung der Forschungsfragen ermöglicht werden.

In diesem Kapitel wird die Untersuchung sprachlich-funktionaler Merkmale theoretisch fundiert. Dabei werden relevante Merkmale der Lexik sowie der Satzebene vorgestellt. Des Weiteren bilden die Reflexion der Konzepte *Topik*, *Framing* und *Metaphorisierung* einen wesentlichen Teil dieses Kapitels der Masterarbeit.

2.1 Lexik

Klein (2009) nennt die Kontextualisierung der Welt „eine zentrale Leistung der Sprache“, die (u. a.) auf lexikalischer Ebene stattfindet (vgl. Klein 2009: 2116). In Hinblick auf die politische Sprache (s. weiter oben) beziehen sich Aussagen zwar prinzipiell auf Grundsätzliches, zusätzlich verweisen Einzelaussagen aber auch auf die jeweilige Parteitradition und entsprechende Werte (vgl. Fábíán / Trost 2020: 169). Im Allgemeinen ist eine Aussage im politischen Kontext auf politische Kontrahent:innen ausgerichtet, ist rücksichtsvoll gegenüber Anhänger:innen und wirbt um Unentschlossene. Da politische Sprache für jeden zugänglich ist, ist sie grundsätzlich kritisier- sowie diskutierbar (vgl. Fábíán / Trost 2020: 167). Die Politolinguistik beschäftigt sich intensiv mit entsprechenden Sprachstrategien, beispielsweise dem gezielten Verwenden oder Vermeiden bestimmter Lexeme (vgl. Niehr 2014: 64). In diesem Zusammenhang hat sich der Ausdruck *Begriffe besetzen* (s. 2.1.4) etabliert (vgl. Niehr 2014: 64). Vor allem in Bezug auf das persuasive Potenzial können *Schlagwörter* (s. 2.1.2) auf lexikalischer Ebene überzeugen (vgl. Klein 2009: 2114). Prinzipiell stellt sich die Frage, ob man von einem politischen Wortschatz im Sinne einer eigenen politischen Lexik sprechen kann. Die Forschung ist sich einig, dass der politische Wortschatz überwiegend aus der Alltagssprache stammt und demnach

nichtfachsprachlich geprägt ist – er orientiert sich an einer allgemeinen Verständlichkeit und wirbt um Zustimmung (vgl. Niehr 2014: 64–65). Man kann zwischen mehreren Teilbereichen im Wortschatz der Politik unterscheiden: Wörter mit Bezug „auf die politischen Grundüberzeugungen (Ideologievokabular), auf die politischen Institutionen selbst (Institutionsvokabular), auf die zu regelnden Sachbereiche (Ressortvokabular) [und] auf eine Vielzahl unspezifischer Handlungszusammenhänge (allgemeines Interaktionsvokabular)“ (Klein 2009: 2114). Im Hinblick auf die vorliegende Arbeit ist vor allem das genannte *Ideologievokabular* von Relevanz.

2.1.1 Ideologievokabular

In vielen politischen Texten wird überwiegend das Ideologievokabular eingesetzt (vgl. Niehr / Kilian / Schiewe 2020: 88). Daher wird dasselbe häufig als typischer politischer Wortschatz eingestuft und als solcher identifiziert (vgl. Niehr 2014: 65).

Niehr (2014) verweist auf drei Merkmale des Ideologievokabulars: Es kann deontisch (handlungsanweisend), stark evaluativ (bewertend) oder denotativ (deskriptiv) sein; in Hinblick auf die Wortbedeutung kann es zu Bedeutungs- sowie Bezeichnungskonkurrenz kommen (vgl. Niehr 2014: 66). Auch ideologiesprachliche Ausdrücke besitzen eine denotative Bedeutung, d. h. eine begriffliche Grundbedeutung. Zusätzlich verfügen sie aber über eine konnotative (Neben-)Bedeutung, dabei handelt es sich um evaluative Merkmale (vgl. Niehr 2014: 67) – z. B. *Demokratie*: [gut], *Diktatur*: [schlecht] – und um „nicht definitorische, gegenstandsbezogene Merkmale“ (Niehr 2014: 67) – z. B. *die Alliierten*: [tapfer]. Demnach kann bei der Verwendung ideologiesprachlicher Ausdrücke die Bezeichnung eines Sachverhaltes (o. Ä.) gleichzeitig zu einer Bewertung desselben führen (vgl. Niehr 2014: 66). Eine solche Wertung wird etwa vermittelt, wenn man das Wort *Menschenrechte* ausspricht. Dabei handelt es sich um ein Lexem, welches in der Regel positiv aufgefasst wird. Demgegenüber könnte man das Wort *Ausgrenzung* als Beispiel für ein negativ bewertetes Wort anführen. Wörter des Ideologievokabulars, die mit einer positiven Wertung besetzt sind, werden mitunter *Hochwert-* oder *Fahnenwörter* genannt (vgl. Niehr 2014: 66). Insbesondere die deontische Bedeutung von ideologiesprachlichen Ausdrücken ist für die Politolinguistik von Interesse. Ein Lexem mit deontischem Gehalt soll „handlungsanweisend“ verstanden werden. Niehr (2014) verweist in diesem Zusammenhang auf die Definition der deontischen Bedeutung von Fritz Hermanns (vgl. Niehr 2014: 68). Hermanns (1989) schreibt, dass deontische Bedeutungskomponenten auf ein Nicht-Dürfen, Dürfen oder Sollen hinweisen (vgl. Hermanns 1989: 74, zit. nach Niehr 2014: 68). „Das

Paradebeispiel für ein Wort mit einer deontischen Bedeutung ist das Wort *Ungeziefer*, in dessen Bedeutung mit enthalten ist, daß man das vertilgen und ausrotten soll, was man als Ungeziefer bezeichnet“ (Hermanns 1989: 74, zit. nach Niehr 2014: 68). Vor allem in der Zeit des nationalsozialistischen Regimes waren die Wörter *Ungeziefer*, *Parasiten* und *Unkraut* beliebte Ausdrücke mit politolektal stabiler deontischer Bedeutung (vgl. Niehr 2014: 68).

Niehr / Kilian / Schiewe (2020) verweisen unter Berufung auf Hermanns darauf, dass „zahlreiche ideologiesprachliche Ausdrücke eine Symptomfunktion haben, die es erlaubt, Rückschlüsse auf die Parteizugehörigkeit des Sprechers zu ziehen“ (Hermanns 1982: 89, zit. nach Niehr / Kilian / Schiewe 2020: 88). In diesem Zusammenhang sind vor allem Fahnen- oder Stigmawörter gemeint, denn dabei handelt es sich überwiegend um parteigebundene Wörter (vgl. Niehr / Kilian / Schiewe 2020: 88). Wenn Ausdrücke ideologiegebunden sind, kommt es oft zu Bedeutungs- und Bezeichnungskonkurrenz. Die Bedeutung eines Ausdruckes kann nämlich in unterschiedlichen Gruppen variieren, und daraus resultiert Bedeutungskonkurrenz (vgl. Niehr 2014: 66). Demnach wird etwa *Sozialismus* im entsprechenden Bezugsrahmen als Hochwertwort aufgefasst, in einem nichtsozialistischen Kontext jedoch nicht (vgl. Niehr 2014: 69). Bei einer Bezeichnungskonkurrenz hingegen wird ein Sachverhalt anders benannt und somit verschieden wahrgenommen (vgl. Niehr 2014: 66). Indem man den *Kriegsdienst* als *Friedensdienst* bezeichnet, wird eine negative Komponente durch eine positive ersetzt. Es werden diejenigen Aspekte eines Sachverhalts hervorgehoben, die aus parteilicher Perspektive die gewünschte positive oder negative Deontik hervorrufen (vgl. Klein 2009: 2121). So kann mitunter auch *Wettbewerb* durch *Profitmaximierung* oder *Unternehmer:in* durch *Kapitalist:in* ersetzt werden, um so ein negatives Bild zu schaffen (vgl. Klein 2009: 2121).

„Das Ideologievokabular umfasst die Wörter, in denen politische Gruppierungen ihre Deutungen und Bewertungen der politisch-sozialen Welt, ihre Prinzipien und Prioritäten formulieren“ (Klein 2014: 64). Klein (2014) verweist in diesem Zusammenhang auf drei unterschiedliche Typen von Lexemen. Erstens Wörter, die „grundlegende soziale Beziehungen und Formationen“ (Klein 2014: 64) vermitteln. Zweitens Wörter, mit denen die Prinzipien einer „Organisation des politischen Lebens“ (Klein 2014: 64) ausgedrückt werden, und drittens Wörter, die „grundlegende Werte und Handlungsorientierungen“ (Klein 2014: 64) bezeichnen. Bei Ersteren handelt es sich um Wörter wie *Gemeinschaft* und *Familie* in bürgerlich-konservativer Auffassung (vgl. Klein 2014: 64). In marxistischer Auffassung wären es etwa die Lexeme *Kampf* und *Klasse* (vgl. Klein 2014: 64). Wörter im Sinne einer Vermittlung der Prinzipien einer

Organisation wären mitunter *parlamentarische Demokratie*, *freie Wahlen* und *Pressefreiheit* (vgl. Klein 2014: 64). Bei diesen Beispielen handelt es sich um Lexeme, die alltäglich gebraucht werden, und die jeweilige Grundannahme dahinter wird von den meisten geteilt. Dadurch wird der Anschein erweckt, diese Begriffe wären nicht ideologisch gefärbt. Dennoch zählen sie zum Ideologievokabular, da es durchaus andere Ideologien – wie die marxistisch-leninistischen, faschistischen und religiös-fundamentalen Ideologien – gibt, die diese Prinzipien nicht präferieren (vgl. Klein 2014: 64). Lexeme, die Werte und Handlungsorientierungen vermitteln, sind etwa *Menschenrechte*, *Freiheit*, *Solidarität* und *Würde des Menschen* (vgl. Klein 2014: 64). Je nachdem, welcher Ideologie eine politische Partei zugehörig ist, variiert die Verwendung der einzelnen Lexeme – so würde eine religiös-konservative Person wohl eher von *Ehrfurcht vor Gott* sprechen als etwa eine marxistisch orientierte Person (vgl. Klein 2014: 64). Die Unterschiedlichkeit einzelner Ideologien zeigt sich auch in der Verwendung bestimmter Lexeme. Gleichlautende Wörter variieren in ihrer Bedeutung bezüglich ihres Ranges und ihres Referenzbereiches (vgl. Klein 2014: 65). Mit dem Rang ist die Einordnung eines Begriffs im ideologischen Wertsystem gemeint; als Referenzbereich bezeichnet man jenen Bereich, auf welchen der Wertbegriff referiert (vgl. Klein 2014: 65). Es scheint, als wäre das Ideologievokabular per se mit einer Meinungssprache gleichzusetzen, da die grundlegende politische Orientierung kommuniziert wird (vgl. Klein 2014: 65). Dennoch bildet das Ideologievokabular lediglich eine Teilmenge der politischen Meinungssprache (vgl. Klein 2014: 65). „In allen Kontroversen wird Meinungssprache geredet. Aber beileibe nicht jede politische Kontroverse hat ideologischen Charakter im Sinne des hier verwendeten Ideologiebegriffs“ (Klein 2014: 67). Im politischen Meinungsaustausch – der auch als Meinungskampf bezeichnet werden kann – bilden *Schlagwörter* eine der Hauptwaffen (vgl. Klein 2014: 67).

2.1.2 Schlagwörter

Ein Schlagwort ist ein (Mehrwort-) Lexem, das in der Regel durch seine gesteigerte Frequenz auffällt. Es steht verkürzend als Zeichen für Programme, Ideen oder Sachverhalte und verbindet mit diesem programmatischen Gehalt einen Meinungsgehalt. [...] Im Verhältnis zu anderen Gebrauchsweisen verfügt das Schlagwort über eine Art Mehrwert, der in einem großen Assoziationsreichtum besteht. [...] Das Schlagwort wird in einem Diskurs über ein brisantes Thema appellativ zur Werbung für oder gegen eine Position gebraucht, wobei es eine affektive Stellungnahme beim Rezipienten auslöst. (Felbick 2003: 25)

Im Laufe der Geschichte prägen bestimmte Ereignisse – Kriege, Revolutionen, Börsenkaptiolen u. Ä. – auch unseren Sprachgebrauch. *Schlüsselwörter* sind Begrifflichkeiten, die rückwirkend aus einer Betrachter:innenperspektive heraus eine spezielle vergangene Situation beschreiben (vgl. Felbick 2003: 27). Ein Schlagwort hingegen hat zu einem bestimmten Zeitpunkt eine

besonders hohe Aktualität; es wird in einem gewissen Kontext häufig gebraucht und besitzt dadurch eine ihm innewohnende Brisanz (vgl. Felbick 2003: 2). Historisch bedeutende Einschnitte – in Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs – bringen demnach eigene Schlagwörter hervor (vgl. Felbick 2003: 14). Betrachtet man Saussures Zeitachse, dann kann das Schlüsselwort der Diachronie und das Schlagwort der Synchronie zugeordnet werden (vgl. Felbick 2003: 27). Das Schlüsselwort gilt als Hilfsmittel der Rezeption und das Schlagwort steht im Spannungsfeld von Aktion und Reaktion (vgl. Felbick 2003: 27). Schlagwörter gehen mit der Zeit nicht verloren, sondern können als historische Termini weiter bestehen (vgl. Felbick 2003: 23). Schlagwörter wie *Kalter Krieg* oder *Eiserner Vorhang* wecken Erinnerungen an frühere Verwendungen derselben (vgl. Felbick 2003: 23).

Felbick (2003) hat sich intensiv mit den Schlagwörtern der Nachkriegszeit beschäftigt. Dabei konnte er feststellen, dass die Schlagwörter zwischen 1945 und 1949 entweder als Bezugnahme zu gewissen Dingen, Ereignissen oder Sachverhalten fungieren oder (in wenigen Fällen) als Neuprägungen auftreten (vgl. Felbick 2003: 14).

Ein Schlagwort hat eine bestimmte semantische Struktur und eine gewisse Funktion in der Kommunikation; es handelt sich um eine lexikalische Einheit (vgl. Felbick 2003: 17). Die entsprechenden Termini sollten kurz und treffend sein, eine prägnante Form aufweisen (vgl. Felbick 2003: 17–18) – im Grunde muss das Wort „einschlagen“. Gemeint sind dabei etwa Alliterationen und Metaphern mit einer Originalität im Sinne von *Kalter Krieg* oder *Eiserner Vorhang* (vgl. Felbick 2003: 18). Dass Schlagwörter eine prägnante Form aufweisen, ist von Vorteil, jedoch kein festes oder wiederkehrendes Merkmal (vgl. Felbick 2003: 17). So können auch Namen als (Komponenten von) Schlagwörtern fungieren (vgl. Felbick 2003: 17). Als Beispiel kann etwa der *Marshall-Plan* gelten, ein bedeutendes Schlagwort der Nachkriegszeit.

Um im gesamtgesellschaftlichen Kontext entsprechend wahrgenommen zu werden, ist ein vermehrtes Vorkommen eines Schlagwortes nicht unbedeutend, aber nicht wesentlich (vgl. Felbick 2003: 18). Relevant ist jedoch, dass Schlagwörter stets Bedeutungskomponenten voraussetzen (Vgl. Felbick 2003: 19). Es benötigt eine Kenntnis über den Terminus, damit dieser auch die gewünschte Wirkung erzielen kann. Bei der Anwendung im Meinungs Austausch (Debatte) oder in Minimalkontexten (Plakate) wird auf eine bestimmte Reaktion abgezielt, und diese kann nur erreicht werden, wenn der Kontext, in welchem das Schlagwort eingebettet ist, bekannt ist (vgl. Felbick 2003: 19). Der programmatische Gehalt der Schlagwörter bezieht sich dabei auf die kognitive Funktion, komplexe Dinge sprachlich vereinfacht dazustellen (vgl. Felbick 2003:

19–20). Ein entsprechendes Wort verweist nicht nur auf das damit zusammenhängende politische Programm, die Idee oder den Sachverhalt, sondern es ist stets verbunden mit einer gewissen Wertung und Zielvorstellung (vgl. Felbick 2003: 20). Zu den bekanntesten Schlagwörtern, die programmatisch verkündet wurden, zählen jene der Französischen Revolution *liberté, égalité* und *fraternité* sowie im heutigen historischen Kontext das Schlagwort *Globalisierung* (vgl. Fábíán / Trost 2020: 189).

Interpretation und Auffassung eines Wortes können unterschiedlich sein, dasselbe gilt auch für Schlagwörter. Bei dieser Unterschiedlichkeit handelt es sich um ein relevantes Merkmal von Schlagwörtern, wobei anzumerken ist, dass es keine richtige oder falsche Interpretation geben kann (vgl. Felbick 2003: 20). Da derartige Termini komplexere Sachverhalte (o. ä.) vereinfacht darstellen, ist demzufolge auch ein breiter Interpretationsspielraum vorhanden (vgl. Felbick 2003: 20). Da verschiedene Interpretationen möglich sind, kann die Assoziation mit einem Schlagwort umstritten sein (vgl. Felbick 2003: 21). Das Wort *Demokratie* etwa wird im Grunde fast ausnahmslos befürwortet, aber über die Umsetzung einer demokratischen Herrschaftsform herrscht(e) keinesfalls Einigung (vgl. Felbick 2003: 21). Weniger uneindeutig ist ein Schlagwort, wenn es bereits in einen Kontext eingebettet präsentiert wird. Wird ein Schlagwort von einer Partei oder einer bestimmten Gruppe eingesetzt, wird der Interpretationsspielraum stark eingeschränkt (vgl. Felbick 2003: 22). Die Partei zielt mit der Verwendung grundsätzlich stets auf eine bestimmte Reaktion ab und das Schlagwort fungiert als ein sprachliches Identifikationsmerkmal der Partei (vgl. Felbick 2003: 22). Da Parteien in ein ideologisches Wertesystem eingebettet sind, ist auch deren Sprachgebrauch entsprechend angepasst (vgl. Felbick 2003: 16). In den Parteiprogrammen, Reden, Debatten u. ä. der CDU sind die Schlagwörter *Christentum* und *Abendland* seit jeher verankert (vgl. Felbick 2003: 16). Die Partei macht stets auf die Gegenüberstellung und strikte Trennung von *Christentum* und *Marxismus* aufmerksam; dabei wird *Marxismus* zum Feindwort (vgl. Felbick 2003: 16).

Parteien (u. ä. Gruppierungen) verwenden Schlagwörter hauptsächlich, um für ihren eigenen Standpunkt zu werben oder um sich gegen (politische) Gegner:innen / Konkurrent:innen zu behaupten (vgl. Felbick 2003: 23). Ein Schlagwort tritt häufig in einem Diskurs mit brisantem Thema auf, um eine spezielle Wirkung zu erreichen (vgl. Felbick 2003: 23). „Schlagwörter lassen den oder die Rezipienten aufmerksam, provozieren eine affektive Stellungnahme, sie polarisieren“ (Felbick 2003: 24). Ein Schlagwort wird zu einer bestimmten Zeit von gewissen Gruppen mit einer gezielten Funktion verwendet (vgl. Niehr 2014: 71). Diese Funktionen sind u. a. die Emotionalisierung und die gesellschaftliche Kontrolle (vgl. Niehr 2014: 71). Mitunter

werden Schlagwörter als „Instrumente der politischen Beeinflussung“ (Klein 2014: 67) sowie als „Hauptwaffe der politischen Auseinandersetzung“ (Klein 2014: 67) bezeichnet. Klein (2014) verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass eine politische Auseinandersetzung stets auch ein Kampf um Wörter – unter anderem Schlagwörter – ist (vgl. Klein 2014: 67).

Durch die grob vereinfachte Darstellung von Sachverhalten durch Schlagwörter wird oftmals eine Gegenüberstellung von Gegensatzpaaren impliziert (vgl. Niehr 2014: 71). Da die Welt komplexer ist als eine strikt getrennte Gegenüberstellung, wird durch den Schlagwortgebrauch aktiv zurückgedrängt (vgl. Niehr 2014: 72). Dementsprechend wird beispielsweise impliziert, dass u. a. *Freiheit* und *Sozialismus* zwei Gegensatzpaare sind³ (vgl. Niehr 2014: 71).

Auf den 2. Weltkrieg folgte der Ost-West-Konflikt, in dieser Zeit wurden Hochwertwörter ideologisch verschärft (vgl. Felbick 2003: 15). So trafen mitunter die Termini *Faschismus* und *Militarismus* auf starke Ablehnung (vgl. Felbick 2003: 15). Schlagwörter wie *Frieden*, *Demokratie*, *Einheit*, *Freiheit*, *Kultur*, *Humanismus* und *Antifaschismus* hingegen implizierten positive Werte und wurden dementsprechend frequent im Sprachgebrauch angewandt (vgl. Felbick 2003: 15). Im Besonderen werden im Schlagwort-Gebrauch der Nachkriegszeit vermehrt Bildungen auf *-ismus* eingesetzt, diese Bildungen verweisen in den meisten Fällen auf eine negative Bewertung bzw. ablehnende Einstellung hinsichtlich des Schlagwortes (z. B. *Föderalismus*, *Separatismus*) (vgl. Felbick 2003: 38).

Mitunter gibt es verschiedene Arten, ein Schlagwort zu verwenden:

[A]ls abwertender Ausdruck mit Bezug auf die Rede des politischen Gegners [...], als neutraler Ausdruck mit Bezug auf die Rede des politischen Gegners oder des eigenen Lagers [...] oder als neutraler Ausdruck mit Bezug auf positiv bewertete Fahnen- oder Hochwertwörter (Fábíán / Trost 2020: 192).

Der Versuch, Schlagwörter weiter zu klassifizieren, wurde bereits mehrfach in diversen Forschungen gewagt, dennoch konnte noch keine einheitliche Terminologie entworfen werden. Niehr (2014) verweist auf eine Klassifikation von Burkhardt aus dem Jahr 1989. Burkhardt überträgt seinen Klassifikationsversuch in ein Baumdiagramm (vgl. Niehr 2014: 73–74), dieses ermöglicht eine aufschlussreiche Übersicht:

³ Mit dem Slogan „Freiheit statt Sozialismus“ der CDU aus dem Jahr 1976, setzte diese Partei zwei antagonistische Schlagwörter ein (vgl. Niehr 2014: 71).



Abbildung 1: Schlagwortklassifikation nach Burkhardt (vgl. Burkhardt 1998: 103, zit. nach Niehr 2014: 74)

Dieses Diagramm zeigt die einzelnen Subkategorien von Schlagwörtern. Demnach gliedert man Schlagwörter in *Hochwertwörter*, *Unwertwörter*, *Zeitgeistwörter*, *Programm-wörter*, *Fahnenwörter*, *Stigmawörter*, *Scheltwörter*, *Gegenschlagwörter* und *Themawörter*. Zudem sind im Diagramm Zwischenmarker zu finden, die darauf verweisen, dass der zu beschreibende Terminus überparteilich oder parteilich, wertend oder neutral sowie positiv oder negativ konnotiert sein kann. Bei einem Hochwertwort handelt es sich demzufolge um ein überparteilich wertendes, positiv konnotiertes Wort. Der Terminus *Heimat* entspricht einem Hochwertwort. Fahnenwörter und Stigmawörter gehören zu den parteilich-wertenden Subkategorien der Schlagwörter. Dabei besitzen Fahnenwörter eine positive Konnotation und Stigmawörter gehören zu den negativ konnotierten Lexemen.

Grundsätzlich können zu jeder dieser Subkategorien Beispiele gefunden und zugeordnet werden, dennoch gilt es zu beachten, dass eine derartige Kategorisierung stets von einem spezifischen historisch-politischen Hintergrund heraus erfolgt (vgl. Niehr 2014: 73). So war der Terminus *Rasse* ein besonders beliebtes Hochwertwort in der Zeit des Nationalsozialismus. Nach 1945 bis heute würde man von der Verwendung dieses Wortes wohl eher absehen. Grund dafür ist der etablierte historisch-geprägte und politisch-fundierte Hintergrund (vgl. Niehr 2014: 74).

Nicht zuletzt in der Politiksprache gibt es stets semantische Kämpfe um eine deontische Bedeutung von Begriffen, dabei spielen vor allem Fahnen- und Stigmawörter eine wesentliche Rolle (vgl. Klein 2014: 79). Fahnenwörter sollen als parteisprachliche Wörter signalhaft auffallen – bei bewusst herausfordernder, provozierender Verwendung wirken sie wie eine Fahne, die man hochhält (vgl. Hermanns 1982: 91–92, zit. nach Klein 2014: 79). Das Pendant dazu ist das Stigmawort, welches in plakativer Weise den Unterschied zu einer gegnerischen Partei negativ markiert (vgl. Hermanns 1982: 91–92, zit. nach Klein 2014: 79).

2.1.3 Komposita

Es gibt drei Hauptarten der Wortbildung im Deutschen: Komposition (Zusammensetzungen), Derivation (Ableitung) und Konversion (Nullableitung). Im Zusammenhang mit der späteren Analyse in der vorliegenden Masterarbeit sind vor allem Komposita von hohem Interesse. Demnach wird nun im Anschluss lediglich dieser Typ der Wortbildung näher beleuchtet.

Ein Kompositum ist ein komplexes Wort, das auf der Grundlage des Wortbildungsprozesses der Komposition entsteht. Das Kompositum besteht aus zwei oder mehr Lexemen, die binär gruppiert sind, vgl. [*Dach-terrasse*], [[*Roll-stuhl*]*rampe*], [[*Rettungs*][*hub-schrauber*]], [[*Auto-bahn*][*rast-stelle*]]. (Müller / Olsen 2022: 383)

Komposita sind Zusammensetzungen von lexikalischen Morphemen oder Wortstämmen, wobei es zwei Arten von Kompositionen gibt. Eine Möglichkeit besteht darin, zwei entsprechende Konstituenten rein additiv (parataktisch) zu verbinden (vgl. Ernst 2011: 116). Bei dem sogenannten Additivkompositum / Kopulativkompositum sind die kombinierten Bestandteile gleichwertig und können in ihrer Anordnung variieren, ohne dabei die Bedeutung zu verändern (vgl. Müller / Olsen 2022: 383). Ein Beispiel dafür wäre etwa *jüdisch-deutsch* oder *deutsch-jüdisch*. In den meisten Fällen ist die Anordnung jedoch konventionell geprägt und eine „richtige“ Verwendung konnte sich durchsetzen (vgl. Ernst 2011: 116). Durch den Bindestrich werden die Worte gleichzeitig getrennt, um eine Wortgrenze hervorzuheben und verbunden, um zu zeigen, dass es dennoch ein Gesamtwort darstellt. Die zweite Art von Komposition ist determinativ (hypotaktisch), dabei werden zwei nicht gleichwertige Konstituenten miteinander kombiniert (vgl. Ernst 2011: 116). In germanischen Sprachen bestimmt die rechte Konstituente des Kompositums die semantische Klasse des Gesamtwortes (vgl. Müller / Olsen 2022: 382). In diesem Fall gilt das erstgereichte Wort als Bestimmungswort, das zweite Wort wird Grundwort genannt, dieses bestimmt die grammatische Kategorie (vgl. Ernst 2011: 117). Dasselbe gilt auch für mehrgliedrige Komposita: Bei dem Kompositum *Donaudampfschiffahrtskapitän* (vgl. Ernst 2011: 117) übernimmt das maskuline Genus des Wortes *Kapitän* die grammatische Kategorie, demnach ist *Kapitän* der Kopf des Wortes. Ein zweigliedriges Beispiel für ein solches Determinativkompositum wäre *Nervenkrieg*. Anders als bei Additivkomposita / Kopulativkomposita können hier die Konstituenten nicht getauscht werden, ohne dass sich die Bedeutung verändern würde (vgl. Müller / Olsen 2022: 383). Produktiv gebildete Determinativkomposita (z. B. *Holzhütte*: als Hütte für Holz oder Hütte aus Holz) hingegen können ambig aufgefasst werden (vgl. Müller / Olsen 2022: 383). Im Deutschen kommen Determinativkomposita häufig zum Einsatz, dabei kann man zwischen zwei Arten unterscheiden:

Komposita, deren Zweitglied deverbale Ableitungen sind wie *Fensterputzer*, *Steuerzahler*, *Warenlieferung*, *Straßensperrung* etc. werden oft verbale (synthetische oder Rektions-) Komposita genannt. Sie werden häufig als eine gesonderte Klasse der Determinativkomposita angesehen, weil ihre Bedeutung nicht im selben Grad offen ist, wie bei den „primary compounds“ (d.h. bei denjenigen Determinativkomposita, die keinen relationalen Kopf aufweisen). (Müller / Olsen 2022: 384)

Bei Determinativ- sowie Kopulativkomposita haben nominale Erstglieder „eine formale Variation an der Grenze zum Zweitglied“ (Müller / Olsen 2022: 384). Dabei werden bei Wortzusammensetzungen Fugenvariationen wie *-e-*, *-en-*, *-es-*, *-ens-*, *-er-*, und *-s-* eingesetzt (vgl. Müller / Olsen 2022: 384). In manchen Kompositionen kommt es zusätzlich zu einer Umlautbildung (wie bei dem Komposita *Bücherregal*) (vgl. Müller / Olsen 2022: 384). In diesem Zusammenhang spricht Ernst (2011) auch von echten / eigentlichen Kompositionen und unechten / uneigentlichen Kompositionen (vgl. Ernst 2011: 117-118). Bei den echten / eigentlichen Kompositionen handelt es sich um eine bloße Zusammenrückung zweier Konstituenten (vgl. Ernst 2011: 117) – wie etwa bei den Komposita *Nervenkrieg*, *Gewaltherrschaft* und *Bombennacht*. Als unechte / uneigentliche Kompositionen hingegen werden diejenigen Zusammensetzungen bezeichnet, die mit einer der obengenannten Flexionsfugen auftreten (vgl. Ernst 2011: 117) – z. B. *Zwangsarbeit*, *Konzentrationslager* und *Säuberungswerk*.

Des Weiteren gibt es Adjektivkomposita, dabei handelt es sich um die „zweithäufigste formale Klasse von Komposita“ (Müller / Olsen 2022: 384). Man kann zwischen zwei typischen determinativen Modifikationslesarten unterscheiden: den Vergleichs- (z. B. *zitronengelb*) und den Verstärkungsbildungen (z. B. *todkrank*) (vgl. Müller / Olsen 2022: 384). Hinsichtlich der Betonung von Komposita werden diese bis auf wenige Ausnahmen (z. B. wenn die zweite Konstituente ebenfalls ein Kompositum ist) anfangsbetont (vgl. Müller / Olsen 2022: 385). Bei adjektivischen Verstärkungskomposita hingegen kommt es zu einer charakteristischen Endbetonung (vgl. Müller / Olsen 2022: 385).

2.1.4 Begriffe besetzen

„Begriffe besetzen“ ist eine metaphorische Formel, die vom CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf im Jahr 1973 geprägt wurde (vgl. Klein 2014: 103). Demnach wird in diesem Zusammenhang oft vom Klassiker der politischen Rhetorik gesprochen (vgl. Niehr 2014: 87). Linguist:innen haben diese metaphorische Formel aufgegriffen und machten in weiterer Folge die Analyse von Begriffsbesetzungen zum Standardrepertoire der Politolinguistik (vgl. Niehr 2014: 87–88).

Das „Begriffe besetzen“ bildet eine Konkurrenzstrategie, denn dabei wird versucht, die eigenen sprachlichen Ressourcen zu stärken und gleichzeitig die der politisch gegnerischen Person oder Gruppierungen zu schwächen (vgl. Niehr 2014: 88). In diesem Zusammenhang kann das Wort „besetzen“ folgendermaßen verstanden werden:

Eine Sprechergruppe setzt eine neue oder eine im allgemeinen Sprachgebrauch noch nicht etablierte, für sie günstige Wortverwendungsweise zumindest in den Adressatengruppen durch, deren Zustimmung für sie besonders wichtig ist, und zwar so, dass diese Wortverwendungsweise der Sprechergruppe auch zugerechnet wird (Klein 2014: 105).

Im Sinne dieser wortstrategischen Besetzungsoperation unterscheidet Klein (2014) zwischen fünf Typen:

1. die **umfassende Neuprägung** eines Begriffs 2. Begriffsbildung als **perspektivisches Bezeichnen** 3. **Umdeutung** eines Begriffs 4. **Umwertung** eines Begriffs 5. das bloße **konnotative Partizipieren** an einem Begriff (Klein 2014: 105 [Hervorhebungen im Original]).

Die umfassende Neuprägung eines Begriffs umfasst das Kreieren von Ausdrucks- und Inhaltsseite sowie des damit bezeichneten Sachverhalts (vgl. Niehr 2014: 88). Dabei soll eine neue politische Konzeption in einem möglichst signifikanten Leitbegriff gebündelt werden (vgl. Klein 2014: 106). Ein Paradebeispiel für eine Neuprägung aus der Zeit Ende der 1940er-Jahre ist *Soziale Marktwirtschaft*, dabei handelt es sich um ein zentrales Fahnenwort aus dem Bundestagswahlkampf der CDU im Jahr 1949 (vgl. Klein 2014: 106). Neuprägungen greifen meist auf bereits vorhandenes sprachliches Material zurück (vgl. Klein 2014: 106). Im Zusammenhang mit dem genannten Fahnenwort findet die Neuprägung auf der Ebene des Ausdrucks statt, und zwar durch die feste Wortverbindung der bis dahin unverbundenen Worte *sozial* und *Marktwirtschaft* (vgl. Klein 2014: 106). Um auf die Neuprägung und Verbundenheit der beiden Wörter gezielt aufmerksam zu machen, griff man auf die Großschreibung von *Soziale* zurück (vgl. Klein 2014: 106). Neben der deskriptiven Bedeutung des Fahnenwortes erhält dasselbe durch das Adjektiv *sozial* eine positive Wertigkeit auf deontischer Ebene (vgl. Klein 2014: 106).

Die zweite Art der wortstrategischen Besetzungsoperation laut Klein (2014) bildet das perspektivische Bezeichnen. Bei diesem Operationstyp besteht die Funktion darin, „vorhandenen Sachverhalten den Stempel der eigenen Sicht und der eigenen Bewertung aufzudrücken“ (Klein 2014: 107). Diese perspektivischen Begriffe treten dabei überwiegend als Bezeichnungskonkurrenzen (siehe weiter oben) bzw. in Gegensatzpaaren – wie *Sowjetzone* vs. *DDR* – auf (vgl. Klein 2014: 107). Durch das Hervorheben einer unterschiedlichen inhaltlich-deskriptiven Bedeutung ändert sich die Konnotation, was zu einer gegensätzlichen deontischen Wertung führt (vgl. Klein 2014: 108).

Hinsichtlich der Umdeutung von Begriffen wird versucht, ein politisches Hochwertwort in seiner Bedeutung so zu ändern, dass es dem eigenen politischen Konzept entspricht (vgl. Klein 2014: 108). Es wird versucht, „die Inhaltsseite eines (gleichbleibenden) Ausdrucks zu verändern, indem Bedeutungsbestandteile hinzugefügt und/oder getilgt werden“ (Niehr 2014: 91). Klein (2014) verweist in diesem Zusammenhang auf ein Beispiel aus der friedlichen Revolution in der DDR. Dabei war der Begriff *Volk* von einer solchen Umdeutung betroffen (vgl. Klein 2014: 107). Vorerst lautete die Parole im Herbst 1989: *Wir sind das Volk*. Gegen Ende desselben Jahres änderte sich diese jedoch in *Wir sind ein Volk*. Es gab keine Änderung des Ausdrucks *Volk*. Der deontische Wert bleibt weiterhin positiv, jedoch ändert sich die Konnotation (vgl. Klein 2014: 107–108). Bezüglich der Referenzobjekte wurde mit *Wir sind das Volk* auf die 17 Millionen DDR-Bürger referiert, mit *Wir sind ein Volk* hingegen waren beinahe 80 Millionen Menschen in Ost- und Westdeutschland gemeint (vgl. Klein 2014: 108).

Die vierte Art der wortstrategischen Besetzungsoperation bildet die Umwertung von Begriffen. Diese Umwertung bezieht sich auf die deontische Bedeutung eines Begriffs, wobei für die erfolgreiche Umsetzung insbesondere auch der historische Kontext von Bedeutung ist (vgl. Klein 2014: 109). An dieser Stelle soll anhand des Wortes *Sozialismus* die Begriffsumwertung aufgezeigt werden. Der Sozialismus wurde seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland positiv bewertet, mit dem real existierenden Sozialismus in der DDR hingegen veränderte sich diese Ansicht (vgl. Klein 2014: 109). Vielmehr wurde der Sozialismus nun als abschreckend empfunden und somit etablierte sich das entsprechende Wort als Negativbegriff (vgl. Klein 2014: 109). Die neuen Definitionsmerkmale waren nun Unfreiheit, wirtschaftliches Versagen und sowjetische Bedrohung (vgl. Klein 2014: 109). Der Sozialismus wurde nun mit negativen Bildern (wie Mauer und Stacheldraht) und entsprechenden Ereignissen (wie jenen des 17. Juni 1953⁴) verbunden (vgl. Klein 2014: 109–110). Aus diesem Grund konnten *Freiheit* und *Sozialismus* als Gegensatzpaare im Slogan der CDU 1976 fungieren (siehe weiter oben). In der sogenannten „Ära Brandt“ Ende der 60er-Jahre / Anfang der 70er-Jahre des 20. Jahrhunderts kam es mitunter auch zu einer Umwertung des bis dahin deontisch neutralen Begriffs *Reform* (vgl. Klein 2014: 110). Von diesem Zeitpunkt an wurde *Reform* mit Hoffnung und Verbesserung in fast allen Lebensbereichen verbunden, was dieses Wort zum deontisch positiven Begriff umwertete (vgl. Klein 2014: 110).

⁴ Am 17. Juni 1953 kam es in der DDR zum Volksaufstand, zu Massendemonstrationen und zu politischen Protesten, diese wurden gewaltsam aufgelöst.

Die letzte Art der wortstrategischen Besetzungsoperation nach Klein (2014) bildet das konnotative Partizipieren eines Begriffs. Davon sind vorwiegend Hochwertbegriffe betroffen, die eine stark positive Deontik aufweisen (vgl. Klein 2014: 111).

Die Operation hat ausschließlich die Funktion, diesen Hochwertbegriff, z. B. *Freiheit, Sicherheit, modern, ökologisch* o. ä. so eng mit der eigenen Sache, dem eigenen Parteinamen oder dem Namen des Spitzenkandidaten zu verknüpfen, dass man auf dem Wege der Assoziation am Glanz des Begriffs partizipiert (Klein 2014: 111 [Hervorhebungen im Original]).

Im Grunde wird darauf abgezielt, eine möglichst stabile (und positive) Assoziation mit der gewünschten Sache herzustellen (vgl. Klein 2014: 111). Idealerweise soll diese Art der Besetzungsoperation zu einer Steigerung des eigenen deontischen Potenzials führen (vgl. Klein 2014: 111).

2.2 Satzebene

Ein „Satz“ kann aus strukturalistisch-linguistischer Sicht als Einheit der *langue* – als abstrakte Satzstruktur – und als Einheit der *parole* – als konkrete, lexikalisch gefüllte, von Sprecher:innen geäußerte und von Rezipient:innen verarbeitete kommunikative Einheit – betrachtet werden (vgl. Klein 2014: 115). In Hinblick auf die *langue* ist die Anzahl von Strukturtypen der Sätze überschaubar, dasselbe gilt jedoch nicht für Sätze als Einheit der *parole* (vgl. Klein 2014: 121). Der Satz kann vor diesem Hintergrund als ein „konkretes kommunikatives Geschehen“ (Klein 2014: 121) aufgefasst werden. Auch im Zusammenhang mit der Politiksprache handelt es sich dementsprechend theoretisch um unendlich viele Sätze (vgl. Klein 2014: 121).

Die allermeisten sind bloße ‚Verbrauchssätze‘: einmal ausgesprochen und schon verklungen, oder im Falle von Schriftlichkeit: wenn (überhaupt) gelesen, dann in ihrer formalen Prägung sogleich vergessen. Bestenfalls bleibt der Inhaltskern – aber keinesfalls die wörtliche Formulierung – als kleiner Teil eines größeren Sinnzusammenhangs kurz- mittel- oder längerfristig im Gedächtnis präsent. (Klein 2014: 121 [Hervorhebung im Original])

Hinsichtlich der pragmatischen Ausrichtung kommen sämtliche illokutionären Typen im politischen Sprachgebrauch vor: Assertiva (Konstatieren oder Erklärung, warum), Direktiva (Aufforderung, Erlaubnis oder Frage), Kommissiva (Versprechen oder Zusage), Expressiva (Einstellung zum Gesagten) und Deklarativa (das Gesagte in Kraft setzen) (vgl. Klein 2014: 116–117).

Bestimmte Textsorten besetzen charakteristische Satzstrukturen. In Regierungserklärungen beispielsweise überwiegt in der Regel der Einsatz von Aussagesätzen, die in einem unterschiedlichen Komplexitätsgrad auftreten (vgl. Klein 2014: 117). Zusätzlich kommen Aufforderungssätze vor, die an die jeweilige Opposition gerichtet sind. Parlamentarische Textsorten tragen den prägenden Satzmodus im Namen (wie *Abgeordnetenfrage* oder *Große Anfrage*) (vgl. Klein

2014: 117). Dennoch ist deren illokutionäre Hauptfunktion nicht das Fragen, vielmehr wird vorgeworfen, provoziert und bloßgestellt – dabei stets in Bezug auf die politisch gegnerische Person oder Partei (vgl. Klein 2014: 117).

In Hinblick auf die spätere Analyse in dieser Masterarbeit sind auf der Satzebene vor allem der Bezug zu *rhetorischen Figuren* sowie die Eigenschaften *salienter Sätze* von hohem Interesse. Auf weitere syntaktische Phänomene, wie beispielsweise bestimmte Satzkonstruktionen oder -stellungen, wird an dieser Stelle nicht weiter eingegangen.

2.2.1 Saliente Sätze

Leitsatz, Kernsatz, Motto, Programmsatz, Merksatz, Wahlslogan, Protestparole, Schlagsatz, Kampfformel – solche gängige allgemeinsprachliche Bezeichnungen verweisen darauf, wie sehr Sätzen politische und kommunikative Relevanz zukommen kann [...] Sätze [...], die in der Kommunikation eine so herausragende Rolle spielen, dass sie sich in fester Formulierung im kollektiven Wissen oder sogar langfristig im kollektiven Gedächtnis einer Gesellschaft verankern. Sie sollen daher „saliente politische Sätze“ (spS) heißen. (Klein 2014: 127)

Im politischen Sprachgebrauch sind Sätze, die kurz, syntaktisch einfach und rhetorisch formiert sind, diejenigen, die Aufmerksamkeit produzieren sowie in Erinnerung bleiben (vgl. Klein 2014: 120). Derartige Merkmale weisen saliente politische Sätze auf. Dieselben haben oftmals einen sloganähnlichen Charakter, dementsprechend bleiben sie im kollektiven Gedächtnis als Erinnerungsmarker bestehen (vgl. Klein 2014: 120). Gemeint sind etwa unerwartete Aussagen von Politiker:innen. Ein Beispiel für einen salienten politischen Satz im Kontext der für diese Masterarbeit ausgewählten Reden ist *Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung* aus der Rede vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker aus dem Jahr 1985 (vgl. Klein 2014: 120). Saliente Sätze stammen aus unterschiedlichen Textsorten, sobald sie jedoch als salienter Satz eingestuft werden, zählen sie zu den „Zitertextsorten“ (vgl. Klein 2014: 120).

Ein typisch salienter Satz besitzt bestimmte sprachliche Merkmale. Klein (2014) nennt folgende satzstrukturelle Charakteristika: Ein salienter Satz umfasst zwischen drei und acht Wörter und besitzt eine strukturelle Simplizität (Einfachsatz oder elliptischer Satz; höchstens drei Satzglieder; fehlende oder einfache Verbform; nominale Satzglieder größtenteils attributlos, ansonsten mit attributiver Erweiterung) (vgl. Klein 2014: 120–121). Des Weiteren weisen saliente politische Sätze satzsemantische Charakteristika wie eine wertende Referenz und / oder Prädikation sowie einen expliziten oder implizierten Konfliktbezug auf (vgl. Klein 2014: 123). Zu den pragmatischen Charakteristika der salienten politischen Sätze zählen der apodiktische

Geltungsanspruch und der argumentativ-topische Kontextbezug; zusätzlich werden rhetorische Schemata verwendet (vgl. Klein 2014: 123).

Diese spezifischen Merkmale auf syntaktischer Ebene „begünstigen wörtliches Erinnern“ (Klein 2014: 121), sind jedoch nicht ausreichend, um einen Satz als salient einstufen zu können. Klein (2014) verweist zusätzlich auf außersprachliche Aspekte der Salienz eines Satzes. Erforderlich sind mitunter ein bedeutender Emittent, ein politisch relevantes (gegebenenfalls umstrittenes) Thema und eine besondere Situation, die durch einen latenten Konflikt gekennzeichnet ist (vgl. Klein 2014: 123). Im Besonderen können saliente politische Sätze, Diskurse und Kontroversen innerhalb parlamentarischer Institutionen auslösen, steuern, umsteuern und akzentuieren (vgl. Klein 2014: 122). Die genannten Charakteristika sind wesentliche Bedingungen, um einen salienten politischen Satz zu definieren (vgl. Klein 2014: 122). Dennoch sind diese Merkmale nicht ausreichend. Ein derartiger Satz muss darüber hinaus zu einem Teil des kollektiven politischen Aktual-Wissens werden und idealerweise im kollektiven Langzeitgedächtnis verankert sein (vgl. Klein 2014: 122).

Durch diese theoretische Fundierung salienter Sätze sollte mitunter auch auf die Überschneidung der einzelnen Ebenen einer politolinguistischen Analyse aufmerksam gemacht werden. So sollten Sätze nicht unabhängig vom Diskurs, in welchem diese eingebettet sind, betrachtet werden. Dasselbe gilt auch für die zuvor geschilderten Schlagwörter. Eingegrenzte bzw. fokussierte Analysen sind zwar möglich, dennoch sollte der Blickwinkel stets auf alle relevanten Ebenen erweitert werden, um eine genaue und zielführende Analyse – wie sie in dieser Masterarbeit angestrebt wird – gewährleisten zu können.

2.2.2 Rhetorische Figuren

In einer breiten Auffassung von politischer Sprache findet dieselbe ihren Ursprung in der antiken Rhetorik (vgl. Niehr 2014: 17). Die Rhetorik versteht sich als eine Kunst, gut zu sprechen – als *ars benedicendi* (vgl. Niehr 2014: 17). Zu den berühmtesten Rhetorikern der Geschichte zählen u. a. Plato, Cicero und Augustinus. Bei der historischen Rhetorik handelte es sich nicht nur um eine praktische Redekunst, sondern auch um eine Lehre der guten Rede – dazu verfasste unter anderem Aristoteles eine Anleitung (vgl. Niehr 2014: 17). Seit der frühen Neuzeit ist die Rhetorik nicht mehr nur noch auf die mündliche Form beschränkt, demnach müsste heute von einer „Theorie der wirkungsvollen Kommunikation“ (Ottmers 1996: 8, zit. nach Niehr 2014: 17) gesprochen werden.

Im Zusammenhang mit Debattenreden oder politischen Reden im Allgemeinen wird vermehrt darauf verwiesen, dass diese nicht mehr demselben stilistischen Niveau von Reden vergangener Zeiten entsprechen würden (vgl. Fábíán / Trost 2020: 180). Die politischen Reden unserer Zeit können demzufolge nicht mehr als rhetorisch anspruchsvoll bezeichnet werden. Was jedoch nicht bedeutet, dass in aktuellen politischen Reden „keine Gesetzmäßigkeiten stilistischer Gestaltung“ (Fábíán / Trost 2020: 180) zu finden sind. Um im Umfeld als gelungen wahrgenommen zu werden, sollte eine politische Rede auch individuelle Merkmale aufweisen können. Dafür werden mitunter rhetorische Mittel gewählt, die einer Rede Aufmerksamkeit garantieren sowie gewissen Äußerungen zusätzlichen Nachdruck verleihen (vgl. Fábíán / Trost 2020: 180). Dabei bilden die rhetorischen Figuren ein beliebtes Gestaltungsmittel beim Versuch, unauffällige Sätze hervorzuheben (vgl. Klein 2019: 116). Zusätzlich ist darauf zu verweisen, dass die Verwendung rhetorischer Figuren grundsätzlich auch außerhalb des parlamentarischen Alltags üblich ist (vgl. Klein 2019: 116). Sie kommen vor allem zum Einsatz, wenn man wichtige Entscheidungen beeinflussen möchte, oder man versucht, das Auditorium nicht nur mit dem sachlichen Inhalt zu beeindrucken, sondern auch durch die Art des Ausdrückens zu überzeugen (vgl. Klein 2019: 116). Rhetorische Figuren besitzen häufig komplexe hierarchisch-syntaktische Strukturen, mit deren Hilfe die Aufmerksamkeit auf bestimmte genannte Sachverhalte gelenkt wird (vgl. Klein 2019: 116). In der literarischen Rhetorik gibt es unzählige rhetorische Figuren, im Zusammenhang mit der politischen Rhetorik hingegen lassen sich ungefähr zehn nennen (vgl. Klein 2019: 117).

Im folgenden Abschnitt sollen einige rhetorische Figuren beispielhaft vorgestellt werden, die in politischen Reden als wichtige Hilfsmittel eingesetzt werden.

a) Anapher

Die Anapher ist ein klassisches stilistisches Mittel, das in politischer Rhetorik häufig zu finden ist (vgl. Fábíán / Trost 2020: 180). Bei einer Anapher stimmen die Satzanfänge benachbarter Sätze wörtlich überein, so wird der im Fokus stehende Gedanke vertieft und demselben wird eine Eindringlichkeit verliehen (vgl. Klein 2019: 120). Aufgrund der z. T. mehrfachen Wiederholung wird der Eindruck eines Zusammenhangs übermittelt. Zusätzlich kann mit dem Einsatz der Anapher eine Gleichwertigkeit der einzelnen Themen verdeutlicht werden (vgl. Klein 2019: 120).

Beispiel: Sieben Jahre lang hatte dieses Volk kein freies Wort [...]. Sieben Jahre lang hatte man nichts unterlassen, um jede Eigenart unserer Volkes [...] in den Gehirnen der Jugend auszumerzen, [...]. (KR 1945: 38–42 [Hervorhebungen J. K.])

b) Klimax

Bei der rhetorischen Figur Klimax handelt es sich um eine steigernde Aufzählung. Sie fungiert als ausdrucksverstärkendes Instrument, das mentale Ordnung, Übersicht und Nachdruck signalisiert (vgl. Klein 2019: 120). Anders als bei den rhetorischen Figuren Trikolon und Anapher kommt es hier zu einer Reihung nach Relevanz, dadurch wird eine Zuspitzung und Nachdrücklichkeit bewirkt (vgl. Klein 2019: 120).

Beispiel: Es gibt viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen (RvW 1985: 93 [Hervorhebungen J. K.]).

c) Antithese

Mit dem Einsatz einer Antithese wird eine Abgrenzung und eine Betonung von bestimmten Sachverhalten beabsichtigt (vgl. Klein 2019: 119). Dieses Stilmittel wird häufig in politischen Kontexten eingesetzt. Hier wird vor allem auf die Kontrastierung zweier Gegenstände oder Sachverhalte abgezielt, zusätzlich findet eine Pro- und Kontra-Wertung statt (vgl. Klein 2019: 119).

Beispiel: Wir wollen Erziehung, aber nicht zu der Bereitwilligkeit, sich kontrollieren und führen zu lassen, sondern zu dem Willen und der Fähigkeit, sich als freier Mensch verantwortungsbewusst in das Ganze einzuordnen (KA 1946: 152–154 [Hervorhebungen J. K.]).

d) Geminatio

Geminatio meint die Wiederholung eines Wortes oder einer knappen Wortkombination (vgl. Klein 2019: 119). Dadurch werden bestimmte Sachverhalte oder Umstände akzentuiert und es wird eine Eindringlichkeit sowie eine besondere Relevanz vermittelt (vgl. Klein 2019: 119).

Beispiel: Ich habe mich seit 1933 oft geschämt, ein Deutscher zu sein, in tiefster Seele geschämt [...] (KA 1946: 57–58 [Hervorhebungen J. K.]).

e) Alliteration

Bei dieser rhetorischen Figur handelt es sich um eine Klangfigur, bei der die Stammsilben aufeinanderfolgender Wörter denselben Anfangslaut haben (vgl. Klein 2019: 121). So wird deren inhaltliche Zusammengehörigkeit signalisiert, außerdem entsteht durch die Rhythmisierung eine Eindringlichkeit (vgl. Klein 2019: 121). Eine Alliteration kann eine sprachspielerische

Funktion haben, wenn syntaktische und wortgrammatische Übereinstimmungen fehlen (vgl. Klein 2019: 121).

Beispiel: Ein mündiges Volk darf die Macht nicht in die Hände von Verrückten und Verbrechern fallen lassen. (WB 1989: 109 [Hervorhebungen J. K.])

f) Parallelismus

Mithilfe des Parallelismus kann die Aufmerksamkeit – bei partieller Übereinstimmung von Wörtern – gesteigert werden (vgl. Klein 2019: 121). Dabei werden mindestens zwei Sätze oder Satzteile parallel gesetzt. Wenn es zur inhaltlichen Parallelität kommt, dann drückt der Parallelismus eine Zusammengehörigkeit aus (vgl. Klein 2019: 121).

Beispiel: Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet (RvW 1985: 322–223 [Hervorhebungen J. K.]).

2.3 Topik

Argumente sind grundsätzlich auf eine potenziell oder tatsächlich strittige Situation gerichtet (vgl. Klein 2019: 75). Dabei unterscheidet man zwischen unterschiedlichen Argument-Typen. In diesem Zusammenhang wird in der Rhetorik auf den Begriff „Topik“ zurückgegriffen. Dieser bezieht sich wiederum auf den Begriff „Topos“ (Plural: „Topoi“; deutsch: „Ort“), der von Aristoteles geprägt wurde (vgl. Klein 2019: 75). Seit der antiken Rhetorik steht der Begriff Topik im Zusammenhang mit Argumentationen die Behauptungen stützen (vgl. Klein 2019: 75). In Hinblick auf die unterschiedlichen Argumentationstypen gibt es Toposkataloge von ca. 20 bis 60 Topoi (vgl. Klein 2019: 76). Da sich vorliegende Masterarbeit mit der politischen Rede auseinandersetzt, werden nur jene Topoi vorgestellt, die sich in der Regel in solchen finden lassen. Denn in der politischen Kommunikation wird auf Basis von Topoi weniger der Wahrheitsanspruch für Thesen oder Behauptungen gestützt, sondern hier steht vor allem die Rechtfertigung von Handlungen im Fokus (vgl. Klein 2019: 76).

Betrachtet man die Typen der Rechtfertigung von Handlungen in politischer Kommunikation, stößt man auf fünf Topoi. Diese sind stark an Austins Handlungskonzept orientiert (vgl. Klein 2019: 76). Im *Datentopos* werden charakteristische Daten aus der Ausgangssituation geschildert (vgl. Klein 2019: 77). Werden diese Daten bewertet, spricht man vom *Valuationstopos* (vgl. Klein 2019: 77). Markieren Sprecher:innen Prinzipien, Normen und Werte, um ihr Handeln zu fundieren, wird der *Prinzipientopos* angewandt (vgl. Klein 2019: 77). Im *Finaltopos* wird die Handlungsplanung auf die jeweilige Zielsetzung ausgerichtet (vgl. Klein 2019: 77). Die Qualität der Handlungsausführung und -kontrolle zählt zum *Topos der*

Ausführungskompetenz (vgl. Klein 2019: 77). Kommen diese Topoi zum Einsatz, wird grundsätzlich dafür plädiert, dass das eigene Handeln gerechtfertigt sowie zumindest vertretbar ist (vgl. Klein 2019: 77).

In kurzen Texten wie Kommentaren, Diskussionsbeiträgen oder Statements entsprechen Argumente nur einem oder wenigen der genannten Topoi (vgl. Klein 2019: 78). Bei längeren Texten und Reden hingegen lassen sich mehrere Topoi identifizieren – sie treten als Ensemble auf (vgl. Klein 2019: 78). Ein komplexes topisches Muster wäre das gemeinsame Auftreten von *Datentopos*, *Valuationstopos*, *Prinzipientopos* und *Finaltopos* (vgl. Klein 2019: 78).

[*Datentopos* + *Valuationstopos* + *Prinzipientopos* + *Finaltopos*] → Konklusion (Klein 2019: 130).

Dieses komplexe topische Muster prägt die politische Rede kulturübergreifend seit der Antike bis in die Gegenwart (vgl. Klein 2019: 130). Bei längeren Reden – wie Regierungserklärungen, Wahlreden u. a. – werden noch weitere Topoi ergänzt (vgl. Klein 2019: 130). An dieser Stelle sollen die vier wichtigsten Topoi genannt werden, die nicht zum Muster gezählt werden, da diese vergleichsweise weniger oft vorkommen: Bei warnenden oder empfehlenden Hinweisen hinsichtlich etwaiger Konsequenzen wird der *Konsequenztopos* angewandt (vgl. Klein 2019: 130). Der *Ursachentopos* meint eine Spezifizierung von Ursachen und Gründen in Hinblick auf die jeweilige Ausgangssituation (vgl. Klein 2019: 131). Werden Analogien und Beispiele präsentiert, spricht man von einem *Exemplumtopos* (vgl. Klein 2019: 131). Beruft man sich auf eine Autorität (etwa in religiösem Zusammenhang auf „Gott“), handelt es sich um einen *Autoritätstopos* (vgl. Klein 2019: 131).

Das hier geschilderte Topoi-Konzept zeigt, dass Diskurse eine argumentative Strategie aufweisen können. Die diskurslinguistische Toposanalyse gehört zu den Konzepten der transtextuell orientierten Linguistik und ergänzt die rein inhaltsorientierte Analyse mit den topologischen Strukturen im Diskurs, die auf der impliziten Ebene im Text zu finden sind (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 191).

2.4 Framing

Politische Themen werden oftmals selektiv aufgefasst. Bestimmte Fakten, die als wichtig betrachtet werden, werden herausgegriffen, während andere in den Hintergrund gestellt werden (vgl. Matthes 2014: 9). Dieser Blickwinkel ist überwiegend gesellschaftlich verankert und von den Massenmedien geprägt, denn bei der Weitergabe von Informationen durch die Medien findet bereits eine Selektion statt – ein spezifischer Blick auf ein Thema wird geboten (vgl.

Matthes 2014: 9). Durch das Hervorheben und Ausblenden von Argumenten kann die Meinung und Einstellung von Rezipient:innen zu politischen Inhalten beeinflusst werden (vgl. Matthes 2014: 9). Welcher Blickwinkel sich in einer öffentlichen Debatte durchsetzen kann und wer den Kampf um die Deutungshoheit gewinnt, sind die wesentlichsten Fragen im Zuge öffentlicher Debatten (vgl. Matthes 2014: 9). Diese Blickwinkel werden *Frames* genannt (dt. *Rahmen*), die Forschung dazu ist die *Framing-Forschung* (vgl. Matthes 2014: 9). Diese Frames stellen Sinnhorizonte dar, „die gewisse Informationen und Positionen hervorheben und andere ausblenden“ (Matthes 2014: 10). Im Zusammenhang mit der Politolinguistik kann die Frame-Theorie als gewinnbringend für die Analyse von Metaphern und deren Nutzer:innen betrachtet werden (vgl. Niehr 2014: 78). Die Frame-basierten Untersuchungen sind nützlich, um das in Diskursen verankerte kollektive Wissen zu enthüllen (vgl. Niehr 2014: 79). Dabei wird mitunter die *Frame-Semantik* genutzt, um fehlende, aber erwartbare Informationen in einem Text aufzuzeigen (vgl. Niehr 2014: 80). Denn in Frames lassen sich gewisse *Slots* (Leerstellen) finden, die es zu füllen gilt. Für die Politolinguistik ist diese Tatsache von besonderem Interesse, da vor allem in politischer Kommunikation Informationen oftmals aus strategischen Gründen nicht erwähnt werden (vgl. Niehr 2014: 80).

Matthes (2014) verweist in seinem Einführungswerk auf die verschiedenen Arten von Frames:

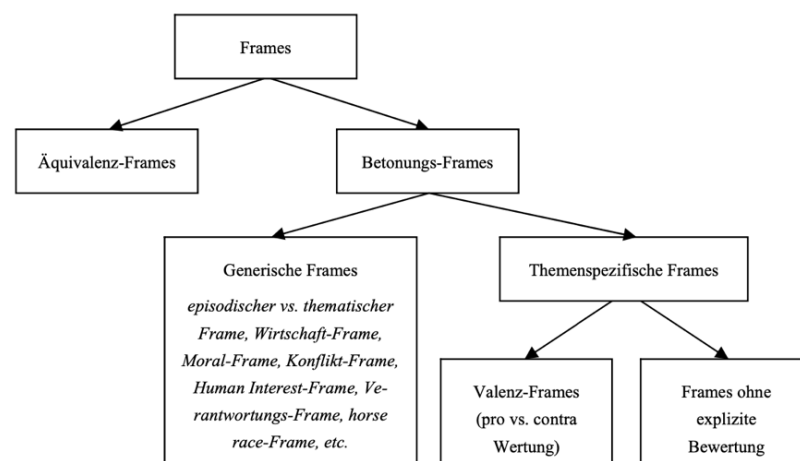


Abbildung 2: Arten von Frames (vgl. Matthes 2014: 63)

Primär können Frames in zwei Subkategorien unterteilt werden: *Äquivalenz-Frames* und *Betonungs-Frames*. Wenn Sachverhalte logisch äquivalent, aber sprachlich unterschiedlich dargestellt werden, spricht man von Äquivalenz-Frames (vgl. Matthes 2014: 27). Bei den Betonungs-Frames kommt es zu einer unterschiedlichen Betonung von Sachverhalten und Fakten, womit ein Thema anders vermittelt wird (vgl. Matthes 2014: 27). Im Zusammenhang mit der Framing-

Forschung liegt der Fokus auf den Betonungs-Frames (vgl. Matthes 2014: 27). Dieselben werden in der Forschung oftmals mit *Schemata* in Verbindung gebracht (vgl. Matthes 2014: 27). Dabei werden Frames „als Bündel von Schemata zu einem Thema verstanden“ (vgl. Matthes 2014: 29).

Schemata sind strukturierte, relativ stabile Wissenskomplexe der Rezipienten. Sie umfassen Wissen über Ergebnisse, Situationen und Objekte und sind untereinander durch ein Netz von Assoziationen verbunden (Matthes 2014: 29).

Betonungs-Frames können weiter untergliedert werden in *generische Frames* und *themenspezifische Frames*. Die generischen Frames sind unabhängig von konkreten Themen, haben ein hohes Abstraktionsniveau und einen hohen Generalisierungsgrad (vgl. Matthes 2014: 59). Beispielsweise sind *Strategy*- und *Issue*-Frames generisch. Matthes (2014) verweist auf Semetko und Valkenburg (2000), die zum Thema EU-Politik fünf generische Frames definiert haben: Wirtschaft, Moral, Konflikt, Human Interest und Verantwortung (vgl. Matthes 2014: 59). Zu diesen generischen Frames zählen unter anderem auch *episodische* und *thematische Frames*. Wird ein Thema anhand personifizierter Geschehnissen präsentiert, handelt es sich um einen episodischen Frame (vgl. Matthes 2014: 32). Von einem thematischen Frame spricht man, wenn das Thema in einen breiteren Kontext eingebettet wird (vgl. Matthes 2014: 32). Dabei werden die Hintergründe des Problems geschildert und betroffene Personen werden dazu befragt (vgl. Matthes 2014: 32). Der *Verantwortungs-Frame* ist zentral im politischen Kontext. In diesem Zusammenhang werden bestimmte Personen oder Systeme – bezüglich einer politischen und wirtschaftlichen Situation – für einen Erfolg oder Misserfolg verantwortlich gemacht (vgl. Matthes 2014: 31–32). Mittels themenspezifischer Frames werden inhaltliche Aspekte eines Themas beleuchtet (vgl. Matthes 2014: 60). Themenspezifische Frames können ohne explizite Wertung auftreten (vgl. Matthes 2014: 60). Wenn sie jedoch wertende Komponenten (Pro- vs. Kontra-Wertung) aufweisen, spricht man von *Valenz-Frames* (vgl. Matthes 2014: 60).

2.4.1 Frame-Elemente

Frames lassen sich in einzelne Komponenten, sogenannte Frame-Elemente, gliedern. Dabei kann man zwischen vier Frame-Elementen unterscheiden: *Problemdefinition*, *Ursachenzuschreibung*, *Lösungszuschreibung* und *Handlungsaufforderung* sowie *explizite Bewertung* (vgl. Matthes 2007; zit. nach Matthes 2014: 11). Bei der *Problemdefinition* wird ein Thema in den jeweiligen sozialen, sachlichen und zeitlichen Kontext eingebettet (vgl. Matthes 2014: 11). Über welche Teilbereiche gesprochen wird, welche Personen betroffen sind und welche Informationen hervorgehoben werden, wird in der Problemdefinition behandelt (vgl. Matthes 2014: 11). Dabei wird „ein sachliche Aspekt erst bestimmt“ (Matthes 2014: 11). Von besonderem

Interesse für die politische Meinungsbildung ist in Hinblick auf jegliche politische Themen die Zuschreibung von Verantwortung (vgl. Matthes 2014: 11). Das Frame-Element der *Ursachenzuschreibung* meint das Beanspruchen der Verantwortung für Erfolge oder die Zuschreibung des Misserfolgs an eine andere Person (vgl. Matthes 2014: 11). Wird ein Sachverhalt als positiv oder negativ deklariert, kommt es zu dieser Ursachenzuschreibung (vgl. Matthes 2014: 11). Dies kann auf Situationen bezogen werden (z. B. „der Weltkrieg ist schuld“) aber auch auf Personen (z. B. „Hitler ist schuld“) (vgl. Matthes 2014: 11). Wie die Ursachenzuschreibung kann auch das Frame-Element der *Lösungszuschreibung* situativ oder personal auftreten (vgl. Matthes 2014: 11). Zu diesem Element zählen die geforderten und zu unterlassenden Maßnahmen, die notwendig sind, um ein bestehendes Problem zu beheben, sowie die Nennung derjenigen Personen, die zur Lösung des Problems im Stande sind (vgl. Matthes 2014: 11–12). Dabei können sich Akteur:innen selbst als lösungskompetent darstellen und entsprechende Maßnahmen vorstellen (vgl. Matthes 2014: 12). Dabei werden meist mehrere Maßnahmen genannt (Maßnahmenbündel), diese sind stets zukunftsgerichtet (vgl. Matthes 2014: 12). Mit dem Frame-Element der *expliziten Bewertung* werden Probleme moralisch oder evaluativ eingeordnet (vgl. Matthes 2014: 12). Diese Bewertung erfolgt graduell (vgl. Matthes 2014: 12). Es wird etwa gefragt, ob eine Situation oder ein Zustand als stark negativ oder als weniger negativ betrachtet werden kann (vgl. Matthes 2014: 12). Die einzelnen Elemente eines Frames ergeben eine logische Argumentationskette (vgl. Matthes 2014: 21).

2.4.2 Framing-Prozess

Kommunikator:innen – wie Parteien, soziale Bewegungen oder politische Akteur:innen – setzen Frames gezielt ein. Diese wollen eine bestimmte Sichtweise auf ein brisantes Thema in der Öffentlichkeit etablieren (vgl. Matthes 2014: 14). Ausgewählte Deutungsmuster und Frames spiegeln sich in weiterer Folge in Pressemitteilungen und/oder öffentlichen Reden wider (vgl. Matthes 2014: 14). Ziel ist es, den persönlich-präferierten Frame in der kollektiven Meinung durchzusetzen. Demnach spricht man auch von einem *strategischen Framing* (vgl. Matthes 2014: 14). Bei einem strategischen Framing steht jedoch nicht nur die Durchsetzung des eigenen Frames im Vordergrund, zusätzlich entsteht ein Wettbewerb mit den Frames der Konkurrent:innen (vgl. Matthes 2014: 14). Denn zu beinahe allen Themen gibt es viele Frames, die sich stets in einem Wettstreit um die Verankerung in der Gesellschaft befinden (vgl. Matthes 2014: 14). Die unterschiedlichen Kommunikator:innen beschäftigen sich mit einem Kernproblem (vgl. Matthes 2014: 14), dazu werden verschiedene Frames entworfen. Ziel ist die Persuasion von potenziellen Anhänger:innen (vgl. Matthes 2014: 14). Bei diesem strategischen

Framing wird ein Diskurs demnach nicht nur von einem Frame beherrscht, sondern mehrere Frames versuchen neben der öffentlichen Aufmerksamkeit auch im Besonderen die Medienpräsenz für sich zu beanspruchen (vgl. Matthes 2014: 14). Zudem gilt zu beachten, dass Frames dynamisch und wandelbar sind. Demnach wird ein Frame, der im Diskurs keinen Anklang findet, angepasst oder ausgetauscht (vgl. Matthes 2014: 15).

Beim Framing-Prozess spielen nicht nur die Kommunikator:innen eine Rolle, sondern jede beliebige Person kann aktiv am Prozess beteiligt sein (vgl. Matthes 2014: 19).

Kommunikatoren schlagen die Frames vor, diese werden von den Journalisten aufgegriffen und gegebenenfalls verändert, dies wiederum löst Reaktionen beim Publikum aus, was dazu führt, dass die Kommunikatoren den Erfolg oder Misserfolg ihrer Frames bei den Journalisten sowie beim Publikum einschätzen können (Matthes 2014: 19).

Vor diesem Hintergrund können die Frames verändert oder verbessert werden. Auch andere Akteur:innen nutzen dieselben Informationen und reagieren entsprechend auf die Framing-Strategien der politischen Gegner:innen (vgl. Matthes 2014: 19). Dabei kann die Strategie der gegnerischen Person abgeschwächt oder untergraben werden (vgl. Matthes 2014: 19).

2.4.3 Explizite und implizite Grundannahmen des Framing-Ansatzes

Mit dem *Framing-Ansatz* wird versucht, eine Erklärung für die Entstehung, die Veränderung von und die Beeinflussung durch bestimmte(n) Frames einzelner Akteur:innen zu finden (vgl. Matthes 2014: 10). Mit Framing ist der aktive Prozess „des selektiven Hervorhebens von Informationen und Positionen“ (Matthes 2014: 10–11) gemeint. Frames bilden „das Ergebnis dieses Prozesses“ (Matthes 2014: 11).

Da Framing beinahe alle Bereiche der politischen Kommunikation umfassen und beleuchten kann, zählt der Framing-Ansatz zu den zentralen Forschungsbereichen der politischen Kommunikationsforschung (vgl. Matthes 2014: 12). Dieser Framing-Ansatz wird auch als Brückenkonzept bezeichnet, da dieses Forschungsgebiet neben Ansätzen aus kommunikationswissenschaftlichen Paradigmen auch die soziologischen und psychologischen Hintergründe in die Betrachtung miteinbezieht (vgl. Matthes 2014: 13).

Der Framing-Ansatz baut auf vier Grundannahmen [auf]: dem Ambivalenzprinzip, dem Selektionsprinzip, dem Konsistenzprinzip sowie dem Wettstreitprinzip. Diese Annahmen lassen sich entweder explizit oder implizit in allen Arbeiten des Ansatzes wiederfinden. (Matthes 2014: 23)

Im Zusammenhang mit dem Framing-Ansatz können somit vier explizite und implizite Grundannahmen formuliert werden: Erstens gilt das *Ambivalenzprinzip*, demnach können politische Themen aus mehreren Blickwinkeln betrachtet werden (vgl. Matthes 2014: 20). Gründe

für die unterschiedlichen Gesichtspunkte zu einem Thema sind mitunter die abweichenden Interessen oder das Bestreben nach politischen oder ökonomischen Ressourcen (vgl. Matthes 2014: 20). Zweitens das *Selektionsprinzip* im Zusammenhang mit der Selektion oder Vernachlässigung bestimmter Aspekte eines Themas im eigenen Frame (vgl. Matthes 2014: 20). Demnach stellen Frames nur einen selektiven Ausschnitt eines behandelnden Themas dar (vgl. Matthes 2014: 20). Drittens stellen Frames einen kohärenten Sinnhorizont zur Verfügung, das wird als *Konsistenzprinzip* bezeichnet (vgl. Matthes 2014: 21). Dabei werden die Frame-Elemente miteinander verknüpft, um in weiterer Folge Sinnzusammenhängen zu schaffen (vgl. Matthes 2014: 21). Viertens gilt das *Wettstreitprinzip* – der stetige Kampf um die Deutungshoheit des eigenen Frames (vgl. Matthes 2014: 21). Ziel ist es nicht nur die eigene Deutung mitzuteilen, sondern sich zusätzlich mit den Deutungen der gegnerischen Personen auseinanderzusetzen, auf die jeweiligen Frames zu reagieren und gegebenenfalls zu kontern (vgl. Matthes 2014: 21).

2.4.4 Frames im Diskurs

Wenn komplexe semantische Relationen beschrieben werden sollen, gelten Frames als ein nützliches Instrument (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 190). Frames generieren Propositionsmerkmale, Metaphern(felder), Isotopien u. a., sie sind demnach nicht auf eine reine lexikalische Repräsentation von Wissen zu beschränken (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 190). Für die Diskurslinguistik sind mitunter die Analysen von Leerstellen, Füllwerten und Standardwerten von Interesse. Zusätzlich wird durch die Frame-Analyse die Historizität von Aussagen aufgedeckt (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 190). In Diskursen sind die jeweiligen Wissenskonstellationen stets zeitgebunden.

Frames werden als eine Darstellungsform für kontextgebundenes Wissen bezeichnet (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 93). Dabei werden die komplexen Strukturen als abstrakte kognitive Muster in Form von Slots (Leerstellen) und Fillers (Füllwerte) ausgedrückt (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 93). Diese Slots sind mit Erfahrungswerten (*default values*) gefüllt oder mit konkreten Werten (Fillers) besetzt (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 93). Mit nur wenigen sprachlichen Daten können komplexe Sachverhalte kognitiv schneller aufgefasst und verarbeitet werden. Vor allem durch das gemeinsame Auftreten usueller Wortverbindungen können komplexe Zusammenhänge zwischen einzelnen Wörtern im Diskurs erkannt werden (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 93). So weisen bestimmte Wortkombinationen bereits auf den jeweiligen Diskurs hin. Um ein Beispiel zu nennen: Das Wort *Führer* wird im Umfeld der Wörter *Massensterben*, *KZ*, *1939* und *Angst* verwendet, somit kann von einem Zweiter-Weltkrieg-

Diskurs ausgegangen werden. Wenn dagegen die Wörter *Spannung*, *Farben* und *Kunst* mit *Führer* in Verbindung stehen, bezieht sich dies auf den Führer einer Kunst-Ausstellung und damit auf einen ganz anderen Diskurs.

2.4.5 Priming

Ursprünglich stammt das Priming-Konzept aus der Kognitionspsychologie (vgl. Scheufele 2022: 13). Bestimmte Reize – wie ein Lied, das Wetter oder ein Kleidungsstück – lösen bestimmte kognitive oder affektive Gedächtnisspuren im Bewusstsein aus (vgl. Scheufele 2022: 11). Worte, Stereotype, Themen oder Frames, die ein kognitives Netzwerk aktivieren können, werden *Prime* genannt (vgl. Scheufele 2022: 23). Vom Priming spricht man, wenn ein entsprechender Netzwerkknoten aktiviert wird und einen längeren Zeitraum über aktiviert bleibt (vgl. Scheufele 2022: 23). Dementsprechend ist dieser schneller abrufbar als andere Wahrnehmungsprozesse. Dazu gibt es zahlreiche Beispiele im politischen und gesellschaftlichen Kontext. Der in der ehemaligen DDR skandierende politische Slogan „Wir sind das Volk!“⁵ ist demnach ein Schlüsselreiz oder Prime, der (bei vielen Menschen) bestimmte Gedächtnisspuren wachruft. In diesem Zusammenhang spricht man vom Priming (vgl. Scheufele 2022: 11). Wenn man Menschen in Deutschland zu diesem Slogan befragen würde, „fällen sie ihr Urteil [wahrscheinlich] auf Grundlage der Gedächtnisspuren, die der jeweilige Prime leichter zugänglich gemacht, also kognitiv vorgewärmt bzw. gebahnt hat“ (Scheufele 2022: 11), und dabei handelt es sich um den Priming-Effekt.

2.5 Metaphorisierung

Politische Rede bedient sich besonders gerne der Metapher, um komplexe Sachverhalte (um die es ja in der Politik oft genug geht) in einfacherer Sprache und als vertraute, verständliche Strukturen und Mechanismen darzustellen (Meyer / Serbina 2019: 611).

Metaphern werden politisch dazu genutzt, parteiliche Inhalte zu präzisieren (vgl. Niehr 2014: 151). Das metaphorische Sprechen wird von Politiker:innen strategisch nutzbar gemacht, dabei werden Metaphern oftmals „besetzt“. Politische Diskurse – wie z. B. der Migrationsdiskurs oder der Wirtschaftsdiskurs – haben ihre eigene Metaphorik (vgl. Niehr 2014: 146). Metaphern werden eingesetzt, um komplexe Inhalte bildlich zu vermitteln (vgl. Niehr 2014: 146), auf diese Weise kann bei Rezipient:innen eine bestimmte Vorstellung evoziert werden. Naturgemäß können Metaphern auch trügerische Bilder hervorrufen; denn metaphorisiertes Sprechen verfolgt

⁵ „Wir sind das Volk!“ ist ein politischer Slogan aus der DDR des Jahres 1989 und wurde von Demonstrant:innen bei den Montagsdemonstrationen als Antwort auf „Hier spricht die Volkspolizei!“ skandiert.

stets einen strategischen Zweck (vgl. Niehr 2014: 147). Metaphern haben ein Implikationspotenzial, was bedeutet, dass sie im Bewusstsein der Rezipient:innen eine Wenn-Dann-Relationen auslösen können (vgl. Niehr 2014: 146): Wenn Adolf Hitler die jüdische Bevölkerung als *Weltvergifter* (vgl. RvW 1985: 79) bezeichnet, dann gilt es diese „auszulöschen“ – gemäß der metaphorisch implizierten „Logik“ sollte man alles tun, um sich vor diesen Menschen zu schützen. Dass es sich in diesem Zusammenhang um eine negativ-wirkende Metapher handelt, liegt vor allem auch daran, dass diese Metapher bestimmte Aspekte hervorhebt und andere ausblendet. Durch dieses Beispiel lässt sich der enge Zusammenhang zwischen Metaphorik und Argumentation (vgl. Niehr 2014: 147) veranschaulichen.

2.5.1 Metapherntheorie

The metaphor is one of the simplest and most important mechanisms by which [...] a shared mental framework can be kept in touch with what lies 'out there' (Beck u. a. 1978: 86; zit. nach Meyer / Serbina 2019: 606).

Ausgehend von der konzeptionellen Metapherntheorie besteht eine Metapher aus „vier logisch aufeinander aufbauenden und eng ineinander verschränkten Komponenten“ (Meyer / Serbina 2019: 606). Erstens werden mit einer Metapher zwei divergente konzeptuelle Bereiche assoziativ aufgefasst (vgl. Meyer / Serbina 2019: 606). Zweitens fungiert einer der beiden Bereiche als Zeichenbereich (*target domain*) und der andere Bereich als Ausgangsbereich / Quellenbereich (*source domain*) der Metapher (vgl. Meyer / Serbina 2019: 606). Drittens existiert ein abstrakter, fernliegender, schwer zugänglicher und komplexer Zielbereich, dem viertens ein konkreterer, näher liegender, leichter zugänglicher und einfacherer Ursprungsbereich gegenübergestellt wird (vgl. Meyer / Serbina 2019: 606). Dabei ist es das Ziel des Metapherngebrauchs, „den Zielbereich mit Hilfe des Ausgangsbereichs zu strukturieren“ (Meyer / Serbina 2019: 606).

Bezüglich der erwähnten Ausgangs- und Zielbereiche ist vor allem bei der Analyse von Metaphern in politischen Reden eine klare Unterscheidung zu treffen (vgl. Meyer / Serbina 2019: 608). Die Zielbereiche in der Politik umfasst stets einen politischen Problem- bzw. Fragenkomplex; so wären *Migration*, *(Auf- / Ab-)Rüstung*, *Äußere Sicherheit*, *Krieg*, *Wirtschaft* und *Nation* typische Zielbereiche (vgl. Meyer / Serbina 2019: 608). Bei Analysen des entsprechenden Metapherngebrauchs liegt das Augenmerk besonders auf dem Ausgangsbereich, dieser gibt Aufschluss über das Denken der metaphorisierenden Person (vgl. Meyer / Serbina 2019: 610). Alltäglich-vertraute Ausgangsbereiche wären z. B. *Bau*, *Transport*, *Krankheit*, *Krieg*, *Sport* oder *Familie* (vgl. Meyer / Serbina 2019: 610).

2.5.2 Kognitive Metapher

Klein (2019) verweist auf *kognitive Metaphern* oder metaphorische Konzepte (vgl. Klein 2019: 92). In diesem Zusammenhang ist den Rezipient:innen der metaphorische Charakter des Begriffes nicht direkt bewusst. „In Begriffen, die politisches Denken und Fühlen prägen, manifestieren sich vielfach kognitiv tief verwurzelte, körperlichem Erleben entstammende Vorstellungen“ (Klein 2019: 92). Dabei wird hinsichtlich der Wahrnehmung auf physische Bereiche wie „oben“ oder „unten“ als Herkunftsbereiche zurückgegriffen, um diese auf Abstraktes anzuwenden (vgl. Klein 2019: 92–93). Ein klassisches Beispiel für eine Analogie in diesem Sinne ist die Beschreibung von gesellschaftlichen Verhältnissen als *Ober-* und *Unterschicht* (vgl. Klein 2019: 93).

Das gezielte Nutzen von kognitiver Metaphorik im politischen Kontext ist einer der wesentlichsten Verfahrensarten des politischen Framings (vgl. Klein 2019: 93). Die wohl bekannteste Metapher im Zusammenhang mit der Politik ist die Weg-Metapher, denn seit dem fortschrittsgläubigen Zeitalter der Aufklärung wird diese vielfach konzeptualisiert: „*Aufbruch, Bewegung, Fortschritt, große und kleine Schritte, Stillstand, Rückschritt, Hindernis, Blockade, Station, Ziel, Irrweg, Dritter Weg* etc.“ (Klein 2019: 95 [Hervorhebungen im Original]).

Kognitive Metaphern können unterschiedlich ausgeprägt sein. Eine entsprechende Metapher besteht mindestens aus einem Wort. Grundsätzlich werden mehrere Elemente aus entsprechenden konzeptuellen Bereichen miteinander verbunden, diese werden in weiterer Folge auf sprachlicher Ebene realisiert (vgl. Meyer / Serbina 2019: 606). Demnach herrscht in einer Metapher eine Zweiheit der verbundenen konzeptuellen Bereiche (vgl. Meyer / Serbina 2019: 608). Zwei Bereiche, die grundsätzlich getrennt und einander „wesensfremd“ sind, werden miteinander assoziiert (vgl. Meyer / Serbina 2019: 608). Daraus ergibt sich folgende Konsequenz: „Durch die Darstellung eines Sachverhaltes im Vokabular eines völlig fremden kognitiven Bereichs können ganze kognitive Räume mit ihnen völlig fremden Charakteristika assoziiert werden“ (Meyer / Serbina 2019: 608).

2.5.3 Funktionen

In diesem Abschnitt sollen einige Metapher-Funktionen, die charakteristisch für politische Reden sind, aufgezählt und theoretisch fundiert werden.

(1) Die evaluative Funktion

Politische Metaphern können häufig als bewertend aufgefasst werden (vgl. Meyer / Serbina 2019: 612). Dabei eignen sich Metaphern dazu, „in argumentativen Texten nicht weiter begründet Bewertungen unbemerkt unterzubringen“ (Meyer / Serbina 2019: 612). Wenn der Zielbereich z. B. *Krieg* oder eine andere unangenehme Sache ist, werden Metaphern überwiegend eingesetzt, um gewisse negative Aspekte auszublenden (vgl. Meyer / Serbina 2019: 612–613). Dabei wird der *Krieg* mit „fremden‘ und harmlos klingenden Assoziationen“ (Meyer / Serbina 2019: 613 [Hervorhebung im Original]) euphemistisch „geschmückt“. Beispiele in diesem Sinne sind *Krieg als Kommunikation*, *Krieg als Sport* oder *Krieg als Spiel* (vgl. Meyer / Serbina 2019: 613). Vor allem die Worte *Sport* und *Spiel* eignen sich ideal als Ausgangsbereich der politischen Metapher, da diese fast immer positiv aufgefasst werden (vgl. Meyer / Serbina 2019: 613). Demgegenüber kann eine bestimmte Metaphorik einen Sachverhalt als böse oder schlecht einstufen (vgl. Meyer / Serbina 2019: 613). Wenn ein bestimmter Diskurs (z. B. der Migrationsdiskurs) mit Krankheit in Verbindung gebracht wird, dann kann dieser (leichter) als negativ aufgefasst werden (vgl. Meyer / Serbina 2019: 613).

(2) Die Brückenfunktion

[A]ls Grundmechanismus der Konzeptbildung ermöglicht [die Metapher] die Erschließung abstrakter, schwer faßbarer, aber dennoch für die erfolgreiche Interaktion des Menschen mit seinem Umfeld relevanter Vorstellungen mit Hilfe elementarer, unmittelbarer und intersubjektiv geteilter Erfahrungen des Alltags (Baldauf 1996: 269–270; zit. nach Meyer / Serbina 2019: 613).

Die Brückenfunktion der Metapher erleichtert „den Zugang zu dem abstrakten, komplexen, wenig anschaulichen Feld der Politik“ (Meyer / Serbina 2019: 614), jedoch verleitet sie auch zu Vereinfachung, Vergröberung, Überspitzung oder Untertreibung (vgl. Meyer / Serbina 2019: 614). „In der Veranschaulichungsfunktion liegt sowohl das innovativ-kreative als auch das persuasiv-manipulative Potenzial der Metapher“ (Böke 1996: 442; zit. nach Meyer / Serbina 2019: 614). Als Beispiel eignet sich in diesem Zusammenhang die *Schiffsmetapher*, die für ein besseres Verständnis der Funktion des Staates stehen soll (vgl. Meyer / Serbina 2019: 614). Dabei wird der Ausgangsbereich *Schiff* auf den Zielbereich *Staat* übertragen; wobei der Staat in der Realität wesentlich komplexer ist (vgl. Meyer / Serbina 2019: 614). Demnach werden Rezipient:innen der Metapher „in eine metaphorische Falle gelockt“ (Meyer / Serbina 2019: 614).

(3) Die Filterfunktion

Die Strukturierung eines Zielbereichs vom Ausgangsbereich her [...] hat die Konsequenz, dass die Wahl eines bestimmten Ausgangsbereichs für einen gegebenen Zielbereich immer einige

Aspekte des Zielbereichs ausblendet („hiding“) und andere hervorhebt („highlighting“) (Meyer / Serbina 2019: 614 [Hervorhebung im Original]).

Um auf die Schiffsmetapher zurückzukommen, werden bei deren Verwendung die wesentlichsten Aspekte der demokratischen Teilhabe ausgeblendet (vgl. Meyer / Serbina 2019: 614). Der Fokus liegt lediglich auf dem zentralen Aspekt, dass Politik einen hoch spezialisierten Sachverstand erfordert (den des *Kapitäns* oder *Steuermanns*) und „jeder Versuch von Betroffenen mitzureden, ist folglich gefährlicher Unsinn“ (Burkhardt 1998: 108; zit. nach Meyer / Serbina 2019: 615). Dasselbe gilt auch für die im politischen Diskurs beliebte Spielmetapher. Wird der Krieg mit einem Spiel assoziiert, wird der grausame Aspekt des Krieges verschleiert und verharmlost (vgl. Meyer / Serbina 2019: 615). Spielmetaphern „suggerieren, dass im Krieg Regeln gelten und dass es keine ernste Gefahr gibt“ (Meyer / Serbina 2019: 615). Demnach kann der Einsatz von derartigen Metaphern als gefährlich eingestuft werden, da die Wahrnehmung getrübt werden kann.

(4) Die ideologische Funktion

Ideologie wird in diesem Sinne als „die Gesamtheit aller interessegeleiteten [sic!] Ideen, die von Mitgliedern einer Gruppe geteilt werden“ (Meyer / Serbina 2019: 615) aufgefasst. Chilton und Lakoff beschreiben politische Metaphern als interessengeleitet (vgl. Chilton / Lakoff 1995: 56; zit. nach Meyer / Serbina 2019: 616), demnach wären alle politische Metaphern ideologisch (vgl. Meyer / Serbina 2019: 616). Folgt man dieser Interpretation, dann dienen politische Reden der Verbreitung von Ideologien. Meyer und Serbina (2019) gehen noch weiter und bezeichnen diese Funktion als „Hauptmotivation für den Gebrauch von Metaphern in der politischen Rede“ (Meyer / Serbina 2019: 617). Auch in diesem Fall dienen das vorhin erwähnte *highlighting* und *hiding* dazu, für die präferierte Ideologie unerwünschte Aspekte gezielt auszublenden. Um die Schiffsmetapher erneut aufzugreifen, wird mit dieser die autoritäre Vorstellung einer Regierung schlicht akzeptiert – denn auf einem Schiff haben der Kapitän bzw. der Steuermann alle Befugnisse, dieselben werden durch die Metapher auf den Staatsmann übertragen (vgl. Meyer / Serbina 2019: 616). Im Zusammenhang mit der Wirtschaft wird vermehrt die Metapher *wie von Geisterhand* eingesetzt, diese suggeriert Rationalität, Alternativlosigkeit und Gottgegebenheit (vgl. Meyer / Serbina 2019: 616). Im Europadiskurs wird die vom damaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow geprägte Formel *gemeinsames europäisches Haus* bis heute als beliebte politische Metapher eingesetzt (vgl. Meyer / Serbina 2019: 617).

(5) Die argumentative Funktion

Wie bereits an einer vorherigen Stelle erwähnt, gilt das Argumentieren als eine zentrale Funktion der Metapher. Hier wird die argumentative Funktion auch als eine strategische oder persuasive aufgefasst (vgl. Meyer / Serbina 2019: 617). Musolff (2004) schlägt vor, die politische Metapher als einen integralen Aspekt des argumentativen Denkens zu betrachten; man sollte die Metapher als eine Art „Befehl“ in der Argumentation auffassen, d. h. sie soll den Anschein erwecken, als gültige Rechtfertigung für die Verwendung eines bestimmten Vorgehens oder Plans zu fungieren (vgl. Musolff 2004: 32–33; zit. nach Meyer / Serbina 2019: 617).

(6) Lösungsangebote

Metaphern schaffen Lösungsangebote, das ist eine Funktion, die vor allem im politischen Diskurs von hoher Relevanz ist (vgl. Meyer / Serbina 2019: 618). Wenn ein Sachverhalt thematisiert wird, weil dieser als problematisch gilt, dann zielt man grundsätzlich auf eine Lösung ab. Diese Lösung wird mithilfe der „fremden kognitiven Bereiche“ (siehe weiter oben) konzeptualisiert. Im Kontext des Nationalsozialismus wurde, wie bereits erwähnt, von *Weltvergiftern* gesprochen. Die damit verbundene „Lösung“ gegen die Vergiftung der Welt ist das Auslöschen der Ursache. Diese Lösung wird den Menschen nahegelegt, „ohne dass man über irgendeinen spezifischen Aspekt des Phänomens selbst reden muss, der eventuelle adäquatere Lösungsansätze anbieten würde“ (Meyer / Serbina 2019: 618–619).

(7) Die emotionale Funktion

Eine Metapher entfaltet Wirksamkeit, weil sie emotional ansprechend ist, nicht weil sie rational einleuchtet (vgl. Meyer / Serbina 2019: 619). Sie ist emotional ansprechend, weil sie all die bereits erwähnten Funktion aufweist: Sie vermittelt Werte, besitzt eine Brückenfunktion und bietet vereinfachte, logisch erscheinende Lösungen an (vgl. Meyer / Serbina 2019: 620). Zudem dient diese emotionale Funktion der Metapher in der politischen Rede „der Propagierung von Aktionsprogrammen und der Gewinnung von Verbündeten für diese“ (Meyer / Serbina 2019: 620).

3. Diskursive Aspekte

In diesem Kapitel werden die diskursiven Aspekte des Untersuchungsgegenstandes theoriegeleitet reflektiert. Dabei werden folgende diskurslinguistisch zentrale Probleme beleuchtet: In welchen gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen stehen Texte (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 125–126), auf welche kollektiven Wissensbestände stützen sich Aussagen (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 92), wie wird die komplexe Wirklichkeit sprachlich strukturiert (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 108) und wie wird Sprache eingesetzt, um Machtverhältnisse zu etablieren bzw. zu stabilisieren (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 100).

3.1 Textzusammenhänge

Es gibt verschiedene Arten wie Texte miteinander korrelieren. Mitunter spricht man von Intertextualität und Transtextualität; sogenannten Text-Text-Beziehungen. Neben diesen materiellen Bezügen zwischen Texten gibt es auch solche, die weniger anschaulich sind. Es sollte stets bewusst sein, dass Texte auch auf sogenannte mentale Textwelten Bezug nehmen:

Kohärenz wird von mir als inhaltlicher Zusammenhang, genauer als semantisch-konzeptuelle Kontinuität definiert, d. h. es geht um alle im Text enthaltenen Relationen expliziter und impliziter Art, die den inhaltlichen Zusammenhang und damit die konzeptuelle Kontinuität eines Textes konstituieren (Schwarz-Friesel 2006: 64; zit. nach Spitzmüller / Warnke 2011: 149).

Dabei ist das kollektive Wissen eine besonders wichtige Komponente. Gewisse Verbindungen und Zusammenhänge von Texten sind auf der Makroebene nicht immer erkennbar (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 149), denn „der referenzielle Zusammenhang von vielen Einzeltexten ergibt sich unter anderem erst aus der Erschließung von Wissen, das in den Texten implizit thematisiert wird“ (Spitzmüller / Warnke 2011: 149). Der Vorgang des Erkennens implizierter Aussagen wird pragmatische Interferenz genannt (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 149). Implikationen sind die dabei zu ergänzenden Inhalte und Präsuppositionen die vorauszusetzenden Inhalte (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 149).

3.2 Wissensbestände

Wissensbestände werden in diskursiver Praxis gesellschaftlich etabliert (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 54).

Genauso wenig, wie wir Menschen geschichtslos sind, ist es unsere Sprache, weil diese stets an Menschen gebunden ist und war. Aufschluss über Einstellungen, Denkweisen und Wissensformationen der Vergangenheit erlangen wir über Sprache, die wir unter sprachgeschichtlichem Blickwinkel als Indikator für bestimmte zeitspezifische Konzepte zu deuten vermögen. (Felder 2009: 3)

Dieses kollektive Wissen ist jedoch nie fixiert, sondern vielmehr unsicher. Denn Wissen ist ein *sozial verhandeltes Gut*, das sich stets verändert und in kommunikativen Prozessen neu konstruiert werden kann (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 54). Man kann dementsprechend davon ausgehen, dass „die primäre Leistung der Sprache [die] Konstituierung von Wissen“ (Spitzmüller / Warnke 2011: 54) ist.

Vor allem implizite Wissensbestände prägen die Kommunikation. Dabei handelt es sich um jenes Wissen, das mitunter auch als *Hintergrundwissen* (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 149) deklariert werden kann – „um implizite Bezüge auf gemeinsames Wissen“ (Spitzmüller / Warnke 2011: 149). Dieses Wissen ist eine notwendige Voraussetzung in vielerlei Kommunikationen sowie wesentlich, um Schlussfolgerungen ziehen zu können (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 149). Denn einzelne Sachverhalte werden nicht isoliert wahrgenommen, sondern im Kontext von Wissens- und Sachverhaltsverknüpfungen (Wissensrahmen, -netzen) aufgefasst (vgl. Felder 2009: 1). Dabei spielt die *Sprache* eine wesentliche Rolle, denn sie dient als Mittel der Verständigung und des Ausdrucks der Realitätserfahrung (vgl. Ertl 2015: 45). Die einzelnen Muster und Strukturen, die über die Sprache vermittelt werden, nehmen Einfluss auf die Realitätserfahrungen hinsichtlich der sozialen sowie der historischen Wirklichkeit (vgl. Ertl 2015: 45). Grund dafür ist, dass nur die sprachliche Verständigung dazu im Stande ist, dieselbe zu beurteilen (vgl. Ertl 2015: 45). Im Raum der Sprache, dem Diskurs, wird Platz geschaffen, um über Ängste, Hoffnungen oder Ansprüche zu kommunizieren (vgl. Ertl 2015: 45). Dieser Raum „gilt als Voraussetzung, um der Wahrheit näher zu kommen“ (Ertl 2015: 45); dabei bleibt als Grundvoraussetzung, dass die Kommunikation unverzerrt und herrschaftsfrei ist (vgl. Preglau 1993: 200; zit. nach Ertl 2015: 45).

3.3 Sprache und Macht

„Sprache spiegelt nicht nur Machtverhältnisse wider, sie kann auch dazu dienen, Machtverhältnisse zu verfestigen (oder zu unterlaufen)“ (Spitzmüller / Warnke 2011: 100). Für Arendt ist Macht nicht statisch, sondern vielmehr entsteht diese dynamisch im Zusammenschluss von Menschen, die sich an dem *Konsens der Regierenden* orientieren (vgl. Arendt 1972: 140; zit. nach Ertl 2015: 48). Dabei ist die Öffentlichkeit ein Netzwerk von verschiedenen Kommunikations(ein)flüssen (vgl. Ertl 2015: 51), „die Möglichkeitsspielräume von individuellen und kollektiven Akteuren wie Parteien, Verbänden, Nichtregierungsorganisationen“ (Ertl 2015: 51) festlegen. Auf dem Konzept von Arendt aufbauend, spricht man im Zusammenhang mit der Macht unter anderem von einer *kommunikativen Macht* zur Bildung des gemeinsamen Willens (vgl. Ertl: 2015: 47).

Bei einer etwaigen Transformation des Allgemeininteresses der Bevölkerung und der damit einhergehenden Durchsetzung werden die Möglichkeiten und Interessen einer spezifischen Gruppe verändert, dieser Vorgang basiert auf *subtiler Macht* (vgl. Ertl 2015: 35). Der Versuch dieser Transformation setzt beim gemeinsamen Willen an (vgl. Ertl 2015: 60). Abbildung 3 veranschaulicht den Prozess der Einflussnahme von kommunikativer Macht auf die politische Aktivität und die damit verbundene Anschlusskommunikation im politischen Diskurs:

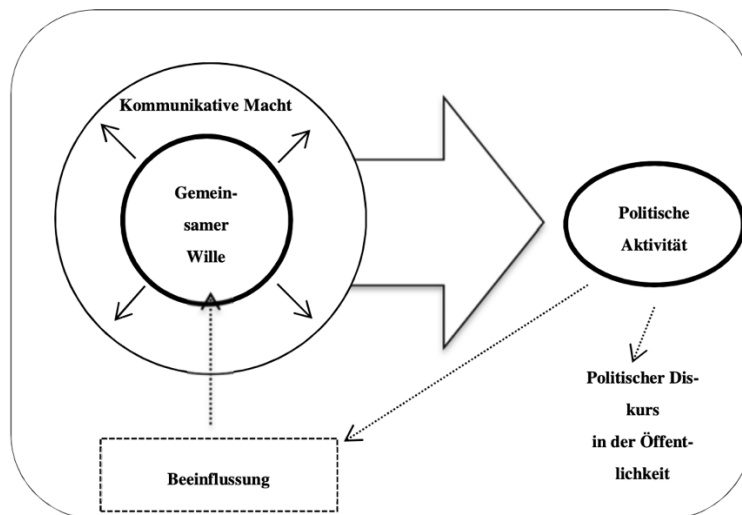


Abbildung 3: Einflussnahme von kommunikativer Macht auf die politische Aktivität und Anschlusskommunikation im politischen Diskurs (vgl. Ertl 2015: 62).

Durch die strategische Einflussnahme auf den *gemeinsamen Willen* etabliert sich die *kommunikative Macht* (siehe weiter oben), dadurch kommt es zu diversen politischen Aktivitäten, mitunter zu Entscheidungsprozessen (vgl. Ertl 2015: 60). Die jeweilige *primäre Einflussnahme* gilt dann als erfolgreich, wenn die politische Handlung zugunsten der tonangebenden Politiker:innen ausfällt (vgl. Ertl 2015: 60). Dabei erfolgt die Einflussnahme auf den gemeinsamen Willen in zwei Formen: „über das *Framing* bzw. die inhaltliche Steuerung einer *Themendeutung* [oder] über die Steuerung der journalistischen *Themensetzung*, bzw. die formale Steuerung *vor dem* oder *beim Agenda Setting* von Massenmedien“ (Ertl 2015: 61 [Hervorhebungen im Original]). Über eine nachträgliche Beeinflussung des Diskurses in der Öffentlichkeit kann die entsprechende politische Entscheidung legitimiert werden (vgl. Ertl 2015: 62). Im Zusammenhang mit der Sprache konstruiert die Gesamtheit von bildlichen Redeelementen wie Metaphern, Allegorien, Symbole u. a. einen Diskurs (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 108). Dieselben helfen dabei, das Wissen zu strukturieren, und beeinflussen zusätzlich die Wirklichkeitskonstitution (vgl. Spitzmüller / Warnke 2011: 108), da „in sich geschlossene Muster zur Deutung der Welt“ (Spitzmüller / Warnke 2011: 108) geboten werden.

4. Historische Bezüge

Wie bereits mehrfach erwähnt, befasst sich diese Masterarbeit mit politischen Reden im Kontext von zwei bedeutenden historischen Zäsuren. In diesem Kapitel sollen diese historischen Bezüge theoretisch eingebettet werden. Dabei werden die relevanten Phänomene der Zeit direkt nach dem 2. Weltkrieg (1945–1946) und der 1980er-Jahre bzw. frühen 1990er-Jahre beleuchtet. Im Besonderen sollen die Gründe der Auswahl dieser Zäsuren deutlich werden. In diesem Zusammenhang werden in Hinblick auf den weiter unten folgenden Analyseteil der Arbeit die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit bzw. die Frage nach dem Umgang mit der Schuld an den Verbrechen des NS-Regimes einen wesentlichen Teil dieses Kapitels bilden. Auch die später relevante *Opferthese* wird an dieser Stelle theoretisch reflektiert. Einleitend wird auf wesentliche Daten des Zweiten Weltkrieges hingewiesen, um die Not der Bevölkerung und die entsprechenden Effekte des Krieges zu verdeutlichen.

4.1 Der Zweite Weltkrieg

Von 1933 bis 1945 herrschte der Diktatur Adolf Hitler über das Deutsche Reich – ausgehend von Europa kam es von 1939 bis 1945 zum Zweiten Weltkrieg. Ziel dieses Krieges war es, „durch Vernichtung, Vertreibung und Umsiedlung eine neue, nach ethnischen Grenzen orientierte Ordnung in Europa zu schaffen“ (Buchmann 2014: 18). Das nationalsozialistische Regime führte die Kriegsparteien Deutschland und das ab 1938 angeschlossene Österreich an. Die Alliierten, bestehend aus Frankreich, Großbritannien, USA und Sowjetunion, zählten dabei zu den großen Kriegsgegnern des Deutschen Reiches.

Der Zweite Weltkrieg gilt als größter „Land-, See- und Luftkrieg der Geschichte“ (Buchmann 2014: 17) und forderte unzählige Opfer. 55 Millionen Soldaten starben, 35 Millionen wurden verwundet, drei Millionen vermisst (vgl. Buchmann 2014: 17). Auch die Zivilbevölkerung litt stark unter den Folgen des Krieges: 1,5 Millionen wurden im Bombenkrieg getötet, sieben Millionen Menschen (darunter sechs Millionen jüdische Personen sowie Sinti und Roma) starben in Massenvernichtungslagern, 20 bis 30 Millionen Menschen wurden im Zuge von Partisanenkämpfen, durch Racheakte, Deportation, Flucht oder Vertreibung getötet (vgl. Buchmann 2014: 17). Dieser Krieg war geprägt von der größten Völkerwanderung aller Zeiten; zwischen 1939 und 1948 wurden ca. 46 Millionen Menschen aufgrund von Flucht, Umsiedlung oder Zwangsarbeit (vgl. Buchmann 2014: 18) gezwungen, ihre Heimat zu verlassen. Neben den kaum

berechenbaren Kriegskosten⁶ hinterließ der Zweite Weltkrieg viele dauerhafte Schäden, wie z. B. zahlreiche psychische Traumata von Soldaten und Zivilist:innen, Kriegswitwen und -weisen und Opfern von Gefangenschaft (vgl. Buchmann 2014: 18).

4.2 Ära 1945/1946

Am 30. April 1945 hat sich das Schicksal von Europa schlagartig geändert; Hitler nahm sich um 15.30 Uhr das Leben durch einen Pistolenschuss (vgl. Buchmann 2014: 16). Der Grund für seinen Suizid war das Scheitern der letzten Entlastungsoffensive (vgl. Buchmann 2014: 16). Sieben Tage darauf unterschrieb der damalige Generaloberst Alfred Jodl die Gesamtkapitulation der Deutschen Wehrmacht (vgl. Buchmann 2014: 16). Am 9. Mai wurde dieselbe vor den Sowjets durch Feldmarschall Wilhelm Keitel, den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, umgesetzt (vgl. Buchmann 2014: 16). Infolgedessen kam es am 9. Mai 1945 um 0.00 Uhr zum „Schweigen der Waffen“ (Buchmann 2014: 16). Bereits am 8. Mai 1945 (kurz vor Mitternacht) galt der Zweite Weltkrieg als beendet, demnach wird seither dieser Tag als „Tag der Befreiung“ bezeichnet. Die Befreiung vom nationalsozialistischen Regime war eine Erleichterung, dennoch war Deutschland (inklusive der „Ostmark“ Österreich) nun ein Trümmerfeld, bestehend aus zerbombten Fabriken, Städten und Straßen.

Bereits drei Monate vor dem eigentlichen Kriegsende (Februar 1945) kam es zur Konferenz von Jalta (vgl. Buchmann 2014: 64), zu welcher sich die Staatschefs der drei Alliierten USA, Großbritannien und Sowjetunion, Roosevelt, Churchill und Stalin, trafen. Bei dieser Konferenz wurde über die Aufteilung Deutschlands, die Machtverteilung in Europa nach dem Kriegsende sowie den Krieg gegen Japan beraten. Man einigte sich darauf, dass Deutschland bedingungslos kapitulieren muss sowie entnazifiziert werden soll. Zudem sollte Deutschland zu Reparationszahlungen verpflichtet werden.

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht übernehmen die alliierten Mächte die oberste Gewalt über die vier Besatzungszonen. Im Zusammenhang mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges spricht man von der *Deutschen Frage*, dabei handelt es sich um die Frage, „was geschieht mit Deutschland?“, die sich die Alliierten stellen mussten (vgl. Buchmann 2014: 53). Die Staats- und Regierungschefs der alliierten Staaten trafen sich am 17. Juli 1945 auf Schloss Cecilienhof in Potsdam (vgl. Kleinert 2019: 4), um über das Schicksal Deutschlands zu

⁶ Die reinen Militärkosten, wozu Rüstungskosten, Betriebskosten und Personalkosten zählen, werden auf 1.5 Millionen US-Dollar (zum Wert von 1945) geschätzt (vgl. Buchmann 2014: 18).

entscheiden. Dabei einigte man sich auf die vier großen „D“: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dezentralisierung und Demokratisierung (vgl. Kleinert 2019: 4). „Für alle Zukunft sollten den Deutschen die Voraussetzungen für die Entfesselung eines Angriffskrieges genommen werden“ (Kleinert 2019: 4).

Im Zuge der Aufteilung Deutschlands kam es zu unterschiedlichen Entwicklungen der Besatzungszonen; auch Österreich wurde entsprechend aufgeteilt. Die westlichen Zonen entwickelten sich sowohl in Deutschland als auch in Österreich anders als die sowjetische Zone. Unter anderem forderte das Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 die Vernichtung des Nationalsozialismus, die Umsetzung dieser Forderung erfolgte im Westen im Sinne einer politischen Säuberung (vgl. Buchmann 2014: 54). Im Osten verfolgte dieselbe Säuberung zudem einem sozialrevolutionären Zweck, nämlich einer „Enteignung von Adeligen und Besitzbürgern“ (Buchmann 2014: 54). Hinsichtlich der Entnazifizierung erreichte diese mit dem Nürnberger Prozess im Jahr 1946 ihren Höhepunkt. Das Potsdamer Abkommen hatte zudem eine Auswirkung auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland. Denn die Alliierten forderten eine „Entflechtung und Zerschlagung der Konzerne und Kartelle sowie der Großbanken“ (Buchmann 2014: 54). Des Weiteren wurden die Handelsflotte, die Patentrechte und das Auslandsvermögen Deutschlands beschlagnahmt (vgl. Buchmann 2014: 54). Im März 1946 wurde der Deutsche Industrieplan vorgelegt, der besagte, dass die Industrieproduktion maximal 55 Prozent des Vorkriegsstandes erzielen darf (vgl. Buchmann 2014: 55), sowie ein Verbot der Herstellung von „Werkzeugmaschinen, Traktoren, Flugzeugen, Aluminium, synthetische[m] Benzin und Gummi“ (Buchmann 2014: 55). Die Potsdamer Konferenz steht einerseits für das Ende des Zweiten Weltkrieges, andererseits für den Beginn des Kalten Krieges.

Nach Ende des Krieges kam es zu einem vermehrten Bevölkerungszustrom (v. a. aus ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten Ost(mittel)europas), dabei vergrößerte sich die Bevölkerungszahl in den vier Besatzungszonen von 59 Millionen im Jahr 1939 auf 66 Millionen 1946 (vgl. Kleinert 2019: 5). Wobei von dieser Summe ehemalige Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter:innen und andere sogenannte *Displaced Persons*, die in der deutschen Trümmerlandschaft lebten, exkludiert sind (vgl. Kleinert 2019: 5).

Bereits im Jahr 1945 etablierten sich die ersten politischen Parteien in Deutschland mit der Zustimmung der Alliierten: KPD, SPD, CDU / CSU und FDP (vgl. Buchmann 2014: 55). Im Westen wurden später in den einzelnen Bundesländern Landtagswahlen durchgeführt, worauf sich eine erste parlamentarische Regierung etablierte (vgl. Buchmann 2014: 55). Österreich rief

bereits im April 1945 seine Unabhängigkeit aus; paradoxerweise war zu diesem Zeitpunkt das KZ Mauthausen noch im Betrieb. Genauso schnell hatten sich auch die politischen Parteien noch vor dem eigentlichen Kriegsende (wieder) gebildet. Bereits am 23. April 1945 begann die provisorische Regierung unter Karl Renner zu arbeiten und am 25. November kam es zur ersten Nationalratswahl der Zweiten Republik (vgl. Buchmann 2014: 55). Im Zuge dieser Wahl wurde Leopold Figl zum ersten österreichischen Bundeskanzler (1945–1953) und Karl Renner zum ersten Bundespräsidenten (1945–1950) gewählt (vgl. Buchmann 2014: 56).

Aufgrund zahlreicher politischer Gegensätze der West- und Ostmächte kam es zum sogenannten Ost-West-Konflikt. Demnach war Deutschland keine Einheit mehr, sondern ab 1949 geteilt in BRD unter der Westmacht (USA) und DDR unter der Sowjetunion. Hinsichtlich der Politik der BRD gilt Konrad Adenauer als ein wesentlicher Politiker, der sich mitunter stark für die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzte. Adenauer wurde am 15. September 1949 zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt (vgl. Kleinert 2019: 44) und blieb dies bis 1963.

4.3 Die späten 1980er- und frühen 1990er-Jahre

Die späten 80er- und frühen 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts stehen im Zeichen der Wiedervereinigung Deutschlands und des Endes des Kalten Krieges. Mit dem Bau der Berliner Mauer 1961 war Deutschland endgültig gespalten. Berlin war zweigeteilt – im Westen umschlossen von der DDR und blockiert durch die UdSSR. Zudem hatte der Kalte Krieg in den 1980ern seinen Höhepunkt, weltweit kam es zur Bedrohung des Einsatzes von atomaren Waffen. Während des Kalten Krieges war Europa zwar stabil wie nie zuvor, jedoch basierte diese Stabilität rein auf einer gigantischen atomaren Aufrüstung. Die Atomwaffe galt als politisches Druckmittel bzw. politische Drohung.

In den 1970er-Jahren hatte sich die westdeutsche Gesellschaft wesentlich verändert, denn das traditionelle soziale Milieu löste sich auf und es etablierte sich eine stärker fragmentierte Gesellschaft (vgl. Kleinert 2019: 516). Aufgrund des Strukturwandels gab es immer weniger Arbeitsmarktchancen (vgl. Kleinert 2019: 517), vor allem für weniger qualifizierte Arbeiter:innen war die Situation kritisch. Dennoch galt die Bundesrepublik Deutschland als Wohlstandsgesellschaft (vgl. Kleinert 2019: 517). Im Jahr 1989 feierte die Bundesrepublik Deutschland seinen 40. Geburtstag, dabei wurde das 1949 gegründete Provisorium BRD als Nation anerkannt (vgl. Kleinert 2019: 517). Zu diesem Zeitpunkt kam es aber auch zu einem Umbruch

hinsichtlich der Sowjetunion. Michail Gorbatschow (der letzte Staatspräsident der Sowjetunion) leitete gemeinsam mit Ronald Reagan (USA) das Ende des Kalten Krieges ein. Gorbatschow setzte vieles in Bewegung, das merkte auch die westdeutsche Bevölkerung (vgl. Kleinert 2019: 517). Denn mit der Wahl Gorbatschows zum KPdSU-Generalsekretär änderte sich die Lage in der DDR schlagartig (vgl. Kleinert 2019: 490). Michail Gorbatschow galt als Reformler und wollte die Wirtschaft der Sowjetunion und die KPdSU reformieren. Dabei wurden die Schlagworte seiner Reformversuche *Perestroika* (Umbau) und *Glasnost* (Offenheit) auch zu Hoffnungsträgern für die DDR-Bevölkerung (vgl. Kleinert 2019: 490). Er löste die Sowjetunion als Völkerrechtssubjekt auf, woraufhin dieselbe im Jahr 1991 aufhörte zu existieren. Daraus resultierten 15 souveräne Staaten der ehemaligen Union. Im Juni 1989 kam es zu Neuwahlen in Polen und zum Ende der kommunistischen Herrschaft (vgl. Kleinert 2019: 517). Dabei wurde „der erste nichtkommunistische Ministerpräsident im Ostblock seit mehr als 40 Jahren ins Amt“ (Kleinert 2019: 517) gewählt. Die BRD hatte die DDR anerkannt. Die deutsche Politik war auf Stabilisierung und nicht auf eine Wiedervereinigung ausgerichtet. Dementsprechend glaubten die Bürger:innen nicht an eine gesamtdeutsche Realität (vgl. Kleinert 2019: 517). Als der Eiserne Vorhang 1989 zwischen Ungarn und Österreich fiel, schien aus Sicht der DDR die Toskana und das Mittelmeer näher als Westdeutschland (vgl. Kleinert 2019: 517). Es kam zur Invasion Ungarns und die DDR-Bürger:innen erkannten, dass sie nun über die Grenzen nach Österreich gelangen könnten. Der Stolz der westdeutschen Bevölkerung galt der Bundesrepublik, ihrer Verfassung und ihrer wirtschaftlichen Leistung (vgl. Kleinert 2019: 517). Das war der Westpolitik von Konrad Adenauer und der Ostpolitik von Willy Brandt zu verdanken (vgl. Kleinert 2019: 517). Kaum jemand glaubte an den Untergang der von Versorgungsmängeln und Krisenbewusstsein geprägten DDR (vgl. Kleinert 2019: 517). Dennoch kam es Ende des Jahres 1989 zum Mauerfall und der Durchgang nach Westdeutschland wurde gestattet. Somit war Deutschland nicht mehr geteilt. Spätestens mit dem Mauerfall war die sogenannte Deutsche Frage wieder aktuell, denn es verlangte nach einer entsprechenden Positionierung (vgl. Gehler / Graf 2018: 65). Bis Februar 1990 verließen 240 000 Menschen die DDR, um ein neues Leben in der Bundesrepublik zu beginnen (vgl. Kleinert 2019: 586). Dass die Mauer nun gefallen war, wurde zwar gefeiert, dennoch kamen vor allem junge Menschen schwer mit dem Umbruch zurecht (vgl. Kleinert 2019: 566). Eine Woche nach dem Fall der Mauer besetzten Student:innen die Universitäten und es kam zu großen Demonstrationen. In Bezug auf Österreich verwies Franz Vranitzky darauf, dass es in Österreich keine Anti-Stimmung hinsichtlich des größer gewordenen Deutschlands gebe (vgl. Gehler / Graf 2018: 67). Dennoch herrschte eine gewisse Furcht vor einer eventuellen „Verschlechterung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen sowie

möglichen Auswirkungen auf die eigenen EG⁷-Beitrittsambitionen“ (vgl. Gehler / Graf 2018: 69). Zu Beginn des Jahres 1990 verkündete die Wiener Diplomatie, dass Österreich gegen eine übereilte Vereinigung Deutschlands ist und plädierte dementsprechend für einen ruhigen Prozess (vgl. Gehler / Graf 2018: 76).

Am 2. Oktober 1990 rief der damalige deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker „die Vollendung der Deutschen Einheit“ (Kleinert 2019: 579) aus. Dabei betonte er, dass es sich bei der Wiedervereinigung um mehr handle als eine Erweiterung der BRD (vgl. Kleinert 2019: 579). Zwei Tage später tagte das gesamtdeutsche Parlament zum ersten Mal (vgl. Kleinert 2019: 579). Die Parteien hatten sich bereits vor der Ausrufung als Deutsche Einheit zu gesamtdeutschen Verbänden bekannt (vgl. Kleinert 2019: 580). Die österreichische Diplomatie war einige Monate zuvor bereits davon überzeugt, dass die Deutsche Einheit kommen würde (vgl. Gehler / Graf 2018: 84). Bis Deutschland dann tatsächlich zu einer Einheit wurde, war das Zusammenwachsen der BRD und der DDR ein komplizierter und schwieriger Prozess (vgl. Kleinert 2019: 584). Mitunter ein Grund dafür war die Währungsunion, die eine gravierende Auswirkung auf die DDR-Wirtschaft hatte (vgl. Kleinert 2019: 584). In Folge dessen waren 80 Prozent der Bevölkerung im Jahr nach der Wiedervereinigung mindestens einmal arbeitslos (vgl. Kleinert 2019: 584).

Nachdem die Deutsche Einheit ausgerufen wurde, erklärte Österreich „einige in direktem Bezug zur Lösung der Deutschlandfrage stehende Passagen des österreichischen Staatsvertrags von 1955 für obsolet“ (Gehler / Graf 2018: 92). Österreichs Haltung zur Einheit war letztendlich positiv, dennoch bleibt Vranitzkys Positionierung, der sich stets distanziert dazu äußerte, weiterhin in Diskussion (vgl. Gehler / Graf 2018: 95). Im Fokus der österreichischen Politik stand nun eine „raschestmögliche Teilnahme Österreichs am integrierten Europa“ (Gehler / Graf 2018: 92).

4.4 Aufarbeitung der NS-Vergangenheit

Im Zusammenhang mit der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit wird vermehrt von einer „Vergangenheitsbewältigung“ gesprochen. Ein Terminus, der in der politisch-sozialen Sprache Deutschlands ambivalente Reaktionen hervorruft (vgl. Axer 2011: 27). Aufgrund des hohen Bekanntheitsgrades ist derselbe Begriff zwar aus dem Standardvokabular kaum mehr wegzudenken, dennoch stößt er vor allem im wissenschaftlichen Diskurs vermehrt auf Kritik (vgl.

⁷ EG = Europäische Gemeinschaft.

Axer 2011: 27). Dementsprechend wird in dieser Masterarbeit auf die Verwendung dieses Terminus verzichtet. Der Terminus *Vergangenheitsbewältigung* ist „ein unbestimmter, ein vager Terminus“ (Axer 2011: 27). Vor allem in der Literatur wird vermehrt auf Schlagwörter wie *Vergangenheitspolitik*, *Geschichtspolitik*, *Erinnerungskultur* oder *Geschichtskultur* zurückgegriffen (vgl. Axer 2011: 27). Hinsichtlich dieser Begriffe wurde jedoch kritisiert, dass eine emotionale Färbung, wie sie der Terminus *Bewältigung* evoziert, fehlen würde (vgl. Axer 2011: 27).

In vorliegender Arbeit wurde der Ausdruck „Aufarbeitung der NS-Vergangenheit“ gewählt, um auf einen entsprechenden Prozess hinzuweisen. Denn von einer Bewältigung konnte man im Zeitraum der fokussierten historischen Zäsur noch nicht sprechen. Vielmehr bedarf es eines Erinnerns und Aufarbeitens der vergangenen Zeit – was wiederum einen andauernden Prozess darstellt. Es geht dabei nicht nur um die eigene individuelle Vergangenheit, sondern um die Lebensgeschichte eines Kollektivs, die mehrere Generationen umfasst (vgl. Axer 2011: 28). Dabei bedarf es keiner Bewältigung im Sinne eines Abschließens mit dieser Zeit, sondern vielmehr eines Wachhaltens dieser Vergangenheit (vgl. Axer 2011: 27). Denn es ist von besonderer Wichtigkeit, vor allem den nachfolgenden Generationen die negativen Kapitel der Geschichte vor Augen zu führen (vgl. Axer 2011: 35). Die Gegenwart ist nicht ohne ihre Geschichte zu denken, dementsprechend kann man in der Erinnerung an die kollektive Lebensgeschichte stets auch Antworten auf Entwicklungen der Gegenwart finden (vgl. Axer 2011: 35).

Direkt nach dem Krieg gab es in Deutschland und Österreich wesentliche Diskrepanzen hinsichtlich der Anerkennung der historischen Verantwortung (vgl. Axer 2011: 63). Während die politischen Repräsentant:innen ein offizielles politisches Bekenntnis zur Verantwortung am Krieg abgaben, scheute sich der Großteil der Bevölkerung davor, es ihnen gleich zu tun (vgl. Axer 2011: 63). Die Bevölkerung lehnte mehrheitlich jegliche Verantwortung für den Nationalsozialismus ab (vgl. Axer 2011: 63) und „wollte die Schuldfrage, die möglicherweise auch der eigenen Zukunft schaden konnte, endgültig als unbegründet der Vergangenheit zugewiesen wissen“ (Axer 2011: 63). „Die Konzentration der Bevölkerung galt dem Wiederaufbau, durch dessen Erfolg sie glaubte, die Berechtigung erworben zu haben, die Forderung nach einem Schlussstrich unter die nationalsozialistische Vergangenheit stellen zu können“ (Axer 2011: 63). Dementsprechend blieb eine Aufarbeitung der schrecklichen Vergangenheit vorerst aus. In der ersten Phase der Nachkriegszeit fand unter anderem der Nürnberger Prozess statt und die zahlreichen nationalsozialistischen Gewaltverbrechen wurden verurteilt. Wer aktiv an nationalsozialistischen Verbrechen beteiligt war, hatte sich juristisch schuldig gemacht (vgl. Axer 2011:

64). Viele waren aber auch durch Nicht-Einschreiten, durch Wegschauen und durch Nicht-Wissen-Wollen moralisch mitschuldig (vgl. Axer 2011: 64). Bei der Mehrheit der Bevölkerung begann sich im Zuge der Nürnberger Prozesse ein Bild „einer Clique von Tätern um Hitler, die das deutsche Volk missbraucht[e]“ (Axer 2011: 64), zu verinnerlichen. So konnten Schuldige bestimmt werden und die eigene passive Beteiligung rückte in den Hintergrund des persönlichen Bewusstseins. Der Nürnberger Prozess und die Entnazifizierungsverfahren nach 1945 waren wesentliche Ereignisse im Sinne der Aufarbeitung der totalitären Vergangenheit. Im Zuge der „Säuberung“ vom Nationalsozialismus wurden oberste Repräsentant:innen, kleinere Mitläufer:innen und Kollaborateur:innen von ihren jeweiligen Positionen suspendiert, zudem wurden „Regierungskriminalitäten“ und andere Straftaten verfolgt (vgl. Karstedt 1996: 60). Im Nürnberger Prozess wurden grundsätzlich nur diejenigen Straftaten verhandelt, „die sich gegen die Bevölkerung anderer Staaten gerichtet hatten“ (Karstedt 1996: 61), dennoch gab es auch zahlreiche Prozesse gegen „Ärzte in Konzentrationslagern, das Wirtschaftshauptamt der SS, das Auswärtige Amt (Außenministerium), das Justizministerium u. a.“ (Karstedt 1996: 61). Das Ziel des Nürnberger Prozesses war es, der Bevölkerung die grausamen Vorgänge der NS-Zeit vor Augen zu führen (vgl. Karstedt 1996: 61). Dazu wurden die Täter:innen benannt und die Opfer der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen aufgezeigt. Die Opfer sollten eine gewisse Gerechtigkeit erfahren, wobei diese Entschädigung vielmehr symbolisch aufgefasst werden kann (vgl. Karstedt 1996: 62).

Gerichte und andere Verfahren der Vergangenheitsbewältigung dienen dabei der öffentlichen Umorientierung und Reedukation sowie der Wiederherstellung der politisch-moralischen und sozialen Ordnung. Sie sind Prozesse der Reinigung – der *Entnazifizierung*, der *Entstasifizierung* oder *Entstalinisierung*. (Karstedt 1996: 62 [Hervorhebungen im Original])

Das sollte jedoch nicht die alleinige Aufgabe der Gerichte sein, es bedarf vielmehr gesamtgesellschaftlicher, politischer und kultureller Anstrengungen (vgl. Axer 2011: 43). Eine Schuldzuweisung ist bei Massenverbrechen außerordentlich schwierig und ein juristischer Freispruch ist demnach nicht immer moralisch (vgl. Axer 2011: 43). Gerichte fällen ihre Urteile nur bei einer Eindeutigkeit des Falles, dabei muss jeder Zweifel an der Schuld ausgeräumt sein (vgl. Axer 2011: 43). „Der Nürnberger Prozess richtete sich nicht nur an die deutsche Öffentlichkeit, sondern an die Weltöffentlichkeit“ (Karstedt 1996: 67). Mit dem gerichtlichen Verfahren, das auf internationalem Recht basierte (vgl. Karstedt 1996: 67), sollte die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit öffentlich vorgeführt werden. Unter den 22 Angeklagten befanden sich die höchsten Vertreter des nationalsozialistischen Regimes und dessen Institutionen (vgl. Karstedt 1996: 67). Neben dieser „Vorführung“ galt der Nürnberger Prozess als wesentlicher Faktor in Hinblick auf die Umerziehung der Bevölkerung (vgl. Karstedt 1996: 68). So konnte „die

Wahrheit über die nationalsozialistischen Verbrechen an die Öffentlichkeit“ (Karstedt 1996: 69) gebracht werden. „Die deutsche Öffentlichkeit erfuhr aus dem Prozeß zum ersten Mal etwas über die Konzentrations- und Todeslager vor allem außerhalb der ehemaligen Reichsgrenzen“ (Karstedt 1996: 69). Anlässlich einer damals durchgeführten Befragung der Bevölkerung gaben 30 Prozent an, dass sie im Zuge des Prozesses gelernt haben, wie groß die Gefahr einer Diktatur ist, und 25 Prozent bestätigten die Notwendigkeit des Erhalts des Friedens, da es schlussendlich auch die Bevölkerung selbst ist, die unter den Folgen eines Krieges leiden muss (vgl. Karstedt 1996: 70).

Deutschland wurde nach dem Krieg weiterhin als Täter deklariert. Die ganze Welt sah Deutschland weiterhin als Land der „Nazis“ (vgl. Axer 2011: 14). Dazu äußerte sich der Bundespräsident Gustav Heinemann im Jahr 1969 (vgl. Axer 2011: 13). Heinemann sprach vom Missbrauch des Namens des deutschen Volkes, der mit dem Unheil des Zweiten Weltkrieges in direkter Verbindung steht (vgl. Axer 2011: 13). Zudem verwies er darauf, dass es am deutschen Volk liegt, die Frage, wie es zum schrecklichen Regime des Nationalsozialismus kommen konnte, zu stellen (vgl. Axer 2011: 13). Damit machte er nicht nur auf die Verantwortung aller deutschen Bürger:innen aufmerksam, sondern versuchte zu sagen, dass das Volk sich der Vergangenheit stellen muss, um von der restlichen Welt wieder anerkannt werden zu können (vgl. Axer 2011: 13). Die Schuld der deutschen Bevölkerung am Krieg ist zur Weltmeinung geworden (vgl. Axer 2011: 13). Obwohl das deutsche Volk sich wie kaum ein anderes seiner historischen Verantwortung stellte, wurde es weiterhin auf den Nationalsozialismus reduziert (vgl. Axer 2011: 14).

4.5 Opferthese

Die Moskauer Deklaration kann als Grundstein für die in Österreich lange Zeit vorherrschende Opferthese aufgefasst werden. Denn zum Thema der Deklaration wurde auch die Opferklausel, die besagte, dass Österreich das erste freie Land gewesen sei, das Hitler zum Opfer gefallen war (vgl. Bailer 2015: 162). Österreich wurde von den Briten als das „erste Opfer der Nazi-Aggression“ (vgl. Wohnout 2015: 235) bezeichnet. Mit der Moskauer Deklaration wurde jedoch auch festgehalten, dass Österreich durchaus eine Mitschuld zu verantworten hat (vgl. Bailer 2015: 162); die Verantwortlichkeit Österreichs war somit festgeschrieben (vgl. Wohnout 2015: 235). Österreich musste seine Verantwortung an der Teilnahme am Krieg an der Seite Hitlers tragen (vgl. Bailer 2015: 162). Damit begann die österreichische Nachkriegsgeschichte,

geprägt vom Umgang mit der NS-Vergangenheit und den Opfern der NS-Verbrechen (vgl. Bailer 2015: 162).

Zu Kriegszeiten waren viele Österreicher:innen ins Ausland geflohen oder eine Zeit lang im Exil. Darunter waren zahlreiche Widerstandskämpfer:innen. Mit der Moskauer Deklaration hoffte man auch (vergebens) auf einen Aufschwung der Widerstandsaktivität in Österreich (vgl. Bailer 2015: 165). Der Nationalsozialismus war aber immer noch stark in der Bevölkerung verankert und diejenigen, die nicht im Sinne des NS-Regimes agierten, mussten damit rechnen, von Nachbar:innen, Arbeitskolleg:innen oder auch Familienmitgliedern verraten zu werden (vgl. Bailer 2015: 166).

Nach der Befreiung Österreichs 1945 wurden die behandelten Themen der Moskauer Deklaration in Politik und Gesellschaft unterschiedlich gewichtet (vgl. Bailer 2015: 168). Dabei wurde die Opferthese zentral, vor allem im Zusammenhang mit der Proklamation der österreichischen Unabhängigkeit (vgl. Bailer 2015: 168). Hinsichtlich des Anschlusses Österreichs an das nationalsozialistische Deutschland wurde nach Kriegsende darauf verwiesen, dass der Krieg durch „militärische Bedrohung von außen und den hochverräterischen Terror einer nazistischen Minderheit eingeleitet“ (Stenografisches Protokoll der 1. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.12.1945, 10–11; zit. nach Bailer 2015: 169) und dem „hilflos gewordenen Volke Österreichs“ (Stenografisches Protokoll der 1. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.12.1945, 10–11; zit. nach Bailer 2015: 169) aufgezwungen worden sei. Zudem wurde festgehalten, dass den Krieg „kein Österreicher jemals gewollt hat“ (Stenografisches Protokoll der 1. Sitzung des Nationalrats der Republik Österreich, V. Gesetzgebungsperiode, 19.12.1945, 10–11; zit. nach Bailer 2015: 169). Die Tatsache, dass der „Anschluss“ 1938 noch vom Großteil der Bevölkerung mit tosendem Jubel begrüßt worden war, wurde fortan als Halbwahrheit deklariert (vgl. Wohnout 2015: 236). „Die Unterstreichung des österreichischen Widerstandes, vor allem aber die konsequente Leugnung jeglicher Mitverantwortung von Österreichern an den Verbrechen des NS-Regimes sollten Österreich möglichst günstige Konditionen im künftigen Vertrag sichern“ (Bailer 2015: 170). Zudem wurde auf jegliche Entschädigungszahlungen – die mit dem Terminus *Wiedergutmachung* subsumiert wurden – verzichtet, denn das hätte als ein „Eingeständnis einer österreichischen Mitverantwortung an den NS-Verbrechen interpretiert werden [können] und [die Entschädigungszahlungen] waren daher grundsätzlich abzuweisen“ (Bailer 2015: 171). Dementsprechend galt die Moskauer Deklaration als Vorwand zur „Abwehr berechtigter Forderungen

der Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“ (Bailer 2015: 173); darauf hatte man 1943 aber nicht abgezielt. Im Jahr 1947 wurde die Formulierung der österreichischen Mitverantwortung im ersten alliierten Staatsvertragsentwurf verschärft (vgl. Wohnout 2015: 237). Darin wurde festgehalten, dass sich Österreich seiner Verantwortlichkeit an der aktiven Teilnahme des Krieges nicht entziehen könne (vgl. Wohnout 2015: 237). Dennoch hat sich erst am 10. März 1988 der damalige österreichische Bundespräsident und ehemalige UN-Generalsekretär Kurt Waldheim öffentlich als politischer Verantwortungsträger zur Mitverantwortung Österreichs bekannt (vgl. Bailer 2015: 172). Aber vor allem die Mitverantwortungserklärung vom späteren Bundeskanzler Franz Vranitzky am 8. Juli 1991 gilt als eine der am breitesten rezipierten (vgl. Bailer 2015: 172). Trotz der zahlreichen Mitschuldbekennnisse blieb die Opferthese bis in die 1990er-Jahre eine präsenste Sichtweise vieler Österreicher:innen auf den Zweiten Weltkrieg und das Hitler-Regime (vgl. Bailer 2015: 172).

Heute steht fest: Österreich ist kein Opfer Hitler'scher-Aggression gewesen, sondern vielmehr Mittäter des Zweiten Weltkrieges. Dazu haben sich unzählige Verantwortungsträger:innen geäußert. Dennoch soll an dieser Stelle eine weitere Sichtweise auf die Opferthese aufgegriffen werden. Im Zusammenhang mit den für die Analyse ausgewählten Reden wurde auch eine Rede von Leopold Figl herangezogen. Hier soll ein kurzer Einblick in die Biografie Figls geboten werden, denn Figl ist ein bewusster Vertreter der Opferthese.

Leopold Figl war zum Zeitpunkt des Anschlusses Österreichs bereits politisch engagiert. In seiner streng katholisch geprägten politischen Heimat hatte man sich vergleichsweise widerstandsfähig gegen den Nationalsozialismus präsentiert (vgl. Wohnout 2015: 238). Aufgrund seiner Abneigung gegen das nationalsozialistische Regime wurde er nach dem „Anschluss“ als effizienter und gefährlicher politischer Gegner eingestuft und infolgedessen 1938 mit dem sogenannten „Prominententransport“ in das Konzentrationslager Dachau gebracht, wo er schwere körperliche Zwangsarbeit verrichten musste (vgl. Wohnout 2015: 238). Weil Figl sich oppositionell gegenüber Mitgefangenen äußerte, wurde er von SS-Aufsehern zu einem drakonischen Strafritual verurteilt (vgl. Wohnout 2015: 238). Es folgten blutige Auspeitschungen bis zur Bewusstlosigkeit und ein mehrwöchiger Aufenthalt in Dunkelhaft im Straf- und Isolierblock des KZ (vgl. Wohnout 2015: 238). Von September 1939 bis April 1940 verbrachte er im Konzentrationslager Flossenbürg, wo er erneut körperliche Schwerst- und Akkordarbeit verrichtete (vgl. Wohnout 2015: 238). Als er nach Dachau zurückgebracht wurde, erkrankte er an Typhus, was er im Gegensatz zu vielen anderen Menschen überlebte (vgl. Wohnout 2015: 238). Nach zweitausend Tagen KZ-Haft wurde er im Mai 1943 entlassen und kam nach Wien zurück (vgl.

Wohnout 2015: 239). Zu dieser Zeit tagte die Moskauer Konferenz. Die Opferthese war nun ein Teil des Selbstverständnisses der „in der Illegalität agierenden Männer“ (Wohnout 2015: 240). Dazu gehörte auch Leopold Figl, der sich nach der Entlassung wieder im politischen Untergrund engagierte. Bereits im Oktober 1944 wurde er erneut verhaftet und wieder in das Konzentrationslager Mauthausen gebracht (vgl. Wohnout 2015: 241). Dort wurde ihm eine Drohkulisse geboten. Figl wurde im schwer bewachten Isoliertrakt direkt neben der Gaskammer und dem Krematorium eingesperrt (vgl. Wohnout 2015: 241). Die Hinrichtungen und Verbrennungen boten eine schreckliche Geräuschkulisse (vgl. Wohnout 2015: 241). Dies galt der Einschüchterung, denn die Gestapo hoffte auf diese Weise, wichtige Informationen von den politischen Häftlingen zu bekommen (vgl. Wohnout 2015: 241). „Doch Figl und seine Mithäftlinge schwiegen“ (Wohnout 2015: 241). Im Jänner 1945 kam Figl nach Wien zum Volksgerichtshofprozess (vgl. Wohnout 2015: 241). Figl war einer der letzten Häftlinge, die am 6. April 1945 das Wiener Landesgericht verlassen konnten (vgl. Wohnout 2015: 241).

Leopold Figl stand zeit seines Lebens zu seiner Vergangenheit als politischer Gefangener. Sie bildete ab 1945 einen wesentlichen Bestandteil seines politischen Selbstverständnisses. [...] Das Bekenntnis zu seiner Identität als ehemaliger „KZler“ war bei Figl auch noch zu jener Zeit ungebrochen, [...] als es [...] nicht mehr en vogue war, Aspekte des Widerstandes und ein als Antithese zum Nationalsozialismus zu verstehendes Österreichbewusstsein in den Vordergrund zu stellen. (Wohnout 2015: 242)

Figl bekannte sich niemals zur Mitschuld. Er glaubte stets an die Stärke Österreichs, das ist mitunter ein Grund für sein stark ausgeprägtes Österreichbekenntnis nach 1945 (vgl. Wohnout 2015: 243). Mit Begeisterung setzte er seine politische Laufbahn ab 1945 fort und wurde als Bundeskanzler an die Spitze Österreichs gewählt. Aufgrund seiner persönlichen Vergangenheit und Erfahrungen verkörpert Figl glaubhaft die österreichische Opferthese (vgl. Wohnout 2015: 243–244). Figl war von Beginn an ein Teil des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, dementsprechend hat er sich widersetzt, die in der Präambel des Staatsvertragsentwurfes enthaltene Mitschuld Klausel anzuerkennen (vgl. Wohnout 2015: 245). In der ersten Regierung Figls waren unter den 17 Regierungsmitgliedern 14 Politiker ehemals politisch Verfolgte der NS-Zeit. Ein wesentlicher Aspekt, betrachtet man das konsequente Festhalten an der Opferthese.

Mit dieser kurzen Abschweifung in die Biografie Figls sollte die Komplexität und vor allem Ambivalenz der Opferthese sowie der Mitschuld Klausel vor Augen geführt werden. Zudem werden sich die hier angeführten historischen Aspekte bei der späteren Analyse der politischen Reden als wesentlich herausstellen.

5. Korpusanalyse

Die Analyse der ausgewählten Reden bildet den zweiten Hauptteil dieser Masterarbeit. Es handelt sich dabei – wie mehrfach erwähnt – um eine empirische Untersuchung, deren Ergebnisse auf Basis einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (nach Kuckartz / Rädiker 2022: 129–156) mittels Applikation der Software MAXQDA gewonnen werden. Für die Analyse wurden zu Beginn deduktive bzw. a priori-Kategorien erstellt, anhand welcher die Reden effizient untersucht – d. h. als Datenmaterial kodiert – werden können. Die Erstellung dieser Kategorien orientierte sich an den Forschungsfragen. Folgende a priori-Kategorien sind bei der Analyse maßgebend: *Demokratie, Aufarbeitung der NS-Vergangenheit / Schuld, Befreiung, Identität / Heimat, Nationalsozialismus, Not der Bevölkerung* und *Sonstiges*. Hinsichtlich der a priori-Kategorie der *Aufarbeitung der NS-Vergangenheit / Schuld* wurden zusätzlich induktive Subkategorien (*Mitschuld* und *Opfer*) gebildet. Anhand folgender Tabelle wird die Kategoriebildung beispielhaft dargestellt:

Name der Kategorie:	Aufarbeitung der NS-Vergangenheit / Schuld
Inhaltliche Beschreibung:	Äußerungen hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit / Schuld. Auf die Auseinandersetzung mit Vergangenem (im Zeitraum 1933 bis 1945), insbesondere auch auf die Problematik der „Opferthese“ abzielend. Äußerungen zur Suche nach der Schuld oder auch Rechtfertigungen.
Beispiele für Anwendungen:	<i>Wie war das nationalsozialistische Reich zuerst von vielen Harmlosen mit Jubel begrüßt, dann wegen seiner abgrundtiefen Gemeinheit und Niedertracht von vielen, sehr vielen Deutschen zwar gefürchtet, aber auch verachtet und verflucht, wie war das im deutschen Volke möglich?</i> (KA 1945: 43–46)
Abgrenzungen:	Keine Geschichtsdaten ohne Bedeutung für die „Vergangenheitsbewältigung“ (keine Daten ohne (tendenziell) emotionale Bezugnahme)
Subkategorien:	Mittäter: Äußerungen, in denen zugegeben wird, dass Österreich kein Opfer war, sondern Mitschuld

	an den NS-Verbrechen hat. Abgrenzung: Nicht co- diert werden Äußerungen im Sinne eines Bekennt- nisses zur Schuld Deutschlands. Beispiel: <i>wir be- kennen uns zu unserer Schuld</i> Opfer: Alle Äußerungen und Andeutungen, dass Österreich ein Opfer des NS-Regimes bzw. Krie- ges war und keinerlei Schuld trifft. Fokus auf die „Opferthese“. Abgrenzung: Keine Darstellungen von Deutschland als Opfer. Beispiel: <i>[Ein] physisch geknechtetes, moralisch durch die Propagandame- thode des Dritten Reiches beinahe überwältigtes, des eigenen Staates vollständig beraubtes und in die zusammenhanglose, unorganisierbare Summe einzelner Individuen aufgespaltenes Volk</i> (KR 1945: 23–25).
--	--

Tabelle 1: Kategoriendefinition für die Kategorie "Aufarbeitung der NS-Vergangenheit / Schuld"

Die gesamte Analyse basiert auf diesen Kategorien, die Vorgehensweise folgt im Wesentlichen dem in Kuckartz / Rädiker (2022: 132–156) Ablaufmodell.

Zudem wurde eine gesonderte Lexem-Analyse aller untersuchten politischen Reden bezüglich der Begriffe *Freiheit* und *Unfreiheit* durchgeführt, welche sich als wesentlich für die Frage nach dem Umgang mit der NS-Vergangenheit angesehen wird.

Dieser Analyseteil wird sich in zwei große Abschnitte gliedern, da vorerst die Reden hinsichtlich der beiden historischen Zäsuren getrennt betrachtet werden. Um einen besseren Überblick sicherzustellen, wird nach der Analyse der Reden gemäß jeder Zäsur ein Zwischenfazit gezogen. Darauf basierend werden im Anschluss die Ergebnisse gegenübergestellt. Die analysierten Reden befinden sich als Transkripte im Anhang am Ende dieser Masterarbeit inkludiert. Dementsprechend beziehen sich im Folgenden Quellenangaben für Zitate aus den Reden auf diesen Anhang⁸.

⁸ Siglen: Karl Renner (KR 1945), Konrad Adenauer (KA 1946), Leopold Figl (LF 1946), Franz Vranitzky (FV 1991), Richard von Weizsäcker (RvW 1985), Willy Brandt (WB 1989).

5.1 Ära 1945/46

5.1.1 Karl Renner

Bei der Analyse einer politischen Rede ist die Rolle der Redner:innen von Relevanz. Karl Renner war ein besonders wichtiger und schillernder politischer Akteur Österreichs. Als Staatskanzler war er bereits an der Bildung der Ersten Republik beteiligt. Im März 1938 begrüßte Renner den Anschluss an das Deutsche Reich. Nachdem er sich während der Dauer des Krieges zurückgezogen hatte, wurde er 1945 erneut zu einer tragenden Figur bei der Konstituierung der Zweiten Österreichischen Republik – Renner bildete im Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht die Provisorische Staatsregierung, die erste österreichische Regierung nach 1945. Im Dezember desselben Jahres wurde er zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt.

Bei der vorliegend ausgewählten Rede von Karl Renner handelt es sich um einen Rechenschaftsbericht, welchen er als Staatskanzler der Provisorischen Staatsregierung vor dem Nationalrat am 19. Dezember 1945 vorträgt. Seine Rede umfasst dabei 1 967 Wörter, womit sie die kürzeste zu analysierende Rede in dieser Masterarbeit bildet.

Renner beginnt seinen Rechenschaftsbericht mit der honorifizierenden Anrede „Hohes Haus!“ (KR 1945: 1), damit verweist er auf den Veranstaltungscharakter, nämlich den einer Ansprache vor dem Nationalrat. Darauf folgt eine allgemeinere Anrede „Männer und Frauen aus ganz Österreich!“ (KR 1945: 1), womit er das gesamte österreichische Volk anspricht. Im Hinblick auf die bereits erwähnten historischen Bezüge, in welche diese Rede eingebettet ist, ist besonders diese Inkludierung der gesamten Bevölkerung wesentlich – in den Jahren zuvor war das Land noch in mehrfacher Weise gespalten. Renner drückt damit bereits in den ersten Zeilen eine Wertschätzung gegenüber allen Bürger:innen aus.

Auf diese Begrüßung folgt eine Aussage, die auf den Erfolg der bisherigen Regierungstätigkeiten aufmerksam machen soll. Damit wird eine Verbindung zwischen dem Anlass der Rede und der inhaltlichen Ebene hergestellt.

Endlich ist das Ziel erreicht, das sich die Provisorische Staatsregierung in der ersten Stunde ihres Bestandes gesetzt hat, endlich ist ihre nahezu achtmonatige Vorbereitungsarbeit durch den unverrückbar im Auge behaltenen Erfolg gekrönt. Denn endlich steht die Staatsregierung vor der verfassungsmäßigen, unbestreitbar rein demokratisch und frei gewählten Vertretung des österreichischen Bundesvolkes und der österreichischen Bundesländer. Und endlich können die in der Provisorischen Staatsregierung vereinten Vertreter der demokratischen Parteien vor Ihnen Rechenschaft [ab]legen und Sie bitten, die Würde und Bürde unseres Amtes von uns zu nehmen und in die Hände jener Persönlichkeiten zu legen, denen Sie kraft der Verfassung auf legalem Wege ihr Vertrauen zuwenden werden. (KR 1945: 1–8 [Hervorhebungen J. K.])

Die wichtigsten Ziele der Provisorischen Regierung waren, einen (wieder) selbstständigen Staat zu schaffen und die Bevölkerung wieder psychologisch aufzurichten. In diesem Ausschnitt der Rede sind keine Metaphern zu finden, sondern der Staatskanzler spricht die entscheidenden Elemente explizit an. Dieser Teil der Rede ist geprägt von einer Euphorie Renners, er listet dabei die festgelegten Attribute einer demokratischen Wahl auf, die er zugleich als besonders erstrebenswert darstellt. Die Werte und die Umsetzung einer *Demokratie* werden mit einer positiven Konnotation versehen. Zudem wird in diesem Abschnitt die rhetorische Figur *Geminatio* gezielt eingesetzt. Mit der Wiederholung des Adjektivs *endlich* wird den genannten Sachverhalten eine bestimmte Eindringlichkeit sowie eine besondere Relevanz verliehen.

Das topische Muster, nach welchem dieser Ausschnitt strukturiert ist, ist eindeutig zu erkennen. Mit dem *Datentopos* wird auf die Ausgangssituation verwiesen. In diesem Fall auf das Setzen eines Ziels („das Ziel [...], das sich die Provisorische Staatsregierung in der ersten Stunde ihres Bestandes gesetzt hat“ (KR 1945: 1–2)) und die damit verbundene notwendige Vorbereitungsarbeit („nahezu achtmonatige Vorbereitungsarbeit“ (KR 1945: 2–3)). Mit der expliziten Nennung des Erfolges kann bereits der *Valuationstopos* festgemacht werden. Eine Bewertung findet sich auch in zwei darauffolgenden Sätzen („Denn endlich steht die Staatsregierung vor der verfassungsmäßigen, unbestreitbar rein demokratisch und frei gewählten Vertretung“ (KR 1945: 3–4 [Hervorgehoben von J.K]); „Und endlich können die in der Provisorischen Staatsregierung vereinten Vertreter der demokratischen Parteien vor Ihnen Rechenschaft [ab]legen“ (KR 1945: 5–8)). Der *Finaltopos* manifestiert sich im Hinweis, dass das nun zur demokratischen Wahl berechtigte Volk vor der Aufgabe steht, eine neue Vertretung zu wählen („Sie bitten, die Würde und Bürde unseres Amtes von uns zu nehmen und in die Hände jener Persönlichkeiten zu legen, denen Sie kraft der Verfassung auf legalem Wege ihr Vertrauen zuwenden werden“ (KR 1945: 7–8)). Mit dem zusätzlichen Verweis auf die Verfassung, die als höchste demokratische Instanz gilt, und der Nennung des „legalen Weges“ wird der *Topos der Ausführungskompetenz* angewandt. Die Attribuierung *legal* kann als Markierung von Prinzipien und Werten betrachtet werden, mit welchem das Handeln fundiert wird. Zudem ist der gesamte Abschnitt inhaltlich der demokratischen Orientierung untergeordnet, welche zusätzliche Werte vermittelt. Demnach kann an dieser Stelle der *Prinzipientopos* verortet werden.

In weiterer Folge verweist Renner auf die kollektiv bewusste Notwendigkeit dieser Regierung, wobei er darauf verzichtet, die Gründe für deren Einsetzung zu nennen („Wieso es zur Einsetzung der Provisorischen Staatsregierung kam, bedarf heute keiner Darstellung mehr“ (KR 1945: 9)). Zudem legt er eine Rechtfertigung dafür ab, warum es Österreich nicht möglich war,

das nationalsozialistische Regime *allein* zu bezwingen, und bezeichnet die hinterbliebenen Opfer als Zeugen des Widerstandes Österreichs.

Es war dem österreichischen Volke nicht gegönnt, in offener Erhebung aus eigener Kraft die von außen aufgezwungene Herrschaft der Annexionsmacht und die Tyrannei seiner Unterdrücker im Inneren niederzuringen. An den ernstesten Versuchen hat es das österreichische Volk nicht fehlen lassen. (KR 1945: 14–16)

Im ersten Absatz seiner Rede sprach Renner noch von Attributen der Freiheit – wie etwa der demokratischen Wahl –, nun schafft er einen scharfen Kontrast, indem er explizit auf Lexeme im Zusammenhang mit der Unfreiheit zurückgreift. Renner bewertet die Zeit, in welcher das nationalsozialistische Regime herrschte. Dabei drängt er Österreich offensichtlich in die Opferrolle. Das NS-Regime wird als *aufgezwungene Herrschaft, Annexionsmacht* sowie *Tyrannei* bezeichnet. Diese Wortwahl und Aneinanderreihung fungiert als ein ausdrucksstarkes Instrument. Renner signalisiert Nachdrücklichkeit, indem er sich gezielt der rhetorischen Figur *Klimax* bedient. Die Herrschaft der Nationalsozialisten war demzufolge nicht abwendbar, da man sich das Land gewaltsam und widerrechtlich angeeignet hatte. Mit dem Terminus *Tyrannei* wird zusätzlich die NS-Zeit als Schreckensherrschaft charakterisiert. Indem indirekt auf die durchaus existierende Widerstandsbewegung verwiesen wird, will Renner verdeutlichen, dass Österreich kein Mittäter gewesen sei. Jegliche Versuche der Befreiung des *österreichischen Volkes* seien niedergeschlagen worden. Um die gegnerische NS-Macht als unbesiegbar darzustellen, wird die eben erläuterte rhetorische Figur entsprechend eingesetzt.

Renner intensiviert die Darstellung Österreichs als Opfer, indem er sich gegen Kritiker:innen, die Österreich eben nicht als ein solches betrachten wollen, ausspricht. Indem er die Herrschaft der Nationalsozialist:innen als „siebenjährige Versklavung“ (KR 1945: 19) bezeichnet, wird Österreich während dieser Zeit als ein soziales System der Unfreiheit und Ungleichheit beschrieben, in welchem das Volk das Eigentum des nationalsozialistischen Regimes war. Österreich soll als „befreites Volk“ (KR 1945: 20) angesehen und von „der Verantwortung des Krieges voll und ganz“ (KR 1945: 21) entlastet werden. Um Kritiker:innen zu überzeugen, stellt Renner eine rhetorische Frage:

Wie konnte ein physisch geknechtetes, moralisch durch die Propagandamethoden des Dritten Reiches beinahe überwältigtes, des eigenen Staates vollständig beraubtes und in die zusammenhanglose, unorganisierbare Summe einzelner Individuen aufgespaltenes Volk auf seinem schmalen Boden die Zertrümmerung des Faschismus bewerkstelligen und das vollbringen, was die vereinigten Weltmächte durch ihr gesamtes Waffenaufgebot erst in einem Krieg von fünf Jahren zu bewerkstelligen vermochten (KR 1945: 23–27)?

Die Opferdarstellung erfolgt in dieser rhetorischen Frage mehrfach. Explizit genannte Faktoren wie die physische Unterdrückung, die Beraubung und Aufspaltung verdeutlichen dies.

Indem die Fläche Österreichs als *schmaler Boden* dargestellt wird, kommt es zu einer gewissen Mitigation (Diminuierung). Österreich wird damit nicht nur klein gemacht, sondern auch als schwach und zerbrechlich gezeichnet. Indem Renner provokant fragt, wie Österreich nun in der Lage hätte sein können, den *Faschismus zu zertrümmern*, wenn die vereinten *Weltmächte* für dasselbe *fünf Jahre* und ein großes *Waffenangebot* benötigt haben (vgl. KR 1945: 23–27), scheint die Opferrolle Österreichs fundiert. In weiterer Folge bedankt Renner sich bei den Alliierten für die Befreiung („also sind sie [die Österreicher:innen] den alliierten Heeren, ihren kühnen Soldaten und siegreichen Heerführern, allen anderen voran der Roten Armee, zum Danke verpflichtet“ (KR 1945: 29–30)) und verweist erneut darauf, dass Österreich sich „nicht selbst befreien“ (KR 1945: 29) hätte können.

Um die Unfähigkeit Österreichs, in der NS-Zeit entsprechend zu handeln, weiter vertiefend darzustellen, greift Renner auf die Metaphern des *Schwertes* und der *fesselnden Ketten* zurück: „Es mußte das Schwert zuerst die fesselnde Kette zerschlagen, bevor wir unsere Glieder rühren konnte. Die Kette zersprang, und Österreich stand auf“ (KR 1945: 31–32). Die Metaphern in diesen Sätzen sind nur zu verstehen, wenn man die Sätze in den Diskurs einbettet. Der Ausdruck *Schwert* wird mit einem neuen Bedeutungszusammenhang verbunden und erhält dementsprechend eine neue Bedeutung. Das *Schwert* steht nun für die alliierten Mächte und deren Soldaten. Mit diesem Ausdruck wird die Vorstellungskraft angeregt und ein *sprachliches Bild* entsteht. Damit wird das Heroische besonders betont, denn Schwerter werden im kollektiven Wissens (u. a.) von Rittern geführt. Die Wahl der Metapher *fesselnde Kette* ist in diesem Fall eine gekonnte Art, um die Opferrolle weiter vertiefend darzustellen. Dieser Ausdruck wird nun mit den Attributen der Unbeweglichkeit und Handlungsunfähigkeit verbunden. Man trägt in Gefangenschaft Ketten, womit abermals Österreich als Opfer (oder in diesem Fall Gefangener) des NS-Regimes dargestellt wird. Dieselbe Metapher wird im darauffolgenden Satz erneut aufgegriffen. Mit dem Rückverweis auf die *Kette* und die Verbindung mit dem Verb *zerspringen* wird die Befreiung durch die Alliierten und die errungene Freiheit im Text lebendig gestaltet. Zudem kann hinsichtlich der Kettenmetapher eine Gegenüberstellung von Freiheit (zersprungene Kette) und Unfreiheit (fesselnde Kette) erkannt werden.

Renner bezeichnet Österreich explizit als ein Opfer des Faschismus. Dabei greift er nicht nur Metaphern auf, sondern verweist auf weitere Eigenschaften, die einen solchen Opferstatus ausmachen. Demnach wurde Österreich „gestört und irregeführt“ (KR 1945: 56), „auseinandergerissen“ (KR 1945: 81), „totgesagt“ (KR 1945: 87) und „ausgelöscht“ (KR 1945: 88). Da er Österreich als „Schwache[n]“ (KR 1945: 120) bezeichnet, macht er die Aussage, dass das Land „dem stärksten Nachbarn zum Opfer gefallen ist“ (KR 1945: 118–119) nur logisch. Denn

wenn das Land entsprechend schwach ist, dann gibt es auch keine realistische Chance eines erfolgreichen Widerstandes. Vor allem die Wortwahl des *Nachbarn* sollte in diesem Kontext näher betrachtet werden. Denn ein Nachbar ist jemand, dem man sehr nahesteht, und man befindet sich mit demselben in einer gewissen sozialen Beziehung. Zudem handelt es sich eigentlich um einen Ausdruck, der grundsätzlich mit positiven Konnotationen verbunden ist.

Besonders interessant ist Renners Aussage der „schuldige[n] und schuldlose[n] Opfer“ (KR 1945: 61). Damit wird ein neuer Blickwinkel hinsichtlich des Opferbegriffes eröffnet. Demnach gibt es auch schuldige Opfer in Renners Auffassung, was deren Unschuld ausschließt. Diese Äußerung ist besonders interessant, da er zu Beginn der Rede noch jegliche Schuld Österreichs bestritt und sein Heimatland „der Verantwortung des Krieges voll und ganz“ (KR 1945: 21) entziehen wollte.

Hinsichtlich der Aufarbeitung der nationalsozialistisch geprägten Vergangenheit konstruiert Renner einen scharfen Kontrast zwischen der nun herrschenden Einheit und dem vergangenen Zerwürfnis des Landes. Dabei verweist er darauf, dass Österreich „seit 1938 ein Volk ohne Namen, ein Volk ohne Staat, ohne irgendein Gemeinschaftsorgan“ (KR 1945: 28) war und „kein freies Wort, keine Stimme“ (KR 1945: 38) hatte. Dem stellt Renner die Begrifflichkeiten *unser (ganzes) Volk*, *(Zweite) Republik* und *unser Land* gegenüber, womit er auf eine Einheit verweist. Dabei betont Renner stets das *musterhafte Verhalten* (vgl. KR 1945: 58) eines „willenlos in zwei Weltkriege verstrickte[n]“ (vgl. KR 1945: 57) und „durch zwei Weltkriege schwer geprüfte[n]“ (vgl. KR 1945: 57) Volkes. Das alles sind Äußerungen im Sinne einer kollektiven, historischen, sprachlichen und sozialen Identität.

Da Renner zudem für die Unabhängigkeit Österreichs plädiert, nutzt er die Spielmetapher, um die Notwendigkeit eines unabhängigen Österreichs zu verdeutlichen: „Aber dieser Garant seiner Unabhängigkeit muß in Wahrheit erstehen und in Wirksamkeit bleiben, um Österreich nicht zum Spielball und zum Opfer seiner Umwelt werden zu lassen“ (KR 1945: 123–124). Ein *Spielball* kann nach Belieben herumgeschoben werden und es gibt jemanden, der über denselben verfügt. Wird nun diese Metapher in den entsprechenden Kontext der Rede eingebettet, war Österreich ein solcher Spielball des NS-Regimes. Demnach wird auch der Krieg in gewisser Weise mit einem Spiel assoziiert. Wie bereits an einer anderen Stelle erwähnt, gilt die Spielmetapher als gefährlich, da sie die Wahrnehmung trübt.

Renner lässt auch die zur Zeit der Rede gegenwärtige Not der Bevölkerung nicht unerwähnt. Denn Österreich steht vor den Schwierigkeiten der Sicherung der Ernährung (vgl. KR 1945:

93) und der Notwendigkeit des Schutzes vor Seuchen (vgl. KR 1945: 95), denn die Apotheken sind aufgrund der schwierigen Lage leer (vgl. KR 1945: 97). Das wirtschaftliche „Erbgut“ wird von Renner zurückgefordert, dabei plädiert er erneut für die Unabhängigkeit, dieses Mal im Zusammenhang mit der Wirtschaft: „Wäre es denn vorstellbar, daß auf die Dauer ein hilfloses Volk, gleichsam ein Bettler, unangefochten auf seinem Haupte das Diadem der Souveränität trüge?“ (KR 1945: 109–110). In diesem Satz greift Renner erneut den Opferstatus Österreichs auf, indem er das Volk als *hilflos* und als *Bettler* bezeichnet. Um den Kontrast zu verschärfen, stellt er dem Bild vom *Bettler* das *Diadem* gegenüber. Denn Diademe wurden vom Adel getragen und sind ein Zeichen des Reichtums.

Renner spricht nicht vom *Nationalsozialismus*, dem *nationalsozialistischen Regime* oder von *Hitler* selbst, er wählt andere Termini. Andere Äußerungen, die sich auf die NS-Herrschaft beziehen und die Vorgehensweise der Nazis beschreiben, kommen zum Einsatz. Hinsichtlich des NS-Herrschaftsgebietes spricht er vom *Reich*, *Dritten Reich* und *tausendjährigen Reich*. Des Weiteren greift er auf die Worte *Faschismus*, *Nazitum*, womit die politische NS-Bewegung festgemacht wird, und *Annexion* zurück. Andere Termini im Zusammenhang mit den Äußerungen zum NS-Regime sind *blutige Bedrohung*, *Fremdtum* und (wie bereits erwähnt) *Nachbar*. Auch die Zeitangabe *sieben Jahre* wird verwendet, um auf die NS-Vergangenheit zu verweisen. Hinsichtlich der weiteren Aufarbeitung plädiert Renner dafür, dass das „nationalsozialistische Gedankengut“ (vgl. KR 1945: 46) „restlos auszutilgen“ (vgl. KR 1945: 46) sei. Dabei ist die Wortwahl *austilgen* gewollt extrem, denn damit wird eine radikale Vernichtung desselben Gedankengutes verlangt. An einer anderen Stelle spricht Renner davon, „das Land von allem Nazitum restlos zu säubern“ (vgl. KR 1945: 53–54). Betrachtet man den Sprachgebrauch des NS-Regimes, wurde z. B. der Terminus *säubern* im Zusammenhang mit der „Säuberung“ von jüdischen Personen gebraucht. Dementsprechend wäre die Verwendung von Worten wie *austilgen* und *säubern* auch als nicht unproblematisch einzustufen.

Die Geschehnisse des Krieges sind nicht rückgängig zu machen (vgl. KR 1945: 60), das wird mit der Verwendung des Sprichwortes *Die Würfel sind gefallen* verdeutlicht. Dabei beruft sich Renner auf den „Kriegsgott“ (KR 1945: 61), eine Autorität im mystischen Zusammenhang („der gewaltige Kriegsgott schreitet über schuldige und schuldlose Opfer hinweg“ (KR 1945: 61)). Dementsprechend wird das Muster des *Autoritätstopos* angewandt.

In der Rede wird die Befreiung durch das alliierte Heer gepriesen. Nun sei laut Renner Österreich bereit, von einem „befreiten zu einem wirklich freien Volk“ (KR 1945: 74) zu werden.

Die Lösung dafür ist wiederum die demokratische Regierungsform, welche beständig positiv konnotiert wird. Beispielsweise werden folgende Termini gewählt, um die mit der Demokratie einhergehende Freiheit zu veranschaulichen: *verfassungsmäßig, rein demokratisch, freie Wahlen, Wille zur Freiheit, selbstregieren, Autonomie, friedliche Selbstbehauptung und Garant der Unabhängigkeit*.

Um ein besseres Verständnis für die Funktion des Staates zu vermitteln, greift Renner auf die Metapher der *Staatsmaschine* zurück: „Die Staatsmaschine ist wiederhergestellt und ist im Gange, aber dieser Gang ist im inneren Räderwerk gehemmt und die Maschine nach außen noch nicht wirksam“ (KR 1945: 132–134). Der metaphorische Ausgangsbereich *Maschine* wird auf den Zielbereich *Staat* übertragen, um die Komplexität der Arbeitsweise des Staates zu vermitteln. Mit dem Terminus *Räderwerk* wird die Staatsmaschinenmetapher erneut aufgegriffen. Damit wird vermittelt, dass es gleichmäßige Abläufe gibt. Die Zuhörer:innen werden in eine metaphorische Falle gelockt, denn diese Eigenschaften entsprechen nicht den tatsächlichen Vorgängen im Staat. Der Fokus Renners liegt auf dem zentralen Aspekt vermitteln zu wollen, dass der Staat beinahe ideal funktioniert.

Abschließend verweist Renner darauf, dass der Rücktritt der Provisorischen Staatsregierung der Augenblick sei, in welchem Österreich „in die Vergangenheit“ (KR 1945: 138) rückt und „in die Geschichte unseres Volkes“ (KR 1945: 139) Einzug hält. Seine Rede beendet er mit den in die Zukunft gerichteten Worten „bald möge erscheinen der Tag unserer vollen Freiheit“ (KR 1945: 139–140).

5.1.2 Konrad Adenauer

Konrad Adenauer war gebürtiger Kölner, daher begann auch in Köln seine politische Karriere. Von 1917 bis 1933 war er Kölner Bürgermeister. Im Allgemeinen hat Adenauer eine abgeneigte Haltung gegenüber der NSDAP, da sie nicht seinen Werten entsprach. Zudem unterschätzte er die Wirkung der Partei unter der Führung Adolf Hitlers (vgl. www1: o. S.). Als Adenauer die Hakenkreuzfahnen, welche im Zuge eines Besuches Hitlers in Köln aufgestellt wurden, entfernen ließ, wurde er seines Amtes suspendiert (vgl. www1: o. S.). Nach dem Krieg nahm er seine politische Tätigkeit wieder auf. Er wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht erneut zum Oberbürgermeister von Köln ernannt, woraufhin er aber aufgrund angeblicher Unfähigkeit bald wieder entlassen wurde (vgl. www2: o. S.). Im Jahr 1946 begann sein politischer Wiederaufstieg mit der Wahl in den Vorstand der Christlich-demokratischen Union (CDU) (vgl. www2: o. S.).

Bei der vorliegend ausgewählten Rede handelt es sich um eine Grundsatzrede Adenauers als Vorsitzender der CDU in der britischen Besatzungszone, welche er im Zuge einer Veranstaltung der CDU in der Aula der Universität Köln am 24. März 1946 hielt. Adenauers Rede umfasst 11 210 Wörter und bildet somit die längste zu analysierende Rede in dieser Masterarbeit. Hinsichtlich des großen Umfangs werden nur die wesentlichen, für die Masterarbeit relevanten Themen analysiert. Passagen bezüglich des Parteiprogrammes u. Ä. werden nicht aufgegriffen.

Einleitend begrüßt Adenauer das Publikum mit „Meine lieben Freunde!“ (KA 1946: 1). Indem er den Terminus *Freunde* wählt, will er explizit auf ein Verhältnis verweisen, dass auf einer Zuneigung beruht, geprägt von Sympathie und Vertrauen. Da es sich um eine Veranstaltung der CDU handelt, dessen Vorsitz er innehat, und die Veranstaltung in seiner Heimatstadt Köln stattfindet, ist die Wahl des Terminus adäquat. Die Schlagwörter *Identität* und *Heimat* sind wesentlich für Adenauer. Dementsprechend können in der Rede einige Äußerungen im Sinne einer kollektiven bzw. sozialen Identität interpretiert werden, denn für Adenauer scheint es von besonderer Relevanz, seinem Publikum ein Gefühl von Zusammengehörigkeit zu vermitteln. So verwendet er dafür überwiegend das Possessivpronomen *unser* („unsere Kinder und Kindeskinde“ (KA 1946: 72) und „unseres Volkes“ (KA 1946: 159)) und das Personalpronomen *wir*. Zudem spricht Adenauer vom *ganzen Volk* und vom *deutschen Volk*.

Da Adenauer der Partei CDU angehört, plädiert er für einen *christlichen und demokratischen Geist* (vgl. KA 1946: 154–155). Zugleich fasst er die Demokratie – als mächtiges Schlagwort – nicht nur als parlamentarische Regierungsform auf verfassungsmäßigem Wege auf, sondern bezeichnet dieselbe auch als *Weltanschauung* (vgl. KA 1946: 154). Dabei stehen neben den freien Wahlen und dem Frieden auch das gleiche Recht für alle, die Rechtssicherung, die Anerkennung der Bedeutung der Familie und die Rechte der Frau (vgl. KA 1946: 168) im Fokus der Ansprache Adenauers. Hinsichtlich des Terminus *Freiheit* verweist Adenauer zudem darauf, dass die Freiheit der Person niemals schrankenlos und willkürlich ist, sondern man stets eine Verantwortung gegenüber den Mitmenschen trägt (vgl. KA 1946: 139–141). Adenauer plädiert für die „Achtung vor dem anderen“ (KA 1946: 178). Dabei grenzt er sich zugleich von der Zeit des Nationalsozialismus ab, in welcher es keine Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit gab.

Auf die Begrüßung und den Dank für das herzliche Willkommen folgt sogleich eine Erläuterung der Schäden in der Stadt Köln, welche der Krieg hinterlassen hat.

Als ich heute Vormittag von Deutz in die Stadt einfuhr, war es mir wie immer: es legte sich wie würgend auf mich dieses Bild unserer armen, geschändeten Stadt. Ich habe manche große Stadt gesehen seit Kriegsende, ich habe Vergleiche gehört von unbefangenen Ausländern: keine Stadt ist vom Krieg so schwer getroffen wie Köln. (KA 1946: 12–14)

Adenauer schildert die charakteristischen Daten einer zerstörten Stadt, wobei er das Adjektiv *geschändet* aufgreift und somit auf die drastischen Auswirkungen des Krieges verweist. Dies kann dem Musters des *Datentopos* zugeordnet werden. Indem er die Situation Kölns mit jener anderer Städte in Verbindung bringt und Köln schlussendlich als die am schwersten getroffene bezeichnet, findet der *Valuationstopos* Anwendung. In diesem Absatz führt Adenauer weiter aus, dass Köln stets Widerstand gegen das NS-Regime geleistet habe. Denn „nirgendwo ist dem Nationalsozialismus bis 1933 so offener und seit 1933 so viel geistiger Widerstand geleistet worden“ (KA 1946: 15–16) als in Köln. Mit dieser Aussage verweist Adenauer auf die Prinzipien und Werte der Kölner Bevölkerung und fundiert somit die voranstehende Äußerung, dass es Köln „am wenigsten verdient[e]“ (KA 1946: 15), vom Krieg derart *geschändet* zu werden. Dementsprechend handelt es sich dabei um das Muster des *Prinzipientopos*. Zusätzlich nennt Adenauer an dieser Stelle explizite Faktoren einer Abneigung gegenüber dem Nationalsozialismus. Mit der Unterscheidung zwischen *offenem* und *geistigem Widerstand* verweist er auf eine Änderung der Situation nach der NS-„Machtübernahme“, denn offener Widerstand wurde nach 1933 brutal niedergeschlagen. Indem er in weiterer Folge die Kölner:innen auffordert, nicht zu verzagen („So hart auch Köln getroffen ist, ich bitte Euch, verzaget nicht!“ (KA 1946: 19)) und am Wiederaufbau weiter mitzuarbeiten, kann von einem *Finaltopos* gesprochen werden. Der *Topos der Ausführungskompetenz* bezieht sich in diesem Fall auf die Qualität der Handlungsausführung durch die Bürger:innen, denn Adenauer verweist auf deren bisherige Leistung („was das deutsche Volk, was wir besonders hier in Köln in anderthalb Jahrzehnten geschaffen haben“ (KA 1946: 23)).

Die Not der Bevölkerung bleibt nicht unerwähnt, vermehrt sind Äußerungen hinsichtlich der Situation der Gesellschaft in der Rede zu finden.

Und wie trägt jetzt das deutsche Volk sein furchtbares Geschick: Hunger und Kälte, Not und Tod, ein Leben einstweilen ohne jede Hoffnung auf eine bessere Zukunft, in völliger politischer Machtlosigkeit, verachtet von allen Völkern der Erde (KA 1946: 53–55)!

In diesem Absatz der Rede verdeutlicht Adenauer, dass das deutsche Volk auf mehreren Ebenen zerstört wurde – das Volk ist in seelischer, körperlicher, materieller, sozialer und kultureller Hinsicht auf Hilfe angewiesen (vgl. KA 1946: 395). Dabei bezieht er sich auf die Hilfe der Alliierten, denn die „ganze Gewalt in Deutschland ist in den Händen der Alliierten“ (KA 1946: 723–724). Im Zusammenhang mit den zahlreichen Schäden, die auch die Industrie stark

einschränkte, kam es zu einer „fürchterlichen Nahrungsmittelknappheit“ (KA 1946: 701) und Adenauer spricht vom „Gespenst des Hungertodes“ (KA 1946: 377). Die Gespenster-Metapher wird verwendet, um auf eine drohende Gefahr hinzuweisen.

Adenauer äußert sich in seiner Rede mehrfach zu den Geschehnissen der Vergangenheit und spricht dabei von *schweren Jahren* (vgl. KA 1946: 22). Wobei er nicht unerwähnt lässt, dass das nationalsozialistische Regime vorerst durchaus bejubelt wurde. Adenauer blickt auf die Vergangenheit zurück, indem er Fragen an die Zuhörer:innen richtet:

Wie war das nationalsozialistische Reich, zuerst von vielen Harmlosen mit Jubel begrüßt, dann wegen seiner abgrundtiefen Gemeinheit und Niedertracht von vielen, sehr vielen Deutschen zwar gefürchtet, aber auch verachtet und verflucht, wie war das im deutschen Volke möglich?

Wie war es möglich, dass dieser Krieg von der nationalsozialistischen Regierung begonnen werden konnte, ein Krieg, der trotz anfänglicher blendender Erfolge notwendigerweise verloren werden musste? Wie war es möglich, dass in diesem Kriege Wunder an Tapferkeit und Pflichttreue geleistet werden konnten, und dass dicht daneben im selben Volke Verbrechen über Verbrechen größten Ausmaßes begangen wurden? Wie war es möglich, diesen Krieg weiter fortzuführen, trotzdem sein Verlust lange feststand, fortzuführen bis zur eigenen Selbstvernichtung! (KA 1946: 43–51 [Hervorhebungen J.K.])

In dieser Aneinanderreihung von Fragen macht Adenauer auf die unterschiedlichen Haltungen der Bürger:innen zum NS-Regime aufmerksam. Indem er diejenigen, die das nationalsozialistische Regime bejubelten, als die *Harmlosen* bezeichnet, bewertet er sie zugleich. Demnach waren sie vollkommen ungefährlich und frei von jeglicher Aggression. Im Rückblick hatte auch Adenauer die Macht des Regimes unterschätzt. Des Weiteren beschreibt er das Verhalten des NS-Regimes als *abgrundtiefe* (demnach als außerordentlich stark ausgeprägte) *Gemeinheit* und als *Niedertracht*, was das Denken und Handeln beschreiben soll, welches geprägt war von Boshaftigkeit. Dasselbe Verhalten wurde *gefürchtet, verachtet und verflucht* – jedoch nicht von allen Bürger:innen. Hier bedient er sich der rhetorischen Figur *Klimax*, mit welcher er ein ausdrucksstarkes Instrument wählt. Adenauer verallgemeinert nicht, sondern verweist vielmehr darauf, dass es *viele, sehr viele Deutsche* (vgl. KA 1946: 45) waren, die das Regime fürchteten, aber nicht *alle*. Um weiter auf die Spaltung der Bevölkerung aufmerksam zu machen, stellt er die „Tapferkeit und Pflichttreue“ (KA 1946: 2) der Widerstandskämpfer:innen, den Verbrechen derjenigen gegenüber, die zu Anhänger:innen des NS-Regimes wurden, die aber alle ein Teil *desselben Volkes* waren. Auch die rhetorische Figur *Anapher* findet Anwendung: Indem die Satzanfänge („Wie war es möglich [...]“ (KA 1946: 47–50)) der benachbarten Sätze übereinstimmen, wird der Fokus vertieft und eine Eindringlichkeit erzeugt. Besonders die letzte Frage, die Adenauer stellt, verlangt einer näheren Betrachtung. Obwohl der Satz mit einem Interrogativpronomen eingeleitet wird, endet er nicht mit einem Fragezeichen – am Ende steht ein

Ausrufezeichen. Die Frage wandelt sich zu einem affektgeladenen Ausruf und Adenauer bekundet so besonders emotionsgeladen sein Unverständnis hinsichtlich dieser katastrophalen Entwicklung. Es handelt sich dabei um das Stilmittel *Exclamatio*.

Adenauer lässt nicht unerkannt, dass für ihn Identität, Heimat und Zusammenhalt bedeutende Elemente sind, dennoch verweist er auf eine Scham bezüglich seines Heimatlandes („seit 1933 [habe ich mich] oft geschämt, ein Deutscher zu sein, in tiefer Seele geschämt“ (KA 1946: 57–58)). Dabei bezieht er sich auf die „Schandtaten, die von Deutschen an Deutschen begangen wurden“ (KA 1946: 58–59). Diese Scham ordnet er der Vergangenheit zu, denn nun sei er „wieder stolz darauf ein Deutscher zu sein“ (KA 1946: 60). Sein wiedererstandener Stolz basiert auf dem „Starkmut, mit dem das deutsche Volk sein Schicksal erträgt“ (KA 1946: 61–62). Adenauer hebt die entsprechende Bereitschaft der Bürger:innen lobend hervor und bezeichnet dieselbe als *duldende[s] Heldentum* (vgl. KA 1946: 65).

Neben der Schilderung der zerstörten Stadt möchte Adenauer dem Publikum vor Augen führen, wie es überhaupt zu diesem Elend kommen konnte („aber wie können wir den rechten Weg finden zum Aufstieg, wenn wir nicht erkennen, was uns in die Tiefe geführt hat“ (KA 1946: 69–70 [Hervorhebung J. K.])). Vor allem im Zusammenhang mit der bestehenden Situation der Stadt verwendet Adenauer vermehrt Begriffe wie *bodenlos* (vgl. KA 1946: 53), *tief* (vgl. KA 1946: 69), *abgrundtief* (vgl. KA 1946: 44) und *Abgrund* (vgl. KA 1946: 81). Dabei handelt es sich um eine negative Einordnung im ideologischen Wertsystem (einer angestrebten Demokratie). Damit drückt Adenauer seine negative Empfindung über die Situation aus. Vor allem das Determinativkompositum *abgrundtief* vermittelt außerordentlich stark ausgeprägte negative Gefühle. Er verbindet die ebenfalls genannten Termini *Abgrund* und *tief* zu einem nun nicht weiter steigerbaren Terminus.

Adenauer verlangt von den Bürger:innen eine „Gewissenserforschung“ (KA 1946: 79), um die Ursache des Krieges zu evaluieren. Dabei setzt er sich intensiv mit der Schuld-Thematik auseinander. Das der Nationalsozialismus Schuld an der Zerstörung trägt, bestreitet Adenauer nicht. Dennoch ermahnt er zunächst die Bürger:innen, indem er ihnen bildlich vor Augen hält, was notwendig war, damit der Nationalsozialismus erst an die Macht kommen konnte.

[D]er Nationalsozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Ich betone, in breiten Schichten der Bevölkerung. Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die Bonzen, die hohen Militärs oder die Großindustriellen tragen allein die Schuld. [...] Aber breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen, hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und folgende im deutschen Volk nicht möglich gewesen. (KA 1946: 84–92)

Für Adenauer muss die Vergangenheit überwunden werden. Das nationalsozialistische Gedankengut bedarf einer „Ausmerzung“ (KA 1946: 328) und die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden, indem die deutschen Gerichte diese bestrafen (vgl. KA 1946: 331). Dabei richtet sich seine Forderung nach Gerechtigkeit jedoch nicht an alle Schuldigen, sondern er unterscheidet dabei zwischen verschiedenen Stufen der Schuld. Reine „Mitläufer, diejenigen, die nicht andere unterdrückten, die sich nicht bereicherten, keine strafbaren Handlungen begangen haben, soll man endlich in Ruhe lassen“ (KA 1946: 335–336). Auch an dieser Stelle findet das rhetorische Mittel *Klimax* Anwendung (vgl. *unterdrücken* – *bereichern* – *strafbar handeln*). Adenauer verweist darauf, dass durch eine unnötige Bestrafung der harmlosen Mitläufer (vgl. KA 1946: 342), ein *extremer und wütender Nationalismus herangezogen* wird (vgl. KA 1946: 343).

Die Wahl der Metapher der *Giftsaat* bedarf einer näheren Betrachtung. Adenauer nutzt Begrifflichkeiten aus der Landwirtschaft, wie das *vorbereitete Land* und die *Saat*, um den komplexen Inhalt bildlich darzustellen. Das *vorbereite Land* kann mit der heute stark verbreiteten Metapher des *fruchtbaren Bodens* verglichen werden. Diese Metapher soll vermitteln, dass eine Idee oder ein Konzept von einer Gruppe akzeptiert wird bzw. Anklang findet und entsprechend gut umgesetzt werden kann. Die *Saat* entspricht in diesem Kontext das nationalsozialistische Gedankengut. Da metaphorisches Sprechen stets einem strategischen Zweck folgt, nutzt auch Adenauer die Metapher, um eine bestimmte Vorstellung zu evozieren. Mit der Komposition *Giftsaat* verbindet er den Terminus *Saat* mit einer negativen Konnotation. Bei dem Vergleich des nationalsozialistischen Gedankengutes mit dem Toxikum handelt es sich um eine negativ wirkende Metapher, denn der Terminus *Gift* hebt lediglich negative Aspekte hervor.

Den Grund dafür, dass das Volk das NS-Regime überhaupt an die Macht kommen ließ, findet Adenauer in einer materialistischen Weltanschauung:

Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung von Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. (KA 1946: 92–94)

Der Nationalsozialismus war [...] eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung [...] des Wertes der Einzelmenschen (KA 1946: 121–123).

Adenauer bezeichnet das Volk in der Vergangenheit als *krank*, demnach war es körperlich und geistig beeinträchtigt. Er bedient sich an einer anderen Stelle seiner Rede der Maschinenmetapher, indem er die materialistische Weltanschauung als einen „kleinen Maschinenteil in einer ungeheuren Maschine“ (KA 1946: 147–148) bezeichnet. In den beiden zitierten Äußerungen befindet sich viel Ideologievokabular. Der *Materialismus* ist eine Lehre, in welcher man alles als *Materie* auffasst und diejenigen Dinge, die dem nicht entsprechen, als nicht gegeben

erachtet. Dementsprechend gibt es – nach dieser Auffassung – keinen *Gott*. Dass Adenauer nun den Staat mit einem *Götzen* auf einem *Altar* vergleicht, scheint entsprechend absurd oder provokativ, da ein *Götze* ein Abbild einer heidnischen Gottheit / eines falschen Gottes darstellt. Er vermischt das Vokabular zweier Ideologien, einer materialistischen Ideologie und einer religiös-fundamentalen Ideologie. Die Lexeme *Macht*, *Staat*, *Götze* und *Altar* vermitteln unterschiedliche Werte und Handlungsorientierungen. Neben dem Materialismus gibt Adenauer auch dem Dichter Johann Gottfried Herder und dem Philosophen Georg Wilhelm Friedrich Hegel die Schuld an der „falschen“ Auffassung vom Staat.

Der Staat wurde durch den von Herder und den Romantikern aufgedeckten Volksgeist, vor allem durch Hegels Auffassung vom Staat als der verkörperten Vernunft und Sittlichkeit, in dem Bewusstsein des Volkes zu einem fast göttlichen Wesen (KA 1946: 100–102).

Auch in dieser Äußerung setzt Adenauer den Staat mit einer höheren Autorität gleich. Es bedarf eines entsprechenden Wissens um die Aussage zu verstehen, denn die Namen des Dichters und des Philosophen könnten nicht allen Zuhörer:innen bekannt sein.

Aufgrund der Überhöhung des Staates wird er zu einem „totalen Staat“ (KA 1946: 126–127) mit einer „willenlos geführten Masse“ (KA 1946: 127) und der „Militarismus zum herrschenden Faktor im Denken und Fühlen“ (KA 1946: 104–105). Denselben Militarismus erklärt Adenauer in weiterer Folge als *tot* (vgl. KA 1946: 766–767). Es handelt sich um ein ehemals vorherrschendes militaristisches Denken, ein Gedankengut, welches laut Adenauer nun nicht mehr existiert.

Adenauer nimmt auch zu den politischen Ansichten der jüngeren Generationen Stellung, denn diese hätten eine „völlig falsche politische Sicht“ (KA 1946: 348–349). Dabei betont Adenauer, dass es nicht notwendig sei, diese junge Generation zu verurteilen, „da sie noch Kinder waren, als der Nationalsozialismus die Macht an sich riss“ (KA 1946: 353–354) und dementsprechend keine andere politische Sichtweise kennengelernt haben. An dieser Stelle unterscheidet Adenauer deutlich zwischen einer guten (demokratischen) und schlechten (nationalsozialistischen) politischen Sicht. Indem er zusätzlich den Terminus *an sich reißen* verwendet, betont er abermals die gewaltsame Übernahme der Macht durch das NS-Regime.

Besonders interessant ist Adenauers Äußerung zum Wort *Nationalsozialismus*, denn er präsentiert in seiner Rede eine Analyse der Schlagwörter *national* und *Sozialismus*.

Die Erfinder des Nationalsozialismus waren militärische Kreise, waren hohe Militärs. Sie erkannten, dass es zwei Schlagworte von fabelhafter Zugkraft für die Masse des deutschen Volkes gab, die Worte "national" und "Sozialismus". [...] Sie verbanden sie zu einem Wort

und schufen eine neue Art von Sozialismus, den Nationalsozialismus. Sie sagten sich, dass man, um dem Instinkt der breiten Massen entgegenzukommen, einen namenlosen Soldaten an die Spitze stellen müsse. So verfielen sie auf Hitler, der in politischen Diskussionsabenden, die von Formationen der Reichswehr in München veranstaltet wurden, durch seine populäre Rhetorik aufgefallen war. (KA 1946: 547–549, 533–557)

Der Schlagwortanalyse an sich muss nichts mehr beigefügt werden, denn dass es sich um Worte mit enormen Einfluss handelt, kann nicht bestritten werden. Was es jedoch an dieser Analyse zu hinterfragen gilt, ist die Frage nach dem *Warum*. Warum liefert Adenauer diese Fakten und warum macht er die Zuhörer:innen gerade zu diesem Zeitpunkt auf (angeblichen) Umstände der Auswahl Hitlers aufmerksam? Der Diskurs, in welchen diese Äußerungen eingebettet sind, lässt vermuten, dass es sich um eine Vorführung der Verführungskünste handelt. Adenauer zeigt damit, dass sowohl die genannten Schlagwörter als auch die populäre Rhetorik Hitlers gezielt eingesetzt wurden, um das deutsche Volk zu verführen und zu manipulieren.

Im Zusammenhang mit der Machtübernahme des NS-Regimes greift Adenauer überwiegend auf Termini wie *geschändet*, *kontrolliert*, *geführt*, *missbraucht* und *an sich reißen* zurück. Die Periode der NS-Herrschaft bezeichnet er als die *verhängnisvollste* (vgl. KA 1946: 74), womit er auf anfangs unerwartete Folgen der Machtübernahme verweist. Zudem nennt Adenauer die Jahreszahlen 1933 (Machtübernahme der Nationalsozialist:innen) und 1939 (beginn des Zweiten Weltkrieges), dabei handelt es sich um wesentliche historische Einschnitte der Zeit. Hinsichtlich der Äußerungen, die sich auf die NS-Herrschaft beziehen und die Vorgehensweisen derselben beschreiben, konnten in Adenauers Rede folgende Begrifflichkeiten gefunden werden: *nationalsozialistische(s) Regierung / Partei / Reich / Gedanken*, *(verstiegene(r) und extreme(r); wütende(r)) Nationalsozialismus / Nationalsozialisten*, *grausamer Arbeitgeber*, *nationalsozialistischer und militaristischer Geist*, *Nazis*, *deutsche Reichsgewalt* und *zentralistisches Reich / Deutschland*.

Hinsichtlich des zerstörten Landes verwendet Adenauer die Termini *verwesender Leichnam* („ob das übrige Deutschland nicht dadurch [...] zu einem verwesenden Leichnam mitten in Europa wird“ KA 1946: 746–747)), *Steinwüste* („Sie [die Kölner Bürger:innen] können die Menschen aus der Steinwüste herausführen“ (KA 1946: 780–781)) und *chaotische Zustände* („Bei unseren chaotischen Zuständen“ (KA 1946: 232)).

Die Worte *Führer* und *Führung* kommen in Adenauers Rede mehrfach zur Anwendung, dabei bezieht er sich auf die Führung Deutschlands oder auf den Führer einer Partei. Besonders auffällig in diesem Zusammenhang ist eine Aussage Adenauers, welche er mitten in der Rede anmerkt:

Welche Partei in der britischen Zone und in Deutschland die Führung übernehmen wird, - ich meine, man sollte mit dem Wort Führer und Führung in Deutschland endlich einmal Schluss machen und statt dessen sagen, welche Partei in der britischen Zone und in Deutschland die Hauptverantwortung übernehmen soll, - werden die demnächst stattfindenden Wahlen zeigen (KA 1946: 592–595).

Die Termini *Führer* und *Führung* waren im damaligen Deutschen Reich während der NS-Herrschaft geprägt von der Ideologie des nationalsozialistischen Regimes und dessen Politik – der *Führer* war Hitler. Es handelt sich um typische Alltagswörter der NS-Zeit, dementsprechend wollte man nach 1945 von der Verwendung dieser Lexeme wohl absehen. Adenauer spricht die negative Assoziation der Termini mit dem Nationalsozialismus in seiner Rede zwar an, verzichtet in weiterer Folge jedoch nicht auf die Verwendung. Indem er jedoch die *Führung* mit dem Terminus der *Hauptverantwortung* in Verbindung bringt, trennt er denselben in gewisser Hinsicht vom NS-Wortschatz ab.

Vor allem ein Zitat aus Adenauers Rede soll an dieser Stelle abschließend angeführt werden, da es auf allgemeine Fehlerhaftigkeit von Menschen und Parteien eingeht und zudem auf die NSDAP verweist: „Alle Menschen haben Fehler, und alle Parteien haben auch Fehler, die Hauptsache ist, dass man weiß, dass man Fehler hat, und dass man sich nicht so hoch erhaben über alle anderen vorkommt“ (KA 1946: 582–583).

5.1.3 Leopold Figl

Figl war ein Politiker der Österreichischen Volkspartei und in den Jahren 1945 bis 1953 der erste Bundeskanzler Österreichs. Die wesentlichsten Fakten der Biografie von Leopold Figl wurden bereits genannt (siehe weiter oben). Seiner Vergangenheit ist es zu schulden, dass er sich stets widerstandsfähig gegen den Nationalsozialismus präsentierte, was ihn zu einem gefährlichen politischen Gegner des NS-Regimes machte (vgl. Wohnout 2015: 238). Zugleich glaubte er immer an die Stärke Österreichs (vgl. Wohnout 2015: 243) und ein Bekenntnis zur Mitschuld Österreichs an den NS-Verbrechen war für ihn unmöglich.

Mit der vorliegend ausgewählten Rede „Laßt uns Österreicher arbeiten!“ gab Figl in der Sitzung des österreichischen Nationalrates am 08. Juli 1946 eine Erklärung über den Wiederaufbau Österreichs ab. Die Rede umfasst 3 622 Wörter und beschäftigt sich inhaltlich mit dem Willensbekenntnis zum Wiederaufbau, den Aufbauplänen und der Vermögensverteilung. Auch in dieser Analyse wird nicht auf Äußerungen zum allgemeinen Regierungsprogramm Bezug genommen.

In der Textversion der Rede ist keine Anrede niedergeschrieben, entsprechend kann diese nicht näher betrachtet werden. Einleitend äußert sich Figl zum bisherigen Wiederaufbau der Heimat, wobei er davon spricht, dass sich die bestehende Konzentrationsregierung „rückhaltlos zum demokratischen Wiederaufbau“ (LF 1946: 6) bekannt habe. Figl hebt im Zusammenhang mit dem „Willensbekenntnis des österreichischen Volkes“ (LF 1946: 12), die Taten desselben lobend hervor („welcher zähen Verbissenheit unsere Arbeiter bei all den Schwierigkeiten [...] daran sind, den Schutt wegzuräumen“ (LF 1946: 19–21). Laut Figl hat es an Widerstand in Österreich nie gefehlt, denn das Land habe niemals kapituliert, „sondern in den KZ, in den Gefängnissen und in der Widerstandsbewegung in unentwegter Treue an seiner demokratischen Freiheit“ (LF 1946: 49–50) festgehalten. Für Figl sind die Schlagwörter *Identität*, *Heimat* und *Demokratie* wesentlich. Dementsprechend äußert er sich mehrfach im Sinne einer kollektiven und sozialen Identität.

Gleichzeitig macht er auf die Not der Bevölkerung aufmerksam. Dabei bezieht er sich überwiegend auf die herrschende Arbeitslosigkeit.

Er wird sehen, wie in Ruinen, die äußerlich kaum mehr Arbeitsstätten gleichen, wieder produziert wird, er wird sehen, wie man aus Schuttabfall Häuser baut, er wird sehen, wie die Bauern trotz aller Hemmnisse unermüdlich jedes kleine Fleckchen, wo noch vor kurzem der Krieg darüberrollte [sic!] und wo noch heute zerschossene Panzer liegen, säuberlich rundherum bebaut und bepflanzt haben, er wird sehen, wie in den Büros wieder Aufbaupläne für heute, morgen und übermorgen konstruiert werden, kurz, er wird sehen, daß dieses österreichische Volk heute bereits wieder in seiner alten ewigen und urwüchsigen Kraft darangegangen ist, nicht nur einen Staat, nicht nur eine Wirtschaft, nein, wieder eine neue Welt aufzubauen, eine Welt mit neuen Menschen, mit neuen Ideen, aber mit einer alten Tradition, nämlich der großen demokratischen Tradition unseres Vaterlandes Österreich. (LF 1946: 21–29[Hervorhebungen J.K.]

Figl benutzt Termini wie *Ruinen*, *Schuttabfälle* und *zerschossene Panzer*, um so bewusst einen Gegensatz zwischen einer idyllischen Heimat und den grausamen Kriegsergebnissen herzustellen. Damit schafft er es, die eigentlichen Geschehnisse eindringlicher wirken zu lassen. Vor allem mit der Metapher *vom Krieg überrollt* schafft er ein Bild vom Erobert- und Bezungen-Werden durch einen Feind. Zudem vermittelt er damit, dass der Krieg ungefragt und erbarmungslos über Österreich herzog und nur Schaden hinterließ, den es nun zu beseitigen gilt. Die Aussage „wo noch heute zerschossene Panzer liegen“ (LF 1946: 24) evoziert ein Bild von schrecklichen Verlusten und zahlreichen Toten durch den Krieg. Die Wortkombination *er wird sehen* bezieht sich auf die vorangehende Aussage, dass derjenige, der „in den letzten Monaten durch Österreich ging [...]“, (LF 1946: 18–19) diese Dinge sehen wird. Figl bedient sich der rhetorischen Figur *Geminatio*, indem die Wortkombination wiederholt wird und so den im

Fokus stehenden Gedanken vertieft und ihm zugleich eine Eindringlichkeit verleiht. Figl setzt zusätzlich bestimmte Satzteile parallel („nicht nur einen Staat, nicht nur eine Wirtschaft“ (LF 1946: 27); „Welt mit neuen Menschen, mit neuen Ideen“ (LF 1946: 27–28)) und steigert somit die Aufmerksamkeit.

Da Figl ein hohes Österreichbewusstsein vertritt, äußert er sich mehrfach im Sinne einer kollektiven, sozialen, kulturellen, sprachlichen, historischen und ethischen Identität. Dabei verwendet er stets das Personalpronomen *wir* (mitunter „wir Österreicher“ (LF 1946: 54)) und das Possessivpronomen *unser* (unter anderem „unsere Rechtsauffassung“ (LF 1946: 119)), womit er sich im Volk inkludiert und die Zusammengehörigkeit und gemeinsame Werte betont. Dabei nennt Figl die Bürger:innen Österreichs nicht nur als ein Kollektiv, sondern bezieht sich auch auf die einzelnen Schichten, indem er *österreichische Arbeiter, Handwerker, Angestellte, Studenten, Bauern*⁹ und *Frauen* direkt anspricht. Zudem kennzeichnet er das *Material*, das *Kapital*, das *Steuergeld*, das *Staatsgut*, den *Grund* und den *Boden* als mit Österreich verbunden, indem er stets das Adjektiv *österreichisch* voranstellt und somit das (Besitz-)Recht auf diese Dinge für Österreich beansprucht.

Für Figl muss das Recht vom Volk ausgehen. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben ihre Meinung frei und im gegenseitigen Recht zu äußern. Demnach plädiert er für die „großen demokratischen Tradition unseres Vaterlandes Österreich“ (LF 1946: 28–29) und spricht von der damit verbundenen „Geburtsstunde des neuen Österreichs“ (LF 1946: 69–70). Damit fixiert er ein Ende mit der Vergangenheit und plädiert für das „Bollwerk der Demokratie in Mitteleuropa“ (LF 1946: 32–33). Figl verbindet die Demokratie mit Freiheit, dementsprechend setzt er die Termini *frei*, (*politisch und wirtschaftlich*) *unabhängig* und *Souveränität* damit in Verbindung. Im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau verwendet Figl Determinativkomposita und Schlagwörter wie *Wiederaufbauwerk*, *Befreiungswerk*, *Bollwerk* und *Säuberungswerk*. Dabei handelt es sich um Wortzusammensetzung mit Flexionsfuge sowie um bloße Zusammenrückungen zweier (oder mehrere) Konstituenten. Vor allem der Terminus *Säuberungswerk* bedarf einer näheren Betrachtung. Im nationalsozialistischem Sprachgebrauch wurde (wie bereits erwähnt) der Terminus *Säuberung* in einem negativem Kontext verwendet. In diesem Fall bezieht sich Figl auf die Vernichtung des Nationalsozialismus im Sinne einer politischen Säuberung. Dabei bezieht er sich auf die Befreiung durch die Alliierten:

⁹ Figl nennt nur die männlichen Berufsbezeichnungen, dementsprechend wird an dieser Stelle nicht gegendert.

Wir haben den Schutz der alliierten Mächte benötigt, um all die subversiven Elemente, die nach dem Zusammenbruch sich immer noch in diesem Staate herumtreiben, zu entfernen und wir danken den alliierten Mächten, daß dieses Säuberungswerk nunmehr bald völlig abgeschlossen ist (LF 1946: 40–43).

Figl richtet seinen *offiziellen Dank* (vgl. LF 1946: 233) an die Alliierten. Im Zusammenhang mit der Befreiung vom NS-Regime durch dieselben werden folgende Termini gewählt: *Schutz*, *befreit* / *Befreiung* und *Vertrauensbeweis*. Andere Äußerungen sind *alliierte Mächte*, *Befreiungskomitee*, *alliierte Staaten* und *Besatzungsmächte*, *alliiertes Rat*.

Die Äußerungen, die sich auf die NS-Herrschaft beziehen und die Vorgehensweisen derselben beschreiben, häufen sich in Figls Rede. Aufgrund seiner persönlichen Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Regime fallen diese durchgehend negativ aus. Er spricht von dem *Nazifaschismus*, den *Nazis* und der *Naziherrschaft*, zudem nennt er das NS-Regime *Feind*. Vor allem die Darstellung des nationalsozialistischen Regimes als *Feind* verweist explizit auf Figls negative Haltung gegenüber diesem Regime. Österreich war dem deutschen Reich angeschlossen, demnach waren die beiden Länder zum Zeitpunkt des Krieges keine Feinde. Wenn Figl sich zum Herrschaftsgebiet des nationalsozialistischen Regimes äußert, verwendet er den Ausdruck *Deutsches Reich*. Figl ordnet die schrecklichen Ereignisse des Zweiten Weltkriegs unter anderem direkt Adolf Hitler zu („die Maschinengewehre Hitlers“ (LF 1946: 60–61); „hitlerisch[e] Aggression“ (LF 1946: 63); „Hitler-Terro[r]“ (LF 1946: 123)). Ein weiterer Terminus im Zusammenhang mit dem NS-Regime ist KZ, womit Figl von der Abkürzung für „Konzentrationslager“ Gebrauch macht. Indem Figl diesen Terminus in seiner Rede verwendet, äußert er sich zum Holocaust. Zu den Wissensbeständen der Nachkriegszeit gehört die Kenntnis über die Konzentrationslager. Die Menschen verfügten über genügend Hintergrundwissen, um diesen Terminus mit Folter und Tod durch die Nationalsozialist:innen zu verknüpfen.

Zudem verwendet Figl viele Jahreszahlen und genauere Daten, welche er stets unkommentiert lässt. Mit der Jahreszahl 1938 und spezifischer mit *März 1938* bezieht er sich auf den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich. Mit der Nennung des *1. Novembers 1943* verweist er auf die Moskauer Deklaration, die entsprechende Konferenz der Alliierten endete zu diesem Zeitpunkt. Die Jahreszahl 1945 bezieht sich auf das Ende des Weltkrieges und mit *Dezember 1945* beruft er sich auf die Pariser Reparationskonferenz, sowie auf die Wiederherstellung der Österreichischen Republik. Hinsichtlich des Zeitrahmens, in welchem das nationalsozialistische Regime herrschte, wählt Figl folgende Begrifflichkeiten: *sieben Jahre Faschismus*, *sieben Jahre Naziherrschaft* und *Nazizeit*. Der Terminus *Faschismus* meint grundsätzlich eine von Italien ausgehende, politisch rechtsradikale Bewegung. Der Nationalsozialismus in Deutschland hat grundsätzlich eine große Ähnlichkeit mit dem italienischen Faschismus –

beide vertreten beispielsweise ein rechtsextremes, rassistisches und fremdenfeindliches Gedankengut. Es handelt sich dementsprechend in Figls Rede um Ideologievokabular. Die Zeitangabe *sieben Jahre* wird verwendet, um den Zeitraum zu markieren, in welchem Österreich ein Teil des Deutschen Reichs war. Wie aus dieser Auflistung bereits hervorgeht, verwendet Figl ausschließlich das Kurzwort *Nazi* und verzichtet demzufolge auf die Verwendung des Terminus *Nationalsozialismus*. Dabei kreiert er Komposita wie *Nazizeit* und *Naziherrschaft*.

Um den Opferstatus Österreichs weiter hervorzuheben, verwendet Figl mehrfach Termini, die auf eine Unfreiheit verweisen. Dabei spricht er davon, dass Österreich „als erster Staat der Welt vom Nazifaschismus überfallen und vergewaltigt wurde“ (LF 1946: 46–47). Vor allem die Termini *Vergewaltigung* / *vergewaltigen* („vergewaltigten Gebieten“ (LF 1946: 53); „vom ersten Tag der Vergewaltigung Österreichs“ (LF 1946: 68); „als Österreich vergewaltigt wurde“ (LF 1946: 136)) werden mehrfach verwendet, um auf das gewaltsame Eindringen in Österreich aufmerksam zu machen. Des Weiteren bezeichnet er die Herrschaft als *aufgezwungen* („Anschluss Österreichs vom 13. März 1938, der diesem Lande von Deutschland aufgezwungen war“ (LF 1946: 66)), dementsprechend gilt es laut Figl, den Anschluss als „null und nichtig“ (LF 1946: 66–67) zu erklären. Österreich wird explizit als Opfer betrachtet, wobei zusätzlich Adjektive wie *terrorisiert* („terrorisierte[s] Opfe[r]“ (LF 1946: 58)) oder *hilflos* („hilflose[s] Opfe[r]“ (LF 1946: 61)) hinzugefügt werden.

Was war denn schließlich Österreich als Ganzes. Es war eben auch nichts anderes als ein geraubter Staat, selbst dann, wenn er äußerlich unter dem Terror der Panzer und Maschinengewehre Hitlers die angebliche Zustimmung des hilflosen Opfers gefunden hat. (LF 1946: 59–61)

[...] Österreich das erste freie Land, das erste freie Land, das der hitlerischen Aggression zum Opfer gefallen ist, [...] (LF 1946: 63).

Adolf Hitler war Reichskanzler, Staatsoberhaupt und Oberbefehlshaber der Streitkräfte des Deutschen Reichs. Figl spricht bewusst nicht von den Panzern des nationalsozialistischen Regimes, da Hitler der uneingeschränkte Machthaber bzw. Diktator des Landes war und dementsprechend alles von ihm delegiert wurde. Zudem findet das Adjektiv *hitlerisch* Anwendung, ein Terminus, der seit dem Ende des Krieges mit einer negativen Konnotation verbunden ist. Das Adjektiv soll auf die Haltung bzw. Regierungsweise des Diktators verweisen.

Da sich Figl in seiner Rede überwiegend mit der Vermögensverteilung auseinandersetzt, äußert er sich auch in diesem Zusammenhang im Sinne des Opferstatus Österreichs. Denn den österreichischen Bürger:innen wurde nicht nur ihr Staat *geraubt* (vgl. LF 1946: 60), sondern auch deren Eigentum und Vermögen wurde *geplündert* (vgl. LF 1946: 138) und *gestohlen* (vgl.

LF 1946: 140). Das nationalsozialistische Regime nahm sich demzufolge widerrechtlich und rücksichtslos den österreichischen Besitz (alles Wertvolle und Nützliche). Figl beschuldigt das Deutsche Reich unter anderem der *Manipulation* (vgl. LF 1946: 122) und verweist darauf, dass die österreichische Bevölkerung „unter dem Zwang der Knute des Hitler-Terrors“ (LF 1946: 123) stand. Demnach kam es zu „erzwungenen Vermögensübertragungen“ (LF 1946: 133) sowie zu einer „wirtschaftlichen Ausplünderung“ (LF 1946: 54). Dementsprechend werden in der Rede gezielt Adjektive und Verben verwendet, die auf den psychischen und physischen Druck auf die Bürger:innen Österreichs hinweisen sollen. Hinsichtlich der Vermögensverteilung beschäftigt sich Figl mehrfach mit dem Begriff „Deutsches Eigentum“ und fordert dafür eine genaue Definition. Dieses soll im Fall von Österreich an den „ursprünglichen Eigentümer, also an den Österreicher“ (LF 1946: 131) zurückgegeben werden.

Abschließend richtet sich Figl mit folgenden Worten an die Zuhörer:innen:

Österreichs Regierung hat sich ehrlich und aufrichtig bemüht, wieder die Grundmauern zu schaffen für den Neuaufbau dieses Staates. Wir wissen genau, daß wir erst am Anfang sind und daß wir noch vieles leisten müssen. Wir wollen es gerne und mit Freude tun, und zwar nicht allein in unserem eigenen Interesse, nein, wir werden und wollen es tun im Interesse der Befriedung Mitteleuropas und damit ganz Europas. Die Voraussetzung hierfür ist, daß man uns den Hammer, die Schaufel und die Pflugschar nicht wegnimmt, und das ist das einzige, um das wir die alliierten Mächte bitten, das heißt also, wir bitten um nichts anderes als um das eine: Laßt uns Österreicher arbeiten. (LF 1946: 255–261)

Hinsichtlich der topischen Muster können die wiedergegebenen Ausgangsdaten dem *Datentopos* zugeordnet werden. Indem Figl von der Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit der Regierung spricht und davon, dass nicht nur aus Eigeninteresse heraus gehandelt wird, sondern auch Europa als Ganzes im Fokus des Neuaufbaus steht, kann an dieser Stelle von einem *Prinzipientopos* gesprochen werden. Figl fordert in weiterer Folge dazu auf, die Österreicher:innen arbeiten zu lassen, hier kann von einem *Finaltopos* gesprochen werden. Auch in diesem letzten Absatz seiner Rede werden Personalpronomen gezielt eingesetzt, um auf die Zusammengehörigkeit und das soziale Gefüge in Österreich zu verweisen.

5.1.4 Zwischenfazit

In diesem ersten Analyse-Teil wurden die Reden von zwei österreichischen Politikern und einem deutschen Politiker im Detail untersucht. An dieser Stelle sollen nun nochmals die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst dargelegt werden.

Zwei der drei Reden werden mit Anreden eingeleitet, die sowohl auf den jeweiligen Veranstaltungstyp als auch auf eine Zusammengehörigkeit verweisen. Karl Renner wählt dabei eine

honorifizierende Anrede an den Nationalrat, gefolgt von einer allgemeineren, mit welcher er alle Menschen in Österreich anspricht und somit inkludiert. Konrad Adenauer hingegen verweist mit seiner Anrede auf ein freundschaftliches Verhältnis mit den Zuhörer:innen, welches geprägt ist von Sympathie und Vertrauen. Leopold Figls Rede beinhaltet in der verschriftlichten Form keine Anrede.

Obwohl die Reden sich inhaltlich nicht entsprechen, konnten zu allen im vorhinein gebildeten Kategorien – im Sinne von Äußerungen zu Identität, Demokratie, Nationalsozialismus, Befreiung und Schuld – Aussagen gefunden werden. Dabei sind vor allem die Schlagwörter *Identität* und *Heimat* wesentlich für alle drei Politiker. Hinsichtlich der ideologischen Positionierung wird die Umsetzung einer Demokratie von allen drei Rednern durchgehend positiv konnotiert und als erstrebenswert markiert. Dabei werden Attribute wie *frei*, *legal* und *unabhängig* als Markierung von Prinzipien und Werten genannt. Die Herrschaft der Nationalsozialist:innen wird mit Lexemen der Unfreiheit verbunden, so wird jeweils ein scharfer Kontrast zur Demokratie hergestellt, welche geprägt ist vom Freiheits-Begriff. Die Äußerungen der Politiker, die sich auf die nationalsozialistische Herrschaft beziehen und die Vorgehensweisen derselben beschreiben, unterscheiden sich im Grunde nicht voneinander, sondern verweisen alle auf eine gewaltvolle Machtübernahme und Aneignung des jeweiligen Landes. Die beiden Österreicher – Karl Renner und Leopold Figl – wählen dabei Termini wie *aufgezwungen*, *gestört*, *irreführt* und *vergewaltigt*. Der deutsche Politiker Konrad Adenauer verwendet (u. a.) die Begriffe *geschändet*, *kontrolliert* und *missbraucht*. Das nationalsozialistische Regime wird von den drei Rednern unterschiedlich benannt, dabei sprechen sie von *Nationalsozialisten*, *Nazis*, *grausamen Arbeitgebern*, *Nachbarn* und *Feinden*. Diese Begriffe (und viele weitere) sind oder werden stets explizit mit einer negativen Konnotation verbunden. Besonders interessant in diesem Zusammenhang ist, dass Figl nur die Kurzform *Nazi* verwendet. Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit erfolgt bei den drei Rednern im Wesentlichen gleich. Denn der Nationalsozialismus wird verachtet und das eigene Land und Volk wird als Opfer nationalsozialistischer Aggression betrachtet. Dennoch wird mit der Schuldfrage unterschiedlich umgegangen. Karl Renner sieht Österreich als Opfer, dass sich nicht selbst retten konnte und demnach von jeglicher Schuld befreit werden sollte. Laut Renners Auffassung gibt es jedoch auch schuldige Opfer, was eine (geringe) Mitschuld vermittelt. Im Kontrast dazu weigert sich Figl, jegliche Mitschuld oder Mitverantwortung Österreichs am Krieg anzuerkennen, stellt Österreich als hilfloses Opfer da und betont die immer herrschende Widerstandsbewegung, die immer existiert habe. Damit greift er die Opferthese auf. Der deutsche Politiker Adenauer gibt die Schuld am Krieg dem nationalsozialistischen Regime. Zusätzlich verlangt er von den Bürger:innen Deutschlands die

Ursache des Krieges zu evaluieren. Er setzt sich intensiv mit der Schuld-Thematik auseinander und sucht mitunter die Schuld in einer materialistischen Weltanschauung. Die Stadt Köln bezeichnet er im Zuge seiner Rede als Opfer, da deren Bürger:innen den Nationalsozialismus stets abgelehnt hätten. Dabei verweist Adenauer auf den offenen und geistigen Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Um die Schäden des vergangenen Krieges zu verdeutlichen, verweisen alle drei Redner auf die herrschende Not der Bevölkerung, die sich in Armut, Arbeits- und Perspektivenlosigkeit, Hunger und Zerstörung von Städten manifestierte. Auch die Befreiung durch die Alliierten wird als wesentliches Ereignis betrachtet und dankend erwähnt.

Hinsichtlich der sprachlich-funktionalen Mittel können Unterschiede in den Reden gefunden werden. Karl Renner und Konrad Adenauer verwenden mehrfach Metaphern und rhetorische Figuren wie *Klimax*, *Anapher*, *Antithese*, *Exclamatio* und *Geminatio*, um ihren Aussagen Nachdruck zu verleihen. Mit diesen rhetorischen Mitteln wird Aufmerksamkeit garantiert. Grundsätzlich entsprechen die Reden von Renner und Adenauer einem hohen stilistischen Niveau und weisen vermehrt individuelle Merkmale auf. Die Redner können dementsprechend mit ihrer Rhetorik überzeugen. Bei Leopold Figl hingegen können nur vereinzelt Metaphern und rhetorische Figuren (*Geminatio*, *Anapher*, *Parallelismus*) gefunden werden. Im Gegensatz zu Renners Rede, welche von einer Euphorie geprägt ist, hebt Figl den Hass gegenüber dem Nationalsozialismus hervor.

5.2 Ära 1980er-/1990er-Jahre

5.2.1 Franz Vranitzky

Franz Vranitzky ist ein Politiker der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ). Von 1986 bis 1997 war er österreichischer Bundeskanzler. Zu seiner Amtszeit änderte sich viel in Europa – unter anderem kam es zum Mauerfall und zur Deutschen Einheit. Wie bereits an einer früheren Stelle erwähnt, war Österreichs Haltung zur Deutschen Einheit schlussendlich positiv (vgl. Gehler / Graf 2018: 95). Vranitzky hingegen äußerte sich diesbezüglich stets distanziert und hielt dementsprechend das Thema weiter in Diskussion (vgl. Gehler / Graf 2018: 95). Im Fokus seiner Politik standen der Europadiskurs und der Anschluss Österreichs an die Europäische Union.

Die Rede dieses Politikers ist die erste, die in dieser Masterarbeit im Kontext einer neuen historischen Ära analysiert wird. Zu dieser neuen Ära / Zäsur äußert sich auch Vranitzky selbst in seiner Rede:

Wir erleben heute den Anbruch einer neuen Ära in Europa, eine einzigartige Zäsur zwischen dem, was dieser Kontinent noch gestern war, und dem, was er von nun an werden kann. Damit meine ich nicht nur das Ende der Konfrontation zwischen Ost und West, das Ende der Mauer und Stacheldrahtzäune. Es ist auch das Ende der letzten Diktaturen auf diesem Kontinent, die Überwindung auch des letzten Erbes einer Vergangenheit, in der so viel Unheil über die Völker Europas gebracht worden ist. (FV 1991: 129–133)

Es geht in dieser Rede um die Mitschuld Österreichs an den NS-Verbrechen, welche Vranitzky im Jahr 1991 vor dem österreichischen Nationalrat hielt. Die Mitverantwortungserklärung des Bundeskanzlers gilt als eine der am breitesten rezipierten (vgl. Bailer 2015: 172), sie umfasst 2 492 Wörter. Inhaltlich thematisiert Vranitzky die am Beginn der 1990er-Jahre dringliche jugoslawische Problemstellung, die geprägt war von ethnischen Fragen sowie wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Ungleichheit. Des Weiteren äußert er sich zur Problematik des Souveränitätsanspruchs Sloweniens und Kroatiens. Dabei bleibt das *Vereinte Europa* ein mächtiges Schlagwort seiner Rede. Hinsichtlich dieser Problemstellungen bezieht sich Vranitzky stets auf die Geschichte Europas und insbesondere Österreichs Vergangenheit im Zusammenhang mit der nationalsozialistischen Herrschaft.

Vranitzky beginnt seine Rede mit einem Gruß gerichtet an den Präsidenten des Nationalrates („Herr Präsident!“ (FV 1991: 1)), darauf folgt die honorifizierende Anrede „Hohes Haus!“ (FV 1991: 1). Damit wird der Veranstaltungscharakter deutlich, nämlich einer Ansprache vor dem Nationalrat, welchem der Präsident bzw. der Vorsitzende des Nationalrates beiwohnt. Darauf folgt eine weitere Anrede, welche sich an alle Bürger:innen Österreichs richtet („Meine sehr geehrten Damen und Herren!“ (FV 1991: 1)). Besonders auffällig ist, dass Vranitzky seine Anreden im Laufe der Rede ständig wiederholt. Gewissen Äußerungen wird die Anrede „Meine sehr geehrten Damen und Herren!“ (FV 1991: 1, 8, 100) vorangestellt, andere werden mit „Hohes Haus!“ (FV 1991: 1, 51, 68, 120) eingeleitet und bei einer weiteren Aussage verwendet er beide Anreden („Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren!“ (FV 1991: 68)). Mit der ständigen Wiederholung der Anreden werden die Zuhörer:innen immer wieder von Neuem dezidiert angesprochen und Aufmerksamkeit wird generiert. Zudem ordnet Vranitzky so die einzelnen Aussagen einer bestimmten Zuhörer:innengruppe zu.

Für Franz Vranitzky ist der Europadiskurs wesentlich, zudem sind Äußerungen im Zusammenhang mit den Schlagwörtern *Identität* und *Demokratie* feste Bestandteile seiner Rede. Hinsichtlich der Äußerungen, die auf eine Zusammengehörigkeit und Einheit aller österreichischen Bürger:innen verweisen, verwendet Vranitzky überwiegend das Personalpronomen *wir*. Zudem spricht er davon, dass alle Menschen im „kleinen zentraleuropäischen Raum eng miteinander zusammenleben müssen, als Nachbarn und als Freunde“ (FV 1991: 77–78). Die Termini

Nachbarn und *Freunde* werden in der Rede zweimal verwendet, damit verweist er nicht nur auf Personen(gruppen), die sich in unmittelbarer Nähe befinden, sondern auch auf ein Verhältnis gegenseitiger Zuneigung, das geprägt ist von Sympathie und Vertrauen. Zum Schlagwort *Demokratie*, welches er stets mit dem Begriff der *Freiheit* verbindet, sind zahlreiche Äußerungen zu finden. Mitunter spricht er von *freier Meinungsäußerung*, *demokratischer Willensbildung*, *Toleranz*, *Unabhängigkeit*, *Eigenstaatlichkeit*, *Rechtsstaatlichkeit* und *Menschenrechten*. Diese Termini entsprechen allesamt nicht dem Konzept der nationalsozialistischen Regierungsform, sondern gehören zum demokratischen Ideologievokabular. Zudem verbindet Vranitzky die Demokratie mit den Adjektiven *harmonisch* und *ruhig*, was ebenfalls eine konträre Positionierung zum Nationalsozialismus darstellt. In diesem Sinne plädiert er für einen „Weg des Dialogs, der Verständigung und Gewaltfreiheit“ (FV 1991: 73), um die Situation (im damaligen Jugoslawien) zu beruhigen.

In seiner Rede bezieht er sich stets auf die Geschichte Europas („[a]us der bewegten Geschichte unseres Kontinents“ (FV 1991: 89)), welche notwendigerweise in Erinnerung gerufen werden muss, um die Lage in Jugoslawien überhaupt erst verstehen zu können. Beruhend auf eigenen Erfahrungen kann dann erst entsprechend gehandelt werden.

Ich brauche gerade Ihnen, meine Damen und Herren wohl die Besonderheit der jugoslawischen Problemstellung nicht vor Augen zu führen – die enge Verknüpfung von ethnischen Fragen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Ungleichgewichten, Spannungen und inneren Konflikten, die zum Teil eine sehr lange Geschichte haben, bis hin zu sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Gestaltung und Orientierung der eigenen Zukunft (FV 1991: 22–26).

Mit dieser Auflistung bezieht sich Vranitzky auch auf die Zustände, die während des Zweiten Weltkrieges herrschten. Er nennt die festgelegten Attribute einer totalitären Herrschaftsform und setzt auf die kollektiven Wissensbestände, indem er davon spricht, dass dem Volk diese Probleme nicht weiter ausgeführt werden müssen. Vranitzky ist es besonders wichtig, den Verzicht auf jegliche militärische Gewalt hervorzuheben, dabei verweist er stets auf die Ereignisse der Vergangenheit.

Am Ende dieses Jahrhunderts, nach all den Erschütterungen und Erfahrungen dieses Jahrhunderts, nach all der Aufbauarbeit, die im Sinne von Frieden und Sicherheit geleistet wurde, ist in Europa der Einsatz militärischer Gewalt zur Lösung politischer Probleme völlig unakzeptabel [sic!] – und das kann nicht oft genug gesagt werden (FV 1991: 47–50).

Auch an dieser Stelle appelliert er an das kollektive Bewusstsein. Es werden gezielt Leerstellen (Slots) eingesetzt, um komplexe Wissensstrukturen auszudrücken. Die Frage danach, was in diesem Jahrhundert passierte, bildet eine Lücke, welche mit Erfahrungswerten (*default values*) oder konkretem Wissen (*fillers*) von den Zuhörer:innen problemlos gefüllt werden können. Das 20. Jahrhundert umfasste (u. a.) einen Ersten Weltkrieg mit dem Ende der k. k.

Monarchie, einen Zweiten Weltkrieg, welcher geprägt war vom Holocaust und einem Krieg, der selbst noch nach seinem Ende die Welt spaltete (Kalter Krieg) – es kann demzufolge von einem Weltkriegsdiskurs ausgegangen werden. Resultat dieser Kriege war unsagbares Leid und Tod. Dementsprechend schafft Vranitzky es mit wenigen sprachlichen Daten, einen komplexen Sachverhalt kognitiv schneller fassbar und verarbeitbar zu machen. Indem er auf die Aufbauarbeiten verweist, die im Sinne von Frieden und Sicherheit getätigt wurden, grenzt er sich weiter vom Krieg ab und markiert die Prinzipien und Werte, mit welchen dieses Handeln fundiert ist (*Prinzipientopos*). Da er in weiterer Folge den Einsatz militärischer Gewalt als unannehmbar bezeichnet, bewertet er die Daten. Dementsprechend wird der *Valuationstopos* angewandt. Vranitzky betont, dass Gewalt den Krieg vielmehr „verschärft und die Fronten verhärtet“ (FV 1991: 45 [Hervorhebungen J. K.]). An dieser Stelle bedient er sich der rhetorischen Figur *Alliteration* und schafft es, mit der Rhythmisierung eine Eindringlichkeit zu erzeugen. An einer anderen Stelle bezeichnet Vranitzky das „Wiederaufflammen der Kampfhandlungen“ (FV 1991: 66) als „Auftakt zu einem Inferno“ (FV 1991: 66–67). Vor allem das aus dem italienischen stammende Lehnwort *Inferno* (ital. ‘Hölle’) bezeichnet eine Katastrophe gewaltigen Ausmaßes; in diesem Fall ein grausames Kriegsgeschehen.

Indirekt bezieht sich Vranitzky in seiner gesamten Rede auf das nationalsozialistische Regime. Es gibt viele Äußerungen, die sich auf eine Aufarbeitung der NS-Vergangenheit beziehen, dieselben erfolgen jedoch kaum explizit. Er setzt stets auf das kollektive Wissen bzw. Bewusstsein. Vor allem die nun herrschende Toleranz gegenüber allen Menschen, unabhängig ihrer *ethnischen Gruppe, Religion* und *innerer Organisationseinheit* (vgl. FV 1991: 83) hebt Vranitzky hervor. In diesem Zusammenhang wird von den *22 Millionen Menschen des Staates Jugoslawien* (vgl. FV 1991: 82) gesprochen, dennoch ist erkennbar, dass er sich auch auf die Ungleichheit und die Ausgrenzung von Menschen bezieht, welche zurzeit der NS-Herrschaft üblich war. „Sie alle sind Teil dieses Europas, sie alle müssen wir verstehen oder zumindest verstehen lernen in ihren Sorgen und Anliegen, sie alle haben das Recht auf eine europäische Perspektive für ihre Zukunft“ (FV 1991: 84–85 [Hervorhebungen J. K.]). Die rhetorische Figur *Geminatio* wird hier gezielt eingesetzt, um den im Fokus stehenden Gedanken der Inkludierung aller Menschen zu vertiefen und zusätzlich demselben Eindringlichkeit zu verleihen. Vranitzky bedient sich in seiner Rede mehrfach dieses rhetorischen Stilmittels, unter anderem auch im Zusammenhang mit den leidvollen Erfahrungen Europas (vgl. „gerade weil“ (FV 1991: 142, 148, 149); „Maßstäbe für das Benehmen“ (FV 1991: 134, 135)).

Im Zusammenhang mit der damals herrschenden Lage in Jugoslawien grenzt sich Vranitzky von der Aussage, dass Österreich hierin „eine nostalgische Wiederbelebung von längst Vergangenen“ (FV 1991: 39) sieht, vollkommen ab. Dabei bedient er sich einer Metapher: „Hier dürfen keine Gräber aufgerissen werden, die vielleicht nur mit Mühe oder gar nicht mehr zugeschüttet werden können“ (FV 1991: 78–79). Vranitzky thematisiert hier das Vergangene, dass bewältigt wurde oder nicht bewältigbar war. Indem er die Grabmetapher wählt, stellt er die Vergangenheit und das damit verbundene Leid als begraben – als „hinter uns“ oder „überstanden“ – dar. Von einem erneuten aufreißen im Sinne eines schnellen und unbedachten Wiederauflebens vergangener Taten und Schicksale soll dementsprechend abgesehen werden. Auch diese Metapher wird genutzt, um einen komplexen Inhalt bildlich zu vermitteln, dabei verfolgt Vranitzky einen strategischen Zweck.

In Bezug auf Äußerungen, die sich auf die NS-Herrschaft beziehen und die Vorgehensweisen derselben beschreiben, konnte einiges in der Rede gefunden werden. Im Kontext des nationalsozialistischen Regimes spricht Vranitzky von der (NS-)Diktatur, dem *totalitären Regime*, dem *Nazi-Regime* und dem *Dritten Reich*. Mitunter wählt er auch andere Wortgruppen wie „im Namen dieses Reiches“ (FV 1991: 143) und „im Namen dieses Regimes“ (FV 1991: 147), um auf das nationalsozialistische Regime zu verweisen. Dabei verlässt er sich wiederum darauf, dass die Zuhörer:innen auf dieses Regime schließen, ohne dass es explizit erwähnt werden muss. Hinsichtlich der Nennung von Jahreszahlen und genaueren Daten erwähnt Vranitzky einmalig den *März 1938*. Andere Termini, die im Zusammenhang mit der NS-Herrschaft auftreten, sind *Unheil*, *militärische Aggression*, *furchtbare Konsequenzen*, *Gefängnisse*, *Konzentrationslager*, *Tötungsmaschinerie*, *totalitärer Machtanspruch* und *entartete Ideologie*. Mit dem Terminus *Tötungsmaschinerie* (vgl. FV 1991: 156) greift Vranitzky erneut auf eine Metapher zurück. Die Maschinenmetapher ist beliebt, da sie auf eine bestimmte Arbeitsweise hinweist. Eine Maschine arbeitet gleichmäßig und unermüdlich, zudem ist sie seelen- und gefühllos. In Verbindung mit dem Terminus *Tötung* handelt es sich um eine Negativmetapher. Liegt der Fokus lediglich auf dem zentralen Aspekt einer *Tötungsmaschine*, dann stellt dieses Kompositum mitunter Bezüge zu großen Massenvernichtungslagern her. Auch die Wortwahl Vranitzkys der *entarteten Ideologie* (vgl. FV 1991: 159) bedarf einer näheren Betrachtung. Der Nationalsozialismus ist eine Ideologie, deren Maximen vom nationalsozialistischen Regime ausgelebt wurden, und zwar mit einem großen Fanatismus. Indem Vranitzky diese Ideologie als *entartet* beschreibt, verweist er darauf, dass dieselbe sich von den Gesetzen abwendete und in eine negative Herrschaftsform mündete. Andere Begrifflichkeiten, die das Handeln der NS-Herrschaft

beschreiben, bilden unter anderem die steigende Aufzählung (*Klimax*) „eingekerkert, vertrieben und ermordet“ (FV 1991: 144) sowie die Wortgruppen „von den Bomben erschlagen“ (FV 1991: 157–158) und „über unser Land gebracht“ (FV 1991: 145). Alle diese Begrifflichkeiten beschreiben das grausame Vorgehen der Nationalsozialist:innen. Das Verb *eingekerkert* ist dem Terminus *Gefängnis* gleichzustellen, beide beziehen sich darauf, eingesperrt zu sein.

Vranitzky äußert sich zum Opferstatus, bezieht sich dabei jedoch nicht nur auf Österreich als Ganzes, sondern auch auf die tatsächlichen Opfer des nationalsozialistischen Regimes.

Es ist unbestritten, daß Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konsequenzen geworden war: Die unmittelbar einsetzende Verfolgung brachte Hunderttausende Menschen unseres Landes in Gefängnisse und Konzentrationslager, lieferte sie der Tötungsmaschinerie des Nazi-Regimes aus, [...]. Juden, Zigeuner, körperlich oder geistig Behinderte, Homosexuelle, Angehörige von Minderheiten, politisch oder religiös Andersdenkende – sie alle wurden Opfer einer entarteten Ideologie und eines damit verbundenen totalitären Machtanspruchs. (FV 1991: 154–160)

In diesem Ausschnitt der Rede wird Österreich zwar als ein Opfer militärischer Aggression dargestellt, dabei bezieht sich der Opferstatus aber insbesondere auch auf diejenigen Menschen, die vom nationalsozialistischen Regime als minderwertig erachtet wurden. Vranitzky spricht explizit an, wer diese hunderttausenden Menschen waren, die zu tatsächlichen Opfern des NS-Regimes wurden. Neben der jüdischen Verfolgung wird auch auf jene Menschen aufmerksam gemacht, die aufgrund körperlicher, geistiger oder religiöser „Andersartigkeit“ in den Tod getrieben wurden. Vranitzky bezieht sich diesbezüglich nicht auf das gesamte Land, dasselbe gilt für die Mitschuld. Es wird in Erinnerung gerufen, dass es durchaus „viele Österreicher“ (FV 1991: 161) gab, die „den Anschluß begrüßt“ (FV 1991: 161) haben und „an den Unterdrückungsmaßnahmen und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt“ (FV 1991: 162–163) waren. An einer anderen Stelle spricht er von der Teilnahme an „Verfolgungen und Verbrechen“ (FV 1991: 148), die aufeinanderfolgenden Wörter haben denselben Anfangslaut. Damit wird zusätzlich eine inhaltliche Zusammengehörigkeit signalisiert, außerdem entsteht durch die Rhythmisierung eine Eindringlichkeit. Vranitzky bedient sich somit der rhetorischen Figur *Alliteration*. Zusätzlich verweist er darauf, dass es genügend Österreicher:innen gab, die im Namen des nationalsozialistischen Regimes an „prominenter Stelle“ (FV 1991: 163) standen. Aber es bleibt nicht unerwähnt, dass es auch Menschen in Österreich gab, die „Widerstand geleistet“ (FV 1991: 146) und „ihr Leben für Österreich gegeben“ (FV 1991: 146) haben. Damit wird auf die Widerstandsbewegung gegen die nationalsozialistische Herrschaft verwiesen.

Gezielt wird darauf aufmerksam gemacht, dass Vranitzky sich nicht der kollektiven Mitschuld bekennt, sondern vielmehr „zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über andere Menschen und Völker gebracht

haben“ (FV 1991: 152). Mit dieser Äußerung wird eine Abgrenzung und eine Betonung von bestimmten Sachverhalten beabsichtigt, es handelt sich um das Stilmittel *Antithese*. Mit diesen Äußerungen möchte Vranitzky auf die „moralische Mitverantwortung“ (FV 1991: 164) Österreichs aufmerksam machen.

Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen; und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschuldigen – bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten (FV 1991: 170–172).

Franz Vranitzky lässt nicht unerwähnt, dass es bereits einige österreichische Politiker gab, die ein solches Mitschuldbekenntnis ablegten. Nun möchte er dies „im Namen der österreichischen Bundesregierung“ (FV 1991: 174) tun. Dabei handelt es sich nicht nur um ein Bekenntnis zur Mitverantwortung, sondern vielmehr um eine Entschuldigung. Damit endet Franz Vranitzkys Rede.

5.2.2 Richard von Weizsäcker

Der Politiker Richard von Weizsäcker gehört der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) an. Zudem war er von 1984 bis 1994 der sechste deutsche Bundespräsident. Von Weizsäcker rief unter anderem am 02. Oktober 1990 die „Vollendung der Deutschen Einheit“ (Kleinert 2019: 579) aus. Während seiner Amtszeit setzte er sich für „die Aussöhnung mit den polnischen Nachbarn“ (www3: o. S.) und für die Inkludierung ostmitteleuropäischer Länder in die Europäische Gemeinschaft ein (vgl. www3: o. S.). Zudem stand der „gesellschaftliche Zusammenhalt“ (www3: o. S.) stets im Fokus seiner Amtszeit.

Die ausgewählte Rede „Der 8. Mai 1945 – 40 Jahre danach“ hielt von Weizsäcker im Zuge des vierzigsten Jahrestages des Endes des Zweiten Weltkrieges. Sie umfasst 4 502 Wörter. Der 8. Mai 1945 ist „ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa“ (RvW 1985: 4). Bereits um Mitternacht dieses Tages galt der Zweite Weltkrieg offiziell als beendet, dementsprechend spricht man in diesem Zusammenhang vom „Tag der Befreiung“. Im Mittelpunkt der Rede steht die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, dabei wird darauf aufmerksam gemacht, dass es sich keineswegs um einen Tag zum Feiern handelt.

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. [...] Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. (RvW 1985: 8–11)

Indem in dieser Äußerung charakteristische Daten der Ausgangssituation geschildert werden (vgl. 8. Mai als „Tag der Erinnerung“ (RvW 1985: 8) und „Tag des Nachdenkens“ (RvW 1985: 9)), kann von einem *Datentopos* gesprochen werden. Des Weiteren findet der *Valuationstopos*

Anwendung, denn von Weizsäcker bewertet den 8. Mai (vgl. „kein Tag zum Feiern“ (RvW 1985: 11)). Da es sich um eine Rede über den 8. Mai 1945 – das Ende des Zweiten Weltkrieges – handelt, steht die Aufarbeitung der NS-Herrschaft im Mittelpunkt. Dabei spricht der Redner einleitend von der Not der Bevölkerung, nicht nur während des Zweiten Weltkrieges, sondern auch von dem Leid nach der Befreiung. Denn nach dem Krieg waren die Menschen erschöpft, ratlos und voller neuer Sorgen (vgl. RvW 1985: 22).

Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang. (RvW 1985: 11–16)

Mit dieser Aussage werden alle Sichtweisen der verschiedensten Bevölkerungsgruppen aufgegriffen. Nicht nur das Leid und die Sorgen der Opfer des Nationalsozialismus werden behandelt, sondern auch die Nöte der vormals begeisterten NS-Anhänger:innen. Das Kompositum *Bombennächte* greift die Schrecken, unter welchen die Menschen litten, auf. Für diejenigen, die dem nationalsozialistischen Regime willenlos folgten, war der Tag der Befreiung mehr eine Niederlage als ein Sieg. Zudem ist von Menschen, die befreit wurden, die Rede und von denjenigen Menschen, die nun in Gefangenschaft geraten, da sie entweder als Soldaten am Krieg teilgenommen hatten oder zur Regierungszeit des nationalsozialistischen Regimes an prominenter Stelle standen. Indem von Weizsäcker von den „zerrissenen Illusionen“ (RvW 1985: 15) spricht, verweist er auf das trügerische Bild, welches Anhänger:innen des NS-Regimes von dessen Herrschaft hatten. Dementsprechend begannen die Leiden für viele Menschen erst mit dem 8. Mai (vgl. RvW 1985: 29–30). Neben den physischen und psychischen Schäden, die der Krieg hinterließ, gab es auch enorme materielle Wiederaufbauarbeiten zu tätigen (vgl. RvW 1985: 176), denn die Städte bestanden aus „Ruinen“ (RvW 1985: 23). Von Weizsäcker spricht davon, dass das Volk „die Willkür der Zuteilung unterschiedlicher Schicksale ertragen zu lernen“ (RvW 1985: 175) hatte. Vor allem der Terminus *Schicksal* findet mehrfach Anwendung in der Rede. Dabei wird der Bezug zu einer höheren Macht hergestellt, deren Handeln nicht von Menschen beeinflussbar ist. Es wird unter anderem auch auf die weiter bestehende Not verwiesen, denn einigen Menschen widerfährt (wie bereits erwähnt) auch nach dem Tag der Befreiung „bitteres Leid und schweres Unrecht“ (RvW 1985: 188).

Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist (RvW 1985: 204–206 [Hervorhebungen J. K.]).

Mit der Wiederholung des Wortes *Menschen* werden die einzelnen Sachverhalte und Umstände akzentuiert und damit eine bestimmte Eindringlichkeit sowie Relevanz vermittelt. Das rhetorische Mittel *Geminatio* wird angewandt. Dieselbe rhetorische Figur findet an einer weiteren Stelle in der Rede Anwendung.

Neben dem unübersehbaren großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids, Leid um die Toten, Leid durch Verwundung und Verkrüppelung, Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung, Leid in Bombennächten, Leid durch Flucht und Vergewaltigung und Plünderung, [...] (RvW 1985: 53–58 [Hervorhebungen J. K.]).

Hier werden die Taten aufgelistet, die für das Leid vieler Menschen sorgten. Mit der Wiederholung des Terminus verleiht von Weizsäcker auch diesem Sachverhalt eine besondere Relevanz. Mitunter wird die Rolle der Frau im und nach dem Krieg hervorgehoben. Dabei wird das Leid beschrieben, welches die Frauen ertragen mussten, denn sie waren „auf Grund des Krieges allein und verbrachten ihr Leben in Einsamkeit“ (RvW 1985: 69–70). Nach dem Krieg waren es die Frauen, die es verhinderten, dass die Völker „an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrachen“ (RvW 1985: 71–72). An dieser Stelle macht von Weizsäcker zusätzlich auf die materiellen Schäden aufmerksam. Vor allem der Terminus *Unmenschlichkeiten* soll die Taten des NS-Regimes beschreiben.

In Bezug auf Äußerungen, die sich auf die NS-Herrschaft beziehen, konnten (u. a.) folgende Begrifflichkeiten in der Rede aufgefunden werden: *nationalsozialistisches Regime*, *verbrecherische Führung*, *menschenverachtendes System* und *Gewaltherrschaft*. Termini wie *Nationalsozialist:innen* oder *Nazis* werden nicht verwendet. Stattdessen wird mit Adjektiven wie *verbrecherisch* und *menschenverachtend* das gewaltorientierte Verhalten des Regimes hervorgehoben; mit dem Begriff *Gewaltherrschaft* wird dies explizit benannt. Andere Termini, die im Zusammenhang mit der Herrschaft sowie den Vorgehensweisen der Nationalsozialist:innen auftreten, sind *Konzentrationslager*, *abgrundtiefer Hass Hitlers*, *Holocaust*, *Unmenschlichkeit*, *Grauen*, *Zwangssterilisation*, *Zwangsarbeit*, *nationalsozialistische Leidenschaften*, *Auschwitz* und der Name *Hitler* selbst. Die mit der Flexionsfuge -s- gebildeten Komposita *Zwangssterilisation* und *Zwangsarbeit* bezeichnen eine von außen aufgewundene (Freiheits-)Strafe. Mit den Termini *Konzentrationslager* und *Holocaust* bezieht sich von Weizsäcker explizit auf die Massenvernichtung während des Zweiten Weltkrieges. Der Begriff *Zwangssterilisation* hingegen verweist auf die Euthanasiemorde. Für diesen Schluss bedarf es jedoch ein erweitertes Wissen über die Taten der Nationalsozialist:innen. Der *abgrundtiefe Hass Hitlers* wird dabei als die Ursache für die Zustände des Zweiten Weltkrieges aufgefasst. Dabei werden alle Untaten dem

Diktator zugeschrieben. Mit dem Adjektiv *abgrundtief* werden die negativen Empfindungen ausgedrückt. Das Kompositum, bestehend aus *Abgrund* und *tief*, ist nicht weiter steigerbar. Mit dem Nominativ *Hass* spricht von Weizsäcker die persönliche Abneigung Hitlers gegenüber anderen an. An einer anderen Stelle wird auf den *offenen Hass* verwiesen. Damit wird der Hass, welchen neben Hitler auch das ganze Regime gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen hegte, als offensichtlich dargestellt. Die Umgangsweisen des nationalsozialistischen Regimes mit bestimmten Gruppen der Bevölkerung wird vom Redner mit den Termini *versteckte Intoleranz* und *Unbarmherzigkeit* beschrieben. Wie durch diese Aufzählung von Termini bereits hervorgegangen ist, verbindet von Weizsäcker die Herrschaft des NS-Regimes stark mit dem Terminus *Unfreiheit*; diesen Begriff verwendet er auch explizit in seiner Rede (vgl. RvW 1985: 31, 239). Bezüglich der Machtübernahme des nationalsozialistischen Regimes bedient sich von Weizsäcker der Weg-Metapher („Auf dem Weg ins Unheil wurde Hitler die treibende Kraft“ (RvW 1985: 136)). Wobei auch die Zeit der Herrschaft des NS-Regimes als „Irrweg deutscher Geschichte“ (RvW 1985: 34) betrachtet wird. Dabei bedient er sich gezielt der kognitiv wirksamen Metaphorik – einer wesentlichen Verfahrensart des politischen Framings (vgl. Klein 2019: 93) – und verweist darauf, dass die Machtübernahme des nationalsozialistischen Regimes nur zu Leid und Grauen führen konnte. Dementsprechend war die deutsche Bevölkerung auf dem falschen Weg. Des Weiteren werden die Komposita *Rassengesetze* und *Weltvergifter* verwendet, beide beziehen sich (u. a.) auf die Verfolgung der jüdischen Bevölkerung. Das Kompositum *Rassengesetze* gehört zum Ideologievokabular des Nationalsozialismus, im heutigen Kontext würde man von der Verwendung dieses Wortes absehen. Bei dem Kompositum *Weltvergifter* handelt es sich um eine negativ-wirkende Metapher. Die Auseinandersetzung mit diesem Terminus fand bereits an einer früheren Stelle vorliegender Arbeit statt (s. 2.4.5 und 2.5.2). Im Grunde werden dabei bestimmte Aspekte hervorgehoben und andere ausgeblendet. Menschen, die nicht den Idealen der Nationalsozialist:innen entsprechen, werden als Problem dargestellt. Bezüglich Jahreszahlen und genauen Daten spricht von Weizsäcker vom 8. Mai 1945 und vom 30. Januar 1933 („Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen“ (RvW 1985: 32)). Der 30. Januar ist der Tag der Machtübernahme Hitlers. Zudem nennt der Redner den 30. April 1945, den Tag, an dem Hitler Selbstmord begann.

Die Vergangenheit – im Sinne des Zeitraumes des Zweiten Weltkrieges – wird als *dunkler Abgrund* (vgl. RvW 1985: 25) bezeichnet; eine gefährliche, angsteinflößende Tiefe. Im selben Satz stellt er die *Zukunft* als ebenso *dunkel* dar. In diesem Zusammenhang bezieht er sich abermals auf die nach dem Krieg neu entstandenen Sorgen. Von Weizsäcker thematisiert in seiner

Rede die Tatsache, dass die deutsche Bevölkerung daran glaubte, für „die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden“ (RvW 1985: 20). Damit verweist er auf die Naivität bzw. Verblendung der Bevölkerung. Des Weiteren spricht er davon, dass diese Überzeugung „nicht nur vergeblich und sinnlos [war], sondern [sie] hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient“ (RvW 1985: 21–22). An einer späteren Stelle bedient sich von Weizsäcker der rhetorischen Figur der *Antithese*. „Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte“ (RvW 1985: 30–32). Mit dieser Aussage grenzt er sich von einem Sachverhalt ab und betont einen anderen. Damit wird die Bevölkerung darauf verwiesen, dass die „Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit“ (RvW 1985: 30–31) im Anfang der Herrschaft des NS-Regimes lag. Von Weizsäcker plädiert bereits zu Beginn seiner Rede dafür, den 8. Mai 1945 als Tag der Erinnerung zu sehen. Dementsprechend ruft er das Leid der einzelner Gruppen in Erinnerung.

Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft. Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden. Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, [...]. Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mussten. Wir gedenken der erschossenen Geiseln. [...] Wir gedenken deren, die nicht aktiv Widerstand leisten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen. (RvW 1985: 38–40, 44–46, 51–52[Hervorhebungen J. K.]

Von Weizsäcker bedient sich an dieser Stelle dem rhetorischen Mittel *Anapher*. Durch die wiederholte Verwendung übereinstimmender Satzanfänge wird der im Fokus stehende Gedanke vertieft und die Aussage wird eindringlich vermittelt. Dadurch, dass die Satzanfänge wörtlich übereinstimmen, entsteht eine Gleichgewichtigkeit der Satzinhalte. Dabei wird zu Beginn auf die Toten im Allgemeinen verwiesen und dann immer spezifischer darauf eingegangen, wer alles zum Opfer des Nationalsozialismus wurde. Richard von Weizsäcker möchte, dass sich die deutsche Bevölkerung erinnert, denn sie „suchen als Menschen Versöhnung“ (RvW 1985: 112), aber eine Versöhnung kann es „ohne Erinnerung gar nicht geben“ (RvW 1985: 113). Hinsichtlich des *Hasses Hitlers*, welcher bereits thematisiert wurde, verwendet von Weizsäcker eine Metapher. Er spricht davon, dass „das ganze Volk zu[m] Werkzeug dieses Hasses gemacht“ (RvW 1985: 75–76) wurde. Das Volk ist nach dieser Auffassung ein Instrument, das einem bestimmten Zweck diene. Denn immerhin konnte das nationalsozialistische Regime nur so mächtig werden, weil es durch das Volk an die Macht kam und mit dem Volk (den Anhänger:innen) kämpfte.

An einer späteren Stelle thematisiert von Weizsäcker die Frage nach der Schuld der Bevölkerung. Dabei stellt er einleitend eine rhetorische Frage.

Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, den unaufhörlichen Schändungen der menschlichen Würde? Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollen. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. [...] Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen. (RvW 1985: 86–90, 93 [Hervorhebungen J. K.])

Von Weizsäcker nutzt die rhetorische Frage, um zum Nachdenken anzuregen, wie es sein konnte, dass im Zuge dieser Dinge es immer noch Menschen geben konnte, die nichts Böses vermuteten. In dieser Äußerung bezieht er sich darauf, dass die Menschen taub und blind sein mussten, um die schrecklichen Taten des nationalsozialistischen Regimes nicht wahrnehmen zu können. Dabei verweist er auf die *Deportationszüge*; große Züge in welchen (u. a.) jüdische Menschen in diverse Lager verschleppt wurden. Die Vorstellungskraft der Menschen reicht laut von Weizsäcker nicht, um sich „Art und Ausmaß der Vernichtung“ (RvW 1985: 89) vorstellen zu können. Hier bezieht er sich erneut auf die Grausamkeit der Gewaltherrschaft. Des Weiteren wird die rhetorische Figur *Klimax* angewandt (*abgelenkt, nicht zuständig, wegschauen, schweigen* (vgl. RvW 1985: 93)), um mit Nachdruck zu signalisieren, dass Menschen genau dies taten. Zudem beschäftigt sich Richard von Weizsäcker mit der Zuordnung von Schuld und Unschuld.

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich. Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im stillen selbst nach seiner Verstrickung. [...] Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. (RvW 1985: 96–100, 105 [Hervorhebungen J. K.])

In diesem zitierten Ausschnitt der Rede wird die rhetorische Figur *Antithese* gezielt eingesetzt, um zu betonen, dass es keine kollektive Schuld gibt. Des Weiteren differenziert der Redner zwischen verschiedenen Arten von Schuld; unter anderem eine Schuld, die noch nicht erkannt wurde, oder auch eine bereits entdeckte Schuld. Viele Menschen waren auf unterschiedlichste Weise in den Krieg verwickelt, dementsprechend plädiert von Weizsäcker für eine Bewusstmachung der eigenen, persönlichen Schuld. Gleichzeitig verweist er darauf, dass die gesamte deutsche Bevölkerung ihre Vergangenheit akzeptieren muss und nicht von sich weisen darf. Denn es gibt eine „deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges“ (RvW 1985: 151), diese kann nicht geleugnet werden. Richard von Weizsäcker macht jedoch auch auf eine andere Position aufmerksam, nämlich die, in welcher Deutschland zum Opfer („wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden“ (RvW 1985: 159)) wird. Zudem setzt sich der Redner mit der „Vergangenheitsbewältigung“ auseinander.

Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie lässt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren. (RvW 1985: 108–111)

Von Weizsäcker sagt, dass man die Vergangenheit nicht bewältigen kann. Aber um nicht erneut in eine derartige Lage (wie den Zweiten Weltkrieg) zu kommen, muss man sich mit dieser Vergangenheit auseinandersetzen und sich stets an die (Un-)Taten erinnern. Indem er von einer *neuen Ansteckungsgefahr* spricht, vergleicht er den Nationalsozialismus mit einer Krankheit.

Trotz der Tatsache, dass die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit im Fokus der Rede steht, äußert sich von Weizsäcker auch über die wesentlichsten Eigenschaften einer Demokratie. Diese wird als bedeutend und wichtig dargestellt. Es sind mitunter folgende Aussagen zu finden: *dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit, europäische Frieden(sorganisation), Gemeinschaft, (demokratische) Freiheit, demokratisch gewählte Politiker, Recht und Gerechtigkeit*. Hinsichtlich Äußerungen im Sinne einer kollektiven, kulturellen, sozialen, sprachlichen und historischen Identität wurden die Termini *Heimat, Heimatliebe, (deutsches) Volk, eigenes Land, Staatsbürgerschaft* und *Nation* gewählt. Zudem verwendet von Weizsäcker durchgehend das Personalpronomen *wir* und das Possessivpronomen *unser*. Außerdem wird vermehrt das Adjektiv *gemeinsam* Termini wie *Schicksal* und *Geschichte* vorangestellt. Da zum Zeitpunkt der Rede Deutschland noch geteilt war, plädiert von Weizsäcker für eine Vereinigung, denn „[w]ir Deutschen sind ein Volk und eine Nation“ (RvW 1985: 286).

Abschließend richtet sich von Weizsäcker mit folgenden Worten an die Zuhörer:innen:

Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden. Es gibt keine endgültige errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden. (RvW 1985: 320–323)

Damit macht er abermals auf die Unvollkommenheit von Menschen aufmerksam und möchte zusätzlich darauf verweisen, dass die Möglichkeit stets besteht, erneut unter einer Gewaltherrschaft zu stehen. Dennoch ist er der Meinung, dass das Volk stark genug ist, einer solchen Gefährdung zu trotzen. Diese Abschlussworte fassen den gesamten Inhalt der Rede zusammen.

5.2.3 Willy Brandt

Willy Brandt war ein Politiker der SPD, außerdem war er SPD-Vorsitzender, regierender Bürgermeister von (West-)Berlin und BRD-Bundeskanzler. Er war eine entscheidende Figur im Zusammenhang mit der Ostpolitik Deutschlands und Westeuropas. Zum Zeitpunkt seiner Regierungsperiode war Deutschland geteilt. Brandt ist ein entscheidender Befürworter der Wiedervereinigung Deutschlands und zum Zeitpunkt der vorliegend ausgewählten Rede Abgeordneter des Bundestags.

Die ausgewählte Rede „Eine Zeit geht zu Ende“ hielt Brandt am 1. September 1989 vor dem Deutschen Bundestag. Sie umfasst 2 618 Wörter. In seiner Rede versucht Brandt die Geschichte richtig zu stellen, denn der „geschichtlichen Wahrhaftigkeit wird, um ein wieder aktuell gewordenes Beispiel zu nennen, nicht gerecht, wer Stalin ins Feld führt, um Hitler zu entlasten oder gar zu rechtfertigen“ (WB 1989: 45–46).

Erfahrungen der Völker lassen sich weniger leicht vermitteln, als es schon manch einer an seinem Schreibtisch unterstellt hatte. Doch mag ich jenen erlauchten Geistern *nicht* folgen, die uns Menschen überhaupt die Fähigkeit absprechen, aus der Geschichte zu lernen. *Zu* hoch würde ich diese Fähigkeit nicht ansetzen wollen. Doch auf einem möglichst wahrhaftigen Umgang mit historischen Fakten muss mit Nachdruck bestanden werden. (WB 1989: 39–42 [Hervorhebungen im Original])

Brandt geht auf (geschichts-)philosophische Theorien ein und führt (vor allem den jungen Menschen) die Geschehnisse der Vergangenheit – insbesondere des Zweiten Weltkrieges – vor Augen. Dabei erzählt er auch von seinen eigenen Erfahrungen während der Zeit als Ausgebürgerter im September 1939. Da in der niedergeschriebenen Rede keine Anrede zu finden ist, kann diese auch nicht analysiert werden. Mit dem Titel „Eine Zeit geht zu Ende“ meint Willy Brandt das Ende eines ereignisreichen Jahrhunderts.

Ich will offen meinen Empfindungen Ausdruck geben, daß eine Zeit zu Ende geht. Eine Zeit, in der es sich in unserem Verhältnis zum anderen deutschen Staat vor allem darum handelt, durch vielerlei kleine Schritte den Zusammenhalt der getrennten Familien und damit der Nation wahren zu helfen. [...] Entscheidend ist, daß heute und morgen die Deutschen in den beiden Staaten ihrer Verantwortung für den Frieden und die europäische Zukunft gerecht werden. (WB 1989: 159–161, 168–170)

Hinsichtlich der endenden Zeit bezieht sich Brandt vor allem auf die Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutschland ist zum Zeitpunkt der Rede noch geteilt. Brandt schildert charakteristische Daten der Ausgangssituation („Eine Zeit, in der es sich in unserem Verhältnis zum anderen deutschen Staat vor allem darum handelt, [...]“. (WB 1989: 159–160)), dementsprechend findet der *Datentopos* Anwendung. Indem er zusätzlich für den Zusammenhalt („Zusammenhalt der getrennten Familien und damit der Nation“ (WB 1989: 161)) plädiert, markiert er die

herrschenden Prinzipien (*Prinzipientopos*). Des Weiteren entspricht der letzte im Zitat angeführte Satz dem *Finaltopos*. Brandt beschreibt eine Handlungsplanung, die auf eine Zielsetzung („Frieden und die europäische Zukunft“ (WB 1989: 169)) ausgerichtet ist.

Dass der Redner ein entscheidender Befürworter der Wiedervereinigung Deutschlands war, wurde bereits mehrfach erwähnt, zudem fokussiert er sich stark auf den Europadiskurs. Einige Lexeme, die auf *Freiheit* Bezug nehmen, wie (*gesicherter*) *Frieden*, *menschenfreundlichere Welt*, *demokratischer Aufbruch*, *Selbstbestimmung*, *Lebensliebe* und *Freiheitswillen* werden in Verbindung mit der Demokratie und dem vereinten Europa gebracht. In diesem Zusammenhang plädiert er für den *gesicherten Frieden in Europa* (vgl. WB 1989: 36), welchen er als „ein[en] wichtige[n] Baustein für eine menschenfreundlichere Welt“ (WB 1989: 36) bezeichnet. Indem er sich der Bausteinmetapher bedient, macht Brandt deutlich, dass der *gesicherte Frieden* nur einen Teil in einem komplexen Gebilde darstellt. Hinsichtlich einer kollektiven Identität werden das Personalpronomen *wir* und das Possessivpronomen *uns* verwendet. Zudem tritt gemeinsam mit dem Terminus *Volk* das Adjektiv *eigenes* auf.

Bezüglich Äußerungen, die sich auf die nationalsozialistische Herrschaft beziehen und die Vorgehensweisen derselben beschreiben, konnten einige Passagen in der Rede aufgefunden werden. Dabei spricht Brandt nicht vom Nationalsozialismus oder dem nationalsozialistischen Regime, er wählt die Termini *Nazis*, *Naziführer* und *NS-Herrschaft*, aber auch *Herrschaft des Todes*. Des Weiteren bezeichnet er das nationalsozialistische Regime als *Verrückte* und *Verbrecher*. Den Namen des Diktators erwähnt er einige Male, dabei entstehen folgende Wortkombinationen: *Hitler(s)-Krieg* und *hitlerdeutsche Schuld*. Zudem beschreibt Brandt den Diktator auch als *bösen Wunschdenker*. Bereits zu Beginn der Rede spricht er davon, dass man vorsichtig sein sollte, falls „noch einmal jemand auf extreme Weise verrückt spielen“ (WB 1989: 12–13) sollte. Dabei bezieht er sich indirekt auf Adolf Hitler, welchen er damit als verrückt bezeichnet. Hinsichtlich der Taten, die vom NS-Regime ausgegangen waren, fallen die Termini *Überfälle*, *Verwüstung*, *Völkermord*, *Knebelung* und *Selbstentmündigung*. Der *Völkermord* wird mit der Nennung von *Auschwitz* erneut aufgegriffen. Des Weiteren verwendet er die Termini *Lager* und *Zuchthäuser*. Den *Völkermord* charakterisiert er auch als *fabrikmäßigen Massenmord*. Brandt führt den Zuhörer:innen damit vor Augen, dass der Mord an Menschen in den Konzentrationslagern der Produktionsweise einer Fabrik gleicht. Die Termini *Selbstentmündigung* und *Knebelung* beziehen sich auf die Taten des nationalsozialistischen Regimes am deutschen Volk selbst. Verben, die im Zusammenhang mit der Machtübernahme der NS-Herrschaft fallen, sind *beraubt* und *missbraucht*. Auch Jahreszahlen und genauere Daten im Zeitraum des Zweiten

Weltkrieges sind in der Rede zu finden. Mit dem 23. August 1939 nennt er das Datum des Hitler-Stalin-Pakts, der September 1939 gilt als Start des Zweiten Weltkrieges, 1933 ist das Jahr der Machtübernahme des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland und schlussendlich die Jahreszahl 1945, die das Ende des Krieges markiert.

Willy Brandt setzt sich in seiner Rede intensiv mit der Vergangenheit auseinander. Dementsprechend sind einige Äußerungen hinsichtlich einer Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu finden.

Nicht irgendwie und durch irgendwen wurde der Zweite Weltkrieg begonnen, auch nicht nur im missbrauchten „deutschen Namen“: Über Kurzsichtigkeit nach 1918 lässt sich viel sagen – eindeutig bleibt die hitlerdeutsche Schuld. Der neue Krieg unter dem Deutschland selbst so schwer leiden sollte, war schon vor dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 geplant, vorbereitet, gewollt und hatte sich allenfalls durch vorweggenommene allseitige Kapitulation vermeiden lassen. (WB 1989: 46–51)

Brandt gibt eindeutig Hitler die Schuld am Krieg und betrachtet den „deutschen Namen“ als missbraucht. Jedoch verweist er darauf, dass das deutsche Volk nach dem Ende des Ersten Weltkrieges womöglich an einer gewissen *Kurzsichtigkeit* litt. Damit bedient sich Brandt einer metaphorischen Sprache. Er nutzt den Terminus *Kurzsichtigkeit*, um darauf zu verweisen, dass die Bevölkerung die Zukunft nicht sehen wollte und diese dementsprechend aus ihrem Blickfeld verschwand. Des Weiteren verweist Brandt darauf, dass der Krieg kaum verhinderbar gewesen wäre, da er bereits „geplant, vorbereitet und gewollt“ (WB 1989: 50) war. An dieser Stelle kommt das rhetorische Mittel *Klimax* zur Anwendung, denn es handelt sich um eine steigende Aufzählung, die eine Zuspitzung impliziert.

Der Zweite Weltkrieg endete zum Zeitpunkt, als die erste Atombombe auf Hiroshima abgeworfen wurde. In weiterer Folge kam es zum Kalten Krieg, der geprägt war von einem atomaren Wettrüsten. Brandt setzt sich intensiv für Frieden und Sicherheit in Europa ein, dementsprechend ermahnt er: „[e]in mit Nuklearwaffen geführter Krieg kann nicht gewonnen und darf nicht geführt werden.“ (WB 1989: 21–22). Zudem hebt er den *Friedenswillen* (vgl. WB 1989: 11) Deutschlands hervor und legt ein *Versprechen* (vgl. WB 1989: 10) ab.

[D]as „Nie wieder“ zu deutscher Schuld an Überfällen, kriegerischer Verwüstung oder gar Völkermord. Und das „Nie wieder“ zur Knebelung des eigenen Volkes – und zu dessen Selbstentmündigung. Das Versprechen und die Entschlossenheit, von deutschen Boden nie mehr Krieg ausgehen zu lassen, sollten richtig verstanden werden, nämlich als Ausdruck eines geläuterten Friedenswillens. (WB 1989: 7–11)

Auch an dieser Stelle wird das rhetorische Mittel *Geminatio* angewandt. Durch die Wiederholung der knappen Wortkombination „Nie wieder“ wird eine Eindringlichkeit geschaffen und

der Inhalt akzentuiert. Hier wird die *Schuld* mit dem Adjektiv *deutsch* in Verbindung gebracht, dementsprechend äußert sich Brandt hinsichtlich einer kollektiven Schuld, welche er an einer späteren Stelle weiter ausführt und von einer Mitschuld unterscheidet („Es bleibt [...] das Schweigen der Trauer, der Scham, der Mitschuld, jedenfalls der Mitschuld für das Schicksal anderer und vor dem eigenen Volk“ (WB 1989: 88–89)). Mit Nachdruck verweist er auf den Friedenswillen Deutschlands, welchen er nicht nur als Versprechen darlegt, sondern als *geläutert* bezeichnet. Damit verweist er darauf, dass das deutsche Volk aufgrund der Geschehnisse während des Zweiten Weltkrieges eines Besseren belehrt wurde und nun sich voll und ganz zum Frieden bekennt. An einer anderen Stelle kommt erneut der Verweis, etwas aus der Vergangenheit gelernt zu haben, vor. Brandt bezieht sich auf *Auschwitz*: „Jener Ort hat uns, die gebrannten Kinder der Menschheit, gelehrt, daß die Hölle auf Erden geschaffen werden kann – sie wurde geschaffen“ (vgl. WB 1989: 59–60). Mit den *gebrannten Kindern* meint Brandt alle Menschen, die in der Zeit des Zweiten Weltkrieges von den Taten des NS-Regimes (direkt oder indirekt) betroffen waren; vor allem jedoch die „unzähligen jüdischen Opfer des Rassenwahns“ (vgl. WB 1989: 58). Das Kompositum *Rassenwahn* bezieht sich in kritischer Form auf die Rassenideologie des Nationalsozialismus. Mit der Aussage *Hölle auf Erden* bedient er sich einer klassischen Redewendung, welche einen besonders schlimmen Ort bezeichnen soll. Brandt betont, dass es nicht so weit kommen hätte müssen, denn bereits „aus der Zeit der zu Ende gehenden Weimarer Republik war gewarnt worden, daß Hitler Krieg bedeute“ (WB 1989: 92). Dass die Menschen das (ob bewusst oder unterbewusst) durchaus wussten, verdeutlicht Brandt, indem er erzählt, dass im September 1939 eine *lastende Stille* (vgl. WB 1989: 70) über Deutschland lag.

Ich erinnere hieran nicht, um etwas zu verniedlichen. Ich erinnere jedoch an die heimliche Furcht, die seit der sogenannten Machtergreifung nur noch selten aus den Herzen der Deutschen gewichen war, ob Gegner oder Anhänger des Regimes. Auch bei vielen aus der breiten Schicht bestimmte sie die Stunden des Katzenjammers nach dem hochgejubelten Erfolgen. (WB 1989: 74–77[Hervorhebungen J. K.])

Mit der Übereinstimmung der Satzanfänge wird der im Fokus stehende Gedanke des Erinnerns vertieft. Brandt bedient sich entsprechend der rhetorischen Figur *Anapher*. Zudem wird in den ersten beiden Sätzen die Antithese eingesetzt, um eine Abgrenzung und Betonung der Sachverhalte zu verdeutlichen. Es wird bewusst von einer *sogenannten Machtergreifung* gesprochen. Eigentlich wurde die Macht vom Volk an das nationalsozialistische Regime übertragen (vgl. Stötzel / Wengeler 1995: 23) – „ein Vorgang, den die historischen Vokabeln Machtübernahme oder Machtergreifung bezeichnenderweise verdecken“ (Stötzel / Wengeler 1995: 23).

Brandt versucht vor allem den jungen Menschen die Geschehnisse vor Augen zu führen. Dabei versteht er, dass diese jegliche „Verantwortung oder gar Schuld“ (WB 1989: 111) am Krieg von sich weisen und sich Verantwortung und Schuld nicht „vererben“ (WB 1989: 111) lassen. Dennoch ist es ihm wichtig, dass auch die Menschen, die den Krieg nicht selbst erlebten, verstehen, was geschehen ist und wie es dazu kam.

Und nur wer begriffen hat, was damals geschah, wird sich gegen die Lähmung der Vernunft und die Aggression der Dummheit zu schützen wissen. Wird auch die Kraft finden, die Gefahr des Krieges, so es an ihm liegt, immer von Neuem abzuwehren. (WB 1989: 112–114)

Hier wird bewusst von einer *Lähmung der Vernunft* gesprochen, um auf einen Ausfall oder ein Fehlen derselben zu verweisen. Brandt macht somit die Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges lebten, zu vernunftlosen Menschen, denen es dementsprechend nicht möglich war, vernünftig zu urteilen. Zusätzlich spricht er von einer *Aggression der Dummheit*, womit er auf ein im Affekt ausgelöstes negatives Verhalten verweist, welches auf mangelndem Intellekt (der Unwissenheit oder dem Mangel an Intelligenz) beruht. Diese beiden Zustände können laut Brandt nur abgewehrt werden, wenn man die Vergangenheit begriffen hat. Denn auch vor dem Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde „[d]er Idealismus großer Teile der damals jungen Generation [...] schrecklich missbraucht“ (WB 1989: 116), wodurch das nationalsozialistische Regime an die Macht kommen konnte. In diesem Zusammenhang ist Brandt der Meinung, dass „der Bruch mit der bösen Vergangenheit [...] vor vierzig Jahren deutlicher ausfallen [hätte] sollen“ (WB 1989: 115). Wobei er explizit das Adjektiv *böse* verwendet, um den Zeitraum mit einer Eigenschaft zu versehen.

Des Weiteren geht Brandt auf die Not der Bevölkerung ein. Denn die deutsche Bevölkerung hatte nicht damit gerechnet, „[d]aß es für das eigene Volk so enden würde“ (WB 1989: 61).

[K]eine Familie ohne Tote, Millionen ihrer Behausung in den zerbombten Städten beraubt, weitere Millionen ohne Heimat und in der neuen Spaltung – all das hat sich kaum einer vorstellen können, als es begann, an jenem Freitag, dem 1. September '39 (WB 1989: 61–63).

Damit bezieht sich Brandt auf die gesamte Bevölkerung, welche unter den Folgen des Krieges litt. Es gab in (beinahe) jeder Familie Verluste zu betrauern und viele Städte waren zerstört. Mit den Millionen heimatlosen Menschen bezieht er sich unter anderem auf die Vertriebenen und Ausgebürgerten und die neue Spaltung meint die Teilung Deutschlands in BDR und DDR nach dem Zweiten Weltkrieg. Das sind Umstände, mit denen die Menschen vor dem Ausbruch des Krieges nicht gerechnet hatten. Aus diesem Grund plädiert Brandt fortwährend für das Erinnern an den Krieg. Zudem betrachtet er die Lebensliebe als ein „großes Geschenk, das den Überlebenden zuteil wurde“ (WB 1989: 177)). Im Zusammenhang mit der Ungerechtigkeit

gegenüber der Bevölkerung nach dem Ende des Krieges wählt Brandt die Kettenmetapher („Mit dem Warschauer Vertrag [...] haben wir die Kette des Unrechts durchbrechen [...] wollen.“ (WB 1989: 140–142)). Damit hebt er die Attribute der Unbeweglichkeit und Handlungsunfähigkeit hervor.

Abschließend richtet sich Brandt mit folgenden Worten an die Zuhörer:innen:

Wir haben [die Lebensliebe] weiterzugeben – wie die Einsicht, die ich vor vielen Jahren auf die Formel zu bringen versuchte, daß Krieg die *ultima irratio*, Friede jedoch die *ultima ratio* der Menschheit sei. Um Lebensliebe und Freiheitswillen zu bitten – das ist die Pflicht, die uns die Erinnerung an den September '39 vermittelt. (WB 1989: 177–180)

Die *ultima ratio* bezeichnet den letzten Ausweg oder Gedanken. Ein lateinischer Begriff, der in der Politik oft zur Anwendung kommt. Damit plädiert Brandt für eine Friedenspolitik und schließt den Krieg als Mittel der Politik aus.

5.2.4 Zwischenfazit

In diesem zweiten Teil der Analyse wurden die Reden von zwei deutschen Politikern und einem österreichischen Politiker im Detail untersucht. Nun sollen die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst präsentiert werden.

Lediglich die Rede von Franz Vranitzky beinhaltet eine niedergeschriebene Anrede. Seine Rede umfasst einen Gruß gerichtet an den Präsidenten des österreichischen Nationalrates, eine honorifizierende Anrede, wodurch der Veranstaltungscharakter (nämlich einer Ansprache vor dem Nationalrat) deutlich wird, sowie eine Anrede, welche sich an alle Bürger:innen Österreichs richtet. Besonders auffällig ist, dass Vranitzky seine Anreden im Laufe der Rede wiederholt, damit spricht er die Zuhörer:innen ständig von Neuem an und Aufmerksamkeit wird generiert.

Obwohl sich die Reden inhaltlich unterscheiden, steht in allen dreien die Aufarbeitung der Vergangenheit im Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg im Fokus. Hinsichtlich der a priori gebildeten Analyse-Kategorien konnten bei den deutschen Rednern – Richard von Weizsäcker und Willy Brandt – zudem Äußerungen zu „Identität“, „Demokratie“, „Nationalsozialismus“ und „Not der Bevölkerung“ gefunden werden. In der Rede des österreichischen Politikers Franz Vranitzky sind neben der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit auch Äußerungen im Sinne der Kategorien „Demokratie“, „Nationalsozialismus“, „Opfer“ und „Mittäter“ zu finden. Hinsichtlich der ideologischen Positionierung gilt bei allen drei Rednern das vereinte Europa als erstrebenswert, womit der Europadiskurs mit dem Schlagwort *Demokratie* im Fokus steht. Des Weiteren ist zum Zeitpunkt der Reden von Richard von Weizsäcker und Willy Brandt

Deutschland noch geteilt, dementsprechend plädieren beide für die Wiedervereinigung. In diesem Zusammenhang wird auch auf das *vereinte Europa* geschlossen. Die Herrschaftsform der Nationalsozialist:innen wird der durchgehend positiv konnotierten *Demokratie* gegenübergestellt und entsprechend mit dem Terminus der *Unfreiheit* verknüpft. Dabei wird die Demokratie von Franz Vranitzky mit den Adjektiven *harmonisch* und *ruhig* in Verbindung gebracht, womit er einen scharfen Kontrast zum Nationalsozialismus herstellt. Die Äußerungen der Politiker, die sich auf die nationalsozialistische Herrschaft beziehen und die Vorgehensweisen derselben beschreiben, unterscheiden sich kaum; alle verweisen auf eine Gewaltherrschaft. Dabei fallen Termini wie *verbrecherische Führung*, *menschenverachtendes System* und *entartete Ideologie*. Des Weiteren werden die Nationalsozialist:innen von Brandt als *Verbrecher* und *Verrückte* charakterisiert, Hitler selbst nennt er dabei einen *bösen Wunschdenker*. Besonders interessant ist, dass von Weizsäcker von einem *abgrundtiefen Hass Hitlers* spricht, welcher an einer späteren Stelle auch als *offener Hass* bezeichnet wird. Andere Termini, die im Zusammenhang mit den Vorgehensweisen der NS-Herrschaft auftreten, sind (u. a.) bei Vranitzky *militärische Aggression*, *Unheil* und *Tötungsmaschinerie* bei von Weizsäcker *Rassengesetze*, *Unmenschlichkeit*, *Grauen*, *Zwangssterilisation* und *Holocaust* und bei Brandt *Überfälle*, *Verwüstung*, *Völkermord*, *Knebelung*, *Selbstentmündigung* und *fabrikmäßiger Massenmord*. Beide deutschen Politiker erwähnen zudem das KZ Auschwitz.

Im Fokus der drei Reden steht das Erinnern an die Zeit des Zweiten Weltkrieges dabei jeweils in einem anderen Kontext. Vranitzky plädiert für das Verstehen der Geschichte Europas, von Weizsäcker möchte an das Leid der (tatsächlichen) Opfer des Nationalsozialismus (aufgrund körperlicher, geistiger oder religiöser Andersartigkeit) erinnern und Brandt will, dass diejenigen Menschen, die den Krieg nicht selbst miterlebten, verstehen, was geschah und wie es dazu kam. Dabei greift vor allem Richard von Weizsäcker das nationalsozialistische Ideologievokabular auf und spricht von *Rassengesetzen* und *Weltvergiftern*. Die Aufarbeitung der Vergangenheit erfolgt bei den beiden deutschen Politikern ähnlich. Bei beiden wird die Schuld der Bevölkerung thematisiert, wobei sie sich nicht zu einer kollektiven deutschen Schuld bekennen, sondern vielmehr zu einer Mitschuld sowie *hitlerdeutschen Schuld*. Dabei plädieren sie für eine Bewusstmachung der eigenen Schuld und stellen zugleich Deutschland auch als Opfer dar. Brandt spricht unter anderem davon, dass der deutsche Name *missbraucht* wurde. Richard von Weizsäcker bezeichnet dabei das Volk als *Werkzeug*, dass dem nationalsozialistischen Regime zu einem gewissen Zweck diene. Er spricht davon, dass das Volk glaubte, für eine gute Sache zu kämpfen und markiert somit die Naivität der Bevölkerung. Der österreichische Politiker Franz Vranitzky bekennt sich (im Namen der österreichischen Regierung) zur

moralischen Mitverantwortung am Zweiten Weltkrieg, damit wird die Opferthese Österreichs verworfen. Er spricht dabei nicht von einer kollektiven Schuld oder Mitschuld, verweist aber dennoch darauf, dass es Bürger:innen gab, die während des Krieges unter anderem aktive Anhänger:innen des Regimes waren. Dabei lässt er die damals bestehenden Widerstandsbewegungen auch nicht unerwähnt. Im Zusammenhang mit der Not der Bevölkerung macht Richard von Weizsäcker auf das Leid während des Krieges sowie auf das der Anhänger:innen des NS-Regimes nach der Befreiung aufmerksam. Er spricht die *zerrissenen Illusionen* der Anhänger:innen an.

Hinsichtlich der sprachlich-funktionalen Mittel können kaum Unterschiede in den Reden gefunden werden. Alle drei verwenden mehrfach Metaphern und rhetorische Figuren. Grundsätzlich weisen alle drei Reden vermehrt individuelle Merkmale auf und es kann von einem hohen stilistischen Niveau gesprochen werden. Vranitzky setzt überwiegend auf kollektive Wissensbestände und arbeitet bewusst mit dem Einsatz von Leerstellen. Neben direkten Nennungen wählt Vranitzky Wortgruppen wie „im Namen dieses Regimes“ (FV 1991: 147), dabei verlässt er sich darauf, dass die Zuhörer:innen auf das nationalsozialistische Regime schließen. Des Weiteren nutzt er die rhetorischen Mittel *Alliteration* und *Antithese*. Richard von Weizsäcker bedient sich vermehrt der rhetorischen Figur *Geminatio*, zudem sind *Anapher*, *Antithese*, *Parallelismus* und *Klimax* in seiner Rede zu finden. Neben einigen Metaphern sind in Brandts Rede die Stilmittel *Alliteration*, *Geminatio*, *Anapher* und *Klimax* zu finden. In allen drei Reden wird abschließend darauf aufmerksam gemacht, aus der Vergangenheit zu lernen und dafür plädiert, sich nicht erneut in eine solche Lage zu bringen. Dabei setzen sich die drei Redner intensiv für Frieden und Sicherheit in Europa ein.

6. Ergebnisse und Fazit

Die vorliegende Masterarbeit hat sich das Ziel gesetzt, am Beispiel von sechs ausgewählten Reden deutscher und österreichischer Spitzenpolitiker die *politische Sprache* im Kontext zweier bedeutender historischer Zäsuren nach 1945 zu analysieren, um dabei die Frage nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten, insbesondere hinsichtlich der für Deutschland und Österreich essenziellen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit, nachzugehen. Das Korpus für diese zeitgeschichtlich kontextualisierte und politolinguistisch ausgerichtete Analyse bilden somit sechs Reden, die von österreichischen und deutschen Staatsmännern gehalten wurden, und zwar a) drei Reden in der unmittelbaren Nachkriegszeit 1945/46 und b) drei Reden in der Zeit der späten 1980er- bzw. frühen 1990er-Jahre, als der Kalte Krieg zu Ende ging. Bei der Auswahl der Redner wurde darauf geachtet, dass es drei deutsche und drei österreichische Politiker waren/sind sowie Parteiausgewogenheit (christlich-sozial bzw. sozialistisch/sozialdemokratisch) herrscht. Zudem wurden lediglich Reden ausgewählt, die in einem parlamentarischen Kontext (Österreichischer Nationalrat und Deutscher Bundestag) gehalten wurden. Lediglich die Rede von Konrad Adenauer bildet diesbezüglich eine Ausnahme.

Im ersten Teil dieser Arbeit wurden auf Basis einer hermeneutischen Auswertung von Fachliteratur die theoretischen Grundlagen für den empirischen zweiten Teil geschaffen. Einschlägige funktionale Phänomene auf der Wort- und Satzebene sowie der Semantik, aber auch intertextuelle diskursive Aspekte sowie makro-dimensionale historische Bezüge sind dabei behandelt bzw. eingeführt worden. Relevante lexikalische Phänomene – *Schlüsselwörter*, *Ideologievokabular*, *Schlagwörter*, *Komposita* – und das *Begriffe-Besetzen* wurden theoriegeleitet reflektiert. Auf der Satzebene standen rhetorische Figuren und saliente Sätze im Fokus. Des Weiteren wurden semantische Konzepte von z. T. erheblicher Wirksamkeit – das *Framing* und die *Metaphorisierung* – vorgestellt. Sämtliche theoretische Zugänge sind mit Hilfe von Beispielen veranschaulicht worden. Die beiden (bewusst ausgewählten) bedeutenden historischen Zäsuren wurden auf Basis von Erkenntnissen der zeitgeschichtlichen Forschung kontextualisierend reflektiert, wobei mit Blick auf die österreichische Gesellschaft nach 1945 die Opferthese fokussiert wurde. Diese historische Kontextualisierung erwies sich als unabdingbar, um die Reden adäquat analysieren und die Funktion der sprachlichen Mittel entsprechend beurteilen zu können. Die Ergebnisse vorliegender Analyse wurden auf Basis einer inhaltlich strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse (nach Kuckartz / Rädiker 2022) mittels Applikation der Software MAXQDA gewonnen.

Gemäß der ersten Forschungsfrage stellte sich die Frage, welche Parallelen und Unterschiede sich in den untersuchten Reden in Bezug auf sprachlich-funktionale Mittel, ideologische Positionierungen und historische Bezüge zeigen. Diese mehrteilige Frage kann auf Basis der Analyse folgendermaßen beantwortet werden:

Hinsichtlich der historischen Bezüge können Parallelen sowie Unterschiede genannt werden. Die Reden der Politiker Karl Renner, Konrad Adenauer und Leopold Figl wurden direkt nach dem Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1945/46 gehalten. Die Weltkriegsthematik war dementsprechend noch besonders aktuell. Zu diesem Zeitpunkt galt Österreich als Opfer des nationalsozialistischen Regimes und die Schäden des Krieges waren allgegenwärtig. Vor allem in Hinblick auf die Opferthese wurden weiter oben wesentliche Details der Biografie Figls präsentiert, welcher sich vor diesem Hintergrund niemals zur Mitschuld Österreichs am Zweiten Weltkrieg bekannte. Zu dieser Zeit war Deutschland ebenfalls unter der Besatzung der Alliierten. Die Reden der Politiker Franz Vranitzky, Richard von Weizsäcker und Willy Brandt hingegen wurden zu einer anderen Zeit, in einem anderen historischen Kontext gehalten. Dieser Kontext verweist auf die zweite, hier analysierte historische Zäsur – die späten 80er- und frühen 90er-Jahre des 20. Jahrhunderts. Diese Zäsur steht im Zeichen der Wiedervereinigung Deutschlands und des Endes des Kalten Krieges. Wobei zum Zeitpunkt der Reden der beiden deutschen Politiker Willy Brandt und Richard von Weizsäcker Deutschland noch geteilt war. Da politische Sprache stets in einem gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet ist (vgl. Niehr 2014: 19), ist das Wissen über die jeweiligen historischen Bezüge der vorliegend untersuchten Reden wesentlich.

Betrachtet man die grundlegende ideologische Positionierung aller sechs Politiker, konnten im Licht der Reden kaum Unterschiede ausgemacht werden – *Demokratie* bildet bei allen ein mächtiges Schlagwort. Dabei wird bei den drei Politikern Karl Renner, Leopold Figl und Konrad Adenauer die *Umsetzung* bzw. Realisierung einer Demokratie durchgehend positiv konnotiert und als erstrebenswert erachtet. Wobei der Fokus Leopold Figls hauptsächlich auf der demokratischen Wiederaufbauarbeit liegt. Dabei verwendet er die Determinativkomposita und Schlagwörter *Wiederaufbauwerk*, *Bollwerk der Demokratie*, *Befreiungswerk* und *Säuberungswerk*. Auch bei den Politikern der zweiten Ära – Richard von Weizsäcker, Willy Brandt und Franz Vranitzky – steht die durchgehend positiv konnotierte Demokratie als Schlagwort im Fokus. Vor allem für diese drei Politiker gilt jedoch das *vereinte Europa* im Sinne des Europadiskurses als wesentlich, dabei setzen sie sich intensiv für Frieden und Sicherheit in Europa ein. Zusätzlich plädieren die beiden deutschen Politiker Richard von Weizsäcker und Willy Brandt

für die Wiedervereinigung Deutschlands. In den Reden aller sechs Politiker werden Attribute wie *frei*, *legal* und *unabhängig* genannt, um auf die Prinzipien und Werte einer Demokratie zu verweisen. Vranitzky verwendet die Adjektive *ruhig* und *harmonisch* im Zusammenhang mit der demokratischen Regierungsform. Mit dieser Festlegung von Attributen wird ein scharfer Kontrast zur Herrschaftsform der Nationalsozialist:innen hergestellt, welche dementsprechend mit dem Terminus *Unfreiheit* verknüpft wird. Des Weiteren sind die Schlagwörter *Identität* und *Heimat* in allen vorliegend analysierten Reden relevant. Bereits durch die darin verwendeten Anreden wird eine Zusammengehörigkeit, Toleranz sowie Inklusion aller Menschen vermittelt. Um auf eine kollektive Identität zu verweisen, werden das Possessivpronomen *unser* und das Personalpronomen *wir* verwendet. Leopold Figl stellt unter anderem gewissen Termini das Adjektiv *österreichisch* voran, um das (Besitz-)Recht auf gewisse Dinge wie das Staatsgut oder finanzielles Kapital für Österreich zu beanspruchen. Willy Brandt nutzt das Adjektiv *eigens* gemeinsam mit dem Terminus *Volk*, um sich auf eine kollektive Identität zu beziehen. Die Befreiung durch die alliierten Mächte bleibt bei den drei Politikern der ersten Zäsur – Karl Renner, Konrad Adenauer und Leopold Figl – nicht unerwähnt, diese wird als wesentliches Ereignis betrachtet. In den drei Reden, welche im Kontext der zweiten historischen Zäsur analysiert wurden, wird von der Befreiung zwar gesprochen, jedoch im Gegensatz zu den Reden von Renner, Figl und Adenauer kein direkter Dank an die Alliierten gerichtet.

In Hinblick auf sprachlich-funktionale Mittel konnten neben zahlreichen Schlagwörtern (*Demokratie*, *Freiheit* usw.) auch Ideologievokabular (*Faschismus*, *Weltvergifter*, *materialistische Weltanschauung*, *Staat*, *Macht* usw.) und saliente Sätze (*Der 8. Mai ist ein Tag der Befreiung*.) identifiziert werden. Topische Muster, wie etwa Datentopos, Valuationstopos, Prinzipientopos und Autoritätstopos, konnten in allen sechs vorliegend analysierten Reden als relevant ausgewertet werden. Bezüglich des im Theorieteil genau dargelegten *Framings* kann festgestellt werden, dass alle Reden ein strategisches Framing verfolgen, da sie eine bestimmte Sichtweise in der Öffentlichkeit etablieren wollen (vgl. Matthes 2014: 14), dasselbe gilt für das *Priming*. Wobei vor allem Franz Vranitzky bewusst vom Priming-Effekt Nutzen zieht. Metaphern werden von allen sechs Politikern gezielt eingesetzt, um komplexe Sachverhalte bildlich vereinfacht darzustellen. Dabei bedient sich Karl Renner der Kettenmetapher, der Schwertmetapher, der Spielballmetapher, der Staatsmaschinenmetapher sowie der Metapher *Diadem der Souveränität*. Konrad Adenauer verwendet neben der Maschinenmetapher die Metaphern *Ge spenst des Hungertodes*, *Giftsaat auf vorbereitetem Land* und *krankes Volk*. Leopold Figl bedient sich der Metapher *vom Krieg überrollt*. Auch Franz Vranitzky nutzt die *Maschinenmetapher*, zudem kommt die Metapher *vom Gräber aufreißen* zum Einsatz. Die *Wegmetapher* und

die Metapher *Volk als Werkzeug des Hasses* sind bei Richard von Weizsäcker zu finden. Willy Brandt bedient sich der *Bausteinmetapher* sowie der *Kettenmetapher*. Neben der zahlreichen Verwendung von Metaphern sind in allen Reden rhetorische Figuren zu finden. Alle Redner nutzen die Stilmittel *Geminatio* und *Klimax*, um ihren Aussagen Nachdruck zu verleihen. Franz Vranitzky setzt die rhetorische Figur *Geminatio* mitunter ein, um den Gedanken der Inkludierung aller Menschen zu vertiefen. Des Weiteren konnten die rhetorischen Figuren *Anapher*, *Antithese*, *Exclamatio* und *Parallelismus* identifiziert werden. Die *Anapher* wird bei Konrad Adenauer im Zuge einer Aneinanderreihung von Fragen eingesetzt. Franz Vranitzky und Richard von Weizsäcker nutzen die rhetorische Figur *Antithese*, um bestimmte Sachverhalte voneinander abzugrenzen, dabei entsteht jeweils eine Pro- und Kontra-Wertung. Indem in Konrad Adenauers Rede eine Fragestellung mit einem Ausrufezeichen versehen wurde, wandelt sich diese in einen affektgeladenen Ausruf, dementsprechend wird das Stilmittel *Exclamatio* angewandt. Lediglich Leopold Figl bedient sich des Stilmittels *Parallelismus*, indem er wiederholt Sachverhalte parallel setzt. Renner und von Weizsäcker bedienen sich der *rhetorischen Frage*, stellen auf diese Weise Behauptungen in den Raum, die die Zuhörer:innen zum Nachdenken anregen sollen. Des Weiteren verwendet Karl Renner das Sprichwort *Die Würfel sind gefallen*, um auf den Ausgang des Krieges zu verweisen, und Willy Brandt die Redewendung *Hölle auf Erden*, um den Krieg an sich zu charakterisieren. Neben direkten Nennungen des nationalsozialistischen Regimes setzt Franz Vranitzky überwiegend auf kollektive Wissensbestände und arbeitet bewusst mit dem Einsatz von Leerstellen. Zudem wiederholt Vranitzky seine Anrede mehrfach im Laufe der Rede, damit wird ständige Aufmerksamkeit generiert. Grundsätzlich weisen beinahe alle Reden individuelle Merkmale auf und es kann von einem hohen stilistischen Niveau gesprochen werden – die Reden können mit ihrer Rhetorik überzeugen. Leopold Figl allerdings verzichtet auf Metaphern, rhetorische Figuren oder andere entsprechende Merkmale. Der Hass gegenüber dem Nationalsozialismus bildet die Basis und den Mittelpunkt der Rede Figls.

Die zweite Forschungsfrage lautet, ob (in Bezug auf die erste FF) markante Unterschiede hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit / Schuld zwischen den Reden der österreichischen und deutschen Politiker erkannt werden können. Dabei zielt diese FF insbesondere auf die Problematik der „Opferthese“ ab. Diese Forschungsfrage kann folgendermaßen beantwortet werden:

Die Reden der österreichischen Politiker Karl Renner, Leopold Figl und Franz Vranitzky unterscheiden sich zuallererst in der Hinsicht, dass Franz Vranitzkys Rede zu einem viel späteren Zeitpunkt (vgl. Ära 1980er- / 1990er-Jahre) gehalten wurde und die Opferthese Österreichs bereits als widerlegt galt. Vor allem im Zusammenhang mit dieser FF ist die Kenntnis über die jeweiligen historischen Bezüge von besonderer Relevanz. Die Reden der beiden Politiker Karl Renner und Leopold Figl wurden direkt nach dem Zweiten Weltkrieg gehalten, dementsprechend war die Opferthese für das kollektive Bewusstsein Österreichs prägend. Die beiden Reden von Renner und Figl unterscheiden sich bezüglich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kaum. Beide verachteten das nationalsozialistische Regime und das eigene Land und Volk wird als Opfer nationalsozialistischer Aggression betrachtet. Renner bezeichnet das NS-Regime als *aufgezwungene Herrschaft*, *Annexionsmacht* und *Tyranei*. Demnach war die nationalsozialistische Machtübernahme nicht abwendbar, da das NS-Regime sich Österreich gewaltsam und widerrechtlich angeeignet hatte. In diesem Zusammenhang spricht Renner von einer *siebenjährigen Versklavung*. Zusätzlich nennt er einige Eigenschaften Österreichs (wie *gestört*, *irreführt*, *auseinandergerissen*, *totgesagt* und *ausgelöscht*) und nutzt die Kettenmetapher, um den Opferstatus weiter zu vertiefen. Auch in der Rede Figls sind durchgehend negative Äußerungen zum Nationalsozialismus zu finden. Dabei verwendet er ausschließlich die Kurzform *Nazi* und bildet damit Komposita wie *Nazifaschismus* und *Naziherrschaft*. Zudem ordnet Figl die schrecklichen Ereignisse direkt Adolf Hitler zu, indem er unter anderem von einer *hitlerischen Aggression* spricht. In Zusammenhang mit Österreich als Opfer wählt er überwiegend Termini, die auf eine Unfreiheit verweisen. Die Machtübernahme des NS-Regimes bezeichnet Figl als *Vergewaltigung* und er beschuldigt zudem das seinerzeitige Deutsche Reich der *Manipulation*. Obwohl beide Redner Österreich als Opfer betrachten, haben Renner und Figl eine unterschiedliche Auffassung der Schuldfrage. Renner sieht Österreich als Opfer, das sich nicht selbst retten konnte und demnach von etwaiger Schuld freigesprochen werden sollte. Dennoch differenziert er zwischen *schuldigen* und *schuldlosen Opfern*, womit er eine (geringe) Mitschuld am Zweiten Weltkrieg eingesteht. Im Kontrast dazu weigert sich Figl, jegliche Mitschuld oder Mitverantwortung Österreichs am Krieg anzuerkennen. Seiner Auffassung nach war Österreich ausschließlich ein hilfloses Opfer, zusätzlich betont er die während der NS-Zeit existierende Widerstandsbewegung Österreichs. Franz Vranitzky äußert sich in seiner Rede ebenfalls zur Frage der Schuld bzw. eines Opferstatus Österreichs, dabei bezieht er sich jedoch auf die tatsächlichen Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Neben der jüdischen Verfolgung nennt er diejenigen Menschen, die aufgrund ihrer körperlichen, geistigen oder religiösen „Andersartigkeit“ während des Zweiten Weltkrieges in den Tod getrieben wurden. Demnach gibt es laut

Vranitzky keinen kollektiven Opferstatus, diese Auffassung unterscheidet ihn weitgehend von Renner und Figl. Des Weiteren thematisiert Vranitzky die Tatsache, dass es durchaus viele Österreicher gab, die den Anschluss an das nationalsozialistische Reich begrüßten und an Verfolgungen sowie Unterdrückung beteiligt waren – oder dabei sogar an prominenter Stelle standen. Dennoch grenzt er sich auch von einer kollektiven Mitschuld ab, da es einige Menschen gab, die Widerstand geleistet haben. Dementsprechend wählt Vranitzky den Terminus der *moralischen Mitverantwortung* am Krieg. Neben wenigen direkten Nennungen (wie die *Nationalsozialisten*, das *nationalsozialistische Regime*) nennt Vranitzky überwiegend festgelegte Attribute zur Charakterisierung einer totalitären Herrschaftsform und spricht von *Unheil*, *militärischer Aggression*, *totalitärem Machtanspruch*, *Tötungsmaschinerie* und einer *entarteten Ideologie*. Die Rede Vranitzkys ist die am breitesten rezipierte Rede über die Mitschuld Österreichs (vgl. Bailer 2015: 172). Im Fokus derselben steht das Erinnern an die Zeit des Zweiten Weltkrieges, er plädiert für das Verstehen der Geschichte Europas.

Die Reden der drei deutschen Politiker – Konrad Adenauer, Richard von Weizsäcker und Willy Brandt – unterscheiden sich hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit kaum. Alle drei verweisen auf eine gewaltvolle Machtübernahme des nationalsozialistischen Regimes und auf eine Gewaltherrschaft. Konrad Adenauer hielt die vorliegend ausgewählte Rede im Jahr 1946, demnach waren die Schrecken und Schäden des Krieges noch allgegenwärtig. Die Reden von Richard von Weizsäcker und Willy Brandt hingegen wurden in den Jahren 1985 und 1989 gehalten. Adenauer verwendet im Zusammenhang mit der Herrschaft des nationalsozialistischen Regimes in Deutschland die Begriffe *geschändet*, *geführt*, *kontrolliert* und *missbraucht*, damit verweist er auf eine gewaltvolle Aneignung der Macht. Den Zeitraum der Herrschaft bezeichnet er als *verhängnisvollste Periode*. Das nationalsozialistische Regime wird von Adenauer unterschiedlich benannt, dabei spricht er von *Nationalsozialisten*, *grausamen Arbeitgebern*, *Nazis* und *deutscher Reichsgewalt*. Auch Richard von Weizsäcker und Willy Brandt verweisen im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus auf eine Gewaltherrschaft. Dabei fallen bei von Weizsäcker Termini wie *verbrecherische Führung* und *menschenverachtendes System*. Des Weiteren werden die Nationalsozialist:innen von Brandt als *Verbrecher* und *Verrückte* charakterisiert, Hitler selbst nennt er dabei einen *bösen Wunschdenker*. Von Weizsäcker betrachtet die Taten des NS-Regimes als *Unmenschlichkeiten* und bezüglich der Vorgehensweisen desselben spricht er von *Rassengesetzen*, *Zwangssterilisation* und *Holocaust*. Auch Brandt zählt die Taten des NS-Regimes auf: *Überfälle*, *Verwüstung*, *Völkermord*, *Knebelung* und *Selbstentmündigung*. Zusätzlich verweist Brandt auf den *fabrikmäßigen Massenmord*. Dabei erwähnen von Weizsäcker und Brandt das KZ Auschwitz.

Alle drei deutschen Politiker setzen sich mit der Schuld-Thematik auseinander. Konrad Adenauer bezeichnet die Stadt Köln als Opfer, da deren Bürger:innen den Nationalsozialismus stets abgelehnt hätten. Dabei verweist Adenauer auf den offenen und geistigen Widerstand. Er sucht die Schuld in einer materialistischen Weltanschauung sowie bei dem Dichter Herder und dem Philosophen Hegel, welche eine falsche Auffassung von Staat vermittelt hätten. Adenauer setzt sich intensiv mit der Schuld-Thematik auseinander und verlangt, dass das nationalsozialistische Gedankengut *ausgemerzt* wird, die Schuldigen verurteilt, und die reinen Mitläufer aber in Ruhe gelassen werden. Richard von Weizsäcker thematisiert die Schuld der Bevölkerung und stellt dabei eine Reihe rhetorischer Fragen. Er trennt die kollektive Schuld / Unschuld von der persönlichen und plädiert dementsprechend für die Bewusstmachung der eigenen persönlichen Schuld am Zweiten Weltkrieg. Des Weiteren differenziert er zwischen verschiedenen Arten von Schuld und bestätigt die Tatsache, dass eine *deutsche Schuld* am Krieg besteht. Von Weizsäcker lässt jedoch nicht unterwähnt, dass Deutschland selbst zum Opfer des eigenen Krieges wurde. Willy Brandt gibt eindeutig dem Diktator Adolf Hitler die Schuld am Krieg und betrachtet den *deutschen Namen* als *missbraucht*. Dabei bezeichnet Brandt die *deutsche Schuld* als kollektiv und erinnert daran, dass die Macht vom deutschen Volk auf das nationalsozialistische Regime übertragen wurde, dementsprechend spricht er von einer *sogenannten* Machtergreifung. Alle drei deutschen Politiker verfolgen ein ähnliches Ziel: Konrad Adenauer führt den Zuhörer:innen bildlich vor Augen, was nötig war, damit der Nationalsozialismus überhaupt an die Macht kommen konnte. Von den Bürger:innen verlangt er zudem eine Gewissenserforschung, um die Ursache des Krieges zu evaluieren. Richard von Weizsäcker möchte an das Leid der (tatsächlichen) Opfer des Nationalsozialismus (aufgrund körperlicher, geistiger oder religiöser „Andersartigkeit“) erinnern. Von Weizsäcker bezieht sich aber auch auf das Leid der Anhänger:innen des nationalsozialistischen Regimes und deren *zerrissene Illusionen*. Willy Brandt will, dass diejenigen Menschen, die den Krieg nicht selbst miterlebten, verstehen, was geschah und wie es dazu kam. Im Fokus der drei Reden steht demnach das Erinnern an die Zeit des Zweiten Weltkrieges. Dafür bedarf es laut Brandt einer intensiven Auseinandersetzung mit der *bösen* Vergangenheit, wobei von Weizsäcker in diesem Zusammenhang darauf verweist, dass man die Vergangenheit nicht bewältigen kann. Dabei spricht er von einer erneuten *Ansteckungsgefahr* und thematisiert darüber hinaus die Tatsache, dass das Volk glaubte, für eine gute Sache zu kämpfen.

Bezugnehmend auf die Forschungsfragen lässt sich in Hinblick auf die sechs vorliegend analysierten Reden auf Basis der Untersuchung sprachlich-funktionaler Mittel, ideologischer

105

Positionierungen und historischer Bezüge und im Licht eines Vergleichs hinsichtlich der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit und Schuldthematik sagen, dass viele Parallelen und Unterschiede auszumachen sind. Dementsprechend hat sich die Untersuchung als lohnenswert und interessant herausgestellt. Die *politische Sprache* in den untersuchten Reden ist komplex und kann als effizient charakterisiert werden, zumindest in Bezug auf die Durchsetzung einer bestimmten Sichtweise in der Öffentlichkeit. Obwohl im Zuge dieser Masterarbeit sechs Reden aus zwei verschiedenen historischen Epochen untersucht wurden, konnte bei fast allen eine (teils extrem) negative Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime festgestellt werden, und diese Haltung entstammte durchaus einer persönlichen, auch subjektiv gefärbten Abneigung der Redner. Lediglich bei Franz Vranitzky konnte eine gewisse Objektivität bezüglich der Schilderung der NS-Vergangenheit beobachtet werden. Dieser Erkenntnis folgend, wäre es erstrebenswert, weitere Reden aus der Zeit nach der Jahrtausendwende zur Analyse heranzuziehen und die Fragestellungen dementsprechend zu erweitern.

7. Literaturverzeichnis

- Axer, Christine (2011): Die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit: Deutschland und Österreich im Vergleich und im Spiegel der französischen Öffentlichkeit. Köln/Wien: Bohlau Verlag.
- Bailer, Brigitte (2015): Widerstand, Opfermythos und die Folgen für die Überlebenden. In: Karner, Stefan / Tschubarjan, Alexander O (Hg.): Die Moskauer Deklaration 1943. Köln: Böhlau, 162–174.
- Buchmann, Bertrand Michael (2014): Weltpolitik seit 1945. Köln/Wien: Bohlau.
- Danyel, Jürgen (2014): Die geteilte Vergangenheit: Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten. Berlin: Akademie Verlag (Zeithistorische Studien).
- Ernst, Peter (2011): Germanistische Sprachwissenschaft. Eine Einführung in die synchrone Sprachwissenschaft des Deutschen. 2. Auflage. Wien: Facultas.
- Ertl, Sarah (2015): Reproduktion von Machtverhältnissen: Erzeugung von Hegemonie über Sprache und Medien. In: Ertl, Sarah: Protest als Ereignis: Zur medialen Inszenierung von Bürgerpartizipation. Vol. 24. Bielefeld: transcript, 35–92.
- Fábián, Annamária / Trost, Igor (Hg.) (2020): Sprachgebrauch in der Politik. Grammatische, lexikalische, pragmatische, kulturelle und dialektologische Perspektiven. Berlin/Boston: Walter de Gruyter (Reihe Germanistische Linguistik; 319).
- Felbick, Dieter (2003): Schlagwörter der Nachkriegszeit. 1945–1949. Berlin/New York: de Gruyter.
- Felder, Ekkehard (Hg.) (2009): Sprache. Berlin, Heidelberg: Springer-Verlag (Heidelberger Jahrbücher; 53).
- Gehler, Michael / Graf, Maximilian (Hg.) (2018): Österreich und die deutsche Frage 1987–1990. Vom Honecker-Besuch in Bonn bis zur Einheit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Girnth, Heiko (2015): Sprache und Sprachverwendung in der Politik : Eine Einführung in die Linguistische Analyse öffentlich-politischer Kommunikation /. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Berlin/Boston: De Gruyter (Germanistische Arbeitshefte; 39).
- Karstedt, Susanne (1996): Die doppelte Vergangenheitsbewältigung der Deutschen: Die Verfahren im Urteil der Öffentlichkeit nach 1945 und 1989. Stuttgart: Lucius et Lucius. In: Zeitschrift für Rechtssoziologie 17, 58–104.
- Klein, Josef (2009): Rhetorisch-stilistische Eigenschaften der Sprache der Politik. In: Fix / Gradt / Knappe (2009), 2112–2131.
- Klein, Josef (2014): Grundlagen der Politolinguistik. Ausgewählte Aufsätze. Berlin: Frank & Timme (Sprachwissenschaft; 23).
- Klein, Josef (2019): Politik und Rhetorik. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer.
- Kleinert, Hubert (2019): Das geteilte Deutschland. Die Geschichte 1945–1990. Wiesbaden: Springer.

Kuckartz, Udo / Rädiker Stefan (2022): Qualitative Inhaltsanalyse, Methoden, Praxis, Computerunterstützung. 5. Auflage. Weinheim Basel: Beltz Juventa.

Matthes, Jörg (2014): Framing. Baden-Baden: Nomos (Ansätze der Medien- und Kommunikationswissenschaft; 10).

Meyer, Paul Georg / Serbina, Tatiana (2019): Metaphern und Allegorien in der politischen Rede. In: Burkhardt, Armin (Hg.): Handbuch Politische Rhetorik. Berlin/Boston: De Gruyter, 603–624 (HBRH 10).

Müller, Peter O. / Olsen, Susan (Hg.) (2022): Wortbildungen. Ein Lern- und Konsultationswörterbuch. Mit einer Systematischen Einführung und englischen Übersetzungen. Berlin/Boston: Walter de Gruyter (Wörterbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft, Vol. 2).

Niehr, Thomas (2014): Einführung in die Politolinguistik: Gegenstände und Methoden. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Niehr, Thomas / Kilian, Jörg / Schiewe, Jürgen (Hg.) (2020): Handbuch der Sprachkritik. Stuttgart: J. B. Metzler'sche Verlagsbuchhandlung & Carl Ernst Poeschel.

Scheufele, Bertram (2022): Priming. 2. vollständig überarbeitete, aktualisierte und erweiterte Ausgabe. Baden-Baden: Nomos.

Spitzmüller, Jürgen / Warnke, Ingo Hans Oskar (2011): Diskurslinguistik. Eine Einführung in Theorien und Methoden der transtextuellen Sprachanalyse. Berlin/Boston: Walter De Gruyter.

Stötzel, Georg / Wengeler, Martin (Hg.) (1995): Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschlands. Berlin/New York: de Gruyter.

Wohnout, Helmut (2015): Die Mitschuld Klausel und Österreich als NS-Opfer. Zur Ambivalenz der österreichischen Opferthese am biografischen Beispiel Leopold Figl. In: Karner, Stefan / Tschubarjan, Alexander O (Hg.): Die Moskauer Deklaration 1943. Köln: Böhlau, 235–248.

www1: Hanns Jürgen Küsters, Kölner Oberbürgermeister 1917 – 1933, URL: <https://www.konrad-adenauer.de/seite/konrad-adenauer-koelner-oberbuergemeister-1917-1933/> (zuletzt aufgerufen am 03.07.2023).

www2: Hanns Jürgen Küsters, Politischer Wiederaufstieg 1945 – 1949, URL: <https://www.konrad-adenauer.de/seite/konrad-adenauer-politischer-wiederaufstieg-1945-1949/> (zuletzt aufgerufen am 03.07.2023).

www3: Matthias Oppermann, Geschichte der CDU Richard von Weizsäcker, URL: <https://www.kas.de/de/web/geschichte-der-cdu/personen/biogramm-detail/-/content/richard-von-weizsaecker2> (zuletzt aufgerufen am 27. Juli 2020).

8. Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Schlagwortklassifikation nach Burkhardt (vgl. Burkhardt 1998: 103, zit. nach Niehr 2014: 74)	17
Abbildung 2: Arten von Frames (vgl. Matthes 2014: 63).....	29
Abbildung 3: Einflussnahme von kommunikativer Macht auf die politische Aktivität und Anschlusskommunikation im politischen Diskurs (vgl. Ertl 2015: 62).....	42

9. Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kategoriendefinition für die Kategorie "Aufarbeitung der NS-Vergangenheit / Schuld"	56
--	----

10. Anhang

10.1 Karl Renner (KR 1945)

Hohes Haus! Manner und Frauen aus ganz Österreich! Endlich ist das Ziel erreicht, das sich die Provisorische Staatsregierung in der ersten Stunde ihres Bestandes gesetzt hat, endlich ist ihre nahezu achtmonatige Vorbereitungsarbeit durch den unverrückbar im Auge behaltenen Erfolg gekrönt. Denn endlich steht die Staatsregierung vor der verfassungsmäßigen, unbestreitbar rein demokratisch und frei gewählten Vertretung des
5 österreichischen Bundesvolkes und der österreichischen Bundesländer. Und endlich können die in der Provisorischen Staatsregierung vereinigten Vertreter der demokratischen Parteien vor Ihnen Rechenschaft legen und Sie bitten, die Würde und Bürde unseres Amtes von uns zu nehmen und in die Hände jener Persönlichkeiten zu legen, denen Sie kraft der Verfassung auf legalem Wege ihr Vertrauen zuwenden werden.

Wieso es zur Einsetzung der Provisorischen Staatsregierung kam, bedarf heute keiner Darstellung mehr. In
10 Publikationen und Denkschriften über die Geschichte der Unabhängigkeitserklärung Österreichs und die Einsetzung der Provisorischen Regierung der Republik ist die breiteste Öffentlichkeit darüber unterrichtet worden, und wir bitten, diese Denkschriften als Teil dieses Rechenschaftsberichtes zu betrachten. Nur einige Feststellungen zu machen und durch die Aufgaben der letzten Monate zu ergänzen tut not.

Es war dem österreichischen Volke nicht gegönnt, in offener Erhebung aus eigener Kraft die von außen
15 aufgezwungene Herrschaft der Annexionsmacht und die Tyrannei seiner Unterdrücker im Inneren niederzuringen. An den ernstesten Versuchen hat es das österreichische Volk nicht fehlen lassen. Dafür führen wir die noch ungezählten Blutzengen, die auf dem Schaffott geendet oder in den Konzentrationslagern verkommen sind, führen wir die glücklicherweise überlebenden Opfer der Widerstandsbewegungen als Zeugen.

Jene ausländischen Kritiker, die den Geschehnissen der siebenjährigen Versklavung fernerstehen und die
20 vermeinen, es sei nicht genug geschehen, um uns im vollsten Wortsinne als befreites Volk anzusehen und uns von der Verantwortung des Krieges voll und ganz zu entlasten, werden Österreich mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen, wenn wir sie daran erinnern:

Wie konnte ein physisch geknechtetes, moralisch durch die Propagandamethoden des Dritten Reiches beinahe überwältigtes, des eigenen Staates vollständig beraubtes und in die zusammenhanglose, unorganisierbare Summe
25 einzelner Individuen aufgespaltenes Volk auf seinem schmalen Boden die Zertrümmerung des Faschismus bewerkstelligen und das vollbringen, was die vereinigten Weltmächte durch ihr gesamtes Waffenaufgebot erst in einem Krieg von fünf Jahren zu bewerkstelligen vermochten?

Die Österreicher waren seit 1938 ein Volk ohne Namen, ein Volk ohne Staat, ohne irgendein Gemeinschaftsorgan. Sie konnten sich nicht selbst befreien und also sind sie den alliierten Heeren, ihren kühnen Soldaten und
30 siegreichen Heerführern, allen anderen voran der Roten Armee, zum Danke verpflichtet.

Es mußte das Schwert zuerst die fesselnde Kette zerschlagen, bevor wir unsere Glieder rühren konnten. Die Kette zersprang, und Österreich stand auf, in allen seinen Dörfern und Märkten, Landstädten und Landeshauptstädten und vor allem in seiner Hauptstadt Wien, es stand auf, um sich vor allem das Instrument zu geben, ohne das eine Volksgesamtheit niemals wirksam handeln kann, das Instrument eines selbständigen Staates. Ohne das Instrument
35 des Staates hat bei der Wucht der heutigen Herrschaftsmittel jedes, auch manch großes Volk sich hilflos erwiesen. Diese Aufgabe zu erfüllen, war das nächste materielle Ziel der Provisorischen Regierung. Ihr nächstes moralisches Ziel aber war: die geistige Wiedererhebung unseres Volkes, seine Wiederbesinnung auf sich selbst.

Sieben Jahre lang hatte dieses Volk kein freies Wort, keine Stimme aus der gesamten Kulturwelt vernommen – nichts als großsprecherische Verheißungen eines tausendjährigen Reiches des Wohlstandes, gepaart mit blutiger Bedrohung jedes Widerspruches. Sieben Jahre lang hatte man nichts unterlassen, um jede Eigenart unseres Volkes, alle seine geschichtlichen Erinnerungen, die stolzen wie selbst die tragischen, in den Gehirnen der Jugend auszumerzen, und hatte man versucht, das Dritte Reich mit der 1246 untergegangenen babenbergischen Ostmark zu verknüpfen.

Es galt also, unser eigenes Volk geistig wieder aufzurichten und ihm dabei alle altvertrauten heimischen Institutionen, seine uralte Gemeinde- und Länderautonomie, seine 1918–1920 selbst geschaffenen staatlichen Daseinsformen wiederzugeben und alles restlos auszuliefern, was sogenanntes nationalsozialistisches Gedankengut – die Nürnberger Prozesse haben dessen wahren Charakter der schauernden Mitwelt hinterher enthüllt – in den Gehirnen und Herzen angerichtet hatte.

Und siehe: unser ganzes Volk hat sich sofort in den überlieferten Einrichtungen heimisch gefühlt, alles Fremdtum begeistert von sich geworfen, freudig sich zum wiedererstandenen Österreich bekannt und hinab bis zum letzten Dorf mitgetan an der Aufrichtung der Zweiten Republik! Und so hat das österreichische Volk – es sei, ihm dieses Zeugnis auszustellen, uns Männern der Provisorischen Staatsregierung gestattet – den zweifachen Beweis erbracht: erstens, daß es selbst und allein den Willen und die Kraft besitzt, das Land von allem Nazitum restlos zu säubern, und zweitens, daß es reif und gewillt ist, in seinem wieder aufgebauten, freien Staatswesen sich selbst so klaglos zu regieren und zu verwalten, wie es dies in den freien Jahren der Ersten Republik vermocht hat, solange und soweit es nicht von außen her durch faschistischen Einfluss gestört und irreführt worden war.

Dieses willenlos in zwei Weltkriege verstrickte und durch zwei Weltkriege schwer geprüfte Volk hat weiters durch sein musterhaftes Verhalten in diesen acht Monaten der Wiedererhebung bewiesen, daß es verdient, sich selbst zu regieren, daß es der vollen Freiheit würdig ist.

Freilich, der Krieg gehorcht seinen eigenen Gesetzen. Kriegsergebnisse sind nicht ungeschehen zu machen, und der gewaltige Kriegsgott schreitet über schuldige und schuldlose Opfer hinweg. Wir dürfen wohl, man verzeihe uns das, immer wieder darüber klagen, aber wir können es nicht ändern. Die Würfel sind so gefallen, daß unser Land von vier Großmächten zugleich besetzt und unser Volk in die Einflußsphäre der vier siegreichen großen Nationen geraten ist, eine Tatsache, auf deren Tragweite ich noch zurückkommen will.

Daraus ist uns das in der Geschichte wohl beispiellose Problem gestellt worden: eine einheitliche Zivilregierung und Zivilverwaltung neben vier Militärregierungen einzurichten mit der doch unbestreitbar gegebenen Aussicht, einmal, in der Fülle der Zeit, nach vollzogenem Friedensschluß, diese vierfache Verwaltung ganz abzulösen und dann erst in Wahrheit frei zu sein. Denn einmal, so hoffen, so beten wir, muß ja doch dem unglücklichen Europa die allgemeine Befriedung zuteil werden. Und täglich und stündlich hat sich die Provisorische Regierung die Frage vorgelegt: Ist dieser Zustand der Selbstregierung für dieses kleine Land Österreich, nachdem sein Volk seine Friedensliebe, seinen Willen zur Freiheit und seine Fähigkeit und Bereitschaft, sich selbst zu regieren, so offenkundig erwiesen hat, ist dieser Zustand nicht – wie in anderen befreiten Ländern – für uns herbeizuführen, schon bevor das gesamte europäische und die Probleme der ganzen Welt gelöst sind? Können wir da nicht früher, ja ehebaldigst von einem befreiten zu einem wirklich freien Volk werden? Wir haben uns damit abgefunden: Wir können den Gesetzen des Krieges nicht entinnen, aber wir hoffen, da wir unsere Friedfertigkeit erwiesen haben, die Rechte des Friedens so bald als möglich

genießen zu können. Unbestreitbar und dankenswerterweise sind uns die alliierten Mächte auf diesem Wege zur Einheit entgegengekommen. Sie haben uns nicht nur in allen Bedrängnissen auf das wohlwollendste unterstützt, wofür wir ihnen von dieser Stelle aus noch einmal aufrichtigen Dank sagen, sie haben uns auch gestattet und ermöglicht, drei Länderkonferenzen abzuhalten und so die wahre Gesinnung aller Lander der Republik zu erkunden. Die Welt horchte auf: wie werden sich die durch die Annexion auseinandergerissenen und an das Reich gegliederten Teile verhalten? Und siehe da: vom Burgenland bis zum fernen Vorarlberg, von der Thayagrenze im Norden bis zum Karawankenwall im Süden ein einmütiges, freudiges, vorbehaltloses Bekenntnis zu Österreich ! Ein selbstbewusstes, auf seine eigene Art stolzes Bekenntnis zur gemeinsamen Staatlichkeit wie zur Autonomie der Teile – kurz zu allen vertrauten, überlieferten, geheiligten Einrichtungen der demokratischen Republik Österreich und damit auch ein vorbehaltloses Bekenntnis zu der Provisorischen Staatsregierung! Es waren stolze Tage für alle Österreicher und damit freudige Genugtuung für die Provisorische Staatsregierung. Das totgesagte, das zum Tode verurteilte, das aus der Sprache der Gesetzbücher ausgelöschte Österreich war unzweifelhaft und unzweideutig wiedererstanden. Von nun an gelte in Wahrheit und unzerstörbare Wirklichkeit: Österreich wird ewig stehn!

Die stolze Freude über dieses Ergebnis hat der Staatsregierung Mut gemacht, die unerhörten Schwierigkeiten des Wiederaufbaues entschlossen ins Auge zu fassen. Es sei mir erspart, sie im einzelnen zu erläutern. Ich führe bloß an: die Schwierigkeiten der Ernährung – ein Haus, in dem die Vorratskammern von der Küche durch die Zonengrenzen abgemauert sind –, die Schwierigkeiten, für Herde und Essen den Brennstoff zu besorgen – die Lagerungsstätten liegen zumeist im Auslande –, die Schwierigkeiten, das Volk vor Seuchen zu schützen - die Schrankfächer der Apotheken sind gefüllt mit leeren Phiolen! All das verschärft durch die Tatsache, daß alle Verkehrsmittel durch den Krieg reduziert und zugleich alle Verkehrswege durch die Zoneneinteilung unterbunden sind!

Männer und Frauen! Kein Lebewesen kann fortleben, wenn sein Blutkreislauf lange auf die Hälfte, auf ein Viertel oder gar ein Zehntel reduziert ist. Der Verkehr ist der Blutkreislauf des Wirtschaftslebens.

Man mache uns stark genug, die Bürde zu tragen: man gebe uns ein gesichertes und ausreichendes Staatsgebiet! Man gebe uns Südtirol zurück, das vor Gott und der Welt uns gehört und nur aus Kriegserwägungen 1919 uns entzogen wurde! Man gebe uns dadurch eine haltbare Verbindung mit dem Westen an Stelle des bloßen Nordtirols, einer schmalen, vom Norden und Süden eingesehenen und bedrohten Passage, und man lasse nicht zu, daß die durch Volksabstimmungen vor einem Vierteljahrhundert festgesetzte Südostgrenze der Republik neuerlich bestritten wird!

Man sichere unser wirtschaftliches Erbgut, gebe uns das durch die Annexion Geraubte wieder und lasse uns in unseren Fabriken unser Brot verdienen, damit wir darum nicht bei den reicheren Nachbarn bittlich werden müssen. Wäre es denn vorstellbar, daß auf die Dauer ein hilfloses Volk, gleichsam ein Bettler, unangefochten auf seinem Haupte das Diadem der Souveränität trüge?

Wir werden trotz allem einer der Kleinen in der Familie der Völker bleiben, aber das schlägt nichts unter bestimmten Voraussetzungen. Ist es den Historikern der Weltmächte nicht aufgefallen, daß die Erste Republik seit der österreichischen Ministerkonferenz im Mai 1919 zu Feldkirch, seitdem ich damals das Außenamt aus den Händen des Anschlußprotagonisten Otto Bauer übernommen habe, sich zur Selbständigkeit bekannt hat, mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß die Gründung eines Völkerbundes in Hinkunft unsere Hilfe und Stütze und der Garant unserer Unabhängigkeit sein werde? Ist es ihnen entgangen, daß die Erste Republik die Politik der Selbständigkeit behauptet hat bis zu dem Augenblick, wo der Völkerbund entzweibruch? Wie sie erst dann zum

Schutze vor dem einen Nachbarn sich in den Schutz des anderen begeben hat und endlich dem stärksten Nachbarn zum Opfer gefallen ist?

120 Österreich braucht, um als Schwacher seine Mission zu erfüllen, die Stütze der Vereinten Nationen, jener Weltfriedensgemeinschaft, durch die allen, den Großen und auch den Kleinen, die friedliche Selbstbehauptung verbürgt ist. Kaum ein Staatswesen wird seiner Natur nach ein so treuer und zuverlässiger Gefolgsmann der Vereinten Nationen sein wie Österreich. Aber dieser Garant seiner Unabhängigkeit muß in Wahrheit erstehen und in Wirksamkeit bleiben, um Österreich nicht zum Spielball und zum Opfer seiner Umwelt werden zu lassen. Die
125 Großen dieser Erde mögen wissen, daß Österreichs Bestimmung vor allem in ihren Händen liegt. An Österreichs gutem Willen wird es nicht fehlen.

Diese höchsten Interessen Österreichs wie seine Tagesinteressen zu wahren, wird in Zukunft die Aufgabe der österreichischen Volksvertretung und der von ihrem Vertrauen getragenen Regierungen sein. Sie waren bisher Gegenstand der Fürsorge der Provisorischen Staatsregierung.

130 Die Mitglieder des Hohen Hauses wissen, daß von den wirtschaftlichen und sozialen Planen der Staatsregierung nur wenig erfüllt werden konnte. Sie kann sich wohl zugute buchen, daß ihr die Erweckung des Volkes und die Wiederherstellung der Staatsmaschine in wahrhaft österreichischem Geist gelungen ist. Die Staatsmaschine ist wiederhergestellt und ist im Gang, aber dieser Gang ist im inneren Räderwerk gehemmt und die Maschine nach außen noch nicht wirksam. Ihre ökonomischen und sozialen Ergebnisse können nicht befriedigen, und die
135 Provisorische Staatsregierung ist sich dieser bescheidenen Erfolge ihrer Bemühungen wohl bewußt. Was wir erbitten, ist das Zugeständnis des Hohen Hauses, daß wir das Richtige gewollt und mit Ernst und Eifer betrieben haben. Möge man uns den Trost zubilligen, der in dem Worte liegt: In großen Dingen genügt es, gewollt zu haben. Das erste Stadium des wiedererstandenen Österreichs tritt in die Vergangenheit und geht mit unserem Rücktritt ein in die Geschichte unseres Volkes. „Zu neuen Zielen führt ein neuer Tag“, und bald möge erscheinen der Tag
140 unserer vollen Freiheit.

Quelle:

Renner, Karl (1945): Die Provisorische Regierung 1945. Rechenschaftsbericht des Staatskanzlers Dr. Renner vor dem Nationalrat, 19. Dezember 1945. In: Österreichische Bundesregierung (Hg.) (1950): Für Recht und Frieden: Eine Auswahl Der Reden Des Bundespräsidenten Dr. Karl Renner. Wien: Verl. der österreichischen Staatsdr., 18–25.

10.2 Konrad Adenauer (KA 1946)

Meine lieben Freunde!

Ich danke Ihnen für diesen herzlichen Willkomm. Er gilt naturgemäß in erster Linie dem Vorsitzenden unserer Partei, er gilt aber auch - das fühle ich - dem Kölner, der früher unter Ihnen und mit Ihnen gearbeitet hat. Und dafür danke ich Ihnen von ganzem Herzen. Ich darf auch den Mitgliedern des Kölner Männergesangvereins dan-
5 ken. Es war mir eine Freude zu sehen, dass der Kölner Männergesangverein sich verjüngt hat. Er hat sehr viele junge Stimmen unter sich. Ich hoffe, dass es mit unserer Partei auch einmal so wird, dass wir Alten abtreten können und dass dann sehr viele junge Kräfte an unsere Stelle treten. Der Kölner Männergesangverein sang als zweites Lied das schöne Morgenlied von Eichendorff, und zum Schluss klang hieraus hervor, was uns alle beleben muss:

10 Morgenrot funkle empor! Trotz aller Nacht, die auch jetzt noch über uns liegt, meine lieben Freunde, wollen wir daran festhalten, dass doch Morgenrot wieder empor tritt.

Als ich heute Vormittag von Deutz in die Stadt einfuhr, war es mir wie immer: es legte sich wie würgend auf mich dieses Bild unserer armen, geschändeten Stadt. Ich habe manche große Stadt gesehen seit Kriegsende, ich habe Vergleiche gehört von unbefangenen Ausländern: keine große Stadt ist vom Krieg so schwer getroffen wie Köln. Und dabei hatte sie von allen deutschen Großstädten es am wenigsten verdient; denn nirgendwo ist dem Nationalsozialismus bis 1933 so offener und seit 1933 so viel geistiger Widerstand geleistet worden, nirgendwo waren die nationalsozialistischen Stimmen sogar noch bei den letzten freien Wahlen im Jahre 1932 prozentual so niedrig wie in Köln. Aber Katastrophen, Entfesselung elementarer, dämonischer Gewalten treffen den Schuldigen wie den Nichtschuldigen. So hart auch Köln getroffen ist, ich bitte Euch, verzaget nicht! Unglück, Leid und Not wecken schlummernde Kräfte im Menschen. Lassen Sie mich an die Jahre 1918-1924 erinnern. Sicher ist heute das Geschick Kölns, die Lage ganz Deutschlands, die Lage eines jeden Einzelnen unvergleichlich viel härter und dunkler. Aber es ist doch gut, wenn man einmal zurückdenke an diese schweren Jahre, und wenn man dann weiter daran denkt, was das deutsche Volk, was wir besonders hier in Köln in anderthalb Jahrzehnten geschaffen haben. Auch damals war Not, ungeheure Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Verbrechen, eine unvorstellbare Inflation, Separatismus, Sorge um Deutschlands Zukunft. Den vereinten Kräften der gesamten Bürgerschaft ist es damals gelungen, alle diese Nöte und Gefahren zu überwinden. Diesen vereinten Kräften ist noch mehr gelungen. Wir haben trotz aller Schwierigkeiten große Aufgaben gelöst. Lassen Sie mich einiges in Ihr Gedächtnis zurückrufen: Die Messe, die Mülheimer Brücke, der Niehler Hafen, die Universität, die großen Wohnsiedlungen, der Grüngürtel. Die Messe ist heute zerstört, die Mülheimer Brücke, die unser Stolz war, ist dahin, aber die Wohnsiedlungen, wenn auch beschädigt, stehen noch. Der Niehler Hafen, der bei seiner Planung so heiß umkämpfte Niehler Hafen, ist gerade jetzt von lebenswichtiger Bedeutung für Köln geworden. Die Universität steht auch, der Grüngürtel, wenn auch verwildert, lebt noch, hoffentlich bald wieder in alter Ordnung und Schönheit. Ich bin niemals so glücklich gewesen, dass es uns gelungen ist, allen Schwierigkeiten zum Trotz gerade den Grüngürtel zu schaffen, wie jetzt, da so weite Teile der Stadt zerstört sind, da so viele Kölner verurteilt sind, unter Trümmern ihre Tage zu verbringen. Jetzt kann er noch mehr als vordem seine Bestimmung erfüllen, den Kölnern, die es ja jetzt mehr nötig haben als je zuvor, seelischen und körperlichen Ausgleich, seelische und körperliche Erholung zu bringen. Die Universität lebt. Pflegt sie! Denkt daran, dass sie eine große Aufgabe hat, dass wir sie ins Leben zurückgerufen haben in schwerer und gefährvoller Zeit als Hort deutschen Geistes am Rhein. Wie war es möglich, dass das Aufleben deutschen Geistes so kurz war? Wie ist es möglich, dass die nach 1918 entstandene Deutsche Republik nur 15 Jahre Bestand hatte, wie war es möglich, dass das Bismarcksche Reich, 1871 gegründet, bald schon der mächtigste Staat der Welt, bereits 1918 nach 47 Jahren zusammenbrach, ein Reich, das so stark und fest schien wie kaum ein anderes europäisches Land jener Zeit! Wie war das nationalsozialistische Reich, zuerst von vielen Harmlosen mit Jubel begrüßt, dann wegen seiner abgrundtiefen Gemeinheit und Niedertracht von vielen, sehr vielen Deutschen zwar gefürchtet, aber auch verachtet und verflucht, wie war das im deutschen Volke möglich?

Wie war es möglich, dass dieser Krieg von der nationalsozialistischen Regierung begonnen werden konnte, ein Krieg, der trotz anfänglicher blendender Erfolge notwendigerweise verloren werden musste? Wie war es möglich, dass in diesem Kriege Wunder an Tapferkeit und Pflichttreue geleistet werden konnten, und dass dicht daneben

im selben Volke Verbrechen über Verbrechen größten Ausmaßes begangen wurden? Wie war es möglich, diesen
50 Krieg weiter fortzuführen, trotzdem sein Verlust lange feststand, fortzuführen bis zur eigenen Selbstvernichtung!

Wie war dieser Absturz des deutschen Volkes bis ins Bodenlose möglich? Und wie trägt jetzt das deutsche Volk
sein furchtbares Geschick: Hunger und Kälte, Not und Tod, ein Leben einstweilen ohne jede Hoffnung auf eine
bessere Zukunft, in völliger politischer Machtlosigkeit, verachtet von allen Völkern der Erde!

55 Das deutsche Volk trägt diese schwerste Zeit seiner Geschichte mit heldenhafter Stärke, Ausdauer und Geduld,
mit einer geduldigen Stärke, die stärker ist als alle Not. Ich habe mich seit 1933 oft geschämt, ein Deutscher zu
sein, in tiefster Seele geschämt: vielleicht wusste ich mehr als manche andere von den Schandtaten, die von Deut-
schen an Deutschen begangen wurden, von den Verbrechen, die an der Menschheit geplant wurden.

Aber jetzt, jetzt bin ich wieder stolz darauf, ein Deutscher zu sein. Ich bin so stolz darauf, wie ich es nie zuvor,
60 auch nicht vor 1933 und nicht vor 1914 gewesen bin. Ich bin stolz auf den Starkmut, mit dem das deutsche Volk
sein Schicksal erträgt, stolz darauf, wie jeder einzelne duldet und nicht verzweifelt, wie er versucht, nicht unter-
zugehen, sich und die Seinigen aus diesem Elend hinüberzuretten in eine bessere Zukunft. Gerade Köln, das heilige
Köln; das zerstörte, das geschändete, das in Trümmern liegende Köln, hat uns so unzählige Beispiele stillen, dul-
denden Heldentums gezeigt! Wenn man so die Geschichte Deutschlands seit mehr denn hundert Jahren an sich
65 vorüberziehen lässt, dann drängt sich jedem, der nur etwas nachdenkt, die Frage auf, was ist denn nun mit dem
deutschen Volke, wie ist das alles gekommen? Das ist keine müßige Frage, das ist eine Frage, die man sich stellen
muss, trotz Wohnungsnot, trotz Kälte, trotz Hunger -. Wir wollen doch wieder heraus aus diesem Elend, aus dieser
Tiefe; aber wie können wir den rechten Weg finden zum Aufstieg, wenn wir nicht erkennen, was uns in die Tiefe
geführt hat?

70 Wir wollen nicht verzweifeln, wir wollen nicht dahindämmern, wir wollen wieder aufwärts. Und wenn wir nicht
mehr bessere Tage erleben, dann sollen unsere Kinder und Kindeskindern dereinst wieder bessere Zeiten sehen.
Das ist doch unser aller Wille, aber den richtigen Weg zu finden wir nur, wenn wir erkennen, wie wir in diese
verhängnisvollste Periode der Geschichte des deutschen Volkes hineingekommen sind.

Ich verlange kein Schuldbekenntnis des gesamten deutschen Volkes, obgleich viele Deutsche eine sehr schwere,
75 viele eine Schuld trifft, die zwar minder schwer ist, aber doch Schuld bleibt. Ich glaube auch nicht, dass die
vernünftigen und ruhiger denkenden Menschen in den nichtdeutschen Ländern ein solches öffentliches Schuldb-
kenntnis verlangen.

Aber eine Gewissenserforschung müssen wir für uns anstellen in unserem eigenen Interesse, damit wir den richti-
gen Weg finden zum Wiederaufstieg.

80 Was sind die tiefsten Gründe dafür, dass wir schließlich in einen solchen Abgrund gestürzt sind? Auf die Einzel-
heiten kommt es bei einer solchen Untersuchung nicht an; sie sind auch vielfach noch nicht klargestellt, aber die
tieferen, die wirkenden Ursachen dieser Katastrophe liegen klar zutage. Sie reichen weit zurück vor das Jahr 1933.
Der Nationalsozialismus hat uns unmittelbar in die Katastrophe hineingeführt. Das ist richtig. Aber der National-
sozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölke-
85 rung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Ich betone, in breiten Schichten der Bevölkerung. Es ist
nicht richtig, jetzt zu sagen, die Bonzen, die hohen Militärs oder die Großindustriellen tragen allein die Schuld.
Gewiss, sie tragen ein volles Maß an Schuld, und ihre persönliche Schuld, deretwegen sie vom deutschen Volk
vor deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist umso größer, je größer ihre Macht und ihr

Einfluss waren. Aber breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen, hatten nicht die richtige Geisteshaltung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus in den Jahren 1933 und folgende im deutschen Volk nicht möglich gewesen. Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung vom Staat, von der Macht, von der Stellung der Einzelperson. Es hat den Staat zum Götzen gemacht und auf den Altar erhoben. Die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert hat es diesem Götzen geopfert. Die Überzeugung von der Staatsomnipotenz, von dem Vorrang des Staates und der im Staat gesammelten Macht vor allen anderen, den dauernden, den ewigen Gütern der Menschheit, ist in zwei Schüben in Deutschland zur Herrschaft gelangt. Zunächst breitete sich diese Überzeugung von Preußen ausgehend nach den Freiheitskriegen aus. Dann eroberte sie nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 ganz Deutschland. Der Staat wurde durch den von Herder und den Romantikern aufgedeckten Volksgeist, vor allem durch Hegels Auffassung vom Staat als der verkörperten Vernunft und Sittlichkeit, in dem Bewusstsein des Volkes zu einem fast göttlichen Wesen. Mit der Überhöhung des Staates war zwangsläufig verbunden ein Absinken in der Bewertung der Einzelperson. Macht ist mit dem Wesen des Staates untrennbar verbunden. Die Einrichtung, in der sich staatliche Macht am sinnfälligsten und eindrucksvollsten äußert, ist das Heer. So wurde der Militarismus zum beherrschenden Faktor im Denken und Fühlen breiter Volksschichten.

Nach der Gründung des Kaiserreichs unter preußischer Vorherrschaft wandelte sich der Staat aus seinem ursprünglich lebendig gefügten Wesen mehr und mehr in eine souveräne Maschine. Die großen äußeren Erfolge, die, wenn auch historisch gesehen nur für kurze Zeit dem Bismarckschen Reich, seiner Auffassung vom Staat und der Macht beschieden waren, die schnell zunehmende Industrialisierung, die Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten und die damit verbundene Entwurzelung der Menschen machten den Weg frei für das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung im deutschen Volk. Die materialistische Weltanschauung hat zwangsläufig zu einer weiteren Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt.

Die materialistische Weltauffassung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in sehr großem Umfange beigetragen. Wer eine Zentralisierung der politischen und der wirtschaftlichen Macht beim Staate oder bei einer Klasse erstrebt, wer demzufolge das Prinzip des Klassenkampfes vertritt, ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson, er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor, wenn schließlich auch ein anderer den so vorbereiteten Weg der Diktatur beschreitet. Dass diese Entwicklung zwangsläufig ist, zeigt die Geschichte solcher Staaten, in denen Karl Marx der Messias und seine Lehre das Evangelium ist.

Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltanschauung ergebenden Anbetung der Macht und Missachtung, ja Verachtung des Wertes des Einzelmenschen. In einem Volk, das so erst durch die preußische überspitzte und übertriebene Auffassung vom Staat, seinem Wesen, seiner Macht, den ihm geschuldeten unbedingten Gehorsam, dann durch die materialistische Weltanschauung geistig und seelisch vorbereitet war, konnte sich, begünstigt durch die schlechte materielle Lage weiter Volkskreise, verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte, eine Lehre, nach der die eigene Rasse die Herrenrasse und das eigene Volk das Herrenvolk ist und die anderen Völker minderwertig, zum Teil vernichtungswürdig sind, nach der aber auch in der eigenen Rasse und im eigenen Volk der politische Gegner um jeden Preis vernichtet werden muss.

Der Nationalismus hat den stärksten geistigen Widerstand gefunden in denjenigen katholischen und evangelischen Teilen Deutschlands, die am wenigsten der Lehre von Karl Marx, dem Sozialismus, verfallen waren! Das steht
130 absolut fest!

Diese Auffassung von der Vormacht, von der Allmacht des Staates, von seinem Vorrang vor der Würde und der Freiheit des einzelnen widerspricht dem christlichen Naturrecht. Wir wollen die Grundsätze des christlichen Naturrechtes wiederherstellen.

Nach der dem Programm der CDU zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Range
135 nach vor dem Staat. An ihrer Würde, Freiheit und Selbständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze als ihre Orientierung. Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür, sie verpflichtet jeden beim Gebrauche seiner Freiheit, immer eingedenk zu sein der Verantwortung, die jeder einzelne für seine Mitmenschen und für das ganze Volk trägt.

Der Fundamentalsatz des Programms der CDU, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen,
140 ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich. Aus diesem Satz ergibt sich eine Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung, die neu ist gegenüber der in Deutschland seit langem üblichen. Nach dieser Auffassung ist weder der Staat, noch die Wirtschaft, noch die Kultur Selbstzweck; sie haben eine dienende Funktion gegenüber der Person. Die materialistische Weltanschauung macht den Menschen unpersönlich, zu einem kleinen Maschinenteil in einer
145 ungeheuren Maschine, sie lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab.

Sinn des Staates ist es, die schaffenden Kräfte des Volkes zu wecken, zusammenzuführen, zu pflegen und zu schützen. Das ganze Volk soll zu Verantwortungsbewusstsein und zu Selbständigkeit erzogen werden. Der Staat soll sein eine auf Recht und Freiheit ruhende Schicksalsgemeinschaft verantwortlicher Personen, die die verschiedenen Interessen, Weltanschauungen und Meinungen zusammenfasst. Wir wollen Erziehung, aber nicht zu der
150 Bereitwilligkeit, sich kontrollieren und führen zu lassen, sondern zu dem Willen und der Fähigkeit, sich als freier Mensch verantwortungsbewusst in das Ganze einzuordnen. Diese Erziehung soll in christlichem und demokratischem Geiste geschehen, und sie soll insbesondere allen jüngeren Menschen den Zugang in ihnen bisher verschlossene, jedoch allgemein gültige menschliche Überzeugungen und Haltungen öffnen.

In der heimatlosen, durcheinander geschobenen, atomisierten Masse, als die sich jetzt unser Volk darstellt, muss
155 jedes Einzelwesen angesprochen und zu Selbstbewusstsein und Verantwortungsgefühl geführt werden. Wie weit das gelingt, ist heute die Schicksalsfrage unseres Volkes und nicht etwa die Frage, wie viele und welche der wenigen uns noch verbliebenen Betriebe sozialisiert oder wie viel Hektar Land enteignet werden sollen.

Wenn aber diese Aufgabe überall in Angriff genommen und mit Sachkunde und Hingabe durchgeführt wird, werden nach und nach aus dem lebendig erfassten Volk die Menschen sich herausheben, die durch Charakterstärke und Urteilssicherheit zur politischen, sittlichen und geistigen Leitung geeignet und gewillt sind.
160

Es ergeben sich aus unserer Grundeinstellung folgende Sätze für das Verhältnis zwischen Einzelperson und Staat: der Staat besitzt kein schrankenloses Recht, seine Macht findet ihre Grenze an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und Pflichten. Gleiches Recht, Rechtssicherheit und Anerkennung der
165 grundlegenden Bedeutung der Familie für das Volk; Recht der Frau auf freie Betätigung im beruflichen und öffentlichen Leben.

Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform oder gar in der Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit. Wie die parlamentarische Regierungsform sogar zur Herbeiführung der Diktatur missbraucht werden kann, wenn die Menschen nicht wirklich demokratisch denken und fühlen, das haben
170 uns die ersten Monate des Jahres 1933 gezeigt. Demokratie ist mehr als parlamentarische Regierungsform; sie ist eine Weltanschauung, die ebenfalls wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelt hat. Demokratie muss diese unveräußerlichen Rechte und den Wert eines jeden einzelnen Menschen achten im staatlichen, im wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Wer wirklich demokratisch denkt, muss sich immer leiten lassen von der Achtung vor dem
175 anderen, vor seinem ehrlichen Wollen und Streben.

Ich glaube, dass aus meinen bisherigen Ausführungen hervorgeht, warum wir uns christlich demokratisch nennen. Wir nennen uns christliche Demokraten, weil wir der tiefen Überzeugung sind, dass nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht, in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volke erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.
180 beiführen kann.

Wir nennen uns Union, weil wir alle diejenigen, die auf diesem Boden stehen, zu politischer Arbeit zusammenführen wollen, gleichgültig welchem Bekenntnis sie angehören.

Wir legen Wert darauf, sogar entscheidenden Wert, in unserem Namen unsere weltanschauliche Einstellung offen und klar zu bekennen.

185 Die politische Tätigkeit jeder Partei wird wohl auf längere Zeit hinaus in gewisser Weise abhängig sein von der Beurteilung, die ihr Programm bei den Militärregierungen erfährt. Ich habe zeitweise den Eindruck gehabt, als ob man nicht bei allen britischen Stellen die Betonung der christlichen Weltanschauung bei einer politischen Partei verstehe. Es gibt auch deutsche Kreise, die meinen, es sei nicht nötig, in unserem Namen das Wort "christlich" zu führen. Es sind das Kreise der Freien Demokraten und - man höre und staune - des Zentrums. Ja, die Sozialdemokratie empfindet es nach Herrn Dr. Schumacher fast als beleidigend für die anderen Parteien, dass wir uns christlich
190 nennen; wir unterstellten damit anderen Parteien, sie seien weniger christlich oder gar christentumsfeindlich.

Nun, meine Damen und Herren, um auf das letztere vorweg zu antworten: wir alle würden uns von Herzen freuen, wenn die Sozialdemokratie erklären würde, sie sei ebenso christlich ihrer Gesinnung nach wie wir. Ich werde im Verlaufe meiner Rede noch Gelegenheit haben, wenn ich auf das Verhalten der Sozialdemokratie uns gegenüber
195 eingehe, hierauf zurückzukommen.

Ich könnte mir denken, dass diese religiös-weltanschauliche Untermauerung einer politischen Partei für England fremd und nicht ohne weiteres verständlich ist. In England gibt es eine ähnliche Partei nicht. Das hat meines Erachtens einen einfachen Grund. In England ist religiöses, christliches Empfinden in weiteren Kreisen verbreitet als in Deutschland. Daher stehen in allen seinen Parteien viele Mitglieder auf christlichem Fundament. Das ist
200 aber im übrigen Westeuropa und insbesondere in Deutschland anders. Ich meine, es ist nicht zufällig und ohne inneren Grund, dass sich in Holland, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Österreich, in Deutschland Parteien gebildet haben, die auf christlichen Grundsätzen sich aufbauen und das auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringen.

Für Deutschland kommt noch eins hinzu. Deutschland ist eines der religionslosesten und unchristlichsten Völker Europas. Das war es schon vor 1914. Trotzdem die Berliner manche wertvollen Eigenschaften aufwiesen, habe ich damals schon immer in Berlin das Gefühl gehabt, in einer heidnischen Stadt zu sein. So haben sich in Deutschland Parteien gebildet, die bewusst und gewollt das Christentum bekämpften. Dazu gehörte die

nationalsozialistische Partei, die zwölf Jahre lang mit allen Mitteln versucht hat, das Christentum in Deutschland zu unterdrücken und auszurotten; sie hat das öffentliche Leben in Deutschland planmäßig entchristlicht. Dazu gehörte früher die Deutsche Sozialdemokratie; dazu gehört der deutsche Kommunismus. Die SPD betont jetzt, dass sie nicht christentumsfeindlich sei, sie ist aber sicherlich auch nicht christentumsfreundlich. Es ist doch schon bezeichnend, wenn sich in ihr religiös eingestellte Mitglieder zu einer besonderen Gruppe zusammenschließen müssen. Das kann doch nur daran liegen, dass diese Mitglieder der SPD fürchten, ohne engeren Zusammenschluss gänzlich einflusslos zu bleiben. Aber auch sie nennen sich "Gruppe religiöser Sozialisten", nicht etwa Gruppe christlicher Sozialisten; und wie stark sie sind, das ist nicht zu erfahren.

Es liegt auf der Hand, dass sich als Gegenpol zu solchen, dem Christentum ablehnend oder weniger freundlich gegenüber stehenden Parteien in Deutschland Parteien bilden, die auf dem Christentum fußen und das auch betonen. Es kommt ein weiteres hinzu, was ich besonders auch im Ausland zu beachten bitte. In Deutschland ist nun einmal die Parteipolitik "weltanschaulich" fundiert, in England meines Wissens nicht. Der anerkannte Führer der SPD, Herr Dr. Schumacher, predigt immer wieder den Sozialismus als Weltanschauung, nicht etwa als politische oder wirtschaftliche Idee.

Ich führe noch eine weitere entscheidende Tatsache an, die es notwendig macht, dass eine große Partei sich zusammenfindet und bildet auf dem Boden des Christentums.

Das deutsche Volk ist zur Zeit in einem derartigen geistigen und seelischen Zustand, es ist derartig alles, schlechthin alles bei ihm zusammengebrochen, die Erziehung der jüngeren Generation ist so vernachlässigt, es ist in einer solchen materiellen Not, dass man schon die tiefsten Kräfte, die in jedes Menschen Seele schlummern, erwecken muss: das sind die religiösen, um es wieder der Gesundheit entgegenzuführen. In erster Linie ist das Sache der Kirchen. Aber bei unseren chaotischen Zuständen überschneiden sich noch mehr als sonst öffentliches Leben und religiöse Bereiche. Das deutsche Volk muss in seinem ganzen Denken und Fühlen umerzogen werden. Das ist auch eine wesentliche Aufgabe der politischen Parteien. Diese Aufgabe kann aber nur von einer weltanschaulich fundierten Partei wirklich gelöst werden. Die SPD bezeichnet den Sozialismus als ihre Weltanschauung, wir das Christentum.

Für das wirtschaftliche und soziale Leben stellen wir folgende Grundsätze auf: Es ist nicht damit getan, dass sich jemand Sozialist nennt, ohne zu sagen, was er will. Wir ziehen es vor, mit klaren und einfachen Worten zu sagen, was wir auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet wollen.

Wir sind der Auffassung, dass die Wirtschaft der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen hat. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft nur das ungehemmte Gewinnstreben des Einzelnen zu sehen. Die Wirtschaft hat sich dem Gemeinwohl unterzuordnen. Eine vernünftige Planung und Lenkung der Wirtschaft, ein ständiges Koordinieren der Kräfte in unserer Zeit ist unerlässlich. Dies geschieht vielleicht am besten in Selbstverwaltungskörperschaften, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und unbeteiligte Konsumenten gleichberechtigt vertreten sind. Wir wollen Beteiligung der Arbeiterschaft an Führung und Verantwortung, und zwar nicht nur im Rahmen der genannten Selbstverwaltungskörperschaften, sondern auch in großen anonymen Kapitalgesellschaften, in denen das Eigentumsrecht mehr oder weniger an Einfluss hinter dem Direktionsrecht zurückgetreten ist. Wir wollen weitere Beteiligung der Arbeiterschaft am Ertrag, gerechten Ausgleich zwischen Unternehmer und Arbeiter. Für uns ist der Arbeitsvertrag nicht ein rein schuldrechtliches Verhältnis, sondern auch ein Gemeinschaftsvertrag. Der Arbeiter

verkauft seine Arbeit nicht als Ware, wie es der Anschauung des Hochkapitalismus und auch des ökonomischen Materialismus entspricht. Er geht vielmehr mit dem Unternehmer ein Gemeinschaftsverhältnis ein.

250 Diese Auffassung steht in engem Zusammenhang mit unserer Ansicht über das Zustandekommen des wirtschaftlichen Ertrages. Das Kapital und der dahinter stehende unternehmerische Geist können nicht ohne die Arbeit und die Arbeit kann nicht ohne das Kapital und die schöpferische Initiative des Unternehmers bestehen. Hierin liegt die sittliche Grundlage für eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages.

255 Unsere Auffassung von der Freiheit und Würde der Einzelperson verbietet eine die wirtschaftliche und die politische Freiheit gefährdende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht an einzelnen Stellen, sei es an privaten oder auch an öffentlichen. Dass der Staat, der die politische Macht hat, ein grausamer Arbeitgeber sein kann, hat uns das nationalsozialistische Regime bewiesen. Verstaatlichung der Produktionsmittel ist in unseren Augen deshalb nicht unbedingt und immer mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen. Solange die deutsche Wirtschaft nicht frei ist, kann im übrigen die Frage der Vergesellschaftung kaum praktisch werden. Um auch nicht kapitalkräftigen, aber
260 arbeitsfreudigen Menschen eine unternehmerische Betätigung zu ermöglichen, ist das Genossenschaftswesen zu fördern.

Besondere Bedeutung messen wir dem Neubau des deutschen Gewerkschaftswesens zu. Die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in parteipolitisch neutralen Gewerkschaften wird von uns begrüßt, aber auch nur unter der Voraussetzung, dass diese Gewerkschaften wirklich parteipolitisch neutral sind.

265 Die CDU verfügt in ihren Reihen über eine große Zahl gewerkschaftlich geschulter Arbeiterführer aus den früheren Christlichen Gewerkschaften. Es wird von weiten Kreisen der Arbeiterklasse in allen Teilen der britischen Zone mit Recht verlangt, dass diese Männer in den neuen Gewerkschaften anleitenden Stellen tätig sind, um den reichen Schatz an Erfahrungen, den sie als Führer der Christlichen Gewerkschaften sich erworben haben, zur Geltung zu bringen und um auf alle Fälle einer Gefährdung der politischen Neutralität vorzubeugen.

270 Ich rufe deshalb die früheren christlichen Gewerkschaftsführer zur Mitarbeit und zur Verantwortung in den neuen deutschen Gewerkschaften auf und erinnere sie an die stolze Tradition der ehemaligen Christlichen Gewerkschaften.

Bei der Kohle handelt es sich um einen wirtschaftlichen Grundstoff von entscheidender Bedeutung. Daher erstreben wir die möglichst baldige Vergesellschaftlichung der Bergwerke.

275 Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit verlangt die Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleiche Einschränkung wie andere Privatrechte. Es hat zu weichen gegenüber einem auch nach ethischen Grundsätzen höheren Recht. Mäßiger Besitz möglichst vieler ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes ist daher nach Möglichkeit zu fördern. Das gilt besonders auch für den Erwerb eines Eigenheims.

280 Wir wollen Arbeit für jeden, der arbeiten will. Weil beim Handwerker, beim Bauern, beim Mittel- und Kleinbetrieb die Forderung nach einer größeren Freiheit der Arbeit und der Leistung für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber aus der inneren Struktur heraus leichter zu verwirklichen ist, verlangen wir für sie eine besondere Förderung. Der Handarbeiter, der Handwerker und der Bauer darf sich nicht der Erkenntnis verschließen, dass Würde nicht nur in der Arbeit liegt, die Materie verwandelt und wirtschaftliche Werte unmittelbar erzeugt, sondern auch in der Arbeit,
285 die dem Geiste dient und geistige Werte schafft. Ein Wort noch zum Berufsbeamtentum, welches heute morgen mit einer Kundgebung in diesem Saal an die Öffentlichkeit getreten ist. Ich bin gewiss der Ansicht, dass das Berufsbeamtentum von einigen Schlacken zu befreien ist. Es ist uns aber ein Bedürfnis festzustellen, dass wir das

Berufsbeamtentum für unentbehrlich beim Neuaufbau halten. Experimente in dieser Hinsicht lehnen wir als gefährlich ab.

290 Ich gehe über zur Auswirkung unserer Grundeinstellung auf die kulturelle Arbeit. Wir wollen, dass unsere alte Kultur zurückfindet zu ihrer Grundlage, zur christlich-abendländischen Kultur, deren Kern die hohe Auffassung von der Würde der Person und dem Werte jedes einzelnen Menschen ist. Der Schule und der Erziehung, die während der nationalsozialistischen Zeit so vernachlässigt worden sind, gilt unsere besondere Sorge, weil wir trotz aller wirtschaftlichen Not nur in wahrhaft guten Schulen aller Art, die das Wissen und die Erziehung des Charakters in gleicher Weise pflegen, das Heil des deutschen Volkes sehen. Auf allen Gebieten macht sich infolge der geistigen Oede der letzten zwölf Jahre und der Verluste, die der Krieg gebracht hat, ein erschreckender Mangel an wirklich tüchtigen und auf ihren Gebieten führenden Menschen bemerkbar. Trotz der wirtschaftlichen Not wird der Staat den über den Durchschnitt Begabten durch materielle Hilfe den Weg zum Aufstieg ebnen müssen. Es besteht sonst die große Gefahr, dass das deutsche Volk tief unter das Niveau sinkt, das es früher einmal eingenommen hat.

300 Die Regelung der Volksschulfrage hat in der Vergangenheit zu erbitterten Kämpfen der Parteien geführt, bis es zu einer vorläufigen Verständigung kam, die durch die Zustimmung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu dem preußischen Konkordat 1929 auch nach außen hin ihren sichtbaren Ausdruck fand. Die sich auf diese Verständigung gründende bekenntnismäßige Schule hat die nationalsozialistische Regierung im Jahre 1939 durch Einführung der sogenannten deutschen Einheitsschule unter Bruch des Rechts beseitigt. Was soll jetzt werden?

305 Auf allen anderen Gebieten werden die Rechtsbrüche, die die nationalsozialistische Regierung begangen hat, beseitigt. Der frühere Rechtszustand wird wieder hergestellt. Das wollen wir auch für das Volksschulwesen. Es geht nicht an, gerade den Rechtsbruch der Nationalsozialisten zu sanktionieren, der von den breitesten Schichten der Bevölkerung als besonders schwer empfunden wird. Darum verlangen wir für die preußischen Teile der britischen Zone Wiederherstellung der bekenntnismäßig gegliederten Volksschule als Regelschule entsprechend dem preußischen Gesetz von 1906 und dem preußischen Konkordat von 1929. Dieser Rechtszustand muss wieder hergestellt werden und muss bleiben, es sei denn, dass ein frei gewähltes Parlament ihn auf verfassungsmäßigem Wege ändert. Für eine solche Neuregelung, die durch ein gewähltes Parlament etwa vorgenommen würde, fordern wir, dass der Wille der Erziehungsberechtigten, der Eltern, über die weltanschauliche Gestaltung der Volksschule entscheiden soll. Die Erziehung ist bei der Volksschule wesentlicher als die Vermittlung von Wissen. Für die Erziehung der Kinder sind aber in erster Linie die Eltern verantwortlich und nicht der Staat. Ihr Wille muss daher entscheidend sein auch hinsichtlich der weltanschaulichen Art der Schule, auf die sie ihre Kinder schicken wollen. Es ist bei der Bedeutung, die das Wirken der christlichen Kirchen und aller Religionsgesellschaften für das deutsche Volk hat, die Pflicht des Staates, sie zu schützen. Das vertrauensvolle Zusammenwirken von Staat und Kirchen ist eine Grundforderung unseres Programms. Die staatliche Erziehung soll Achtung vor den Kirchen, die kirchliche Erziehung Achtung vor dem Staat sorgfältig pflegen. Die christlichen Bekenntnisse sollen unbeschadet und unter voller Wahrung ihres Wesens und ihrer Eigenart im öffentlichen Leben zusammenwirken.

320 Die größte Aufmerksamkeit werden wir der Ausmerzung des nationalsozialistischen und militaristischen Geistes in Deutschland widmen müssen. Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, die für den Krieg und seine Verlängerung Verantwortlichen, dazu gehören insbesondere auch gewisse Wirtschaftsführer, müssen aus ihren Stellungen entfernt werden. Sie müssen je nach Lage des Falles von deutschen Gerichten bestraft, ihr Vermögen muss ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze

Welt gebracht haben, schreit zum Himmel. Deutsche Gerichte sollen ihnen das Urteil sprechen. Die nationalsozialistischen Konjunkturgewinne und die Kriegsgewinne müssen eingezogen werden. Aber wir wollen nur den treffen, der wirklich schuldig ist; die Mitläufer, diejenigen, die nicht andere unterdrückten, die sich nicht bereicherten, keine strafbaren Handlungen begangen haben, soll man endlich in Ruhe lassen. Sie selbst sollen Zurückhaltung üben, weil sie, wenn auch nur zu einem manchmal sehr kleinen Teil, mit Schuld tragen, an dieser entsetzlichen Entwicklung. Sie können in unsere Partei eintreten, wenn sie zunächst auch keine Funktion darin ausüben sollen. Aktiver Militarist ist nicht der Soldat, gleichgültig welchen Ranges, ob Offizier oder nicht, der in anständiger Weise seine Pflicht erfüllt und nichts anderes getan hat. Er darf deswegen keine Zurücksetzung erfahren.

Wenn man harmlose Mitläufer und Soldaten, die glaubten, ihre Pflicht zu erfüllen, deswegen zurückstößt, so züchtet man geradezu einen verstiegenen und extremen Nationalismus.

Eine ernste Sorge sind für uns die Altersjahrgänge, die ihre Ausbildung und Erziehung ganz oder zum größten Teil unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erhalten haben. Man muss sich einmal vor Augen führen, dass der heutige 22jährige 1933 erst zehn Jahre alt war. Zunächst ist ihre berufliche Ausbildung schlecht infolge des Krieges und der Vernachlässigung der Schulen durch den Nationalsozialismus. Daher sind ihre Aussichten für die Zukunft besonders trüb. Wir müssen versuchen, dem abzuweichen. Vor allem aber besitzen sie eine völlig falsche politische Sicht. Die Altersjahrgänge, um die es sich handelt - sie gehen bei Männern und Frauen bis über das 30. Lebensjahr hinauf- werden verhältnismäßig bald die Träger des politischen Lebens in Deutschland sein; ihre Einstellung, ihre Denkungsart wird maßgebend werden. Es ist abwegig, ihnen Vorwürfe zu machen. Sie haben alle die Jahre hindurch in politischer Hinsicht nichts gehört als das, was der Nationalsozialismus ihnen sagte. Wie kann man da von ihnen politische Urteilsfähigkeit verlangen, da sie noch Kinder waren, als der Nationalsozialismus die Macht an sich riss.

Es würde ganz falsch sein, nach einer Bestrafung zu rufen, wie es vielfach gerade sogar von deutscher Seite geschieht. Man züchtet dadurch einen wütenden Nationalismus. Es gibt nur ein Mittel gegen diesen Geist, und das ist Aufklärung und Belehrung. Man muss sie darüber aufklären, was der Nationalsozialismus und seine Führer in Wirklichkeit waren, ihnen zeigen, dass die heutige Situation Deutschlands, ihre eigene traurige Lage, eine Folge der nationalsozialistischen Politik und Führung sind. Diese Aufklärung und Belehrung wird vergebens sein, wenn sie von alliierter Seite kommt. Die Jugend wird ihr nicht glauben. Und auch das muss man verstehen. Sie muss von autoritativen deutschen Stellen planmäßig und ruhig, nicht agitatorisch erfolgen, sonst erreicht man nichts. Bei dieser Aufklärung, nicht nur der Studenten, müssen unsere Universitäten und Hochschulen aller Art, führende Männer und Frauen aller Richtungen mitwirken. Strafe für den, der Schuld hat, aber Belehrung und Aufklärung für die weiten Kreise unseres Volkes, die ohne eigene Schuld planmäßig irregeleitet worden sind.

Gut wäre es, wenn die politisch Interessierten aus den jüngeren Jahrgängen sich in Arbeitskreisen der CDU zusammenfänden, wie dies in ausgezeichneter Weise und ohne jede Einwirkung der älteren Generation in Köln geschehen ist, um sich in gemeinsamer Arbeit die Grundlage einer neuen politischen Sicht zu erarbeiten. Die Voraussetzungslosigkeit der jüngeren Generation scheint mir dabei ein besonders wertvoller Ansatzpunkt zu einer ungetrübten Sicht und einer wahrhaft realpolitischen Haltung werden zu können.

Noch ein Wort zu der Zugehörigkeit jüngerer Menschen zu nationalsozialistischen Formationen. Ich meine, es entspricht dem Gebot der natürlichsten Gerechtigkeit, hier mit besonders milden Maßstäben zu messen. Es ist ein Unding, einen jungen Menschen heute ins soziale Elend zu stoßen, weil er als Kind hinter einer Maultrommel und einem Wimpel hergelaufen und vielleicht sogar dabei Häuptling einer Jugendhorde gewesen ist. Ich würde es

begrüßen, wenn die britische Besatzungsmacht besondere Anweisung für die Behandlung der Jüngeren in dieser Beziehung erteilte.

370 Unser Land wird im Höchstfall 40 Millionen Menschen ernähren können, aber unsere Einwohnerzahl wird über 60 Millionen sein. Das Gespenst des Hungertodes für viele Millionen können wir nur bannen, wenn wir unserem Boden auch das Letzte abringen und wenn andererseits die Alliierten uns genügend industrielle Produktionsstätten belassen, um durch Export und Import unsere Menschen ernähren und kleiden zu können. Wenn wir 40 Millionen aus eigener Scholle ernähren wollen, dürfen wir bodenreformerische Experimente nicht machen. Die Bodenver-
375 teilung in der britischen Zone ist auch nicht so, dass hierzu Veranlassung bestünde, abgesehen von gelegentlichen Korrekturen.

Was wir bisher über den zukünftigen Umfang unserer Industrie und unseres Exportes gehört haben, übersteigt unsere schlimmsten Befürchtungen. Wir hoffen, dass das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Über die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsschäden hat die CDU Ihnen folgendes zu sagen: Wir wollen einen
380 billigen Ausgleich der Kriegsschäden. Es handelt sich dabei um eine so elementare Forderung der Gerechtigkeit, dass ich zur Begründung kaum etwas zu sagen brauche.

Ich möchte auf folgendes hinweisen: wenn man durch die britische Zone fährt, so sieht man beträchtliche Strecken Landes, die äußerlich vom Kriege unberührt sind. Allerdings haben auch sie an der Sorge für die Flüchtlinge zu tragen. Dennoch ist ein gerechter Ausgleich mit den zerstörten Gebieten, besonders des Westens, notwendig. Auch
385 die Wirtschaftsverwaltungen sollten sich darüber klar sein, dass ein Schematismus hier ungerecht ist. Ich führe als Beispiel Köln an. Köln ist mehr zerstört als andere Städte. Es kann nur hochkommen, wenn es mehr Zuteilungen an Baustoffen und anderen Dingen erhält als weniger zerstörte Städte, und zwar solange, bis deren Vorsprung aufgeholt ist.

Wir wollen Sorge und Hilfe in materieller, sozialer und kultureller Hinsicht für die Millionen von Flüchtlingen,
390 die aus allem herausgerissen sind und vielfach überhaupt nichts mehr besitzen. Die Sorge für sie ist ebenso ein Gebot christlicher Barmherzigkeit wie politischer Klugheit, um das Überhandnehmen asozialer Elemente zu verhindern. Wenn wir an den Wiederaufbau unserer zerstörten Städte und Ortschaften, unserer industriellen Unternehmungen gehen, dann wollen wir lernen aus den Fehlern der Zeit der Industrialisierung, des Entstehens unserer großen Städte. Die Zusammenballung großer Menschenmassen auf engstem Raum darf sich unter keinen Um-
395 ständen wiederholen, und ebenso wenig darf die sich daraus ergebende Wertsteigerung des Grund und Bodens einzelnen zugute kommen. Ich erblicke seit vielen Jahren in dieser verfehlten Boden- und Siedlungspolitik der früheren Zeit eine der Hauptquellen für die materialistische Einstellung weiter Kreise unseres Volkes, für seine Entwurzelung und innere Haltlosigkeit. Hier sehe ich eine bodenreformatische Aufgabe größten Ausmaßes von vitaler Bedeutung für unsere Zukunft.

400 Eine Partei muss Stellung nehmen zu den anderen Parteien, zu ihren Programmen, ihren Ansprüchen und soweit es die Selbstachtung erfordert, auch zu den Agitationsmethoden der anderen Parteien. Bei den notwendigen Auseinandersetzungen muss man sich von der Überzeugung leiten lassen, dass keine Partei für sich allein Deutschland aus seiner Not retten kann, dass daher im Interesse des deutschen Volkes alle Parteien zur ehrlichen Zusammen- arbeit bereit sein müssen.

405 Ich will zuerst über die Sozialdemokratische Partei sprechen. Ich werde mich dabei auf das absolut Notwendigste beschränken und soweit es das Gebot der Selbstachtung irgendwie zulässt, alles vermeiden, was die im Interesse des deutschen Volkes einmal notwendig werdende Zusammenarbeit mit ihr unsererseits gefährden könnte. Eins

möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen stellen. Seit einiger Zeit gefährdet die SPD diese zukünftige Zusammenarbeit sowohl durch ihre Ansprüche wie ihre Agitationsmethoden. Und zwar tut das keine Geringerer als Herr Dr. Schumacher, der anerkannte Führer der SPD, seit einigen Monaten in Wort und Schrift. Er hat das getan u. a. in Reden in Bonn und in Köln, in Nr. 2 der Schriftenreihe für die Unterrichtung und die Arbeit der sozialdemokratischen Funktionäre. Das ist nicht immer so gewesen. Ende September 1945 war in Godesberg eine Zusammenkunft von führenden Männern der SPD und der CDU: führende Männer beider Parteien hatten gemeinsam zu dieser Besprechung eingeladen. Als Führer der SPD war nicht Herr Dr. Schumacher anwesend, wohl aber Herr Severing. Dort kam man aus der Überzeugung heraus, dass die CDU und die SPD in gemeinsamer Arbeit das deutsche Volk retten müssen, zu dem Gentleman Agreement gegenseitiger Rücksichtnahme ohne Verwischung der Verschiedenheit der politischen Auffassungen in prinzipiellen Fragen.

Im September 1945 hat Herr Dr. Schumacher vertrauliche Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren für den Gebrauch der führenden Funktionäre herausgegeben. Auch auf diese Richtlinien werde ich im Laufe meiner Ausführungen noch zurückkommen. Auch sie melden zwar schon einen für uns unerträglichen Führungsanspruch für die SPD an, sie sind aber in dem gegen uns angewandten Ton noch erträglich. Das alles ist im Laufe der letzten Monate völlig, von Grund auf anders geworden. Herr Dr. Schumacher beleidigt uns fortgesetzt in der gröblichsten Weise. Er hat damit nicht nur das Godesberger Abkommen gebrochen, er gefährdet damit auch die künftige, im Interesse des deutschen Volkes notwendige Zusammenarbeit auf das stärkste. Wenn ich mich lediglich als Parteiführer fühlte, könnte ich mich über diese neue Methode des Herrn Dr. Schumacher freuen; denn sie liefert uns ein prachtvolles Agitationsmaterial, aber als- Deutscher bedauere ich sie tief. Ich appelliere an die SPD und den Herrn Dr. Schumacher vom Herbst 1945: wir sind bereit, das Godesberger Abkommen weiter zu halten, wenn es kein einseitiges Abkommen bleibt, sondern auch von der SPD gehalten wird. Mit Herrn Dr. Schumacher muss ich mich über folgende Punkte auseinandersetzen:

1. er behauptet, die CDU betreibe eine rücksichtslose und reaktionäre Politik bei der Besetzung wichtigster Ämter;
2. die CDU von heute sei nicht die Partei, wie sie bei ihrer Gründung geplant worden sei.
3. Die CDU sei keine weltanschauliche, sondern eine reine Besitzverteidigungspartei, die sich des Christentums nur als Tarnung bediene.
4. Die SPD habe in Deutschland den Führungsanspruch, weil sie allein von allen Parteien seit 80 Jahren die Prinzipien des Friedens und der Demokratie hochgehalten habe.

Lassen Sie mich zunächst die Behauptung Dr. Schumachers von der rücksichtslosen und reaktionären Personalpolitik der CDU abtun. Hören Sie, was Dr. Schumacher darüber am 3. Februar 1946 von dieser Stelle aus gesagt hat:

"Es gibt in Deutschland keine Stelle, in der die Sozialdemokratie sich so benehmen würde wie die CDU in der Rheinprovinz. Es ist keine gute Demokratie, wenn alter Wein in neue Schläuche gegossen wird. Man wird nicht ein christlicher Aufbaupolitiker, wenn man, um Oberpräsident zu werden, von den Deutschnationalen in eine neue Partei übergeht. Diese Figur ist ja nicht vereinzelt."

An einer anderen Stelle: "Was soll ich denn dazu sagen, wenn eine solch belastete und in sich der Zukunft so wenig zugewandte Figur wie dieser Oberbürgermeister a.D. Jarres der Beichtvater und politische Berater der CDU im Rheinland ist."

Demgegenüber stelle ich folgendes fest: Ehe der Oberpräsident der Nord-Rheinprovinz, Dr. Lehr, - diesen hat Herr Dr. Schumacher gemeint - auf den Posten berufen wurde, hat die britische Militärregierung Vertreter der KPD,

der SPD und der CDU kommen lassen und sie gefragt, ob sie mit der Berufung von Herrn Dr. Lehr auf den Posten
450 eines Oberpräsidenten der Nord-Rheinprovinz einverstanden seien. Alle drei Parteivertreter haben erklärt: jawohl.
Der Vertreter der britischen Militärregierung hat dann weiter gefragt, ob die Herren auch für ihre Parteiangehörigen
im Lande sprächen. Auch diese Frage ist von allen drei Parteivertretern ausdrücklich bejaht worden. Was nun
Herrn Dr. Jarres angeht, so könnte ich mit Herrn Jarres in allen möglichen Stellungen vorstellen, aber nicht in der,
die ihm Herr Dr. Schumacher zuweist, Beichtvater der CDU im Rheinland zu sein. Ich bin der Vorsitzende der
455 CDU in der Nord- Rheinprovinz, und wenn Herr Jarres unser parteipolitischer Beichtvater wäre, so würde man
sich doch schon mal sehen oder sprechen. Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass ich Herrn Dr. Jarres seit Jahren
weder gesehen, noch gesprochen, noch mit ihm Briefe gewechselt habe.

Ich will mich nicht in Einzelheiten ergehen, aber darf ich Herrn Dr. Schumacher in aller Zurückhaltung an die
Verhältnisse im Regierungsbezirk Aachen und der Stadt Aachen erinnern? Regierungspräsident in Aachen ist ein
460 höchst aktiver Sozialdemokrat. Oberbürgermeister der Stadt Aachen ist ebenfalls ein Sozialdemokrat. Dabei hat
sowohl der Regierungsbezirk Aachen wie die Stadt Aachen immer eine prozentual sehr geringe sozialdemokratische
Stimmenzahl bei den freien Wahlen gehabt.

Hören Sie weiter, was Herr Dr. Schumacher über die CDU bei ihrer Gründung und die heutige CDU sagt: "Als
die CDU gegründet worden ist, da meinten sicher wackere und wohlmeinende Männer, die Dinge der Politik auf
465 eine neue Plattform zu heben, aber in der Zwischenzeit sind die Nazis, die Deutschnationalen und die Deutsche
Volkspartei böser kapitalistischer und klassenkämpferischer Färbung in diese CDU hineingeströmt. Die Struktur
und die politische Physiognomie dieser CDU hat sich seit diesen Tagen grundlegend geändert. [...] Die CDU hat,
ob mit oder ohne ihren Willen, das Bett gemacht, in dem die Reaktionäre der Harzburger Front bereits kräftig
schnarchen." Nun, meine Damen und Herren, an sich wäre es doch auch sicher im Sinne des Herrn Dr. Schumacher
470 erwünschter, wenn die Reaktionäre im Bett lägen, schliefen und schnarchten, als wenn sie wühlten und tätig wären.
Er müsste uns also, von seinem Standpunkt aus eigentlich dafür danken, dass wir die Reaktionäre der Harzburger
Front zur Ruhe gebracht hätten. Aber seine ganzen Behauptungen sind völlig falsch. Die Struktur und die politische
Physiognomie der CDU hat sich seit den Tagen ihrer Gründung in keiner Weise geändert. Wir achten mit der
größten Sorgsamkeit darauf, dass wir die Partei eigener Prägung entsprechend unserem Programm sind und bleiben.
475 Es ist nicht wahr, dass Mitglieder der von Herrn Dr. Schumacher genannten Parteien in unsere CDU hineingeströmt
wären. Gewiss, wir nehmen genau wie die SPD und die KPD unbelastete frühere Nationalsozialisten als
Mitglieder auf; sie können aber bis auf weiteres keine führenden Stellungen bei uns erhalten. Wir lehnen es durch-
aus ab, eine Rechtspartei zu sein, wir lehnen es auch ab, eine Linkspartei zu sein. Über alles dies herrscht bei uns
vollste Einmütigkeit.

Hören Sie, was Herr Dr. Schumacher von unserer Partei weiter sagt: Er behauptet, die CDU sei eine reine Besitz-
verteidigungspartei, der eigentliche Beweggrund ihrer Existenz seien die wirtschaftlichen Interessen derjenigen,
die noch etwas hätten und von ihrem Besitz möglichst nichts abgeben wollten. Bei uns herrsche nicht der Geist
der Bergpredigt, wohl aber der Geist einer Besitzverteidigung, die Deutschland zugrunde gehen ließe, wenn bloß
das eigene Portemonnaie geschont bliebe. Jetzt müsse bei uns der Begriff christlich zur Tarnung für unsere Besitz-
485 verteidigungsbestrebungen herhalten. Diese beleidigenden Behauptungen werden immer und immer wieder
vorgetragen und in die Welt geschleudert, damit sie sich allmählich in den Gehirnen festsetzen und zur Überzeugung
werden. Irgend einen Beweis für seine Behauptungen versucht Dr. Schumacher nicht einmal zu erbringen.
Die ganze Methode erinnert in peinlicher Weise an die Propagandamethoden einer hinter uns liegenden Zeit. Ich

bedauere die schweren Beleidigungen, die Herr Dr. Schumacher gegen die CDU schleudert, aufs tiefste. Er wirft uns nicht mehr und nicht weniger vor, als dass wir krasse, egoistische Motive hätten und uns heuchlerischer Weise christlich tarnten.

Ist sich eigentlich Herr Dr. Schumacher klar, was er mit solchen Beleidigungen anrichtet? Ich kann es mir gar nicht vorstellen, dass ein politisch denkender Kopf im heutigen Deutschland derartig mit der Ehre einer großen Partei umspringt. Man möge sich doch einmal klarmachen, welches Echo ein Führer der CDU haben würde, wenn er etwa behauptete, die Sozialdemokraten seien im Grunde genommen gar keine Sozialisten; sie seien reine Opportunisten und Machtpolitiker, genau wie die früheren preußischen Junker, den Sozialismus hängten sie sich nur als Mäntelchen um, um ihre rein machtpolitischen Ziele dahinter zu verbergen. Die Behauptungen Herrn Dr. Schumachers sind besonders absurd, weil die westlichen Provinzen Deutschlands, in denen der Hauptteil unserer Anhänger wohnt, unendlich viel mehr durch den Krieg gelitten und verloren haben als diejenigen Landesteile, in denen hauptsächlich Anhänger der Sozialdemokratie wohnen.

Ich weise diese Behauptungen für meine Parteifreunde mit Entrüstung zurück, und ich mache die Sozialdemokratische Partei mit Nachdruck auf die Folgen aufmerksam, die die Wiederholung derartiger Beleidigungen bei uns nach sich ziehen müssen.

Ich komme zu dem von Herrn Dr. Schumacher immer wieder wiederholten Führungsanspruch der Sozialdemokratie in Deutschland. Wir haben zu beanstanden sowohl die Erhebung dieses Führungsanspruches, wie seine Begründung. Zur Begründung führt Herr Dr. Schumacher aus: die bürgerlichen Parteien, das sind nach ihm alle Parteien mit Ausnahme der SPD und der KPD, hätten zusammen mit dem Kapitalismus den Nationalsozialismus geschaffen, um sich an der Herrschaft zu halten. Die Sozialdemokratie dagegen habe allein von allen Parteien seit 80 Jahren die Prinzipien des Friedens und der Demokratie vertreten. Die bürgerlichen Parteien, die Vertreter des Kapitalismus, seien mit ihrer Politik restlos zusammengebrochen. Die von der Sozialdemokratie allein vertretenen Prinzipien des Friedens und der Demokratie hätten sich bewährt, darum gebühre der SPD jetzt die Führung in Deutschland.

Derartige Ausführungen werden in der britischen Zone in der Öffentlichkeit, sowohl wie in den zahlreichen Besprechungen, die sozialdemokratische Funktionäre mit Vertretern der britischen Militärregierung haben, immer wieder wiederholt. In London werden diese Gedanken von sozialdemokratischen Emigranten verbreitet. Die SPD hat damit bisher nennenswerte Erfolge in der öffentlichen Meinung Englands und wohl auch bei der britischen Militärregierung gehabt. Der "Economist" führte am 2. Februar 1946 in einem "Zerstückeltes Deutschland" überschriebenen Artikel aus: "Es muss nochmals gesagt werden, dass ein Entschluss zur Verlängerung der Zonenverwaltung keineswegs einem Versuch gleichkommen darf, aus der Zonenaufteilung eine ständige Zerstückelung werden zu lassen. Er kann lediglich auf der Überzeugung aufgebaut werden, dass eine auf Sozialdemokratie, Verstaatlichung und Erweiterung der Produktion aufgebaute Politik das richtige für ganz Deutschland ist, und die beste Methode, diese Politik auf ganz Deutschland zu übertragen, wäre, in der britischen Zone den Beweis ihres einwandfreien Funktionierens zu erbringen."

Hier wird also in dem sehr angesehenen Blatt ausdrücklich erklärt, dass die Politik der britischen Regierung auf der Sozialdemokratie aufgebaut werden müsse.

Bei den Behauptungen, die Herr Dr. Schumacher zur Begründung des Führungsanspruches der SPD in Deutschland aufstellt und die ich oben wiedergegeben habe, handelt es sich um eine Geschichtsklitterung schlimmster Art. Darum muss ich ausführlicher auf sie eingehen.

Es ist nicht richtig, wie Herr Dr. Schumacher behauptet, dass das Großkapital den Nationalsozialismus ins Leben
530 gerufen habe, um die bürgerlichen Parteien am Ruder zu halten. Ich bin kein Freund von Großkapitalisten und
ebenso wenig ein Freund der Trusts und Kartelle. Ich erkläre, dass sie zum weitaus größten Teil einen falschen
und nicht genügend sozialen Gebrauch von ihren Machtmitteln gemacht haben, dass ich nicht wünsche, dass wie-
der "Großkapitalisten" entstehen - zur Zeit weiß ich wirklich keine -, dass Großkapitalisten niemals eine die Frei-
heit bedrohende politische Macht gewinnen dürfen. Aber: den Nationalsozialismus hat das Großkapital nicht ge-
535 schaffen. Der Nationalsozialismus war nicht ihre Erfindung, das lässt sich klar und eindeutig beweisen. Der Nati-
onalsozialismus war vom ersten Augenblick an scharf gegen die Juden eingestellt. Im Großkapital aber waren
Juden durchaus maßgebend. Glaubt einer, dass diese maßgebenden jüdischen Herren ihren Todfeinden, nämlich
den Nationalsozialisten, zur politischen Macht verholfen haben? Nein, das hieße doch die Intelligenz und Klugheit
dieser Herren gewaltig unterschätzen.

540 Die Erfinder des Nationalsozialismus waren militärische Kreise, waren hohe Militärs. Sie erkannten, dass es zwei
Schlagworte von fabelhafter Zugkraft für die große Masse des deutschen Volkes gab, die Worte "national" und
"Sozialismus". Übrigens gibt es jetzt sozialdemokratische Führer, die die gleiche Erkenntnis haben. Sie betonen
in ihren Reden sehr stark den nationalen Akzent, und sie stellen den Sozialismus hin als die Erlösung der Mensch-
heit von allen Übeln. Verzeihen Sie die kurze Abschweifung; ich wiederhole: diese Militaristen, die in sehr hohen
545 militärischen Stellen waren oder gewesen waren, erkannten die propagandistische Zugkraft der Worte "national"
und "Sozialismus". Sie verbanden sie zu einem Wort und schufen eine neue Art von Sozialismus, den Nationalso-
zialismus. Sie sagten sich, dass man, um dem Instinkt breiter Massen entgegenzukommen, einen namenlosen Sol-
daten an die Spitze stellen müsse. So verfielen sie auf Hitler, der in politischen Diskussionsabenden, die von For-
mationen der Reichswehr in München veranstaltet wurden, durch seine populäre Rhetorik aufgefallen war. Seine
550 ganze militärische Organisation hat der Nationalsozialismus von seinen militärischen Vätern, nicht von Hitler, der
niemals systematisch arbeiten konnte, nicht von Göring, der sich jahrelang vorsichtig zurückhielt, bis er sah, dass
diese Partei eine Macht zu werden versprach und dass er durch den Anschluss an sie persönliche Chancen habe.
Das Geld, das nötig war, um eine solche ungeheure Organisation wie die nationalsozialistische Partei aufzubauen,
kam zuerst aus den Schwarzen Fonds der Reichswehr, der Reichswehr, die von sozialdemokratischen Ministern
555 und auch von dem mir hochverehrten Reichspräsidenten Ebert immer mit größter Zartheit und Rücksicht behandelt
wurde.

Die Wirtschaftskreise sind erst der nationalsozialistischen Partei mit finanziellen Mitteln zur Hilfe gekommen, als
diese Partei die stille Approbation und Unterstützung der Reichswehr gefunden hatte. Ich verurteile scharf diese
militärischen und die wirtschaftlichen Kreise; sie tragen große Schuld und müssen deshalb zur Rechenschaft ge-
560 zogen werden, ich musste aber diese Feststellungen treffen, einmal um der historischen Wahrheit willen, dann
aber auch um entschieden gegen die Behauptungen Dr. Schumachers Front zu machen, es gebe nur noch ein Heil-
mittel für das deutsche Volk, den Sozialismus, weil der Kapitalismus das Nazitum über Deutschland und die Welt
gebracht habe, um sich und die bürgerliche Klasse zu retten.

Und wie steht es mir der Behauptung, die SPD sei die einzige Partei in Deutschland, welche seit 80 Jahren unent-
565 wegt die Prinzipien des Friedens und der Demokratie vertreten habe? Die kriegerischen Wirren, welche Europa
und fast die ganze Welt überzogen haben, haben mit dem Kriege 1914/18 begonnen. Wer hat zusammen mit allen
anderen Parteien im Reichstag für die Kriegskredite gestimmt? Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion unter
Zustimmung des Parteivorstandes und des Parteiausschusses. 1870 hat sie noch gegen die Kriegskredite gestimmt,

1914 hat sie dafür gestimmt, und die beiden Mitglieder der Fraktion, die sich dagegen wandten, Liebknecht und Rühle, aus der Fraktion ausgeschlossen. Es liegt mir natürlich völlig fern, irgendwie einen Vorwurf gegen die damalige sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu erheben, aber ich stelle doch fest, dass es mit den achtzig Jahren, während denen die SPD immer nur die Prinzipien des Friedens vertreten und allein von allen Parteien vertreten habe, nicht so recht stimmt.

Die Sozialdemokratische Partei sollte wirklich nicht das Monopol der Vollkommenheit für sich beanspruchen. Alle Menschen haben Fehler, und alle Parteien haben auch Fehler, die Hauptsache ist, dass man weiß, dass man Fehler hat, und dass man sich nicht so hoch erhaben über alle anderen vorkommt. Ich habe sozialdemokratische Minister gekannt, die feurige Militaristen waren, mit denen ich mich persönlich deswegen auseinandergesetzt habe, und es hat außerhalb der sozialdemokratischen Partei Männer und Einrichtungen gegeben, die mit Mut und Unerschrockenheit für den Friedensgedanken eingetreten sind- Ich weise hier hin auf den "Friedensbund deutscher Katholiken" und auf den Universitätsprofessor Dr. Benedikt Schmittmann von der Universität Köln. Er war führend tätig im Friedensbund deutscher Katholiken. Er wurde deswegen sofort bei Beginn des Krieges verhaftet und im Konzentrationslager Oranienburg getötet. Er gehört zu den wenigen Universitätsprofessoren, die im Kampfe gegen den Nationalsozialismus ihr Leben dahingegeben haben. Er war Professor der Universität Köln. Die Universität Köln kann stolz darauf sein, dass sie diesen Märtyrer einst zu ihren Dozenten zählen durfte.

Welche Partei in der britischen Zone und in Deutschland die Führung übernehmen wird, - ich meine, man sollte mit dem Wort Führer und Führung in Deutschland endlich einmal Schluss machen und stattdessen sagen, welche Partei in der britischen Zone und in Deutschland die Hauptverantwortung übernehmen soll, - werden die demnächst stattfindenden Wahlen zeigen. Bis Wahlen stattgefunden haben, gibt es meines Erachtens für alle Fragen, deren Regelung Rücksicht nehmen muss auf die Stärke der Parteien, nur einen objektiven Maßstab. Das ist das Ergebnis der letzten freien Wahlen vor 1933. Ich bitte die britische öffentliche Meinung und die britische Militärregierung, in Zukunft sich dieses Maßstabes zu bedienen, er ist der einzige, der vom Standpunkt der Objektivität und der Demokratie aus berechtigt ist.

Wenn Herr Dr. Schumacher sagt, die SPD sei heute zweifellos die stärkste Partei in Deutschland, so erlaube ich mir, ihm demgegenüber auf folgende Ziffern hinzuweisen. Bei den Wahlen in Süddeutschland am 20. und 27. Januar 1946 haben insgesamt an Stimmen erhalten:

KPD 153010

SPD 1127295

CDU 1554370.

Wie steht es denn nun eigentlich mit der Demokratie der SPD? Ist es wirklich so, wie Herr Dr. Schumacher behauptet: "Effektiv ist die Demokratie in Deutschland heute nicht sehr viel stärker als die Sozialdemokratische Partei." Sieht denn Herr Dr. Schumacher gar nicht ein, dass auch eine derartige Behauptung kränkend für uns ist? Mir scheint, dass ihm das Wesen der Demokratie noch nicht völlig klar ist. Zum Wesen der Demokratie gehört Achtung vor der Überzeugung anderer Parteien. - Hat diese Achtung vor uns Herr Dr. Schumacher in seinen Reden gezeigt? Und weiter: Herr Dr. Schumacher begründet den Anspruch auf Führung für die Sozialdemokratie damit, dass sie allein im Besitz der richtigen Weltanschauung sei. Ganz gleiche Begründungen für den Anspruch auf Führung im Staate habe ich früher schon von anderen Parteien gehört: von den preußischen Konservativen, die die Führung im Staate für sich verlangten, weil sie allein die richtige Auffassung vom Königtum und Staate hätten, von Nationalliberalen, die behaupteten, dass sie allein Bildung und Besitz besäßen und deswegen allein führen

610 könnten. Es scheint sich doch in der Welt manches, wenn auch in abgeänderter Form, immer wieder zu wiederholen.

Wenn eine Partei für sich die Führung im Staate nur deshalb in Anspruch nimmt, weil sie im Besitze der richtigen Weltanschauung sei, die anderen Parteien aber nicht, so verträgt sich das nicht mit dem Wesen der Demokratie. Warten Sie ab, Herr Dr. Schumacher, wie die demnächstigen Wahlen ausfallen. Ergeben sie wirklich eine größere Stimmenmehrheit für die Sozialdemokratie, nun, dann gebührt Ihnen auch die Tragung der Ver[antwortung].

615 Ich habe schon gesagt: Wenn ich lediglich Parteipolitiker wäre, könnte ich mich über die Ausführungen des anerkannten Führers der SPD freuen; denn sie bieten ein ganz ausgezeichnetes Kampfmateriel gegen die SPD, aber ich bin in erster Linie Deutscher, und als Deutscher kann ich nur mit dem größten Bedauern feststellen, dass aus den offiziellen Verlautbarungen der SPD der alte preußische Geist, das rücksichtslose undemokratische Streben nach der alleinigen Macht spricht, wie es nur je das preußische Junkertum besessen hat.

620 Das, meine Damen und Herren, ist tief bedauerlich und eröffnet wenig erfreuliche Aussichten für die Zukunft unseres Volkes. Ich bitte die Sozialdemokratische Partei und ihren Führer Herrn Dr. Schumacher herzlich, zurückzukehren zu der Auffassung vom Zusammenarbeiten mit der CDU, wie [wir] sie im Herbst vorigen Jahres gehabt haben, wie sie auf der Godesberger Tagung laut wurde, wie sie auch noch, wenn auch etwas abgeschwächt, aus den politischen Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren von Dr.

625 Schumacher aus dem Herbst 1945 sprechen. Diese Richtlinien waren zwar nur für den Gebrauch der führenden Funktionäre gedacht, aber ich würde mich freuen, wenn sie der breiten Öffentlichkeit nicht vorenthalten würden. Ich wende mich nun zu dem Parteiprogramm der SPD. Ich möchte es gerne kennen lernen. Dass wir es kennen lernen möchten, ist vielleicht kein Grund für die SPD, ein Parteiprogramm zu veröffentlichen, aber das deutsche Volk hat ein Recht darauf, ein ganz klares und ganz unzweideutiges Recht. Es muss, ich betone das immer wieder, von allen Parteien wissen, was sie wollen. Alle Parteien sind es dem deutschen Volk schuldig, klar und offen und ehrlich das auszusprechen.

Wir wollen, dass für die Rechte und Pflichten der Einzelperson, für die Leitung des Staates, für die Abgrenzung seiner Rechte, für die gesamte Wirtschaft und Kultur die christlichen Grundsätze, die Grundsätze der christlichen Ethik maßgebend sein sollen. Wir gehen also ganz

635 prinzipiell nicht aus vom Interesse des Staates oder den Interessen einer einzelnen Klasse, sondern von der Freiheit und von der Würde der Einzelperson. Wovon geht die Sozialdemokratische Partei aus? Für sie ist anscheinend nach wie vor Sozialisierung der Produktionsmittel die Hauptsache. Ich bitte jeden einsichtigen Sozialdemokraten, sich doch mal in Ruhe zu überlegen, was es denn in Deutschland heutzutage zu sozialisieren gibt.

Die Sozialdemokratie will den Mittelstand, das Handwerk, die bauerlichen Schichten für sich gewinnen. Sie 640 schränkt darum ihre offiziellen Programme, die Enteignung des Grund und Bodens und aller Produktionsmittel verlangen, in ihren Reden ein. Sie gibt aber diese Programme nicht ausdrücklich preis. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die deutsche Öffentlichkeit hier Klarheit bekäme, was von den alten Parteiprogrammen aufgegeben wird und was nicht.

Ich habe noch eine weitere Frage. Herr Dr. Schumacher hat in einer Rede in Bonn erklärt, dass er aus der Schule 645 des Marxismus komme. Am 24. Februar 1946 hat in einer öffentlichen sozialdemokratischen Versammlung auf dem Burgplatz in Essen der Vorsitzende der SPD Essen, Nießwand, unter starkem Beifall der Versammlungsteilnehmer erklärt, wir sind Marxisten und Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung. Wie steht es damit? Ist die Sozialdemokratie offiziell Anhängerin der materialistischen marxistischen Geschichtsauffassung, oder gibt

sie diese preis? Herr Dr. Schumacher spricht auch wiederholt vom Klassenkampf. Hält die Sozialdemokratie am Klassenkampf fest oder nicht? Ich halte Klassenkampf mit Demokratie für nicht vereinbar. Ich bitte die Sozialdemokratie, ehe sie Entscheidungen trifft, doch sich folgendes klarzumachen: die materialistische Weltauffassung, die vor 1933 dem deutschen Arbeiter gepredigt worden ist, mit deren Hilfe man ihn aus den religiösen Bindungen losgelöst hat, hat große Schichten des Volkes erst reif gemacht für den nationalsozialistischen Gedanken der Staatsallmacht. Das ist es, worum es sich in Zukunft handeln wird: soll in Deutschland herrschen die christliche Auffassung oder soll herrschen die marxistische und materialistische Auffassung. Wenn die Sozialdemokratie jetzt die Bauern, die Handwerker, den Mittelstand gewinnen will, dann stehen ihr allerdings ihre alten Programme hindernd im Wege. Ich glaube, es wäre für die parteipolitische Situation in Deutschland gut, wenn sie Schluss machte mit diesem Programm und allem politischen Dogmatismus und sich bekannte zu einer fortschrittlichen sozialen Reformpartei.

In den oben von mir angeführten Richtlinien des Herrn Dr. Schumacher für den Gebrauch der führenden Funktionäre findet sich folgender Satz: „Die Voraussetzung für den Aufbau der neuen Ordnung ist absolut die demokratische Mittelschicht. Erfolg oder Niederlage, im besonderen des sozialdemokratischen Sektors, in dieser neuen Ordnung wird von dem Ergebnis dieser Beeinflussung der Mittelschichten abhängen.“ Dieser Satz deutet doch unzweifelhaft auf eine Weiterentwicklung der Sozialdemokratischen Partei in dem oben von mir gekennzeichneten Sinne hin, während das Heidelberger Programm ja nur die Ziele und den Kampf der Arbeiterklasse betont.

Ich kann nicht über alle Parteien sprechen; es sind schon sehr viele in Deutschland zugelassen, aber einige Worte muss ich über das Zentrum sagen. Sie werden verstehen, dass ich das mit aller Reserve tue, schon deswegen, weil ich verschiedene Aussprachen gehabt habe - mit Dr. Hamacher und mit Herrn Spieker -, Aussprachen, die, wie ich hoffe, noch fortgesetzt werden. Zweierlei will ich hier hervorheben.

Die noch lebenden Führer der alten Zentrumspartei stehen alle bei uns, der CDU. Reichskanzler Marx, Reichskanzler Brüning, Thomas Esser, unsere altbewährten rheinischen Führer Mönnig und Rings. Justizrat Carl Bachem, der verdiente Geschichtsschreiber der Zentrumspartei, der unlängst gestorben ist, hat, wie seine Frau mich autorisiert hat, zu erklären, bis zu seinem Tode für die CDU und gegen das neue Zentrum sich ausgesprochen. Das gleiche hat unser hochverdienter Freund Ruffini, der ja leider auch nicht mehr unter den Lebenden weilt, getan.

Ein zweites muss ich noch sagen. Das neue Zentrum verteilt mancherlei Flugblätter. Nach dem einen ist an uns auszusetzen, dass wir nicht genügend katholisch seien, nach den anderen ist es falsch, dass wir uns christlich nennen, das gehöre sich nicht für eine politische Partei, sie versperre dadurch denjenigen den Zutritt, die nicht auf christlichem Boden stünden.

Beide einander derartig widersprechende Richtungen im neuen Zentrum behaupten sie, stützten sich bei ihren Beanstandungen der CDU auf das Programm des alten Zentrums. Beide Richtungen weise ich hin auf die letzte programmatische Erklärung des alten Zentrums, auf die Richtlinien der Deutschen Zentrumspartei vom 19. Januar 1922. Dann heißt es:

"Die Zentrumspartei ist die christliche Volkspartei, die bewusst zur deutschen Volksgemeinschaft steht und fest entschlossen ist, die Grundsätze des Christentums in Staat und Gesellschaft, in Wirtschaft und Kultur zu verwirklichen."

Die Übersicht über politische Fragen, die ich Ihnen zu geben mich bemüht habe, würde in einem wesentlichen Punkte unvollständig sein, wenn ich nichts über das Verhältnis Deutschlands zu den Alliierten, insbesondere in unserer Zone, sagen würde. Beim Zusammenbruch des Nationalsozialismus war Deutschland ein Chaos. Hitler und seine Leute haben alles getan, um seinen Ausspruch wahrzumachen, dass Deutschland untergehen solle, wenn

690 es sich weigere, weiter mit ihm zu kämpfen. Die Aufgabe, Deutschland aus diesem Zustand wieder heraus-
zuführen, war und ist unendlich schwer. Ich habe die Überzeugung, dass die britische Militärregierung der Zone
an diese Aufgabe mit Gewissenhaftigkeit und Ernst herangeht und sich nach besten Kräften bemüht, sie zu lösen.
Ich habe weiter die Überzeugung, dass sie sich bemüht, die fürchterliche Nahrungsmittelknappheit soweit wie
irgend möglich zu lindern. Man darf aber nie vergessen, dass eine allgemeine Hungersnot auf der Erde ausbrechen
695 muss, wenn in allen Ländern eine nicht zu schätzende Zahl von Millionen durch den Krieg der friedlichen Arbeit
über sechs Jahre lang entzogen wird. Ich glaube, diese Ausführungen der Gerechtigkeit willen hier machen zu
sollen, obgleich die Besatzung bei dem Grade der Zerstörung unserer Wohnstätten eine besonders drückende Last
für uns ist. Das deutsche Volk hat trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein
nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden. Besatzung ist immer eine sehr unangenehme Sache; in
700 erster Linie natürlich für die davon Betroffenen. Aber ich könnte mir denken, dass auch die besetzende Macht
keine reine Freude an dieser Art ihrer Tätigkeit hat. Dass die Besatzung hier im Westen, wo so wenige unzerstörte
Wohnungen sind, die Bevölkerung besonders hart trifft, ist bekannt. Ich bitte alle Stellen der britischen Militär-
Regierung, uns diese Lasten möglichst erträglich zu machen.

Außenpolitik wird Deutschland vorerst nur in beschränktem Umfang treiben können. Sein Ziel muss sein, an der
friedlichen Zusammenarbeit der Völker in der Vereinigung der Nationen gleichberechtigt teilzunehmen. Die Las-
705 ten, die der verlorene Krieg Deutschland gegenüber anderen Ländern auferlegen wird, sollten so bemessen werden,
dass Deutschland sie tragen und ihnen gerecht werden kann, denn auch der Besiegte behält das Recht auf Leben
und Arbeit. Bitterste Not ohne Hoffnung ist das stärkste Hindernis jeder friedlichen Entwicklung. Auch der Sieger,
der im Besitze der Macht ist, hat nach menschlichem und göttlichem Recht Pflichten gegenüber dem Besiegten.

710 Europa ist nur möglich, wenn eine Gemeinschaft der europäischen Völker wiederhergestellt wird, in der jedes
Volk seinen unersetzlichen, unvertretbaren Beitrag zur europäischen Wirtschaft und Kultur, zum abendländischen
Denken, Dichten und Gestalten liefert. Wir hoffen, dass einmal wieder auch der deutsche Geist im Chor der Völker
seine Stimme erheben wird.

Eine deutsche Reichsgewalt existiert zur Zeit nicht mehr. Die ganze Gewalt in Deutschland ist in den Händen der
715 Alliierten. Alle deutschen Stellen und Behörden arbeiten kraft ihres Auftrages. Dass dieser Zustand möglichst bald
ein Ende haben muss, auch nach der Auffassung der Alliierten, brauche ich nicht zu betonen. Was soll werden?

Wir wollen, dass Deutschland neu entsteht. Wir wollen nicht das Bismarcksche Reich unter preußischer Führung.
Wir wollen nicht das zentralistische Deutschland des Nationalsozialismus, wir wollen nicht den deutschen Staa-
tenbund, den der der Sozialdemokratischen Partei angehörende bayerische Ministerpräsident Högnér in seiner
720 Eröffnungsrede für den bayerischen Beratenden Ausschuss verlangt hat. Wir wollen, dass ein Bundesstaat ge-
schaffen wird, ein Bundesstaat, dessen Zentralgewalt alles das bekommt, was zum Bestehen des Ganzen
vernünftigerweise nötig ist, aber auch nicht mehr als das. Wir wollen, dass die einzelnen Länder dieses Bundes-
staates weitgehend eigene Verantwortung tragen auf allen Gebieten, in denen eine zentrale Verwaltung nach dem
oben Gesagten nicht nötig ist. Das ganze Deutschland, sowohl die Zentralverwaltungen wie auch die Länderver-
725 waltungen, soll möglichst dezentralisiert werden.

Es sollen von den Gemeinden her die Menschen erfasst und zur Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten
aufgerufen werden. Die Gemeinde ist für uns die Keimzelle jedes staatlichen Lebens. In ihr üben sich die politi-
schen Kräfte, und durch sie erst erhält der Bürger das konkrete Staatsgefühl.

Ich kenne die Besorgnisse der westlichen Nachbarn Deutschlands. Ich verstehe und würdige sie nach den Erfahrungen, die sie in den letzten hundert Jahren gemacht haben, in vollem Umfange. Ich halte es für unrichtig, sie zur Beruhigung auf die heutige politische Machtverteilung in Europa hinzuweisen. Alles ist ständig im Fluss und ändert sich unter der Sonne!

Es muss eine Lösung der deutschen Frage gefunden werden, die organischer Natur und darum von Dauer ist und die unseren westlichen Nachbarn beruhigt und ihm das Gefühl von dauernder Sicherheit gibt, auf das er einen berechtigten Anspruch hat. Eine Abtrennung dieser Gebiete von Deutschland ist keine derartige Lösung.

Mit der Abtrennung allein ist es nicht getan. Wer eine solche Abtrennung vornimmt, muss sich auch die Frage vorlegen, was denn aus dem übrigen Deutschland werden soll, ob das übrige Deutschland nicht dadurch, um einen Ausspruch eines ausländischen Blattes zu gebrauchen, zu einem verwesenden Leichnam mitten in Europa wird, der genau so tödlich für dieses sein würde, wie ein siegreiches nationalsozialistisches Deutschland es gewesen wäre. - Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich war auch immer Europäer und habe als solcher gefühlt. Deshalb bin ich von jeher für eine Verständigung mit Frankreich eingetreten, und ich habe ihr in den Zwanziger Jahren bei den schwersten Krisen gegenüber der Reichsregierung das Wort geredet. Ich bin nie eingetreten für eine Abtrennung deutschen Gebietes, sondern immer nur für eine vernünftige, beiden Interessen gerecht werden- den Verständigung. Ich bin deshalb in den Zwanziger Jahren für eine organische Verflechtung der französischen, der belgischen und der deutschen Wirtschaft zur Sicherung eines dauernden Friedens eingetreten, weil parallel laufende, gleichgeschaltete wirtschaftliche Interessen das gesündeste und dauerhafteste Fundament für gute politische Beziehungen zwischen den Völkern sind und immer bleiben werden. Heute sind ganz andere Zukunftsmöglichkeiten für Westeuropa, für ganz Europa möglich als damals.

Wenn die augenblickliche internationale Spannung ohne Entladung vorüber ist - und Gott gebe es, dass sie ohne Entladung vorüber geht -, so wird der Gedanke der internationalen Zusammenarbeit der Völker, der Verurteilung kriegerischer Auseinandersetzung seine Feuerprobe bestanden haben und einen großen Schritt weitergekommen sein.

Dann muss meines Erachtens das Problem der Vereinigten Staaten von Europa unter Einschluss Deutschlands von den Vereinten Nationen in Angriff genommen werden. Die Vereinigten Staaten von Europa sind die beste, sicherste und dauerhafteste Sicherung der westlichen Nachbarn Deutschlands. Bis zur Begründung der Vereinigten Staaten von Europa lassen sich für diese Nachbarn ohne Zerstückelung Deutschlands völlig genügende Sicherungen treffen: kein Reich mehr unter preußischer Führung, kein zentralistisches Reich. Der Militarismus ist tot, wirtschaftliche Befriedigung und Beruhigung Deutschlands, Unterstützung des Prinzips der Demokratie und der Völkerverständigung in Deutschland, Verflechtung der wirtschaftlichen Interessen Deutschlands und seiner westlichen Nachbarn einschließlich derjenigen Englands.

Nun lassen Sie mich schließen mit einem Wort an meine Kölner Mitbürger. Ich darf Sie ja so nennen, wenn ich auch nicht mehr unter Ihnen wohne, bleibe ich doch Kölner. Verlieren Sie den Mut nicht. Ich weiß, wie es bei Ihnen aussieht, und trotzdem sage ich, verlieren Sie den Mut nicht: Köln wird wiedererstehen, wenn die gesamte Bürgerschaft, alle Stände, alle Schichten bei diesem Werke zusammenarbeiten. Wenn Gott es will, können Sie in den nächsten zwei Jahrzehnten alle die Pläne ausführen, die wir vor 1933 entwickelt haben: Sie können den Dom retten, ihm eine würdige Umgebung schaffen, die Stadt sich wieder lagern lassen an dem herrlichen Rund unsers Rheinstromes, indem Sie den Hauptbahnhof entfernen. Sie dürfen unter keinen Umständen zulassen, dass der Hauptbahnhof an dieser Stelle bleibt, denn sonst bleibt die Verkrüppelung dieser Stadt ewig. Sie können der Altstadt wieder den Charakter geben, den sie nie hatte verlieren dürfen, den Charakter einer schönen, mit den

770 erhabenen Werken kirchlicher und profaner mittelalterlicher Baukunst durchsetzten Wohnstadt ohne Armutsvier-
tel, ohne Hinterhäuser, durchflutet von Licht und Sonne. Sie können die Menschen aus der Steinwüste her-
ausführen, sie siedeln lassen am äußeren Grüngürtel in Gottes freier Natur. Sie können ihnen wiedergeben die
Verbundenheit mit Erde und Himmel. Es wird viel Arbeit, viel Geduld kosten, aber es wird gehen, wenn viel Liebe
dabei ist. Diese Liebe zu unserer Stadt, ihrer Vergangenheit, ihrer Geschichte, ihrer Kultur, ihrer Sprache, ihrem
775 Geiste haben wir Kölner ja alle. Darum nicht verzagen!

Wir haben früher in schönen Tagen bei schönen Festen so oft unser Köln leben lassen. Heute soll unser altüber-
kommener Ruf, der viele hundert Jahre alt ist, sein ein Ruf der Treue zu unseren Überlieferungen und ein Gelöb-
nis, Köln wiedererstehen zu lassen in seiner Schönheit und in seiner besonderen Art. Rufen Sie mit mir: Unser altes,
liebes Köln, Alaaf!

Quelle:

Adenauer, Konrad (1946): Rede in der Aula der Universität Köln. In: *Schriftenreihe der Christlich Demokrati-
schen Union des Rheinlandes*. Heft 8. Köln o. J. URL: <https://www.konrad-adenauer.de/seite/24-maerz-1946/> (zu-
letzt aufgerufen am 17. Juni 2023).

10.3 Leopold Figl (LF 1946)

Am 21. Dezember 1945 habe ich hier vor diesem Hause anlässlich der Übernahme der Regierung ein feierliches
Gelöb-
nis namens aller freigewählten Mandatare dieses Hauses und der von ihnen bestellten Regierung abgelegt
zur demokratischen Führung eines freien, unabhängigen Österreich. Meine Regierungserklärung war kurz, aber
sie ließ keinen Zweifel darüber, daß wir es ernst meinen. Die Volkspartei, die Sozialisten und die Kommunisten,
5 alle drei in der Konzentrationsregierung vereinten und gegenwärtig einzigen Parteien in Österreich, haben sich
rückhaltlos zum demokratischen Wiederaufbau unserer Heimat bekannt. Ich habe es seither vermieden, zu diesem
Gesamtproblem in diesem Hause neuerlich Stellung zu nehmen, weil die Wiederholung von Selbstverständlich-
keiten allzuleicht zu einer Phrase werden könnte. Wenn ich heute davon abgehe und zum zweiten Male nunmehr
in diesem Hause, und zwar anlässlich einer vom Herrn Präsidenten auf Grund eines außergewöhnlichen Anlasses
10 einberufenen außerordentlichen Versammlung dieses Hauses neuerlich namens aller Parteien dieses Hauses, die
in der Regierung vertreten sind, ein feierliches Bekenntnis zur demokratischen Entwicklung und zum demokrati-
schen Wiederaufbau Österreichs ablege, so ist dies kein Zufall, sondern ein neuerliches Willensbekenntnis des
österreichischen Volkes in einem Augenblicke, wo es eventuell den Eindruck haben könnte, daß sein Wiederauf-
bauwerk, das mit viel Schweiß, Opfern und Geduld der arbeitenden Bevölkerung in die Wege geleitet werden
15 mußte, gefährdet werden könnte, weil man seine Lebensfähigkeit einschränkt. Wir Österreicher wissen, daß wir
selbst die Pflicht haben, unsere Heimat wiederaufzubauen und daß wir darüber hinaus die große heilige Pflicht
haben, das Vertrauen, das die Welt durch das Befreiungswerk der alliierten Mächte in uns gesetzt hat, zu rechtfertigen, und wir wissen vor allem, daß wir uns letzten Endes doch bei aller dankenswerten Unterstützung durch die
Welt im einzelnen, im allgemeinen nur selbst helfen können. Wer in diesen letzten Monaten durch Österreich ging,
20 der konnte sehen, mit welcher zähen Verbissenheit unsere Arbeiter bei all den Schwierigkeiten, die ihnen
ernährungs-
mäßig und auch sonst wirtschaftlich aufgelastet sind, wieder daran sind, den Schutt wegzuräumen und
Neues zu schaffen. Er wird sehen, wie in Ruinen, die äußerlich kaum mehr Arbeitsstätten gleichen, wieder produ-
ziert wird, er wird sehen, wie man aus Schutt-
abfall Häuser baut, er wird sehen, wie die Bauern trotz aller

Hemmnisse unermüdlich jedes kleine Fleckchen, wo noch vor kurzem der Krieg darüberrollte und wo noch heute
25 zerschossene Panzer liegen, säuberlich rundherum bebaut und bepflanzt haben, er wird sehen, wie in den Büros
wieder Aufbaupläne für heute, morgen und übermorgen konstruiert werden, kurz, er wird sehen, daß dieses öster-
reichische Volk heute bereits wieder in seiner alten ewigen und urwüchsigen Kraft darangegangen ist, nicht nur
einen Staat, nicht nur eine Wirtschaft, nein, wieder eine neue Welt aufzubauen, eine Welt mit neuen Menschen,
mit neuen Ideen, aber mit einer alten Tradition, nämlich der großen demokratischen Tradition unseres Vaterlandes
30 Österreich.

Der österreichische Arbeiter und der österreichische Bauer, genau so wie der Handwerker, Angestellte, Lehrer,
Student und die österreichische Frau, wir alle wissen heute worum es geht. Es geht vielleicht nicht einmal so sehr
um sie selbst, nein, es geht um die Zukunft unseres Staates, es geht um die nächste Generation, die ein Bollwerk
der Demokratie in Mitteleuropa sein soll und werden muß, wenn in diesem Europa endlich Frieden sein soll. Und
35 wenn Sie heute alle verbissen an diesem Wiederaufbau mitarbeiten, dann tun Sie es vor allem wegen dieser nächs-
ten Generation, wegen Ihrer Kinder. Dazu ist freilich eine Voraussetzung notwendig, und das ist der Schutz des
Auslands, der Schutz der Weltmächte davor, daß die Lebensfähigkeit dieses Staates eventuell beschränkt und be-
schnitten werden könnte. Wir wissen schon, daß wir gegenwärtig von den Weltmächten noch viel brauchen. Wir
brauchen eine Überbrückung in der Lebensmittelfrage und wir dürfen nicht verabsäumen, gerade in diesem Au-
40 genblick der UNRRA. für ihre uneigennützig, großzügige Hilfe für Österreich den Dank des gesamten österrei-
chischen Volkes auszusprechen. Wir haben den Schutz der alliierten Mächte benötigt, um all die subversiven
Elemente, die nach dem Zusammenbruch sich immer noch in diesem Staate herumtreiben, zu entfernen und wir
danken den alliierten Mächten, daß dieses Säuberungswerk nunmehr bald völlig abgeschlossen ist. Was wir aber
nun noch als Letztes brauchen, das ist die Sicherung unserer Lebensfähigkeit, das heißt also unserer wirtschaftli-
45 chen Existenzmöglichkeit. Wir wissen, daß wir diesbezüglich nicht in Sorge zu sein brauchen, denn bereits lange
vor der Befreiung haben sich die alliierten Weltmächte in feierlicher Form für ein freies und unabhängiges Öster-
reich ausgesprochen, nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß dieses Österreich nicht nur als erster Staat der Welt
vom Nazifaschismus überfallen und vergewaltigt wurde, sondern auch im Hinblick darauf, daß dieses freie, fast
tausendjährige Österreich in seinen wesentlichsten und wertvollsten Teilen niemals in diesen sieben Jahren vor
50 dem Faschismus kapituliert hat, sondern in den KZ., in den Gefängnissen und in der Widerstandsbewegung in
unentwegter Treue an seiner demokratischen Freiheit festhielt. Wir waren dankbar, haben es aber eigentlich als
selbstverständlich gefunden, daß in der Londoner Deklaration vom 5. Jänner 1943 eindeutig festgelegt wurde, daß
sämtliche Vermögensübertragungen und Transaktionen, die sich auf wie immer geartete Güter, Rechte und Inte-
ressen in den von den Nazi besetzten oder vergewaltigten Gebieten beziehen, für null und nichtig erklärt wurden,
55 denn gerade wir Österreicher haben diese wirtschaftliche Ausplünderung als erster Staat in Europa in einem Aus-
maße kennengelernt wie kaum später ein anderer Staat. Es war für uns eine Genugtuung, in dieser Londoner De-
klaration festgestellt zu wissen, daß alle diese Plünderungen, mochte es sich nun um ganz offene Brandschatzun-
gen handeln oder auch nur um anscheinend legale Transaktionen, selbst wenn sie äußerlich mit Zustimmung des
terrorisierten Opfers durchgeführt wurden, in dieser feierlichen Erklärung von London als ungültig erklärt wurden.
60 Was war denn schließlich Österreich als Ganzes. Es war eben auch nichts anderes als ein geraubter Staat, selbst
dann, wenn er äußerlich unter dem Terror der Panzer und Maschinengewehre Hitlers die angebliche Zustimmung
des hilflosen Opfers gefunden hat.

Am 1. November 1943 sind die Regierungen der Sowjetunion, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten darin
übereingekommen, daß Österreich das erste freie Land, das der hitlerischen Aggression zum Opfer gefallen ist,

65 von der Nazi Herrschaft befreit werden muß. Diesem Übereinkommen ist das französische Befreiungskomitee am 18. November 1943 vollinhaltlich beigetreten. Alle alliierten Staaten haben erklärt, daß sie den sogenannten Anschluß Österreichs vom 13. März 1938, der diesem Lande von Deutschland aufgezwungen war, als null und nichtig betrachten, was die überwiegende Mehrheit des österreichischen Volkes, die vom ersten Tag der Vergewaltigung Österreichs an diesen Standpunkt vertreten hat, damals zum erstenmal wieder aufatmen ließ. Das österreichische Volk wird diesen eindeutigen Beschluß, der gewissermaßen die Geburtsstunde des neuen Österreichs bedeutete, niemals in seiner Geschichte vergessen. In dieser Moskauer Deklaration heißt es dann weiter, daß ein freies, unabhängiges Österreich wiederhergestellt werden und dem österreichischen Volk selbst ebenso wie anderen benachbarten Staaten, vor denen ähnliche Probleme stehen werden, die Möglichkeit gegeben werden muß, diejenige politische und wirtschaftliche Sicherheit zu finden, die die einzige Grundlage eines dauerhaften Friedens ist.

70

75 Damit bin ich jetzt beim Kernproblem angelangt. Es handelt sich für unser neues Österreich darum, die politische Sicherheit für seine Existenz zu untermauern. Die Voraussetzung dafür ist die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz, wie es bereits in der Moskauer Deklaration festgelegt ist. Ich möchte bei dieser Gelegenheit feststellen, daß die Besatzungsmächte sich bemüht haben, um diese wirtschaftliche Sicherheit des österreichischen Volkes in entsprechender Form zu fördern. Wenn es hie und da zu Differenzen kam, so waren dies meist nur fallweise Alltagsprobleme, die sich selbstverständlicherweise immer wieder aus der Tatsache des nicht ganz einfachen wirtschaftlichen Verkehrs zwischen Besatzungsmacht und besetztem Staate ergeben. In den letzten Tagen ist nun ein Ereignis eingetreten, das über den Rahmen dieses an sich notwendigen ständigen Ausgleichs zwischen diesen beiden Gruppen auch in materieller Hinsicht weit hinausgeht und in das Gefüge der Gesamtwirtschaft Österreichs nicht nur für heute, sondern auch für die Zukunft eingreift. Wenn ich darum heute namens der gesamten Regierung

80

85 offiziell zu dem letzten Befehl des Herrn Oberkommandierenden der russischen Besatzungsmacht in Österreich Stellung nehme, so tue ich dies in vollem Bewußtsein meiner Verantwortung gegenüber der gesamten Bevölkerung Österreichs. Es gibt gewisse Grenzen, innerhalb deren keine Regierung das Recht hat Verpflichtungen für das gesamte Volk zu übernehmen. Ich bin mir dieser Grenzen genau bewußt und ich weiß darum auch genau, daß ich heute nicht namens einer Partei, auch nicht namens der Regierung, sondern namens des gesamten österreichischen Volkes sprechen kann, wenn ich verlange, daß die zur Debatte stehende Streitfrage zwischen der österreichischen Regierung und einer bestimmten Besatzungsmacht so rasch wie möglich geklärt werden muß.

90

Der Befehl des Herrn russischen Oberkommandierenden stützt sich auf die Potsdamer Beschlüsse. Ich stelle fest, daß der österreichischen Regierung bis heute der Wortlaut der Potsdamer Beschlüsse offiziell nicht notifiziert wurde. Wir sind also nur in der Lage, aus Zwischenquellen, aus Pressemitteilungen und dergleichen unsere Kenntnisse über den meritorischen Inhalt dieser Beschlüsse zu schöpfen. Daraus geht hervor, daß die alliierten Mächte grundsätzlich berechtigt sind, zugunsten ihrer Reparationsforderungen gegen Deutschland das deutsche Eigentum auch in Österreich heranzuziehen. Selbst wenn aber nun wir uns in dieser Auffassung in einem Irrtum befänden, dann müßte vorerst einmal grundsätzlich der Begriff „Deutsches Eigentum“ eindeutig geklärt werden. Nach Ansicht der österreichischen Regierung kann als solches Eigentum in Österreich nur angesehen werden, was rechtmäßig bereits vor 1938 erworben wurde. Alles jene deutsche Eigentum, das durch Manipulationen irgend welcher Art nach 1938, und sei es selbst unter erzwungener Zustimmung des betreffenden früheren österreichischen Eigentümers, vor allem aber auch alles jenes Eigentums, das österreichisches Staatsgut war, und jenes Eigentums, das zwangsweise auf Grund politischer oder sonstiger Einflußnahmen der deutschen Besatzungsbehörden dem rechtmäßigen österreichischen Besitzer enteignet wurde, selbst dann, wenn der Anschein der Rechtmäßigkeit der

100

105 Erwerbung gewahrt wurde, all das kann selbstverständlich niemals als sogenanntes deutsches Eigentum unter den Begriff des Teiles IV (deutsches Eigentum) der Potsdamer Beschlüsse fallen. Daran ändert auch nichts die Tatsache, daß im Laufe der deutschen Besetzung in Österreich — und die sieben Jahre Nazi Herrschaft in Österreich waren nichts anderes als eine deutsche Besetzung, daran halten wir grundsätzlich fest — in verschiedenen Industrien und Großbetrieben unter deutscher Führung Investitionen gemacht wurden, denn alle diese Investitionen wurden im wesentlichen mit österreichischen Arbeitern, mit österreichischem Material und sogar meist mit österreichischem Kapital und Steuergeld und auf österreichischem Grund und Boden durchgeführt. Schon nach den Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Rechtes gelten Vermögensübertragungen derart, wie sie in der Nazizeit sowohl hinsichtlich des Staats- wie auch des Privateigentums durchgeführt wurden, ab initio null und nichtig, ein Grundsatz, dem sich ja, wie ich bereits sagte, die Londoner Konferenz vom 5. Jänner 1943 über zwangsweise Vermögensübertragungen auf vom Feinde besetzten Gebieten eindeutig angeschlossen hat. Es ist also — ich stelle hiermit ausdrücklich fest, daß wir das Recht der Sowjetunion auf Grund der Potsdamer Beschlüsse in keiner Weise bestreiten wollen — festzustellen: was ist reichsdeutsches Eigentum.

Auf Grund unserer Rechtsauffassung in Österreich verstehen wir unter reichsdeutschem Eigentum jene Liegenschaften, die rechtliches Eigentum physischer reichsdeutscher Angehöriger sind oder durch solche Angehörige unter der Kontrolle juristischer Personen stehen, soweit sie nicht erst nach dem März 1938 durch irgend welche Manipulationen seitens des Staates, seitens irgend welcher Behörden oder auch sozusagen freiwillig, das heißt unter dem Zwang der Knute des Hitler-Terrors in reichsdeutsches Eigentum übergegangen sind. Praktisch bedeutet dies also, daß wir nur jenes deutsche Eigentum als solches anerkennen, das bereits vor dem März 1938 in den Besitz von deutschen Staatsbürgern übergegangen ist, denn alles, was nachher an Vermögensübertragungen, an Beschlagnahme, an Enteignungen und an sonstigen Verfügungen hinsichtlich des österreichischen Eigentums vorging, mußte in jedem einzelnen Falle darauf genauestens untersucht werden, ob dieses angebliche Eigentum von seinen neuen deutschen Eigentümern rechtmäßig erworben ist oder nicht. Soweit uns die Potsdamer Beschlüsse bekannt sind, wissen wir, daß unrechtmäßig durch Deutsche erworbener Besitz in Österreich nicht der Beschlagnahme auf Grund der Potsdamer Beschlüsse unterliegt, da diese Güter wieder ipso jure an ihren ursprünglichen Eigentümer, also an den Österreicher oder den Angehörigen der Vereinten Nationen oder an die Neutralen zurückfallen. Wenn nun insoweit der derzeit depositierte Eigentümer seinerzeit für die erzwungenen Vermögensübertragungen ein Entgelt erhielt, mußte wohl theoretisch dieses Entgelt dem deutschen Erwerber zufließen, wogegen freilich, und dies ist der Standpunkt der österreichischen Regierung, die Höhe der Anspruchsrechte Österreichs gegen Deutschland zur Deckung seiner eigenen Refundierungsansprüche spricht. Man darf nicht vergessen, als Österreich vergewaltigt wurde, da waren wir ein zu unserer territorialen Größe verhältnismäßig reiches Land, aber es wurde nicht nur unser Goldbestand, sondern es wurden auch unsere Naturschätze und unsere Lebensmittel in weitestem Maße geplündert. Die österreichische Regierung denkt nicht daran, ihre Ansprüche aus diesem Titel an das sogenannte Reich aufzugeben, sondern wir werden zur gegebenen Zeit auch damit vor die Öffentlichkeit treten, denn alles, was uns damals gestohlen wurde, war in zwanzigjähriger Arbeit von österreichischen Arbeitern, Bauern und Bürgern unter großen Schwierigkeiten und Nöten erarbeitet worden.

Was nun unsere unmittelbare Stellungnahme zu der Forderung des Obersten Befehlshabers der russischen Besatzungsmacht anlangt, darf ich folgendes sagen: Seitdem der Text der Potsdamer Beschlüsse, wenn auch nur inoffiziell, bekanntgeworden war, hatte die provisorische Staatsregierung und später die Bundesregierung sich bemüht, Klarheit über den Begriff „Deutsches Eigentum“ zu schaffen. Im wesentlichen hat hierbei die Bundesregierung sich an folgende Grundsätze für die Klärung der Frage, was deutsches Eigentum in Österreich ist, gehalten:

1. Alle erst während der deutschen Besetzung unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung Österreichs durch das Deutsche Reich erfolgten Vermögensübertragungen sind null und nichtig, weshalb solche Vermögen nicht als deutsches Eigentum im Sinne der Potsdamer Beschlüsse anerkannt werden können.
- 150 2. Von jenen Vermögenswerten, die schon vor dem März 1938 im deutschen Eigentum gestanden sind, müssen im Sinne der Moskauer Deklaration Österreich so viele Vermögenswerte überlassen bleiben, als es zur Wiederaufrichtung und Führung seiner Friedenswirtschaft benötigt.
3. Aber auch bei den während der Besatzungszeit Österreichs neu entstandenen sogenannten deutschen Vermögenswerten muß berücksichtigt werden, daß diese zum überwiegenden Teile aus in Österreich
155 aufgebrachtem Kapital, bzw. aus in Österreich aufgebrachten Steuermitteln, mit österreichischen Rohstoffen und österreichischen Arbeitskräften geschaffen wurden. Außerdem muß auch ein Teil dieser Vermögensschaften Österreich als Ersatz für zerstörte Objekte erhalten bleiben, um im gewissen Produktionszweigen eine Deckung des Friedensbedarfes in Österreich zu ermöglichen.
4. Nach den Potsdamer Beschlüssen kann als deutsches Eigentum nur angesehen werden, was sich physisch
160 in den einzelnen Zonen befindet.
5. Aus demselben Grunde können Kredit- und Versicherungsgesellschaften nicht als deutsches Eigentum im Sinne der Potsdamer Beschlüsse angesehen werden, da ja das Recht zur Beschlagnahme von der physischen Lage des der Beschlagnahme unterworfenen Vermögenswertes abhängt und eine solche Lokalisierung sich bei den genannten Instituten von selbst verbietet. Überdies gehören, wirtschaftlich gesehen,,
165 Kreditinstitute viel weniger den deutschen Aktionären als den österreichischen Einlegern und Versicherten. Diese Grundsätze hat die Bundesregierung bei jeder sich bietenden Gelegenheit vertreten und auch im Jänner 1. J. in einem offiziellen Memorandum, das dem Alliierten Rat für Österreich überreicht wurde, ausführlich niedergelegt.

Unter diesen Umständen drängt sich die Frage auf:

- 170 Was hätte es denn für einen Sinn, einerseits im Sinne der Londoner Erklärung unter Druck vorgenommene Vermögensübertragungen für null und nichtig zu erklären, andererseits aber, die auf diese Weise der österreichischen Volkswirtschaft wiedergegebenen Vermögenswerte dieser neuerdings zu entziehen? Und ich frage weiter: „Was hätte die Moskauer Erklärung der Großmächte überhaupt für einen Sinn, wenn man zwar auf der einen Seite ein freies, unabhängiges Österreich wieder herstellen will, um ihm auf der anderen Seite die Möglichkeiten zu
175 nehmen, deren es als dauernde Grundlage einer selbständigen Wirtschaft bedarf?“

Auch später blieb die Bundesregierung weiterhin bemüht, die Anerkennung dieses Standpunktes im Verhandlungswege zu erreichen.

- Zuletzt hat die Bundesregierung in einem konkreten Fall, nämlich anlässlich der Beschlagnahme der DDSG. durch die UdSSR., den sowjetischen Militärbehörden vorgeschlagen, die Frage der Auslegung des Begriffes des deutschen Eigentums durch direkte Verhandlungen zu klären. Dieser Vorschlag wurde von russischer Seite angenommen. Die Verhandlungen finden seit Mitte Mai statt und schreiten befriedigend fort.
- 180

- Die Erklärung des Stellvertreters des Oberbefehlshabers der sowjetischen Besatzungstruppen in Österreich, Generalmajor Zinjows einem Vertreter der TASS.-Korrespondenz gegenüber, scheint nicht den Kern der Sache zu treffen. Auf die Frage, was im Sinne der Potsdamer Erklärung als deutsche Vermögenswerte in Österreich anzusehen wäre, lautete die Antwort:
- 185

1. „Alle Vermögenswerte auf österreichischem Boden, die deutschen physischen oder juristischen Personen bis zum Jahre 1938 gehört haben.“ Diese Auffassung steht jener der Bundesregierung entgegen, wonach auch unbestreitbar deutsches Eigentum dann nicht beschlagnahmt werden soll, wenn es für die österreichische Friedenswirtschaft unentbehrlich ist.

190 2. Werden von Generalmajor Zinjow als deutsches Eigentum alle jene Vermögenswerte bezeichnet, die während der Besetzung Österreichs von den Deutschen geschaffen wurden. Auch dieser Auffassung kann die Bundesregierung aus den bereits angeführten Gründen nicht voll und ganz beipflichten, denn das meiste, was die Deutschen während ihrer Besetzung in Österreich geschaffen haben, ist wirtschaftlich auf die Rechnung Österreichs zu setzen.

195 3. „Vermögenswerte, die von Deutschen in Österreich nach 1938 gekauft wurden, wenn ihre früheren Besitzer beim Kauf und Verkauf den Preis erhielten, der dem Wert des entsprechenden Vermögens entspricht.“ Auch diese Antwort übersieht die nach der Besetzung in Österreich herrschenden Zustände.

Die deutschen Behörden haben sofort nach der Besetzung die auf Gold beruhende, im Ausland vollwertige Schillingwährung durch ihre Papiermarkwährung ersetzt, die im Auslande zu den offiziellen Kursen überhaupt nicht
200 anzubringen war. Überdies wurde von Berlin ein höchst ungünstiger Umrechnungskurs diktiert. Die deutsche Besetzung gab daher das Signal zur Flucht in Sachwerte. Freiwillige Verkäufe größerer Anlagen fanden damals auch zwischen Österreichern so gut wie nicht mehr statt, und wäre es auch nur, weil die Verkäufer nie wußten, was sie mit den Papiermarks anfangen sollten. Die Unlust zu Verkäufen wurde noch durch die Stopp-Preise erhöht, die im wahren Mißverhältnisse zum inneren Werte der verkauften Anlagen bestand. Trotz Vorliegens eines äußerlich in
205 Ordnung erscheinenden Kaufvertrages fehlt den meisten dieser Verträge die wahre Einwilligung zum Verkaufe. Sehr richtig heißt es daher in der obgenannten Londoner Erklärung, daß auch „Anscheinend legale Transaktionen, sogar wenn sie äußerlich mit Zustimmung des Opfers durchgeführt worden sind, null und nichtig“ sein müssen.

Es ist absolut richtig und ich stelle dies ausdrücklich namens der österreichischen Regierung fest, daß jede alliierte Macht das Recht hat, dasjenige echte deutsche Eigentum, das in ihrer Besatzungszone liegt, zu beschlagnahmen.

210 Es ist also selbstverständlich, daß auch die russische Besatzungsmacht das Recht hat, in ihrer Besatzungszone echtes deutsches Eigentum für sich in Anspruch zu nehmen. Nach den Bestimmungen des Potsdamer Abkommens steht anscheinend der Besatzungsmacht nicht das Recht zu, Eigentum, das sich de facto außerhalb dieser Besatzungszone befindet, im Wege der Übernahme von geschriebenen Besitztiteln für sich in Anspruch zu nehmen.

Daraus allein ergibt sich schon, daß eine ganze Reihe von Institutionen, deren wirtschaftliche Tätigkeit über den Bereich einer territorialen Besatzungszone hinausreicht, wo also die physische Lage des Eigentums ungeklärt ist, überhaupt nicht in den Bereich von Maßnahmen einer einzelnen Besatzungsmacht gezogen werden können. Wenn ich hier ein Beispiel sagen darf, so bin ich der Meinung, daß dies bei Banken und Sparkassen, Versicherungsgesellschaften und überhaupt bei allen jenen Unternehmungen zutrifft, deren wirtschaftliche Auswirkung über den Rahmen der Zone einer einzigen Besatzungsmacht hinausreicht. Schließlich darf ich noch zum Schluß hier in

215 diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß in der Pariser Reparationskonferenz im Dezember 1945 in Auslegung der Potsdamer Beschlüsse festgelegt wurde, daß der frühere Inhaber eines Unternehmens, in unserem Falle also der österreichische Besitzer, nur zu beweisen brauche, daß der bezügliche Besitz oder die bezüglichen Güter vor der Befreiung sein persönliches Eigentum waren. Der neue Inhaber dagegen, also der von der Besatzungsmacht eingesetzte, hat zu beweisen, daß der Besitz oder die betreffenden Güter durch einen regulären Kontrakt erworben

225 wurden, das heißt also praktisch, daß bis zu der Vorlage dieses Beweises der alte österreichische Besitzer als der rechtmäßige Eigentümer anzusehen ist.

Und nun darf ich zum Schluß noch eines sagen. Dank des Alliierten Rates und der Herren Oberkommandierenden der alliierten Mächte in Wien, denen ich bei dieser ersten offiziellen Gelegenheit, die sich mir bietet, namens der österreichischen Regierung auch offiziell danken möchte, ist das neue freie und unabhängige Österreich wieder
 230 um ein ganz gewaltiges Stück im Kampfe um seine endgültige Souveränität weitergeelangt. Das neue Kontrollabkommen für Österreich, das in diesen Tagen abgeschlossen wurde, ist ein ganz neuer und großer Fortschritt Österreichs in seine endgültige Freiheit. Ich fühle mich verpflichtet, gerade heute den alliierten Mächten für diesen neuen Vertrauensbeweis für das österreichische Volk zu danken. Ich weiß, daß die alliierten Mächte, genau so wie wir, die österreichische Regierung und die freigewählten Vertreter des österreichischen Volkes hier in diesem
 235 Hause wissen, daß uns dieser Vertrauensbeweis neue Verpflichtungen auferlegt, Verpflichtungen, die darauf gegründet sind, daß wir selbst mitarbeiten an dem neuen Aufbau und der Existenzmöglichkeit unseres Vaterlandes. Wir wollen dies auch und wir werden dies auch tun. Gerade das Kontrollabkommen gibt uns hiezu weitgehende Möglichkeit, denn es schreibt zum Beispiel im Artikel 1 b, daß bezüglich der Frage des deutschen Eigentums (Artikel 5) weder die österreichische Regierung noch irgend eine untergeordnete Behörde ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Alliierten Kommission Maßnahmen ergreifen darf.
 240 Angesichts der Tatsache, daß für einen politisch und wirtschaftlich unabhängigen Staat entsprechende wirtschaftliche Grundlagen vorhanden sein müssen; angesichts der Tatsache, daß die Londoner Deklaration besagt, daß alle unter Besatzungsdruck vorgenommenen Vermögensübertragungen als null und nichtig anzusehen sind; angesichts des erwähnten Kontrollabkommens, und schließlich angesichts der wiederholten Bemühungen der österreichischen Bundesregierung, im Verhandlungswege eine Klarstellung des Begriffes deutsches Eigentum in einer für
 245 ein freies und unabhängiges Österreich tragbaren Form zu finden, glaubt die Bundesregierung, von sich aus alles getan zu haben, um diese Frage einer dem Wiederaufbau Österreichs gewährleistenden Regelung zu unterziehen und nichts außer acht gelassen zu haben, was diesem Ziele dienlich sein könnte. Die Bundesregierung bittet daher das Hohe Haus, die Haltung der Bundesregierung in dieser Frage zu billigen und der von ihr zum Ausdruck gebrachten Rechtsauffassung beizupflichten.
 250 Eines möchte ich hier eindeutig feststellen. Österreichs Regierung hat sich ehrlich und aufrichtig bemüht, wieder die Grundmauern zu schaffen für den Neuaufbau dieses Staates. Wir wissen genau, daß wir erst am Anfang sind und daß wir noch vieles leisten müssen. Wir wollen es gerne und mit Freude tun, und zwar nicht allein in unserem eigenen Interesse, nein, wir werden und wollen es tun im Interesse der Befriedung Mitteleuropas und damit ganz Europas. Die Voraussetzung hierfür ist, daß man uns den Hammer, die Schaufel und die Pflugschar nicht wegnimmt, und das ist das einzige, um das wir die alliierten Mächte bitten, das heißt also, wir bitten um nichts anderes als um das eine: Laßt uns Österreicher arbeiten.

Quelle:

Figl, Leopold (1946): Erklärung zum Wiederaufbau Österreichs. In: Figl, Leopold (1947): Laßt uns Österreicher arbeiten!. Wien: Österreichischer Verlag (Politische Zeitprobleme, Heft 7), 1–12.

10.4 Franz Vranitzky (FV 1991)

Bundeskanzler Dr. **Vranitzky**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! "Erst der Völkerfrühling – und nun der Bürgerkrieg?" Mit diesen Worten beginnt der Leitartikel der letzten Nummer der Zeitschrift "Die Zeit", und der Verfasser Robert Leicht knüpft daran die Überlegung – ich zitiere –: "Das jedenfalls

scheint die bittere Paradoxie des Wandels zu sein, der sich seit dem Ende der achtziger Jahre im Osten und Südosten Europas vollzieht: Nicht eitel Friede folgt der Freiheit, dem Zusammenbruch des Kommunismus, sondern oft genug nur neue Spannung und alter Streit. Die blutigen Kämpfe in Jugoslawien – werden sie zum Vorschein einer Völkerdämmerung im Osten?" – Ende dieses Zitats.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das ist eine sehr pessimistische Einschätzung, die ich nicht uneingeschränkt teilen kann, denn wir müssen auch an die Weiterentwicklung der Menschen und an die Möglichkeit des friedlichen Wandels glauben. Trotz dieser Einschränkung ist es aber offensichtlich, daß mit dem Zusammenbruch der totalitären Regime, daß mit dem wiedererlangten Recht auf freie Meinungsäußerung und demokratische Willensbildung neue politische Kräfte und Ziele auf den Plan gerufen wurden, deren Auseinandersetzung mit den Kräften des Beharrens und des unveränderten Status quo nicht völlig harmonisch und ruhig abgehen kann.

Wir waren uns in Österreich seit langem bewußt, daß in unserem südöstlichen Nachbarstaat Jugoslawien ein so tiefgehender Veränderungsprozeß in Gang gekommen ist, daß damit gerechnet werden mußte, daß er nicht zur Gänze reibungs- und konfliktfrei verlaufen würde. Ich selbst habe seit mehreren Jahren nahezu jedes Gespräch auf internationaler Ebene dazu benützt, auf die Besonderheiten der Lage in Jugoslawien und die Schwierigkeiten, die sich dort der wirtschaftlichen und politischen Umstrukturierung entgegenstellen, aufmerksam zu machen. Ich habe allerdings – auch das muß offen gesagt werden – nicht immer und nicht überall ein besonders ausgeprägtes Interesse für diese Probleme vorgefunden.

Ich brauche gerade Ihnen, meine Damen und Herren wohl die Besonderheit der jugoslawischen Problemstellung nicht vor Augen zu führen – die enge Verknüpfung von ethnischen Fragen, wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftspolitischen Ungleichgewichten, Spannungen und inneren Konflikten, die zum Teil eine sehr lange Geschichte haben, bis hin zu sehr unterschiedlichen Vorstellungen über die Gestaltung und Orientierung der eigenen Zukunft.

Gerade angesichts der Vernetzung dieser Fragen war uns immer bewußt, daß es darauf keine einfachen Antworten geben kann. Die Bundesregierung hat hier eine sehr korrekte und geradlinige Position eingenommen: Sie hat den Gesprächskontakt zu allen gepflegt, die daran interessiert waren, und das galt sowohl für die Vertreter der Zentralregierung als auch für die Vertreter der einzelnen Republiken.

Ebenso ist die österreichische Bundesregierung immer und mit Nachdruck dafür eingetreten, daß eine Lösung nur im friedlichen Dialog, mit der inneren Bereitschaft zur Verständigung und mit Respekt für Demokratie und Menschenrechte gefunden werden kann.

Dieses Bemühen um gewaltlose politische Lösungen und der konsequente Versuch, möglichst viele Politiker in unserem Nachbarland für den Weg der Verhandlungen und des Gewaltverzichts zu gewinnen, haben die Handlungen der Bundesregierung bestimmt. Es gab und gibt hier keine andere Motivation, als in diesem Sinn hilfreich zu sein.

Ich betone dies deshalb, weil gerade in den letzten Tagen Spekulationen laut geworden sind, Österreich versuche hier eine nostalgische Wiederbelebung von längst Vergangenenem. Das gilt es rasch und mit allem Nachdruck zu widerlegen.

Die Ereignisse der letzten Tage, während derer der Dialog durch den Einsatz militärischer Gewalt ersetzt wurde, bestätigen die Richtigkeit dieser Haltung. Abgesehen von den Verlusten an Menschenleben und von den vielen menschlichen Tragödien, denen unser aufrichtiges Mitgefühl gilt, abgesehen von der sinnlosen Zerstörung, ist damit hoffentlich jedermann klargeworden, daß der Einsatz von Gewalt keine Lösung der Probleme bringt, ja im

45 Gegenteil, sie noch weiter verschärft und die Fronten verhärtet. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Am Ende dieses Jahrhunderts, nach all den Erschütterungen und Erfahrungen dieses Jahrhunderts, nach all der Aufbauarbeit, die im Sinne von Frieden und Sicherheit geleistet wurde, ist in Europa der Einsatz militärischer Gewalt zur Lösung politischer Probleme völlig unakzeptabel – und das kann nicht oft genug gesagt werden. *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

50 Hohes Haus! Auch angesichts der militärischen Eskalation hat die Bundesregierung rasch und – wie ich meine – richtig gehandelt. Es wurden mit der Entsendung des Bundesheers an die Grenze die notwendigen Schritte zur Sicherung des österreichischen Staatsgebiets und zur Beruhigung der Situation im Grenzbereich ergriffen. Ich möchte diese Gelegenheit auch gerne dazu benützen, all den Angehörigen des Bundesheers, die heute dort ihren Dienst tun, öffentlich zu danken *(Beifall bei SPÖ, ÖVP und FPÖ)* und ihnen zu sagen: Wir sind stolz auf euch, ihr
55 habt euch in einer schwierigen und manchmal sehr unklaren Situation bewährt, immer mit Augenmaß und korrekt gehandelt und im wahrsten Sinn des Wortes vertrauens- und sicherheitsbildend gewirkt! *(Beifall bei SPÖ und ÖVP.)*

Auch auf der diplomatischen und politischen Ebene wurden sofort die notwendigen Schritte eingeleitet, und ich meine, daß die – hoffentlich nicht nur temporäre – Beruhigung zumindest zu einem guten Teil auch ein Erfolg der
60 österreichischen Bemühungen ist. Durch Aktivierung aller zur Verfügung stehenden Kontakte ist es doch gelungen, die Militäraktion zum Stillstand zu bringen und die Möglichkeiten, die uns heute durch die EG und die KSZE zur Streitschlichtung zur Verfügung stehen, rasch in Gang zu setzen.

Nun sind die Auseinandersetzungen wieder dort, wo sie hingehören, nämlich auf der politischen Ebene, und wir müssen alles daransetzen, durch unser eigenes Engagement und durch das Engagement Europas sie auf dieser
65 Ebene zu halten. Ein Wiederaufflammen der Kampfhandlungen wäre sonst vielleicht wirklich der Auftakt zu einem Inferno, das dann durch die Kräfte der Politik nicht mehr kontrolliert werden kann.

Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jugoslawien und Österreich haben in den letzten 45 Jahren als gute Nachbarn und Freunde miteinander gelebt. Hier gibt es nicht nur enge politische und wirtschaftliche Verbindungen, hier gibt es vor allem viele menschliche Verbindungen, die der Zement dieser Freundschaft sind. Wir
70 können und wir werden diesen unseren Nachbarn nicht das Endergebnis ihrer Umgestaltung vorschreiben. Mit Fug und Recht können wir uns aber in ihrem, in unserem und in einem gesamteuropäischen Interesse für einen Weg einsetzen, den sie gehen sollen – nämlich den Weg des Dialogs, der Verständigung und der Gewaltfreiheit. Jedes Endergebnis, das mit diesen Mitteln erreicht wird, werden wir, wird Europa zu respektieren haben.

Gerade jetzt gilt es auch, über den Emotionen des Augenblicks nicht die Perspektive für die Zukunft aus den
75 Augen zu verlieren. Wir selbst mögen uns verändern, aber die Geographie ändert sich nicht, und wir werden auch weiterhin in diesem kleinen zentraleuropäischen Raum eng miteinander zusammenleben müssen, als Nachbarn und als Freunde. Hier dürfen keine Gräben aufgerissen werden, die vielleicht nur mit Mühe oder gar nicht mehr zugeschüttet werden können.

Ich sage das auch an unsere eigene Adresse: Auch wir müssen uns vor allzu raschen, allzu spontanen, allzu plakativen Äußerungen oder Positionierungen hüten. Dazu sind die Probleme zu groß und zu ernst. Unsere freundschaftlichen Beziehungen zu Jugoslawien richten sich an alle 22 Millionen Menschen, die in diesem Staat leben, gleichgültig, welcher ethnischen Gruppe, welcher Religion, welcher inneren Organisationseinheit sie zuzurechnen
80

sind. Sie alle sind Teil dieses Europas, sie alle müssen wir verstehen oder zumindest verstehen lernen in ihren Sorgen und Anliegen, sie alle haben das Recht auf eine europäische Perspektive für ihre Zukunft.

85 Darüber hinaus muß man sich aber bewußt sein, daß hinter der Problematik, die sich heute mit den Souveränitätsansprüchen Sloweniens und Kroatiens stellt, die viel tiefere und in ihren Konsequenzen weitergehende Frage der Zukunft der Vielvölkerstaaten in Europa und des Zusammenlebens von verschiedenen Völkern und Volksgruppen in einem engen Raum steht. Aus der bewegten Geschichte unseres Kontinents wissen wir, daß es hier keine einfachen Lösungen geben kann. Schließlich findet sich ja kaum ein Staat in Europa, der nicht mit dem Problem konfrontiert ist, daß auf seinem Staatsgebiet auch Angehörige eines anderen Volkes leben.

90 Gerade deshalb ist hier mit Behutsamkeit und Weitblick vorzugehen. Die Versuchung der Aus- und Abgrenzung aufgrund nationaler und ethnischer Kriterien liegt oft sehr nahe. Es gibt auch genügend Staaten oder geographische Bereiche in Europa, wo eine Entwirrung eines historisch gewachsenen Bevölkerungsgemischs nach diesen Kriterien überhaupt nicht möglich wäre, ohne gleichzeitig das Risiko heftigster Auseinandersetzungen, großer Flüchtlings- und Wanderungsbewegungen und aller damit verbundenen menschlichen Tragödien einzugehen.

In einem auf Integration, auf immer stärkeres Zusammenwachsen, auf Kooperation, Frieden und Sicherheit orientierten Europa muß es daher auch möglich sein, andere Lösungen zu finden, nämlich ein friedliches Zusammenleben auf der Grundlage von Toleranz, demokratischer Willensbildung und Rechtsstaatlichkeit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die innerösterreichische Diskussion wurde in den letzten Tagen weitgehend von der Frage bestimmt, ob Österreich Slowenien als eigenen Staat anerkennen soll oder nicht. Wie Sie wissen, hat sich die Bundesregierung diesen Schritt als eine Option unter bestimmten Bedingungen offengehalten. Ich meine aber, daß auch dazu einige klärende Worte angebracht sind. Die völkerrechtliche Problematik ist wohl jedem bestens bekannt. Ich will daher diesen Aspekt gar nicht mehr behandeln, sondern auf zwei Gesichtspunkte eingehen, die bisher entweder überhaupt nicht oder ungenügend diskutiert worden sind:

105 Erstens: Ich verkenne durchaus nicht die in erster Linie psychologische Wirkung, die eine solche Maßnahme für die Slowenen haben würde. Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein, daß wir es nach einem Anerkennungsschritt dann nicht mehr mit einer inneren Auseinandersetzung in Jugoslawien, sondern mit einem Konflikt zwischen zwei Staaten zu tun hätten, in dem Österreich als neutraler Staat zur striktesten Anwendung des Neutralitätsrechts und der Neutralitätspolitik verhalten wäre. Das heißt, daß unser Handlungsspielraum damit nicht notwendigerweise erweitert wäre. Das ist jedenfalls im Hinblick auf unsere Vermittlungsrolle ernsthaft mit zu bedenken, damit hier keine Unklarheiten oder Illusionen im Raum stehenbleiben.

110 Zweitens: Man muß sich auch darüber im klaren sein, daß mit der Anerkennung durch Österreich allein weder die inneren Probleme noch die internationalen Probleme gelöst wären. Ein Beispiel: Die Westsahara ist bisher von an die 70 Staaten international als selbständiger Staat anerkannt worden. Weder an der politischen Problematik noch an der internationalen Situation dieses Staates hat sich damit etwas Wesentliches geändert. Wichtig ist es, eine politische Lösung zu finden, soweit als nur irgendwie möglich in einem europäischen Konsens zu agieren und damit die notwendigen Schritte zu erleichtern. Davon wird sich auch die österreichische Bundesregierung in allen weiteren Überlegungen in erster Linie leiten lassen.

115 Hohes Haus! Ich bin überzeugt davon, daß wir alle gelernt haben und darin übereinstimmen, daß man die Probleme Jugoslawiens, aber auch anderer Staaten in diesem Raum, in dem wir leben, nicht verstehen kann, ohne auch die Geschichte dieses Raumes zu kennen und sich damit sorgfältig und ehrlich auseinanderzusetzen. Dies gilt selbstverständlich auch für Österreich. Wenn Österreich in all diesen dramatischen und aktuellen Fragen als Gesprächspartner ernst genommen werden will, wenn wir haben wollen, daß unsere Diskussionsbeiträge zu den Problemen

in Mitteleuropa als sachgerecht und mit moralischer Autorität ausgestattet betrachtet werden, dann müssen wir
125 auch in der Bewertung unserer eigenen Geschichte die strengsten Maßstäbe anlegen und dürfen von einer klaren
nicht zurückschrecken. (*Beifall bei SPO, ÖVP und den Grünen sowie Beifall der Abg. Dr. Heide Schmidt.*)

Wir erleben heute den Anbruch einer neuen Ära in Europa, eine einzigartige Zäsur zwischen dem, was dieser
Kontinent noch gestern war, und dem, was er von nun an werden kann. Damit meine ich nicht nur das Ende der
Konfrontation zwischen Ost und West, das Ende der Mauern und Stacheldrahtzäune. Es ist auch das Ende der
130 letzten Diktaturen auf diesem Kontinent, die Überwindung auch des letzten Erbes einer Vergangenheit, in der so
viel Unheil über die Völker Europas gebracht worden ist. Europa setzt neue Maßstäbe für sich selbst. Es sind die
Maßstäbe der Freiheit und der Menschenrechte und der Demokratie, Maßstäbe für das Benehmen aller Regierun-
gen ihren eigenen Völkern gegenüber und Maßstäbe für das Benehmen der Staaten untereinander. Alle europäis-
chen Nationen haben das Ihre dazu beizutragen, um diese neue Ära Wirklichkeit werden zu lassen.

135 Daher ist es nicht zulässig, daß Zeiten, in denen eine Diktatur so viel Leid über die Menschen gebracht hat, eine
Diktatur, zu deren Zielen von Anfang an Verfolgung und Krieg gehörten, daß auch nur irgendein Aspekt dieser
Zeit von heutigen Trägern politischer Verantwortung in unserem Land positiv bewertet wird. (*Beifall bei der SPÖ
und den Grünen und bei Abgeordneten der ÖVP.*)

Gerade wir in Österreich müssen wissen, was es heißen hat, Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit zu verlieren.
140 Auch und gerade weil es nicht wenige Österreicher gab, die vom größeren Reich und seinen größeren wirtschaft-
lichen Möglichkeiten viel erwartet hatten. Doch im Namen dieses Reiches wurden Hunderttausende Österreicher
eingekerkert, vertrieben oder ermordet, und mehr als 250 000 sind im Krieg umgekommen. Das war das Unheil,
das die NS-Diktatur über unser Land gebracht hat.

Viele haben Widerstand geleistet und dabei ihr Leben für Österreich gegeben. Aber wir dürfen auch nicht verges-
sen, daß es nicht wenige Österreicher gab, die im Namen dieses Regimes großes Leid über andere gebracht haben,
145 die teilhatten an den Verfolgungen und Verbrechen dieses Reichs. Und gerade weil wir unsere eigene leidvolle
Erfahrung in dieses neue Europa einbringen wollen, gerade weil wir in den letzten Tagen so eindringlich und
nachdrücklich daran erinnert werden, was Unabhängigkeit und Eigenstaatlichkeit, Freiheit und Menschenrechte
für kleine Völker bedeuten, gerade deshalb müssen wir uns auch zu der anderen Seite unserer Geschichte beken-
nen: zur Mitverantwortung für das Leid, das zwar nicht Österreich als Staat, wohl aber Bürger dieses Landes über
150 andere Menschen und Völker gebracht haben.

Es ist unbestritten, daß Österreich im März 1938 Opfer einer militärischen Aggression mit furchtbaren Konse-
quenzen geworden war: Die unmittelbar einsetzende Verfolgung brachte Hunderttausende Menschen unseres Lan-
des in Gefängnisse und Konzentrationslager, lieferte sie der Tötungsmaschinerie des Nazi-Regimes aus, zwang
155 sie zu Flucht und Emigration. Hunderttausende fielen an den Fronten oder wurden von den Bomben erschlagen.
Juden, Zigeuner, körperlich oder geistig Behinderte, Homosexuelle, Angehörige von Minderheiten, politisch oder
religiös Andersdenkende – sie alle wurden Opfer einer entarteten Ideologie und eines damit verbundenen tota-
litären Machtanspruchs.

Dennoch haben auch viele Österreicher den Anschluß begrüßt, haben das nationalsozialistische Regime gestützt,
160 haben es auf vielen Ebenen der Hierarchie mitgetragen. Viele Österreicher waren an den Unterdrückungsmaßnah-
men und Verfolgungen des Dritten Reichs beteiligt, zum Teil an prominenter Stelle.

Über eine moralische Mitverantwortung für Taten unserer Bürger können wir uns auch heute nicht hinwegsetzen.
Vieles ist in den vergangenen Jahren geschehen, um, so gut dies möglich war, angerichteten Schaden

wiedergutzumachen, angetanes Leid zu mildern. Vieles bleibt nach wie vor zu tun, und die Bundesregierung wird
165 auch weiterhin alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um jenen zu helfen, die von den bisherigen Maßnahmen nicht oder nicht ausreichend erfaßt oder bisher in ihren moralischen oder materiellen Ansprüchen nicht berücksichtigt wurden.

Wir bekennen uns zu allen Daten unserer Geschichte und zu den Taten aller Teile unseres Volkes, zu den guten wie zu den bösen; und so wie wir die guten für uns in Anspruch nehmen, haben wir uns für die bösen zu entschul-
170 digen – bei den Überlebenden und bei den Nachkommen der Toten.

Dieses Bekenntnis haben österreichische Politiker immer wieder abgelegt. Ich möchte das heute ausdrücklich auch im Namen der österreichischen Bundesregierung tun; als Maßstab für das Verhältnis, das wir heute zu unserer Geschichte haben müssen, also als Maßstab für die politische Kultur in unserem Land, aber auch als unseren Beitrag zur neuen politischen Kultur in Europa. – Ich bedanke mich, Herr Präsident. (*Lebhafter und lang anhal-*
175 *tender Beifall bei SPÖ und ÖVP.*)

Quelle:

Vranitzky, Franz (1991): Rede zur Mitschuld Österreichs. In: 35. Sitzung NR XVIII. GP - Stenographisches Protokoll, 8. Juli 1991, 3279–3283.

10.5 Richard von Weizsäcker (RvW 1985)

I VIELE VÖLKER GEDENKEN HEUTE DES TAGES, AN DEM der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen – der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.

5 Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir,
10 uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über
15 die vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche für den geschenkten neuen Anfang.

Es war schwer, sich alsbald klar zu orientieren. Ungewissheit erfüllte das Land. Die militärische Kapitulation war bedingungslos. Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen, zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten?

20 Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die

Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn?

25 Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft. Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

30 Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.

35 II DER 8. MAI IST EIN TAG DER ERINNERUNG. ERINNERN heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, dass es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit.

Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

40 Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.

Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.

45 Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mussten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten.

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der 50 Kommunisten.

Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.

Neben dem unübersehbaren großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids,

Leid um die Toten,

55 Leid durch Verwundung und Verkrüppelung

Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung,

Leid in Bombennächten,

Leid durch Flucht und Vertreibung, durch Vergewaltigung und Plünderung, Durch Zwangsarbeit, durch Unrecht und Folter, durch Hunger und Not, Leid durch Angst vor Verhaftung und Tod, Leid durch Verlust all dessen, 60 woran man irrend geglaubt und wofür man gearbeitet hatte.

Heute erinnern wir uns dieses menschlichen Leids und gedenken seiner in Trauer.

Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen. Ihr leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergisst die Weltgeschichte nur allzu leicht. Sie haben gebangt und gearbeitet, menschliches Leben getragen und geschützt. Sie haben getrauert um gefallene Väter und Söhne, Männer, Brüder und Freunde. Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt. Am Ende des Krieges haben sie als erste und ohne Aussicht auf eine gesicherte Zukunft Hand angelegt, um wieder einen Stein auf den anderen zu setzen, die Trümmerfrauen in Berlin und überall. Als die überlebenden Männer heimkehrten, mussten Frauen oft wieder zurückstehen. Viele Frauen blieben auf Grund des Krieges allein und verbrachten ihr Leben in Einsamkeit.

Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrochen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen.

III AM ANFANG DER GEWALTHERRSCHAFT HATTE DER abgrundtiefe Hass Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zu Werkzeug dieses Hasses gemacht.

Noch am Tag vor seinem Ende am 30. April 1945 hatte er sein sogenanntes Testament mit den Worten abgeschlossen: Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, dem internationalen Judentum.

Gewiss, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.

Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mussten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Hass.

Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, den unaufhörlichen Schändungen der menschlichen Würde?

Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, dass Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah. Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen. Als dann am Ende des Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewusst oder auch nur geahnt zu haben.

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.

Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im stillen selbst nach seiner Verstrickung.

Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben. Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßerhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.

Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen. Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen, zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.

Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.

Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung. Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben.

Das Vergessenwollen verlängert das Exil, und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung.

Diese oft zitierte jüdische Weisheit will wohl besagen, daß der Glaube an Gott ein Glaube an sein Wirken in der Geschichte ist. Die Erinnerung ist die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte. Sie ist die Quelle des Glaubens an die Erlösung. Diese Erfahrung schafft Hoffnung, sie schafft Glauben an Erlösung, an Wiedervereinigung des Getrennten, an Versöhnung. Wer sie vergißt, verliert den Glauben.

Würden wir unsererseits vergessen wollen, was geschehen ist, anstatt uns zu erinnern, dann wäre dies nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten, und wir würden den Ansatz zur Versöhnung zerstören.

Für uns kommt es auf ein Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem eigenen Inneren an.

IV DER 8. MAI IST EIN TIEFER HISTORISCHER EINSCHNITT, nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Geschichte. Der europäische Bürgerkrieg war an sein Ende gelangt, die alte europäische Welt zu Bruch gegangen. »Europa hatte sich ausgekämpft« (M. Sturmer). Die Begegnung amerikanischer und sowjetrus-sischer Soldaten an der Elbe wurde zu einem Symbol für das vorläufige Ende einer europäischen Ära.

Gewiß, das alles hatte seine alten geschichtlichen Wurzeln. Großen, ja bestimmenden Einfluß hatten die Europäer in der Welt, aber ihr Zusammenleben auf dem eigenen Kontinent zu ordnen, das vermochten sie immer schlechter.

Über hundert Jahre lang hatte Europa unter dem Zusammenprall nationalistischer Übersteigerungen gelitten. Am Ende des Ersten Weltkrieges war es zu Friedensverträgen gekommen. Aber ihnen hatte die Kraft gefehlt, Frieden zu stiften. Erneut waren nationalistische Leidenschaften aufgeflammt und hatten sich mit sozialen Notlagen verknüpft.

Auf dem Weg ins Unheil wurde Hitler die treibende Kraft. Er erzeugte und er nutzte Massenwahn. Eine schwache Demokratie war unfähig, ihm Einhalt zu gebieten. Und auch die europäischen Westmächte, nach Churchills Urteil »arglos, nicht schuldlos«, trugen durch Schwäche zur verhängnisvollen Entwicklung bei. Amerika hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder zurückgezogen und war in den dreißiger Jahren ohne Einfluß auf Europa.

Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen. Am 23. Mai 1939 – wenige Monate vor Kriegsausbruch – erklärte er vor der deutschen Generalität: »Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden ... Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung ... Es entfällt also

die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluss, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen ...
Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle.

145 Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen. Das geheime Zusatzprotokoll regelte die bevorstehende Aufteilung Polens. Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu ermöglichen. Das war der damaligen Führung der Sowjetunion voll bewußt. Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete.

150 Dadurch wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verringert. Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen. Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion. Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.

Während dieses Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet. Am Ende blieb nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk.
155 Immer wieder hat Hitler ausgesprochen: wenn das deutsche Volk schon nicht fähig sei, in diesem Krieg zu siegen, dann möge es eben untergehen. Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.

Es folgte die von den Siegermächten verabredete Aufteilung Deutschlands in verschiedene Zonen. Inzwischen war die Sowjetunion in alle Staaten Ost- und Südosteuropas, die während des Krieges von Deutschland besetzt
160 worden waren, einmarschiert. Mit Ausnahme Griechenlands wurden alle diese Staaten sozialistische Staaten.

Die Spaltung Europas in zwei verschiedene politische Systeme nahm ihren Lauf. Es war erst die Nachkriegsentwicklung, die sie befestigte. Aber ohne den von Hitler begonnenen Krieg wäre sie nicht gekommen. Daran denken die betroffenen Völker zuerst, wenn sie sich des von der deutschen Führung ausgelosten Krieges erinnern.

Im Blick auf die Teilung unseres eigenen Landes und auf den Verlust großer Teile des deutschen Staatsgebietes
165 denken auch wir daran. In seiner Predigt zum 8. Mai sagte Kardinal Meißner in Ostberlin: »Das trostlose Ergebnis der Sünde ist immer die Trennung.«

V DIE WILLKÜR DER ZERSTÖRUNG WIRKTE IN DER Willkürlichen Verteilung der Lasten nach. Es gab Unschuldige, die verfolgt wurden, und Schuldige, die entkamen. Die einen hatten das Glück, zu Hause in vertrauter Umgebung ein neues Leben aufbauen zu können. Andere wurden aus der angestammten Heimat vertrieben.

170 Wir in der späteren Bundesrepublik Deutschland erhielten die kostbare Chance der Freiheit. Vielen Millionen Landsleuten bleibt sie bis heute versagt.

Die Willkür der Zuteilung unterschiedlicher Schicksale ertragen zu lernen, war die erste Aufgabe im Geistigen, die sich neben der Aufgabe des materiellen Wiederaufbaus stellte. An ihr mußte sich die menschliche Kraft erproben, die Lasten anderer zu erkennen, an ihnen dauerhaft mitzutragen, sie nicht zu vergessen. In ihr mußte die
175 Fähigkeit zum Frieden und die Bereitschaft zur Versöhnung nach innen und außen wachsen, die nicht nur andere von uns forderten, sondern nach denen es uns selbst am allermeisten verlangte.

Wir können des 8. Mai nicht gedenken, ohne uns bewusst zu machen, welche Überwindung die Bereitschaft zur Aussöhnung den ehemaligen Feinden abverlangte. Können wir uns wirklich in die Lage von Angehörigen der Opfer des Warschauer Ghettos oder des Massakers von Lidice versetzen?

180 Wie schwer mußte es aber auch einem Bürger in Rotterdam oder London fallen, den Wiederaufbau unseres Landes zu unterstützen, aus dem die Bomben stammten, die erst kurze Zeit zuvor auf seine Stadt gefallen waren. Dazu

mußte allmählich eine Gewissheit wachsen, daß Deutsche nicht noch einmal versuchen würden, eine Niederlage mit Gewalt zu korrigieren.

Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Fluchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel bleiben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn das ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause. Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, daß auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt.

Die eigene Heimat ist mittlerweile anderen zur Heimat geworden. Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber.

Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist.

Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat, und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Dies heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen. Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann.

Der Neuanfang in Europa nach 1945 hat dem Gedanken der Freiheit und Selbstbestimmung Siege und Niederlagen gebracht. Für uns gilt es, die Chance des Schlussstriches unter eine lange Periode europäischer Geschichte zu nutzen, in der jedem Staat Frieden nur denkbar und sicher schien als Ergebnis eigener Überlegenheit und in der Frieden eine Zeit der Vorbereitung des nächsten Krieges bedeutete.

Die Völker Europas lieben ihre Heimat. Den Deutschen geht es nicht anders. Wer konnte der Friedensliebe eines Volkes vertrauen, das imstande wäre, seine Heimat zu vergessen? Nein, Friedensliebe zeigt sich gerade darin, daß man seine Heimat nicht vergißt und eben deshalb entschlossen ist, alles zu tun, um immer in Frieden miteinander zu leben. Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus.

VI STÄRKER ALS FRÜHER HAT DER LETZTE KRIEG DIE Friedenssehnsucht im Herzen der Menschen geweckt. Die Versöhnungsarbeit von Kirchen fand eine tiefe Resonanz. Für die Verständigungsarbeit von jungen Menschen gibt es viele Beispiele. Ich denke an die »Aktion Sühnezeichen« mit ihrer Tätigkeit in Auschwitz und Israel. Eine Gemeinde der niederrheinischen Stadt Kleve erhielt neulich Brote aus polnischen Gemeinden als Zeichen der Aussöhnung und Gemeinschaft. Eines dieser Brote hat sie an einen Lehrer nach England geschickt. Denn

dieser Lehrer aus England war aus der Anonymität herausgetreten und hatte geschrieben, er habe damals im Krieg als Bombenflieger Kirche und Wohnhäuser in Kleve zerstört und wünsche sich ein Zeichen der Aussöhnung. Es hilft unendlich viel zum Frieden, nicht auf den anderen zu warten, bis er kommt, sondern auf ihn zuzugehen, wie dieser Mann es getan hat.

225 VII IN SEINER FOLGE HAT DER KRIEG ALTE GEGNER menschlich und auch politisch einander nähergebracht. Schon 1946 rief der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner denkwürdigen Stuttgarter Rede zur Verständigung in Europa und dazu auf, dem deutschen Volk auf seinem Weg in eine freie und friedliebende Zukunft zu helfen.

Unzählige amerikanische Bürger haben damals mit ihren privaten Mitteln uns Deutsche, die Besiegten, unterstützt, 230 um die Wunden des Krieges zu heilen. Dank der Weitsicht von Franzosen wie Jean Monnet und Robert Schuman und von Deutschen wie Konrad Adenauer endete eine alte Feindschaft zwischen Franzosen und Deutschen für immer.

Ein neuer Strom von Aufbauwillen und Energie ging durch das eigene Land. Manche alte Gräben wurden zugeschüttet, konfessionelle Gegensätze und soziale Spannungen verloren an Schärfe. Partnerschaftlich ging man ans 235 Werk. Es gab keine »Stunde Null«, aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt, so gut wir konnten. An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt.

Vier Jahre nach Kriegsende, 1949, am heutigen 8. Mai, beschloß der Parlamentarische Rat unser Grundgesetz. Über Parteigrenzen hinweg gaben seine Demokraten die Antwort auf Krieg und Gewaltherrschaft im Artikel 1 240 unserer Verfassung: »Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.« Auch an diese Bedeutung des 8. Mai gilt es heute zu erinnern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen.

245 Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet.

Nie gab es auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute. Ein dichtes soziales Netz, das den Vergleich mit keiner anderen Gesellschaft zu scheuen braucht, sichert die Lebensgrundlage der Menschen. Hatten sich bei Kriegsende viele Deutsche noch darum bemüht, ihren Paß zu verbergen oder gegen 250 einen anderen einzutauschen, so ist heute unsere Staatsbürgerschaft ein angesehenes Recht.

Wir haben wahrlich keinen Grund zu Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit. Aber wir dürfen uns der Entwicklung dieser 40 Jahre dankbar erinnern, wenn wir das eigene historische Gedächtnis als Leitlinie für unser Verhalten in der Gegenwart und für die ungelösten Aufgaben, die auf uns warten, nutzen.

– Wenn wir uns daran erinnern, dass Geistesranke im Dritten Reich getötet wurden, werden wir die Zuwendung 255 zu psychisch kranken Bürgern als unsere eigene Aufgabe verstehen.

– Wenn wir uns erinnern, wie rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.

– Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes 260 Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selbst richten mag.

– Wer über die Verhältnisse im Nahen Osten urteilt, der möge an das Schicksal denken, das Deutsche den jüdischen Mitmenschen bereiteten und das die Gründung des Staates Israel unter Bedingungen auslöste, die noch heute die Menschen in dieser Region belasten und gefährden.

– Wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege erleiden mußten, werden wir besser verstehen, daß der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgabe der deutschen Außenpolitik bleiben. Es gilt, daß beide Seiten sich erinnern und beide Seiten einander achten. Sie haben menschlich, sie haben kulturell, sie haben letzten Endes auch geschichtlich allen Grund dazu.

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow hat verlautbart, es ginge der sowjetischen Führung beim 40. Jahrestag des Kriegsendes nicht darum, antideutsche Gefühle zu schüren. Die Sowjetunion trete für Freundschaft zwischen den Völkern ein. Gerade wenn wir Fragen auch an sowjetische Beiträge zur Verständigung zwischen Ost und West und zur Achtung von Menschenrechten in allen Teilen Europas haben, gerade dann sollten wir dieses Zeichen aus Moskau nicht überhören. Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion.

VIII 40 JAHRE NACH DEM ENDE DES KRIEGES IST DAS Deutsche Volk nach wie vor geteilt. Beim Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche zu Dresden sagte Bischof Hempel im Februar dieses Jahres: »Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze. Es lastet und blutet die Fülle der Grenzen überhaupt. Es lasten die Waffen.«

Vor kurzem wurde in Baltimore in den Vereinigten Staaten eine Ausstellung »Juden in Deutschland« eröffnet. Die Botschafter beider deutschen Staaten waren der Einladung gefolgt. Der gastgebende Präsident der Johns-Hopkins-Universität begrüßte sie zusammen. Er verwies darauf, daß alle Deutschen auf dem Boden derselben historischen Entwicklung stehen. Eine gemeinsame Vergangenheit verknüpfe sie mit einem Band. Ein solches Band könne eine Freude oder ein Problem sein – es sei immer eine Quelle der Hoffnung.

Wir Deutschen sind ein Volk und eine Nation. Wir fühlen uns zusammengehörig, weil wir dieselbe Geschichte durchlebt haben. Auch den 8. Mai 1945 haben wir als gemeinsames Schicksal unseres Volkes erlebt, das uns eint.

Wir fühlen uns zusammengehörig in unserem Willen zum Frieden. Von deutschem Boden in beiden Staaten sollen Frieden und gute Nachbarschaft mit allen Ländern ausgehen. Auch andere sollen ihn nicht zur Gefahr für den Frieden werden lassen.

Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige. Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.

IX MANCHE JUNGE MENSCHEN HABEN SICH UND UNS IN den letzten Monaten gefragt, warum es 40 Jahre nach Ende des Krieges zu so lebhaften Auseinandersetzungen über die Vergangenheit gekommen ist. Warum lebhafter als nach 25 oder 30 Jahren? Worin liegt die innere Notwendigkeit dafür?

Es ist nicht leicht, solche Fragen zu beantworten. Aber wir sollten die Gründe dafür nicht vornehmlich in äußeren Einflüssen suchen, obwohl es diese zweifellos auch gegeben hat.

40 Jahre spielen in der Zeitspanne von Menschenleben und Völkerschicksalen eine große Rolle. Auch hier erlauben Sie mir noch einmal einen Blick auf das Alte Testament, das für jeden Menschen unabhängig von seinem Glauben tiefe Einsichten aufbewahrt.

Dort spielen 40 Jahre eine häufig wiederkehrende, eine wesentliche Rolle.

40 Jahre sollte Israel in der Wüste bleiben, bevor der neue Abschnitt in der Geschichte mit dem Einzug ins verheißene Land begann. 40 Jahre waren notwendig für einen vollständigen Wechsel der damals verantwortlichen Vatergeneration. An anderer Stelle aber (Buch der Richter) wird aufgezeichnet, wie oft die Erinnerung an erfahrene Hilfe und Rettung nur 40 Jahre dauerte. Wenn die Erinnerung abriß, war die Ruhe zu Ende.

So bedeuten 40 Jahre stets einen großen Einschnitt. Sie wirken sich aus im Bewusstsein der Menschen, sei es als Ende einer dunklen Zeit mit der Zuversicht auf eine neue und gute Zukunft, sei es als Gefahr des Vergessens und als Warnung vor den Folgen. Über beides lohnt es sich nachzudenken.

Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird. Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.

Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden. Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.

Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren.

Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen,
gegen Russen oder Amerikaner,
gegen Juden oder Türken,
gegen Alternative oder Konservative,
gegen Schwarz oder Weiß.

Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.

Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben. Ehren wir die Freiheit.

Arbeiten wir für den Frieden.

Halten wir uns an das Recht.

Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.

Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der Wahrheit ins Auge.

Quelle:

Weizsäcker, Richard von(1985): Der 8. Mai 1945 – 40 Jahre danach. In: Von Deutschland Aus: [Reden]. Berlin: Siedler, 11–35.

Vielleicht ist es zuviel verlangt, sollte einem zu den schwierigen Daten unserer jüngeren Geschichte immer noch Neues einfallen. Das Feld ist einigermaßen abgeschieden. Aber vielleicht kommt es nicht auf immer neue Deutungen dessen an, was hinter uns liegt. Und es gibt Wahrheiten und Einsichten, die nicht oft genug in Erinnerung gerufen werden können. Dies gilt gerade in einem Zeitabschnitt, in dem sich zwischen den Teilen Europas so viel

5 ändert, wie wir es gegenwärtig erleben.

Ich finde es ermutigend, daß – bei allem sonstigen Wandel – jenes doppelte Nein lebendig geblieben ist, das uns Ältere zusammenführte, als nach 1945 unser staatliches Notdach zu errichten war: das „Nie wieder“ zu deutscher Schuld an Überfällen, kriegerischer Verwüstung oder gar Völkermord. Und das andere „Nie wieder“ zur Knebelung des eigenen Volkes – und zu dessen Selbstentmündigung.

10 Das Versprechen und die Entschlossenheit, von deutschem Boden nie mehr Krieg ausgehen zu lassen, sollten richtig verstanden werden, nämlich als Ausdruck eines geläuterten Friedenswillens. Doch wir sollten uns dabei nicht überschätzen. Die anderen würden sich wohl zu schützen wissen, sollte in der Mitte Europas noch einmal jemand auf extreme Weise verrückt spielen wollen.

Es läßt sich verstehen, daß nachwachsende Generationen, auch bei uns, mit Tagen, die an nationale Schande und

15 europäisches Unglück erinnern, nicht besonders viel im Sinn haben. Der zeitliche Abstand fällt ins Gewicht: Wer jetzt sechzig ist, war zehn; als der Zweite Weltkrieg begann. Und zu den Wahlen gehen jetzt junge Frauen und Männer, die eben geboren waren, als heftig über die Ostverträge gestritten wurde.

Die Jüngeren möchten wissen, was die Zukunft bringt. Ob die aufregenden Veränderungen im anderen Teil Europas das eigentliche Ende der Nachkriegszeit bedeuten. Und was dies für Deutschland besagen mag.

20 Auch wenn ein paar Jahre vergangen sind, es ist in unser aller frischer Erinnerung, daß für die beiden militärisch mächtigsten Staaten der Welt zu Papier gebracht wurde: Ein mit Nuklearwaffen geführter Krieg kann nicht gewonnen und darf nicht geführt werden. Aus solcher Einsicht hat sich logisch ergeben, ernsthaft darüber nachzudenken, wie für unseren Teil der Welt – und überhaupt zwischen West und Ost – gemeinsame Sicherheit dauerhaft und zuverlässig verwirklicht werden kann.

25 Es ist gewaltig, was sich – über den großen Krieg hinaus – in der Welt, nicht zuletzt in der Welt der Technik, verändert hat. Die fünfzig Jahre, die 1939 vorausgegangen waren, hatten es auch schon in sich. Nun, gegen Ende des Jahrtausends, erleben wir den Griff in den Weltraum, das weltweite Fernsehen, die Umwälzung durch Mikrochips, das Bemühen um die Bändigung unvorstellbarer Zerstörungskraft. Die politische Weisheit bleibt gegenüber der Technik, wie man seit langem erfährt, im Rückstand.

30 Hoffentlich haben wir die Augen nicht davor verschlossen, daß in den letzten Jahrzehnten bei Konflikten in anderen Teilen der Welt an die zwanzig Millionen Menschen – eher mehr denn weniger – umgekommen sind. Wir sollten in dieser Stunde an das Leid denken, das Menschen im Nahen Osten schon so lange zugefügt wird. Und daran, daß in Afghanistan, in Kambodscha und anderswo immer noch geschossen wird. Wir dürfen auch den massenhaften, vermeidbaren Tod durch Hunger und Seuchen und Mangel an sauberem Wasser nicht aus dem

35 Auge verlieren. Nicht die gefährvolle Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen.

Gesicherter Frieden in Europa – das wäre ein wichtiger Baustein für eine menschenfreundlichere Welt. Aber es bedarf großer zusätzlicher Anstrengungen, um internationale Einrichtungen so auszubauen, daß moderne Erkenntnisse dem Überleben und Wohlergehen der Menschheit wirksam dienstbar gemacht werden.

Erfahrungen der Völker lassen sich weniger leicht vermitteln, als es schon manch einer an seinem Schreibtisch

40 unterstellt hatte. Doch mag ich jenen erlauchten Geistern nicht folgen, die uns Menschen überhaupt die Fähigkeit

absprechen, aus der Geschichte zu lernen. Zu hoch würde auch ich diese Fähigkeit nicht ansetzen wollen. Doch auf einem möglichst wahrhaftigen Umgang mit historischen Fakten muss mit Nachdruck bestanden werden. (Und ich sage „möglichst“ nur deshalb, weil wir uns der Begrenztheit dessen klar sein sollten, was sich als zweifelsfrei feststellen lässt.)

45 Der geschichtlichen Wahrhaftigkeit wird, um ein wieder aktuell gewordenes Beispiel zu nennen, nicht gerecht, wer Stalin ins Feld führt, um Hitler zu entlasten oder gar zu rechtfertigen. Nicht irgendwie und durch irgendwen wurde der Zweite Weltkrieg begonnen, auch nicht nur im missbrauchten „deutschen Namen“. Über Kurzsichtigkeiten nach 1918 lässt sich viel sagen – eindeutig bleibt die hitlerdeutsche Schuld. Der neue Krieg, unter dem Deutschland selbst so schwer leiden sollte, war schon vor dem Hitler-Stalin-Pakt vom 23. August 1939 geplant, 50 vorbereitet, gewollt und hatte sich allenfalls durch vorweggenommene allseitige Kapitulation vermeiden lassen.

Gelegentlich liest man, auch Polen sei 1939 nicht demokratisch regiert worden – was zutrifft, ohne etwas zur Sache zu tun. Wenn damit die Behauptung einhergeht, Polen sei gar nicht überfallen, sondern allenfalls mit einem Gegenangriff überzogen worden, so darf man das nicht durchgehen lassen. Es ist verbürgt, daß der sogenannte Führer vor seinen Generälen prahlte, er werde für die Rechtfertigung des Angriffs sorgen – „gleichgültig, ob glaubhaft“.

55 Zu den hausgemachten Vorwänden gehörte ein fingierter Angriff auf den Sender Gleiwitz – nicht so weit entfernt von jenem, damals kaum bekannten, Ort namens Auschwitz, dessen Verbindungen mit fabrikmäßigem Massennord – vor allem an den unzähligen jüdischen Opfern des Rassenwahns – viele nie mehr haben abschütteln können: Jener Ort hat uns, die gebrannten Kinder der Menschheit, gelehrt, daß die Hölle auf Erden geschaffen werden kann – sie wurde geschaffen.

60 Daß es für das eigene Volk so enden würde – keine Familie ohne Tote, Millionen ihrer Behausung in den zerbombten Städten beraubt, weitere Millionen ohne die alte Heimat und in der neuen Spaltung – all das hat sich kaum einer vorstellen können, als es begann, an jenem Freitag, dem 1. September '39. Ich lebte, wie man weiß, als von den Nazis Ausgebürgerter in nordeuropäischer Umgebung. Dort hoffte man, neutral durch den Konflikt der Großmächte kommen zu können. Aber man war nicht sicher, wie ernst es werden würde. Am Sonntag, dem 3. 65 September '39, als die englischen und französischen Kriegserklärungen vorlagen, kommentierte das Extrablatt der Zeitung, für die ich tätig war: Es müsse sich erst noch zeigen, ob der Nervenkrieg eine neue Phase erreicht oder wirklich ein neuer Weltkrieg begonnen habe.

Aus Berlin und von der Wasserkante hörte ich, und so bestätigen es die gedruckten Berichte: Über Deutschland legte sich in jenen Septembertagen eine lastende Stille: Kein Jubel wie im August '14, als das europäische Ur- 70 Unheil dieses Jahrhunderts begann. Keine Blumen auf den Gewehrläufen. Keine winkenden Bräute. Nicht die angeberischen Sprüche an Eisenbahnwaggons. Auch kein Segnen der Waffen. Keine Flucht in den Krieg als Befreiung aus dem bürgerlichen Alltag.

Ich erinnere hieran nicht, um etwas zu verniedlichen. Ich erinnere jedoch an die heimliche Furcht, die seit der sogenannten Machtergreifung nur noch selten aus den Herzen der Deutschen gewichen war, ob Gegner oder Anhänger des Regimes. Auch bei vielen aus der breiten Schicht bestimmte sie die Stunden des Katzenjammers nach 75 den hochgejubelten Erfolgen.

An jenem 1. September hofften die Naziführer mit ihrem Anhang, daß die Westmächte klein begeben und sich trotz Polen arrangieren würden. Die plumpe Rechnung ging nicht auf. Die Mehrheit der Deutschen dürfte – anders als die bösen Wunschdenker an der Spitze – mit einer dumpfen, halb gelähmten Gewissheit verstanden haben, daß 80 die Herrschaft des Todes mit letztem Ernst eingesetzt hatte. Man ahnte, daß Millionen nicht heimkehren würden. Daher das Schweigen, das Zeitgenossen ein bleiernes nannten.

Gewiß, dies wurde in den ersten Kriegsjahren verdrängt und vergessen – doch nicht von allen. Es war in den Herzen der vielen, die schon früh einen der Ihren verloren. In den Lagern und Zuchthäusern ließ es sich ohnehin nicht überspielen. Nach Stalingrad und El Alamein kehrte es allgemein und verstärkt wieder. Es nahm jenes ent-

85 setzliche Schweigen voraus, das sich 1945 über die Trümmer des Reiches legte – über die Ruinen Europas, vor allem auch der Sowjetunion.

Es blieb – bei einigen nachdrücklicher als bei anderen – das Schweigen der Trauer, der Scham, der Mitschuld, jedenfalls der Mitverantwortung für das Schicksal anderer und vor dem eigenen Volk.

Nicht notwendigerweise hat es so kommen müssen, wie es 1933 und 1939 gekommen ist. Nicht erst in lebensge-

90 fährlichen Schriften des Untergrunds, nein, schon in Aufrufen aus der Zeit der zu Ende gehenden Weimarer Republik war gewarnt worden, daß Hitler Krieg bedeute. Mit dieser Einsicht bin ich politisch aufgewachsen. Ich habe nicht vergessen, daß vielen als Empfehlung erschien, was auf die anderen abschreckend wirkte. Die meisten – auch im Ausland – meinten, die Warnungen seien übertrieben. Durch linksintellektuelle Aufgeregtheit (oder was als solche empfunden wurde) mochten sich nationalbürgerliche Grundinstinkte nicht anfechten lassen.

95 Doch auch wenn man nicht hatte hören wollen, daß X zu Y führe, in Wahrheit hörte man es doch. Man wollte es nicht glauben und fürchtete es dennoch. Da waren natürlich auch jene, die sich aufführten, als fürchteten sie nichts auf der Welt, schon gar nicht Gott. Sie wollten nicht bloß Krieg, sondern einen solchen, dessen maßlose Erniedrigung ihnen nichts ausmachte. Was sie wollten, hatte man auch damals wissen können. Doch denen, die es wußten – und sagten –, ging es nicht gut.

100 Eine selbstkritische Frage drängt sich mir auch hier auf: Wenn man die Warnung vor dem, wohin die NS-Herrschaft führen werde, buchstäblich und ganz ernst genommen hatte, waren dann nicht viel größere Risiken angemessen gewesen, um das nationale und europäische Unheil abwenden zu helfen? Auch als klar war, daß Hitlers Krieg nur noch zu verlieren war, hatte sich beträchtliche menschliche und materielle Substanz vor der Vernichtung bewahren lassen.

105 Die große Lehre jener Zeit lautet: Wo die Freiheit nicht beizeiten mit großem Einsatz verteidigt wird, ist sie nur um den Preis schrecklich hoher Opfer zurückzugewinnen.

Ein mündiges Volk darf die Macht nicht in die Hände von Verrückten und Verbrechern fallen lassen.

Dies ist die eine Lehre, und zu der gehört: den Nachwachsenden nahebringen, daß dies auch sie – über materielle Folgen hinaus – noch angeht. Sie lehnen es zu Recht ab, sich Verantwortung oder gar Schuld vererben zu lassen.

110 Doch es geht nicht mehr um unser, es geht um ihr Leben. Und nur wer begriffen hat, was damals geschah, wird sich gegen die Lähmung der Vernunft und die Aggression der Dummheit zu schützen wissen. Wird auch die Kraft finden, die Gefahr des Krieges, so es an ihm liegt, immer von Neuem abzuwehren.

Ich bleibe der Meinung, der Bruch mit der bösen Vergangenheit hatte vor vierzig Jahren deutlicher ausfallen sollen. Ich sage ebenso deutlich: Der Idealismus großer Teile der damals jungen Generation ist schrecklich miss-

115 braucht und die Opferbereitschaft hart bedrängter, einfacher Menschen ist nicht hinreichend gewürdigt worden. Sie hatten besser wegkommen müssen, als sie – unter den Bedingungen restaurativer Besatzungsdemokratie – weggekommen sind, im Vergleich etwa zu manchen vermeintlichen Rechtswahrern und anderen Textdeutern, zumal den Propagandisten des Krieges nach außen und im Innern.

Wer – noch immer oder wieder – bei den Zerstörern Europas Anleihen macht, fügt dem eigenen Volk Schaden zu.

120 Aber auf leicht angebräunte Spatzen mit Kanonen zu schießen, das ergibt keinen Sinn. Es wäre verwunderlich – um nicht zu sagen, verdächtig –, wenn sich, wie anderswo in Europa, nicht auch bei uns in der Bundesrepublik

gelegentlich Leute zu Wort meldeten, die mit nationalistischen Ladenhütern aufwarteten. Konzessionen sollte man ihnen nicht machen. Die eigentliche Antwort auf rückwärtsgewandte Versuchungen, die andere große Lehre, heißt jedoch: mit noch größerer Hingabe für Europa arbeiten, ohne damit verstaubte Vorstellungen von deutscher Führung zu verbinden.

Die europäische Einigung bildete ein Kernstück in den Vorstellungen des deutschen Widerstandes, so auch des Kreisauer Kreises; die deutschen Sozialdemokraten hatten die Vereinigten Staaten von Europa schon 1925 in ihr Programm aufgenommen. Seit 1950 haben auf dem Wege zur West-Europäischen Gemeinschaft bedeutende Fortschritte erzielt werden können. Inzwischen ist es Zeit, an Gesamteuropa zu denken. Daß sich diese Aufgabe stellen werde und wir den mittel-, ost- und südeuropäischen Nachbarn nicht den Rücken zuwenden dürften, sagte ich meiner Partei vor 25 Jahren, als sie mich an ihre Spitze berief; wir haben es beim Bemühen um Normalisierung im Ost-West-Bereich nicht vergessen. Ein faszinierender Prozeß der Neugestaltung führt uns nun dem größeren Europa näher. Aber ohne Widersprüche und Rückschläge wird es auch weiterhin nicht abgehen.

Staaten auf Rädern wird die künftige europäische Hausordnung nicht vorsehen. Und keine Vertreibung. Und keine Trennmauer, schon gar nicht zwischen Angehörigen ein und derselben Nation. Auch nicht Regierungen, die von ein paar Dutzend Divisionen abhängiger sind als von der Verständigung mit dem eigenen Volk. Wer das ganze Europa in den Blick faßt, kommt jedenfalls um Deutschland nicht herum.

Mit dem Warschauer Vertrag vom Dezember 1970, wie mit dem vorausgegangenen Moskauer Vertrag, haben wir die Kette des Unrechts durchbrechen, der Vernunft eine neue Chance geben, menschliche Erleichterungen fordern wollen. Mir war bewusst, daß sich die Siegermächte auf Grenzen verständigt hatten, die über ursprüngliche polnische Forderungen hinausgingen. Mir war zum anderen bekannt, daß ein konservativer Nazigegner wie Carl Goerdeler und ein Sozialdemokrat wie Ernst Reuter vorausgesagt hatten, was Hitlers Krieg für die Ostgrenze bedeuten würde. Und es gibt im übrigen nicht den geringsten Zweifel daran, daß unser erster Bundeskanzler auch hinsichtlich der früheren preußisch-deutschen Ostgebiete keinen Illusionen anhing.

Schon er wusste, daß uns in der weiten Welt keine Regierung in Grenzforderungen unterstützen würde. Und es wäre mehr als peinlich, wenn man bei uns den Eindruck aufkommen ließe, es bedürfe russischer Truppen, um Polens Grenze gegen deutsche Ansprüche zu sichern. Wer im Gegensatz zum Geist des Warschauer Vertrages die Grenzen in Frage stellt, gefährdet den Zusammenhalt der Deutschen, wo sie heute leben.

Leider ist in diesem Sommer der fatale Eindruck entstanden, von London und Paris, sogar von Washington sei der Weg nach Warschau kürzer als der von Bonn. Das polnische Volk und seine Regierung – und das gilt gleichermaßen für Ungarn und für die anderen Länder, in denen die Prozesse der Erneuerung langsamer anlaufen – sollten spüren, daß wir uns ihnen in Solidarität verbunden fühlen. Dabei unterstelle ich nicht, daß die polnische Seite nur Wünsche vorbringt, die leicht zu befriedigen sind. Der Gedanke, die Kommission der Europäischen Gemeinschaft in die Hilfe für Polen einzuschalten, war gut. Von uns wird Zusätzliches erwartet. Wo es nach vorn führt und solide ist, werden wir uns große Mühe geben müssen. Selbsthilfe und europäische Unterstützung müssen wirksam ineinandergreifen, und zwar so, daß nicht neue drückende Abhängigkeiten entstehen.

Ich will offen meinem Empfinden Ausdruck geben, daß eine Zeit zu Ende geht. Eine Zeit, in der es sich in unserem Verhältnis zum anderen deutschen Staat vor allem darum handelte, durch vielerlei kleine Schritte den Zusammenhalt der getrennten Familien und damit der Nation wahren zu helfen. Was jetzt – im Zusammenhang mit dem demokratischen Aufbruch im anderen Teil Europas – auf die Tagesordnung gerät, wird mit neuen Risiken verbunden sein – schon deshalb, weil es ein historisch zu belegendes und höchst vielfältig gefächertes, keineswegs erst

durch den Hitler-Krieg belebtes Interesse der europäischen Nachbarn – auch der halb europäischen Mächte – daran gibt, was aus Deutschland wird.

165 Der Wunsch, das Verlangen auch der Deutschen nach Selbstbestimmung wurde in den Westverträgen bestätigt und ist durch die Ostverträge nicht untergegangen. Sie bleiben Pfeiler unserer Politik. In welcher staatlichen Form auch immer dies in Zukunft seinen Niederschlag finden wird, mag offen bleiben. Entscheidend ist, daß heute und morgen die Deutschen in den beiden Staaten ihrer Verantwortung für den Frieden und die europäische Zukunft gerecht werden.

170 Wir sind nicht die Vormünder der Landsleute in der DDR. Wir haben ihnen nichts vorzuschreiben, dürfen ihnen auch nichts verbieten. Im Bewusstsein unserer Menschen wachzuhalten, daß die Nachbarn im anderen Teil Deutschlands zwar das kürzere Los gezogen, aber den Krieg nicht mehr als wir verloren haben, bleibt ein Gebot der Stunde. Daß eine effektive und unbürokratische Hilfe für bedrängte, in unverschuldete Not geratene Landsleute ein Gebot unserer Selbstachtung bleibt, sollte keiner weiteren Worte bedürfen.

175 Jede Generation muß von neuem lernen, was Albert Schweitzer die Ehrfurcht vor dem Leben nannte. Die Lebensliebe ist das große Geschenk, das den Überlebenden zuteil wurde. Wir haben sie weiterzugeben – wie die Einsicht, die ich vor vielen Jahren auf die Formel zu bringen versuchte, daß Krieg die ultima ratio, Friede jedoch die ultima ratio der Menschheit sei. Um Lebensliebe und Freiheitswillen zu bitten – das ist die Pflicht, die uns die Erinnerung an den September '39 vermittelt.

Quelle:

Brandt, Willy (1989): Eine Zeit geht zu Ende. Bonn, Deutscher Bundestag, 1. September 1989. In: Brandt, Willy (1990): "... Was Zusammengehört": Reden Zu Deutschland. Bonn: Dietz-Taschenbuch 35, 15–23.